



universität
wien

MAGISTERARBEIT

Titel der Magisterarbeit

Glokalisierung der Medien: Risiken und Chancen für die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit

Eine empirische Untersuchung der Berichterstattung zum ESM in einer deutschen und österreichischen Regionalzeitung

Verfasserin

Isabelle Richter, Bakk.phil.

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, März 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 841

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

Betreuer:

Univ.-Prof. Dr. Hannes Haas

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	5
1. Einleitung.....	7
1.1. Aufbau der Arbeit.....	8
1.2 Erkenntnisinteresse und forschungsleitende Fragen	9
2. Öffentlichkeit.....	11
2.1. Definitionen des Begriffs Öffentlichkeit.....	11
2.1.1 Strukturwandel der Öffentlichkeit	12
2.1.2 Passive und Aktive Öffentlichkeit	14
2.2 Öffentliche Meinung.....	15
2.3 Öffentlichkeitsebenen.....	17
2.4 Öffentlichkeitsakteure/-rollen	18
2.5 Funktionen von Öffentlichkeit	21
3. Demokratie und Öffentlichkeit.....	23
3.1. Systemtheoretisches Spiegelmodell.....	23
3.2. Deliberatives (diskursives) Modell	24
3.2.1 Schwierigkeiten einer deliberativen Öffentlichkeit.....	25
3.3. Arenentheoretisches Modell	27
4. Medien und Politik	33
4.1 Paradigmen der Wechselbeziehung von Medien und Politik	33
4.2 Mediatisierte Politikvermittlung.....	35
4.3 Theorien zur Nachrichtenauswahl.....	38
4.3.1 Agenda-Setting-Ansatz	38
4.3.2 Gatekeeper- und Nachrichtenwerttheorie	41
4.3.3 News-Bias	45
5. Globalisierung und Glokalisierung	47
5.1 Globalisierung und der Bedeutungsverlust des Nationalstaats	47
5.2 Glokalisierungskonzept von Robertson	50
5.2.1 Medien im Glokalisierungsprozess	52
5.2.2 EU im Kontext der Glokalisierung	55
6. Europäische Union und Öffentlichkeit.....	58
6.1 Demokratie in der EU.....	58
6.1.1 Demokratiedefizit	58
6.1.2 Legitimationsdefizit.....	60
6.2. Entstehung der europäischen Öffentlichkeit	61

6.2.1 Risiken für eine europäische Öffentlichkeit	62
6.2.2 Chancen für eine europäische Öffentlichkeit.....	64
6.2.3 Europäische vs. nationale Identität	66
6.3 Empirische Befunde zu europäischen Öffentlichkeit	69
7. Empirischer Teil	73
7.1 Ziel der Untersuchung	73
7.1.1 Forschungsfragen/ Hypothesen	76
7.2 Methodisches Vorgehensweise	77
7.2.1 Analysezeitraum und -medien	77
7.2.2 Inhaltsanalyse	78
7.2.3 Frame-Analyse	80
7.2.4 Kategorien	81
7.2.4.1 Akteure	81
7.2.4.2 Personalisierung.....	81
7.2.4.3 Nationale Darstellungsweise und Bewertung.....	82
7.2.4.4 Identität.....	83
7.2.4.5 Frame	83
7.3 Kontext der Analyse.....	84
7.3.1 Der Europäische Stabilitätsmechanismus, sein Rahmen und die Kritik.....	84
7.3.2 Die öffentliche Meinung in der EU (Eurobarometer)	87
7.4. Analyse der Berichterstattung über den ESM	89
7.4.1 Akteure	95
7.4.1.1 Sprecher	95
7.4.1.2 Passive Akteure	103
7.4.2 Personalisierung.....	111
7.4.2.1 Sprechertypen	111
7.4.2.2 Typen passiver Akteure.....	114
7.4.2.3 Personalisierung auf Artekelebene.....	117
7.4.3 Nationale Darstellungsweise und Bewertung.....	118
7.4.4 Identität.....	123
7.4.5 Frame	126
7.5 Zusammenfassung der Ergebnisse.....	130
8. Schlussfolgerung und Ausblick	137
9. Literatur.....	141
10. Anhang.....	150
10.1 Codebuch.....	150

10.2 Abstract.....	165
10.3 Lebenslauf	166

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Ressortverteilung Kleine Zeitung. N=164	90
Abbildung 2: Ressortverteilung KSTA. N=170	91
Abbildung 3: Genre Kleine Zeitung. N=164	92
Abbildung 4: Genre KSTA. N=170	93
Abbildung 5: Thema Kleine Zeitung. N=164	94
Abbildung 6: Thema KSTA. N=170	94
Abbildung 7: Institutionszuordnung Sprecher, Kleine Zeitung. N=177	96
Abbildung 8: Institutionszuordnung Sprecher, KSTA. N=246	97
Abbildung 9: Akteursgruppen Sprecher, Kleine Zeitung. N=177	99
Abbildung 10: Akteursgruppe Sprecher, KSTA. N=246	100
Abbildung 11: Kreuztabelle Akteursgruppe/Herkunftsland, Kleine Zeitung. N=177	101
Abbildung 12: Kreuztabelle Akteursgruppe/Herkunftsland, KSTA. N=245	102
Abbildung 13: Institutionszuordnung passiver Akteure, Kleine Zeitung. N=260	104
Abbildung 14: Institutionszuordnung passiver Akteure, KSTA. N=293	105
Abbildung 15: Akteursgruppen passiver Akteure, Kleine Zeitung. N=261	106
Abbildung 16: Akteursgruppen passiver Akteure, KSTA. N=293	107
Abbildung 17: Kreuztabelle Akteursgruppen/Herkunftsland passiver Akteure, Kleine Zeitung. N=251	108
Abbildung 18: Kreuztabelle Akteursgruppen/Herkunftsland, KSTA. N=292	110
Abbildung 19: Kreuztabelle Sprechertyp/Institutionszuordnung, Kleine Zeitung. N=177	112
Abbildung 20: Kreuztabelle Sprechertyp/Institutionszuordnung, KSTA. N=246	113
Abbildung 21: Kreuztabelle Typ passiver Akteur/Institutionszuordnung, Kleine Zeitung. N=260	115
Abbildung 22: Kreuztabelle Typ passiver Akteur/Institutionszuordnung, KSTA. N=293	116
Abbildung 23: Personalisierung auf Artekelebene, Kleine Zeitung. N=164	117
Abbildung 24: Personalisierung auf Artekelebene, KSTA. N=170	118
Abbildung 25: Nationale Darstellungsweise, Kleine Zeitung. N=164	119
Abbildung 26: Nationale Darstellungsweise, KSTA. N=170	120
Abbildung 27: Bewertung ESM, Kleine Zeitung. N=131	121
Abbildung 28: Bewertung ESM, KSTA. N=156	121

Abbildung 29: Spearman-Korrelation Darstellungsweise/Bewertung, Kleine Zeitung. N=131.....	122
Abbildung 30: Spearman Korrelation Darstellungsweise/Bewertung, KSTA. N=156...	123
Abbildung 31: Identität Kleine Zeitung. N=148.....	124
Abbildung 32: Identität KSTA. N=112	125
Abbildung 33: Frames Kleine Zeitung, N=35	127
Abbildung 34: Frames KSTA, N=82	129

1. Einleitung¹

Die Europäische Union ist ein beispielloses transnationales Gebilde, welches die Gesellschaftsordnung seiner Mitglieder entscheidend prägt. Dabei haben die Kompetenzen der EU in den letzten Jahrzehnten immer weiter zugenommen, was mit der Abtretung von Hoheitsrechten der Nationalstaaten einhergegangen ist. Aber nicht nur die Kompetenzsteigerung allein hat zur Zunahme an Komplexität des politischen, wirtschaftlichen und sogar des sozialen Systems der Union geführt, auch die Erweiterung auf 27 Mitgliedsstaaten verstärkt die Schwierigkeiten bei Einigungsprozessen, wobei oft die Frage aufgeworfen wird, ob es sich bei der Europäischen Union überhaupt um ein demokratisches System handelt, da der Einfluss der Bürger auf Entscheidungen auf europäischer Ebene, kaum vorhanden ist. Das postulierte Demokratiedefizit geht einher mit der Bemängelung einer europäischen Öffentlichkeit, sowie einer europäischen Identität, die als Voraussetzung für die Demokratisierung der EU angesehen wird. Den Medien wird in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle bei der Herstellung von Öffentlichkeit zugesprochen, allerdings wird ihr tatsächliches europaspezifisches Engagement bemängelt. (vgl. Latzer/Saurwein 2006, S.10ff; vgl. Hagen 2004a, S.7ff)

Es lassen sich also bereits drei entscheidende Defizite der Europäischen Union konstatieren, die dem Voranschreiten des Integrationsprozesses im Wege stehen könnten. Nichtsdestotrotz plant die EU in den nächsten Jahren weitere acht Mitglieder aufzunehmen, wobei damit die Hoffnung verbunden ist, die Rechtsstaatlichkeit in den betreffenden Ländern voranzutreiben.² Diese Intention ist zwar verständlich und erscheint auch richtig, jedoch stellt sich die Frage, wie das funktionieren soll, wenn die EU bereits mit 27 Mitgliedsstaaten demokratisch defizitär ist und zur Zeit mit einer Krise kämpft, die einige Kritiker schon vom Zerfall der Eurozone bzw. der Union hat sprechen lassen. Allerdings ist dies ein Szenario, welches sich kaum ein Politiker zu wünschen scheint. Wie dies jedoch die Bürger sehen ist eine andere Frage.

Wie also kann die EU, die ursprünglich als Friedensprojekt nach dem zweiten Weltkrieg gedacht war und noch heute ist³, ihren Integrationsprozess fortführen bzw. optimieren, damit sie auch zukünftig bestehen kann und handlungsfähig bleibt?

¹ Um die Lesbarkeit zu erleichtern, wurde in dieser Arbeit auf "gegenderte" Ausdrucksformen verzichtet. Wenn nicht ausdrücklich gekennzeichnet, sind z.B. mit Journalisten, sowohl weibliche als auch männliche Journalisten gemeint.

² Am 10.10.2012 verkündete EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle, man wollte trotz Euro-Krise die Erweiterung fortführen. Potentielle Beitrittsländer sind u.a. Kosovo, Kroatien, Serbien, Mazedonien, Rumänien und Türkei. (vgl. http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/europa/europaeische_union/493055_Kommissar-Fuele-EU-Erweiterung-geht-weiter.html [Stand: 12.10.12])

³ Diese Annahme scheint durch die Nominierung der EU für den Friedensnobelpreis 2012 bestätigt: „Komiteechef Thorbjörn Jagland begründete die Entscheidung damit, dass die Europäische Union über

Um diese Frage beantworten zu können, soll das Konzept der Glokalisierung herangezogen werden, welches von Robertson (1998) entwickelt wurde und ursprünglich zur Erklärung von Prozessen, die mit der Globalisierung einhergehen bzw. mit dieser verwoben sind, dienen sollte. Vor allem die Verwobenheit mit Lokalisierungsprozessen spielt hier eine Rolle, die untrennbar mit der Globalisierung verbunden ist und sowohl ökonomische wie auch kulturelle Prozesse bedingt. Jedoch meint Robertson damit nicht einfach die Rückbesinnung auf das Lokale als Opposition zum Globalen, sondern viel mehr eine neue Form des Lokalen, die sich durch die globale Vernetzung ergibt. „Globalisierung [...] wird fassbar im Kleinen, Konkreten, im Ort, im eigenen Leben, in kulturellen Symbolen, die alle die Signatur des ‚Glokalen‘ tragen.“ (Beck 1998, S.91)

Dieses Konzept soll einerseits mit bisherigen theoretischen Überlegungen zu europäischer Öffentlichkeit und der damit einhergehenden Forderung nach einer europäischen Identität in Verbindung gesetzt werden und schließlich auf die Berichterstattung in deutschen und österreichischen Tageszeitungen angewendet werden.

1.1. Aufbau der Arbeit

Insbesondere der europäischen Öffentlichkeit wird im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der europäischen Integration eine entscheidende Bedeutung zugeschrieben, wenn gleich ein Öffentlichkeitsdefizit vielfach beklagt wird und über ihre Form unterschiedliche theoretische Ansätze existieren.

Die grundsätzliche Auseinandersetzung mit Theorien zu Öffentlichkeit, wird daher den theoretischen Teil dieser Arbeit einleiten und anschließend mit demokratietheoretischen Überlegungen in Verbindung gesetzt, wobei vor allem die Theorie der diskursiven Öffentlichkeit von Habermas genauer betrachtet wird.

Im vierten Kapitel gilt es dann die Verwobenheit von Politik und Medien zu beschreiben und zwar vor dem Hintergrund, dass den Medien eine entscheidende Rolle bei der Herstellung von Öffentlichkeit zugeschrieben wird. Dabei stellt sich die Frage, ob die Annäherung der Politik an die Medienlogik, die sich verstärkt am Unterhaltungsbedürfnis des Publikums orientiert, zu Dysfunktionalitäten hinsichtlich der medienspezifischen Informationsfunktion führt, vor allem auf der europäischen Ebene. Hierzu sollen dann die Theorien der Nachrichtenauswahl angeführt werden, um die Frage zu beantworten, warum europäische Themen für die Medien vermutlich weniger interessant sein könnten.

Im fünften Kapitel gilt es dann das Glokalisierungskonzept in Hinblick auf die Frage zu betrachten, warum die Bürger der Europäischen Union vermutlich ein verstärktes Bedürfnis nach Lokalität bzw. Heimat (vgl. Robertson 1998, S.208) haben und sich sogar

sechs Jahrzehnte entscheidend zur friedlichen Entwicklung in Europa beigetragen habe. Die EU habe den Kontinent vor allem nach den beiden Weltkriegen stabilisiert und zu einem "Platz des Friedens" gemacht.“ (Kleine Zeitung: <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/3140019/friedensnobelpreis-geht-europaeische-union.story> [Stand: 12.10.12])

in vielen wirtschaftlich reichen Regionen der EU ein Bedürfnis nach Unabhängigkeit von ihren ärmeren Mutterstaaten breit macht.⁴ Auch dieses Konzept soll aus Sicht der Medien beschrieben werden. Dabei soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit die Globalisierungstendenzen der Medien als Chance bzw. Risiko für eine europäische Öffentlichkeit gesehen werden können. Dazu sollen im Kapitel die verschiedenen theoretischen Ansätze für eine europäische Öffentlichkeit angeführt und die diesbezüglichen bisherigen Untersuchungsergebnisse aus anderen Studien zusammengefasst werden.

Der empirische Teil dieser Arbeit befasst sich schließlich mit einem Vergleich zwischen der deutschen Tageszeitung „*Kölner Stadt-Anzeiger*“ und der österreichischen „*Kleine Zeitung*“ deren Berichterstattung über den sogenannten „Eurostabilitätsmechanismus (ESM)“ verglichen werden soll. Beide Zeitungen sind regionale Tageszeitungen mit ähnlicher Auflagenstärke, deren schwerpunktmäßiges Verbreitungsgebiet nicht in der jeweiligen Regierungshauptstadt liegt, was sie gut vergleichbar macht.

Die Diskussion über den ESM ist deshalb interessant, weil es sich hierbei um eine Maßnahme der Eurogruppe im Zuge der EU-Schuldenkrise handelt, die tatsächlich ratifiziert wurde, allerdings in Deutschland erheblich später als in Österreich, weil der deutsche Bundespräsident vor der Unterzeichnung erst ein diesbezügliches Urteil des Bundesverfassungsgerichts abgewartet hat. Daher scheint der Vergleich zwischen Deutschland und Österreich nicht nur wegen diesem Unterschied, sondern auch aufgrund der gleichen Sprache, sowie aufgrund der Überlegung, dass es sich hier um zwei EU-Mitglieder handelt, die sich in der Dauer ihrer Mitgliedschaft erheblich unterscheiden sinnvoll. Hier wird es interessant zu erfahren sein, welche Unterschiede sich aufgrund dessen möglicherweise in der Rahmung der EU-Themen in der Berichterstattung ergeben bzw. über welchen Europäisierungsgrad die Berichterstattung verfügt.

1.2 Erkenntnisinteresse und forschungsleitende Fragen

Diese Arbeit möchte, vor dem Hintergrund des oft beklagten Öffentlichkeitsdefizits in der Europäischen Union und dem daraus folgendem Demokratiedefizit, klären, inwieweit Tageszeitungen ihrer Informations- und Orientierungsfunktion in der Gesellschaft in Hinblick auf die Europäische Union nachgehen. Dies ist vor allem relevant, weil die EU alle gesellschaftlichen Ebenen der beigetretenen Nationalstaaten zunehmend durchdringt und dieses Ausmaß an Einfluss auch von den Medien adäquat widerspiegelt werden muss. Dies vor allem weil die Bevölkerung anschlussfähig an die politischen

⁴ Diese separatistischen Strömungen sind zum Beispiel bei den Schotten, Flamen, Katalanen und Basken aber auch in anderen Staaten im Jahr 2012 im Zuge der Wirtschaftskrise verstärkt EU-weit öffentlich geworden.
(vgl. http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/europa/europastaaten/494191_Grenzen-in-der-EU-geraten-in-Bewegung.html [Stand: 22.01.13])

Ebene gehalten werden muss, damit sie fundierte Legitimationsentscheidungen in Wahlen treffen kann, was ein maßgeblicher Faktor in einer Demokratie ist.

Weiters soll geklärt werden, inwieweit die allgemeine Tendenz der Medien zur Negativismus bei der Nachrichtenauswahl sich in einer negativen Bewertung des ESM niederschlägt. Die Bewertung des ESM ist deshalb von Interesse, weil es sich hierbei um eine Maßnahme auf EU-Ebene handelt, die von den wirtschaftlich starken EU-Ländern finanzielle Hilfen für die momentanen und potentiellen Schuldenkrisenländer fordert, was ein erhebliches Maß an Solidarität zwischen den einzelnen Mitgliedern erwartet. Daher interessiert vor allem auch, ob in der Berichterstattung eher nationale oder europäische Interessen hervorgehoben werden.

Die Untersuchung von zwei regionalen Tageszeitungen soll im Kontext der Glokalisierung Aufschluss darüber geben, ob regionale Bezüge in der EU-Berichterstattung auch positive Auswirkungen haben können. Nämlich dahingehend, dass sie nicht mehr als weit entfernt von der Lebenswelt der Bürger, sondern ihre nationale bzw. regionale Bedeutung stärker wahrgenommen wird, wodurch auch das Interesse für den EU-politischen Legitimationsprozess, d.h. die Europawahlen bei der Bevölkerung gesteigert werden könnte.⁵

Daraus ergeben sich nun folgende forschungsleitende Fragen:

1. Inwieweit können Medien, insbesondere Tageszeitungen, zur Herstellung von Öffentlichkeit in einer Demokratie allgemein und speziell zur europäischen Öffentlichkeit beitragen?
2. Wodurch werden die Medien in ihrer Nachrichtenauswahl potentiell beeinflusst und welche Auswirkungen hat dies auf die Berichterstattung über die EU?
3. Inwieweit ist die Berichterstattung über die EU von einer nationalen Perspektive geprägt und führt dies zu einer positiven oder negativen Rahmung der EU?

Dies soll nun, wie im Aufbau der Arbeit geschildert, beantwortet werden.

⁵ Das fehlende Interesse in den Medien für und mangelnde Wahlbeteiligung bei Europawahlen wird allgemein bemängelt. Wilke und Reinemann kommen in ihrer Studie über die Berichterstattung in deutschen Medien über die Europawahlen zwischen 1979 – 2004 zu dem Schluss: „dass die EU, die Repräsentanten der EU und die Wahlen zum Europäischen Parlament keine sonderlich große Bedeutung in der Berichterstattung haben.“ (Wilke/Reinemann 2005, S.156)

2. Öffentlichkeit

2.1. Definitionen des Begriffs Öffentlichkeit

Der Begriff „Öffentlichkeit“ kann aufgrund seiner Vielschichtigkeit, verschiedenartig betrachtet werden. Gerade in der modernen Auseinandersetzung mit Öffentlichkeit, werden unweigerlich die Massenmedien ins Spiel gebracht, denen eine entscheidende Rolle bei der Herstellung von Öffentlichkeit zugesprochen wird.

„Ein konstitutives Merkmal von Öffentlichkeit ist, dass das dortige Sprechen und Handeln wahrgenommen bzw. beobachtet werden kann. In der Regel geht man von einem Publikum aus, das sich aber nicht notwendigerweise als solches konstituieren muss. [...] Öffentlichkeit ist nicht an Ortsgebundenheit von Akteuren und Zuschauern gekoppelt, sondern wird durch die Zwischenschaltung der Massenmedien einem dispersen Publikum zugänglich gemacht.“ (Jäckel 2008, S. 218)

Diese Definition von Jäckel bestätigt, dass Öffentlichkeit von verschiedenen Perspektiven aus betrachtet werden kann. Öffentlichkeit wird dabei eine entscheidende Rolle in einer Demokratie zugesprochen:

„Öffentlichkeit gehört zur verfassungsrechtlich gesicherten Grundausstattung der Demokratie, und aus dieser Bindung entwickeln sich die politischen Funktionen, die man ihr zurechnet, sowie die Ansprüche und Maßstäbe, an denen man sie misst. Öffentlichkeit und öffentliche Meinung sind neben allem sonstigen politischen Begriffe, die seit dem Beginn der Aufklärung normative Ladung besitzen.“ (Neidhardt 1994, S.8)

Deshalb ist es so wichtig sich die Frage nach den Möglichkeiten für eine europäische Öffentlichkeit zu stellen, um die demokratischen Strukturen der EU weiter optimieren zu können. Dabei ist zunächst notwendig, Öffentlichkeitstheorien im Allgemeinen genauer zu betrachten, die recht zahlreich und unterschiedlich anmuten.

Dies zeigt sich auch bei der Betrachtung der verschiedenen theoretischen Öffentlichkeitsmodelle, die sich nach Klaus (2006) auf mehreren Ebenen unterscheiden lassen: Auf horizontaler Ebene unterscheidet sie die konstituierenden Merkmale für Öffentlichkeit die von den verschiedenen Theorieansätzen, auf Medien-, Raum- oder Akteursebene stattfinden kann. Auf der vertikalen Ebene wird dagegen differenziert, ob die Theorien von einer oder von geteilten Öffentlichkeiten ausgehen. (vgl. Klaus 2006, S.100f)

Im Folgenden soll zunächst ein Abriss der historischen Entwicklung der Öffentlichkeit erfolgen, der verdeutlichen soll, wie es zu Herausbildung der heutigen Öffentlichkeit gekommen ist. Dabei wird sich hauptsächlich auf Habermas' umfangreiches Werk „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ bezogen, da sein Entwurf eines Idealtypus von Öffentlichkeit nicht zuletzt normativen Konzepten von Öffentlichkeit im Rahmen einer Demokratie diene. Diese sollen im Anschluss darauf betrachtet werden und als Grundlage

für die späteren Überlegungen zur Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit dienen.

2.1.1 Strukturwandel der Öffentlichkeit

Vor allem Erfindungen wie die Druckpresse, die audiovisuellen Medien, sowie heute sicherlich das Internet haben hauptsächlich zu einem „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ geführt, wie Jürgen Habermas (1990) in seiner gleichnamigen Studie zur Herausbildung einer bürgerlichen Öffentlichkeit eindrucksvoll beschrieben hat.

Habermas erklärtes Ziel war die Herausarbeitung eines „Idealtypus von bürgerlicher Öffentlichkeit“ anhand historischer Gegebenheiten in Deutschland, England und Frankreich des 18. und frühen 19. Jahrhunderts. (vgl. Habermas 1990, S.12)

Habermas unterscheidet dabei zwischen dem Idealtyp der „autochthonen Öffentlichkeit“, die von den Bürgern und der Zivilgesellschaft mitbestimmt wird und dem suboptimalen Typ der „vermachteten Öffentlichkeit“ die durch politische Akteure geprägt ist und die autochthone Öffentlichkeit einschränkt (vgl. Gerhards 2002, S.138)

Dabei ist besonders interessant, wie es zur Herausbildung einer politischen Öffentlichkeit kam. So herrschte im Mittelalter bis hin zum Absolutismus der „Typus der repräsentativen Öffentlichkeit“ vor, wobei „die öffentliche Repräsentation von Herrschaft“ (vgl. Habermas 1990, S. 60) gemeint ist.

Öffentlichkeit ist somit nicht etwas, was das Volk bei der Teilnahme einschließt, sondern vielmehr ein „Statussymbol“ der Herrschenden. (vgl. ebd.) Das Öffentliche ist somit der Staat und das Private unterscheidet sich somit durch „den Ausschluss von der Sphäre des Staatsapparats.“ (vgl. Habermas 1990, S.66) Dies verändert sich im Laufe des 18. Jahrhunderts, wo sich zunächst Privatleute zu einer literarischen Öffentlichkeit versammeln. Versammlungsorte sind zunächst die sogenannten Salons, die den öffentlichen Bereich im privaten Heim darstellen. „Die Linie zwischen Privatsphäre und Öffentlichkeit geht mitten durchs Haus.“ (ebd. S.109)

Aus dieser literarischen Öffentlichkeit, die sich alsbald auch im Rahmen von Theater, Konzert oder Museum versammelt, entsteht allmählich die politische Öffentlichkeit, als „Sphäre der Kritik an der öffentlichen Gewalt“ die vor allem durch die „Einrichtungen des Publikums und Plattformen der Diskussion“ vorangetrieben worden ist. (Habermas 1990, S.116) Diese politische Öffentlichkeit „vermittelt durch öffentliche Meinung den Staat mit Bedürfnissen der Gesellschaft.“ (ebd. S.90)

Im Zuge des 18. Jahrhunderts wird es Journalisten in England zunehmend möglich Parlamentsdebatten beizuwohnen, wodurch Politik sich immer mehr öffnet, was Habermas auch ausdrücklich als Bedingung für Öffentlichkeit betrachtet:

„Die bürgerliche Öffentlichkeit steht und fällt mit dem Prinzip des allgemeinen Zugangs. Eine Öffentlichkeit, von der angebbare Gruppe eo ipso ausgeschlossen wäre, ist nicht etwa unvollständig, sie ist viel mehr keine Öffentlichkeit.“ (Habermas 1990, S.156)

Somit wird der allgemeine Zugang für die Öffentlichkeit bei Habermas zu einem konstituierenden Merkmal.

Mit der zunehmenden Verbreitung der Presse, verändert sich auch die Struktur der politischen Öffentlichkeit. Einerseits erhält die Presse zunehmend Forumscharakter für politische Öffentlichkeit, andererseits wird dadurch der Rückzug in die Privatsphäre begünstigt, da die sogenannte „private Öffentlichkeit“ die überhaupt erst zum Herausbilden der politischen Öffentlichkeit geführt hat, nicht länger von so starker Notwendigkeit ist. (vgl. Jäckel 2008, S.222)

Die Massenmedien führen vom „kulturräsonierenden zum kulturkonsumierenden Publikum“, was sich im Bedeutungsverlust des politischen Charakters der Öffentlichkeit bemerkbar macht: „Die Freizeitbeschäftigungen des kulturell konsumierenden Publikums finden hingegen selbst im sozialen Klima statt, ohne dass sie irgend in Diskussionen eine Fortsetzung zu finden brauchen.“ (Habermas 1990, S. 252)

Die Kommerzialisierung und Konzentration der Massenmedien, der Besitz durch private Medienunternehmen und die daraus verbundenen ökonomischen Zwänge bedrohen „die kritische Funktion der Publizistik vielfach“. (ebd. S.284) Dies steht wiederum in Diskrepanz zur politischen Funktion der Massenmedien, zur „demokratischen Meinungs- und Willensbildung“ beizutragen. (vgl. ebd. S.309)

Um der Entpolitisierung der Öffentlichkeit entgegenzuwirken, fordert Habermas, dass Parteien, öffentliche Verbände sowie die Massenmedien nach demokratischen Prinzipien der Öffentlichkeit strukturiert werden. Das heißt, dass Staatsorgane ihre Tätigkeiten grundsätzlich der Öffentlichkeit zugänglich machen müssen, damit ein Prozess der kritischen Meinungs- und Willensbildung als „Korrektiv“ der Machtverhältnisse möglich wird. (vgl. Habermas 1990, S.309f)

Die kritische Auseinandersetzung mit den Herrschaftsverhältnissen durch die Öffentlichkeit ist essentiell in einem demokratischen System, dabei ist vor allem der politische Diskurs in der Öffentlichkeit, nach Vorbild der bürgerlichen Öffentlichkeit von besonderer Bedeutung. Mit seiner Kritik am „kulturkonsumierenden“ Publikum bemängelt Habermas gleichzeitig das verlorengegangene politische Interesse in der Massendemokratie und den deshalb fehlenden Diskurs in der Öffentlichkeit.

Dass Habermas dabei eine „total aktivierte Öffentlichkeit“ im Sinn zu haben scheint, wird von Dahrendorf (2005) als „utopisch“ kritisiert. (vgl. Dahrendorf 2005, S.32)

Dahrendorf stellt im Gegensatz zu Habermas ein Modell auf, welches aus verschiedenen Teilöffentlichkeiten besteht.

2.1.2 Passive und Aktive Öffentlichkeit

Vor dem Hintergrund politischer Öffentlichkeit entwirft Dahrendorf (2005) ein Modell von Öffentlichkeit, welche er in drei verschiedene Gruppen unterteilt:

- *Latente Öffentlichkeit der Nichtteilnehmenden*, die möglicherweise an der Teilnahme gehindert werden.
- *Passive Öffentlichkeit* derer, die sich hauptsächlich als Publikum oder Wähler am politischen Prozess beteiligen, sich jedoch nicht durch anderweitige Initiative an politischen Entscheidungsprozessen einbringen.
- *Aktive Öffentlichkeit* besteht aus Personen die sich regelmäßig am politischen Prozess beteiligen, indem sie Ämter übernehmen und sich in Organisationen engagieren. (vgl. Dahrendorf 2005, S.31)

Dabei besteht die Gruppe der Aktiven aus einem wesentlich kleineren Teil der Bevölkerung, was aber für Dahrendorf ein bestimmendes Merkmal für die Funktionsfähigkeit in einer repräsentativen Demokratie ist: *„Der politische Prozess verlangt eine aktive Öffentlichkeit, die kleiner, sehr viel kleiner ist als die Gesamtheit der Bürger; die Förderung, auch die systematische Förderung der aktiven Öffentlichkeit ist eine Bedingung für die Möglichkeit dynamischer moderner Politik.“* (ebd. S.36)

Damit sieht Dahrendorf die passive Öffentlichkeit durch die aktive Öffentlichkeit vertreten, was maßgeblich zur Handlungsfähigkeit der Politik bzw. die Anpassung an die sich ständig verändernden Anforderungen der politischen Prozesse beiträgt. Eine ähnliche Auffassung vertritt auch Kleinsteuber (2000):

„In der Realität findet sich weder totale Öffentlichkeit (weil sie politische Arbeitsunfähigkeit herstellen würde) noch totale Nicht-Öffentlichkeit (so besteht immer die Drohung des Geheimnisbruchs). Richtiger ist daher von vielen variierenden Öffentlichkeiten zu sprechen, die je nach rechtlicher oder tatsächlicher Situation hergestellt werden und ganz unterschiedlich ausfallen können.“ (Kleinstein 2000, S.39)

Damit stimmt Kleinstein einerseits mit Dahrendorfs These überein, dass eine „totale Öffentlichkeit“ zur Handlungsunfähigkeit führen würde. Andererseits richtet sich Kleinstein generell gegen Versuche Öffentlichkeit und Politik in normative und idealtypische Konzepte zu fassen, da sie schließlich nur „Fiktion“ sind. (vgl. ebd.)

Allerdings scheint es nach wie vor notwendig, gerade wegen der Vielzahl an Perspektiven aus denen man Öffentlichkeit betrachten kann, den theoretischen Sollzustand zu berücksichtigen.

Zumindest findet sich in Dahrendorfs Modell eben eine Differenzierung von Öffentlichkeiten. In seiner Vorstellung sorgt die aktive Öffentlichkeit also für die Anpassungsfähig-

keit des politischen Systems an die Probleme der Realpolitik. Die Dynamik gesellschaftlicher und politischer Prozesse steht im Kontrast zur Statik der institutionellen Strukturen der demokratischen Gewaltenteilung, die durch eine aktive Öffentlichkeit miteinander verbunden bleiben. Grundvoraussetzung ist für Dahrendorf, dass diese aktive Öffentlichkeit prinzipiell für jeden offen und gleichzeitig vielfältig ist.

Mit dem Prinzip der Offenheit stimmt Dahrendorf nicht nur mit der Habermas' Forderung nach allgemeiner Zugänglichkeit der Öffentlichkeit überein, sondern unterscheidet sich auch von Theoretikern, die die aktive Öffentlichkeit als Elite ansehen, welche allein über die politische Macht verfügt. (vgl. Dahrendorf 2005, S.32)

Wie Habermas sieht Dahrendorf die Diskussion als konstituierendes Merkmal von Öffentlichkeit, welche vor allem durch die Massenmedien ermöglicht wird, welche die aktive mit der passiven Öffentlichkeit verbinden: „An wenigen Punkten ist die Aufgabe der Massenmedien so unentbehrlich für eine freie Gesellschaft wie an den Gelenken von aktiver und passiver Öffentlichkeit.“ (ebd. S.37)

Die Übernahme der Kontrollfunktion an politischen Prozessen wird zwar unter anderem von Medien erwartet, jedoch sieht auch Dahrendorf diese politische Aufgabenerfüllung, aufgrund eines „prekären Missverhältnis[es]“ welches durch die ökonomisch orientierte Basis der Medien entsteht, gefährdet. (ebd. S.33)

Auch wenn Habermas und Dahrendorf also von unterschiedlichen Öffentlichkeitsstrukturen ausgehen, so stimmen sie doch darin überein, dass die Massenmedien eine entscheidende Rolle für die Öffentlichkeit bilden, diese aufgrund von ökonomischen Zwängen aber nur defizitär erfüllen.

2.2 Öffentliche Meinung

Öffentlichkeit wird stets in Verbindung mit öffentlicher Meinung gebracht, die ein Produkt der Öffentlichkeit darstellt. Wie bereits dargestellt wurde ist es nicht sinnvoll von einer „totalen Öffentlichkeit“ zu sprechen, weil dies im Sinne von Kleinsteuber und Dahrendorf weder wünschenswert, noch in der Realität anzutreffen ist. Deshalb kann auch nicht von einer „öffentlichen Meinung“ ausgegangen werden.

„Die Öffentlichkeit lässt sich am ehesten als ein Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also von Meinungen beschreiben; dabei werden die Kommunikationsflüsse so gefiltert und synthetisiert, dass sie sich zu themenspezifischen gebündelten öffentlichen Meinungen verdichten.“ (Habermas 1998, S.436 [Herv. im Orig.])

Obwohl Habermas die Öffentlichkeit ausdrücklich nicht als System begreift, welches der sozialen Ordnung unterliegt, sondern vielmehr durch „offene, durchlässige und verschiebbare Horizonte“ gekennzeichnet ist und sich daher öffentliche Meinungen the-

menspezifisch ergeben (vgl. ebd.), so können doch gewisse Gemeinsamkeiten zu den systemtheoretischen Überlegungen zur öffentlichen Meinung von Luhmann festgestellt werden.

Natürlich muss zunächst der Unterschied zwischen Habermas' und Luhmanns' Ansätzen hervorgehoben werden: Während also Habermas Öffentlichkeit den Systemcharakter abspricht, weil diese eben durch prinzipielle Offenheit geprägt ist und daher keine externen Grenzziehungen erlaubt (vgl. Habermas 1998, S.435f), versteht Luhmann (zit. nach Jäckel 2008, S.226ff) die Öffentlichkeit als Teilsystem des Gesellschaftssystems, wobei die Medien als Beobachter der anderen Teilssysteme wie Politik, Wirtschaft, etc. Meinungen veröffentlichen, die einen wesentlichen Teil der Öffentlichkeit darstellen. (vgl. Jäckel 2008, S.226) Dennoch scheint beiden Ansätzen das Verständnis gemein, dass öffentliche Meinung nicht homogen sein kann, sondern sich vielmehr verschiedene öffentliche Meinungen ergeben.

„Viel mehr als früher verstehen wir Menschen als Individuen. Viel mehr als früher ist uns klar wie intransparent das Einzelbewußtsein für sich selber ist und wie wenig von einer Meinung aus festgelegt ist, wie der Einzelne in den jeweils auf ihn zukommenden Situationen reagieren wird. [...] Man kann sich zwar vorstellen, dass es eine geringfügige Bandbreite von Einstellungen zu bestimmten Themen gibt. Aber auch hier ist deren Invarianz über Zeit hinweg und deren Kontextunabhängigkeit eine fragwürdige Unterstellung [...]“ (Luhmann 1992, zit. in Jäckel 2008, S.228)

Öffentliche Meinung ist somit weder homogen noch kann sie wirklich homogenisiert werden, wie Habermas sieht. Luhmann die öffentlichen Meinungen abhängig von Themen und Kontexten, generell jedoch nicht dauerhaft fixierbar.

In Luhmanns Theorie dienen die Massenmedien durch ihre Thematisierungsfunktion⁶ einerseits der Orientierung über das, was als öffentliche Meinung gelten kann, wobei sie auf Aufmerksamkeit des Publikums angewiesen sind und somit andererseits gleichzeitig als Formgeber für öffentliche Meinungen dienen können. Die öffentliche Kommunikation dient der Orientierung über die öffentlichen Meinungen, wobei dies nie *die* eine öffentliche Meinung sein kann, weil sie eben nicht fixierbar ist. (vgl. Jäckel 2008, S.228f)

Deshalb gibt es auch unterschiedliche Definitionen, wie man öffentliche Meinung messbar machen kann. „Träger der öffentlichen Meinung können je nach Konzept die Medien, politische Elite oder die mittels Demoskopie ermittelte Mehrzahl der Bürger sein.“

⁶ Die Thematisierungsfunktion wird vor allem in Agenda-Setting-Ansätzen behandelt und ist bereits eingehend untersucht worden. Ursprünglich wurde die Theorie vom Agenda-Setting von McCombs und Shaw (1977) aufgestellt: Sie geht davon aus, dass die Medien weniger Einfluss auf die Meinungen und Einstellungen von Rezipienten haben, sondern vielmehr bestimmen über welche Themen in der Öffentlichkeit diskutiert wird.

(Donges/Imhof 2001, S.105)

Letztere erfolgt also durch demoskopische Erhebungen und kann entweder nach dem „Aggregationsprinzip“ die „Summe von Einzelmeinungen“ sein oder nach dem „Majoritätsprinzip“ die „Meinung der Mehrheit“. Nach dem „Diskursprinzip“ ist öffentlich Meinung „das Ergebnis rationaler und kritischer Diskussion in der Öffentlichkeit.“ (ebd.) Schließlich versteht das „Projektionsprinzip“ die öffentliche Meinung als „Fiktion“, die erst durch den Messversuch an sich produziert wird. (vgl. ebd.)

Ebenso wie Öffentlichkeit selbst muss ihr Produkt, die öffentliche Meinung differenziert betrachtet werden.

2.3 Öffentlichkeitsebenen

Vielmehr sind nach Klaus (2006) drei Ebene von Öffentlichkeit zu unterscheiden, die mit einander im Wechselspiel stehen und gemeinsam Öffentlichkeit konstituieren und in denen auch öffentliche Meinungen entstehen. Klaus beschreibt eine Pyramide, mit ihrer vertikalen Zuspitzung steigen auch die Macht- und Entscheidungsbefugnisse. (vgl. Klaus 2006, S.95) Das Drei-Ebenen-Modell von Klaus findet sich auch an anderen Stellen in der Literatur, die sich in ihrer Bezeichnung zwar unterscheiden, jedoch dem Sinn nach gleich sind. (vgl. Donges/Imhof 2001, S.106ff) So lassen sich folgende Öffentlichkeitsebenen differenzieren (Klaus 2006, S.95f):

- *einfache Öffentlichkeiten*: sie bilden die Basis der Pyramide und sind „von Kommunikationen bestimmt, die sich spontan im Alltag entwickeln.“ Hier spielt also die interpersonelle Kommunikation eine Rolle, die sowohl die Anwesenheit der Akteure am selben Ort, als auch eine gemeinsame Sprache voraussetzt. Es handelt sich also um lose und zeitlich begrenzte Öffentlichkeiten, wie z.B. eine Begegnung im Urlaub. Alternativ wird diese einfache Öffentlichkeit auch als „Encounter-Öffentlichkeit“ bezeichnet. (vgl. Donges/Imhof 2001, S.106)
- *mittlere Öffentlichkeiten*: Dies sind vor allem Versammlungsöffentlichkeiten, in denen die Kommunikation zwar meist auch direkt erfolgt, jedoch durch eine Rollenverteilung von wenigen Sprechern und vielen Zuhörern von der Kommunikation auf der einfachen Öffentlichkeitsebene zu unterscheiden ist. Die Intention der mittleren Öffentlichkeiten ist meist, die komplexen Öffentlichkeiten mit ihren Anliegen und Positionen zu erreichen. Mittlere Öffentlichkeiten oder auch Organisationsöffentlichkeiten können z.B. zivilgesellschaftliche Gruppen sein. (vgl. Klaus 2006, S.95f)
- *komplexe Öffentlichkeiten*: „Der Idealtyp dieser Teilöffentlichkeiten sind die Massenmedien.“ (ebd. S.95) Durch ihre strukturelle Beschaffenheit, d.h. „durch die technische Vermittlung können Meinungen schnell und großflächig verbreitet wer-

den.“ (ebd.) Deshalb wird diese Öffentlichkeitsebene auch als **Medienöffentlichkeit** bezeichnet, wobei sich auf dieser Ebene die öffentliche Kommunikation am „folgenreichsten“ vollzieht, da die Medien Organisationen darstellen, die dauerhaft bestehen und zusätzlich über ein, zwar zahlenmäßig variierendes, aber trotzdem dauerhaftes Publikum verfügen. Die Reichweite der Medien erstreckt sich potentiell über alle Gesellschaftsmitglieder. (vgl. Donges/Imhof 2001, S.107)

Öffentlichkeit lässt sich also in verschiedene Teilöffentlichkeiten bzw. „Arenen“ unterteilen, die sich durch Kommunikation konstituieren. Zwischen den Öffentlichkeitsebenen kommen „Selektionsstufen“ zum Tragen, die dazu führen, dass nur ein geringer Teil der Themen, die auf der Encounter- bzw. Versammlungsebene behandelt werden, die Medienebene erreichen. In den einzelnen Arenen können dabei unterschiedliche Medien als Leitmedium dienen und gleichzeitig Anschlusskommunikation ermöglichen. (vgl. ebd.)

Der Medienöffentlichkeit wird also ein hoher Einfluss auf die verschiedenen Teilöffentlichkeiten eingeräumt, weil die Themen der Medienöffentlichkeit potentiell jede/n erreichen können, jedoch die Themen der kleineren Teilöffentlichkeiten nur selektiv die Medienöffentlichkeit erreichen, wo sie dann als öffentliche Meinung sichtbar werden.

2.4 Öffentlichkeitsakteure/-rollen

Neben den Öffentlichkeitsebenen, lassen sich auch unterschiedliche Akteure in der Öffentlichkeit differenzieren, die wiederum verschiedene Rollen in der Öffentlichkeit übernehmen können. Zwischen Akteur und Rolle muss deshalb unterschieden werden, da zwar Akteure ihre Rolle, als Sprecher oder Vermittler wechseln können, jedoch die Rolle des Publikums immer gleich bleibt. (vgl. Donges/Imhof 2001, S.109) Das Publikum kann als Kollektiv nicht zum Akteur werden, da es keine Organisationsstrukturen aufweist, sondern „dispers“ (vgl. Jäckel 2008, 218) ist.

Es lassen sich also drei Rollenkategorien unterscheiden, die in der Öffentlichkeit auftreten:

1. Sprecher: „Sprecher sind Angehörige kollektiver oder korporativer Akteure, die sich in der Öffentlichkeit zu bestimmten Themen zu Wort melden.“ (Donges/Imhof 2001, S.109) Demnach können Akteure auch aus mehreren Personen bestehen, wie zum Beispiel eine Organisation, Regierung etc., wobei sich die Sprecherrolle ebenfalls in spezifische Rollentypen unterteilen lässt. So unterscheidet Peters (1994, S.57f) zwischen *Repräsentanten*, *Experten*, *Advokaten* und *Intellektuellen*. Neidhardt (1994, S.14) fügt überdies noch den Rollentypen der *Kommentatoren* hinzu.

Im Einzelnen sind *Repräsentanten* Vertreter von Gruppierungen oder Organisationen, (wie Parteien, Interessensverbände, soziale Bewegungen etc.), die die „Kollektivpositionen“ nach außen tragen und der Öffentlichkeit vermitteln. (vgl. Peters 1994, S.57)

Experten sind Vertreter „spezialisierter Professionen oder wissenschaftlicher Disziplinen“, die in ihrem speziellen Raum über einen entsprechenden Ruf hinsichtlich ihrer fachlichen Kompetenz verfügen. Sie werden jedoch erst zu Experten, wenn ihre fachliche Kompetenz auch im öffentlichen Raum gefragt ist. (vgl. ebd.)

Advokaten besitzen keine „politische Vertretungsmacht“ (vgl. Neidhardt 1994, S.14), sondern vertreten soziale bzw. gesellschaftliche Gruppen, die nicht in der Lage sind, ihre Interessen adäquat zu äußern. Hierbei handelt es sich etwa um Kinder, geistig Behinderte oder benachteiligte Gruppen. Advokaten sind häufig Personen, die aufgrund ihrer Profession für soziale Probleme sensibilisiert sind, wie Sozialpädagogen, Therapeuten etc. (vgl. Peters 1994, S.57)

Intellektuelle sind nicht wie Repräsentanten oder Advokaten Vertreter von speziellen Gruppen, oder werden nicht wie Experten aufgrund ihres fachspezifischen Wissens zu öffentlichen Gutachtern, sondern haben ihre öffentliche Reputation häufig unabhängig von der politischen Öffentlichkeit erlangt. Dabei handelt es sich beispielsweise um Literaten, Künstler oder Wissenschaftler, die eine Rolle als „Zeitdeuter“ übernehmen, wobei sie sich hierbei häufig auf die allgemeine Vernunft beziehen, anstatt auf spezifisches Fachwissen. (vgl. Peters 1994, S.58)

Kommentatoren sind wiederum Journalisten, die sich über die Berichterstattung von öffentlichen Angelegenheiten und Aussagen von verschiedenen Sprechern hinaus, selbst mit ihrer eigenen Meinung zu bestimmten Themen öffentlich äußern. (Neidhardt 1994, S.14)

2. Vermittler: Als Vermittler treten vor allem Journalisten als Personen innerhalb eines Medienunternehmens auf. Dabei sind sie diejenigen, die soziale Entwicklungen auf allen Öffentlichkeitsebenen beobachten und thematisieren. (vgl. Dongs/Imhof 2001, S.109) Hier wird erneut die Orientierungsfunktion der Medien als Vermittler von öffentlichen Meinungen deutlich. Vor diesem Hintergrund scheint es deshalb besonders problematisch, wenn Neidhardt ein „Professionalisierungsdefizit“ des Journalistenberufs konstatiert, welches unter anderem aufgrund von mangelnder Akademisierung und klarer Qualifikationsregelungen bestehe. (vgl. Neidhardt 1994, S.11f) Überdies gibt es auf Ebene

der Medienunternehmen und deren Redaktionen erhebliche Unterschiede hinsichtlich ihrer Niveaus und Inhalte, die sich häufig auch in politischen Präferenzen (insbesondere in ihren jeweiligen redaktionellen Meinungselementen), sowie durch Abhängigkeiten von Marktstrategien äußern.

3. Publikum: Das Publikum ist eine „öffentlichkeitskonstituierende Bezugsgruppe“, die Adressat der öffentlichen Kommunikation von Sprechern und Medien ist. Ohne Publikum gäbe es demnach keine Öffentlichkeit. *„Dabei erscheint Publikum angesichts der Reichweite der Massenmedien potentiell als Gesamtheit der Bürger, verkörpert sich allerdings erst durch deren tatsächliche Beteiligung am öffentlichen Kommunikationsprozess, setzt also ein Mindestmaß an Aktivität voraus.“* (Neidhardt 1994, S. 12) Mit Bezug auf Dahrendorf (s.o.) besteht also das Publikum hauptsächlich aus passiven Öffentlichkeitsteilnehmern, wobei sie sich jedoch aktiv durch Interesse am öffentlichen Kommunikationsprozess beteiligen, indem sie Themen ihre Aufmerksamkeit schenken. Die Motivation sich dem öffentlichen Kommunikationsprozess zuzuwenden, schwankt je nach individuellen Publikumsbedürfnissen nach Orientierung hinsichtlich Themen, Sprechern und Medien, sowie je nach Bildung, Geschlecht, sozialem Hintergrund etc.. Darüber hinaus nennt Neidhardt drei allgemeine Merkmale, die jedes Publikum, aufgrund der prinzipiellen Offenheit von Öffentlichkeit, kennzeichnen (Neidhardt 1994, S.13).

Erstens je größer das Publikum ist, desto größer ist die Zahl der „Laien“ im Publikum, was bedeutet, dass sich Akteure der Öffentlichkeit bzw. Sprecher auf ein eingeschränktes Verständnisvermögen des Publikums einstellen müssen, um Botschaften erfolgreich zu vermitteln. (vgl. ebd.) Das kann zur Folge haben, dass aufgrund des Anspruchs an allgemeinem Verständnis, Themen und Ereignisse verkürzt dargestellt und ihren komplexen Prozessstrukturen, wie beispielsweise der Europapolitik, nicht genügend Rechnung getragen wird.

Zweitens ist das Publikum grundsätzlich heterogen und je nach Thema, Sprecher oder Medium zusätzlich variabel, weshalb es schwierig ist ein Publikum gezielt anzusprechen, da die Teilnehmer im Publikum unterschiedliche Präferenzen und Interessen haben.

Drittens kann dem Publikum aufgrund des geringen Organisationsgrads nur wenig Handlungsfähigkeit eingeräumt werden, abgesehen von individuellen Reaktionen im Publikum, die jedoch selten organisiert sind. (vgl. ebd.)

Schließlich lässt sich hinsichtlich der Öffentlichkeitsakteure und mit Bezug auf Dahrendorf feststellen, dass es nur wenig aktive Öffentlichkeitsakteure gibt, die öffentlich als Sprecher auftreten bzw. auf die Vermittlung ihrer Botschaften durch die Medien ange-

wiesen sind, um ein breites Publikum zu erreichen. Das Publikum beinhaltet dabei nur einen kleinen Teil von aktiven Öffentlichkeitsteilnehmern, jedoch einen viel größeren Teil von passiven Teilnehmern, die sich durch ihre individuellen Präferenzen unterscheiden und daher auch ihre Aufmerksamkeit auf unterschiedliche Weise erregt wird.

Der aktive Part der Passiven an der politischen Öffentlichkeit besteht also grundsätzlich erstmal durch Aufmerksamkeit gegenüber bestimmten Themen und Meinungen. Genauso heterogen wie die Publikumspräferenzen sind auch deren Meinungen, die wiederum durch die mediale Öffentlichkeit mitbestimmt werden können.

Jedoch stellt sich die Frage, inwiefern es der Politik möglich ist, die Aufmerksamkeit des Publikums zu erhalten, wenn nach Habermas, die heutige Öffentlichkeit hauptsächlich aus einem „kulturkonsumierenden“ Publikum besteht, es also ein Unterhaltungsbedürfnis zu erfüllen gilt. Diese Frage soll im Zuge der Auseinandersetzung mit Politainment näher beantwortet werden.

Nun sollen aber zunächst die normativen politischen Funktionen von Öffentlichkeit Beachtung finden.

2.5 Funktionen von Öffentlichkeit

Grundsätzlich lassen sich drei normative Funktionen von Öffentlichkeit benennen, welches Neidhardt mit Bezug auf Etzioni (1969) beschreibt. Öffentlichkeit wird als „[...]Kommunikationssystem betrachtet, in denen Meinungen und Themen [...] gesammelt (**Input**), [...] verarbeitet (**Throughput**) und [...] weitergegeben (**Output**) werden.“ (Neidhardt 1994, S.8 [Herv. v. IR])

Diese drei Ebenen erfüllen im Einzelnen folgenden Funktionen (vgl. ebd. S.8f):

Input: Hier sollte dem Prinzip der Offenheit für alle gesellschaftlichen Gruppen und deren Themen und Meinungen genüge getragen werden, damit Öffentlichkeit ihre „**Transparenzfunktion**“ erfüllen kann. Dies müsste aber prinzipiell bedeuten, dass jede Person aus der Bevölkerung die Möglichkeit hat ihre Meinung kund zu tun, was jedoch recht utopisch scheint.

Throughput: Auf dieser Prozessebene spielt die Diskursivität, mit der Öffentlichkeitsakteure die Meinungen und Themen von anderen behandeln sollen, eine entscheidende Rolle. Dabei ist es vor allem notwendig, dass Öffentlichkeitsakteure ihre eigenen Meinungen und Themen revidieren, wenn der Druck von Argumenten anderer groß wird. Über das Diskursivitätsprinzip kann öffentliche Kommunikation eine „**Validierungsfunktion**“ übernehmen.

Output: Wenn Öffentlichkeitsakteure öffentliche Kommunikation nach diskursiven Prinzipien verfolgen und damit das Publikum überzeugen, kann darüber die „öffentliche

Meinung“ gebildet werden. In diesem Fall kann öffentliche Kommunikation eine „**Orientierungsfunktion**“ leisten. Voraussetzung ist dabei die Aufmerksamkeit des Publikums, die durch den Output der Öffentlichkeitsakteure erregt werden muss.

Bei Einhaltung dieser Prinzipien kann also eine gute politische Öffentlichkeit gewährleistet werden, wobei hier allerdings schon von vornherein klar wird, dass die Erfüllung dieser Normen in der Realität nur kaum bzw. begrenzt erfolgt. Dennoch finden sich diese Öffentlichkeitsfunktionen auch in normativen Demokratiemodellen, allerdings im unterschiedlichen Ausmaß.

3. Demokratie und Öffentlichkeit

3.1. Systemtheoretisches Spiegelmodell

Dieses Modell, das auf den systemtheoretischen Überlegungen von Niklas Luhmann basiert, wird hinsichtlich seiner normativen Forderungen an politische Öffentlichkeit als wenig „anspruchsvoll“ betrachtet. (vgl. Neidhardt 1994, S.9) Die wesentliche normative Funktion von Öffentlichkeit „besteht in der Ermöglichung der Beobachtung der Gesamtgesellschaft durch die Gesellschaft, in der Ermöglichung von Selbstbeobachtung.“ (Gerhards 1994, S.87)

Diese Selbstbeobachtung wird durch die Massenmedien realisiert, die das „Beobachtungssystem der Gesellschaft insgesamt“ darstellen und ihre Beobachtung der Gesellschaft zur Selbstbeobachtung bereitstellen. (vgl. ebd.) Grundsätzlich hat das Spiegelmodell jedoch nur den Anspruch, dass Öffentlichkeit gegenüber allen Themen und Meinungen offen sein, also primär die *Transparenzfunktion* erfüllen soll. Denn das Meinungs- und Themenspektrum, welches über die Massenmedien verbreitet wird, soll einen Spiegel der Gesellschaft darstellen, wodurch wiederum die „Inklusion der Bürger in die Gesellschaft“ hergestellt werden kann.

Auf Basis der Beobachtung der medialen Öffentlichkeit können politische Akteure einerseits die relevanten gesellschaftlichen Themen und Meinungen herauslesen und darüber hinaus die Positionen der anderen Akteure berücksichtigen, um ihr eigenes politisches Handeln einem breitem Publikum plausibel zu machen, da sie der Legitimation der Bürger bedürfen. (vgl. Donges/Imhof 2001, S.111f)

Die Auffassung, dass Öffentlichkeit ein Beobachtungssystem der Gesellschaft darstellt und „gleich einem Monitor, die von den Bürgern gewählten Vertreter und deren Konkurrenten in ihren Kommunikationsangeboten abbildet“ (vgl. Gerhards 2002, S.138) findet sich auch im *repräsentativ-liberalen Demokratiemodell* von Öffentlichkeit. Die Abbildung bzw. der Spiegel der Meinungen und Themen der politischen Eliten in der medialen Öffentlichkeit ermöglicht schließlich die Kontrolle und die Kritik an den politischen Entscheidungsträgern. Auf Basis dessen legitimieren die Bürger schließlich in ihrer Wahlentscheidung die momentanen Herrschaftsträger bzw. entziehen ihnen ihr Vertrauen.

Demnach erfüllt die politische Öffentlichkeit im repräsentativ-liberalen Demokratiemodell in erster Linie die Funktion die Herrschaftsträger, deren Konkurrenten und andere Akteure zu beobachten, damit die Bürger eine fundierte Wahlentscheidung treffen können.

Im Sinne des repräsentativ-liberalen Demokratiemodells „*besteht eine gute Öffentlichkeit aus Kommunikationen gewählter Repräsentanten der Bürger, die miteinander um die Zustimmung der Bürger konkurrieren, indem sie ihre Positionen und Meinungen formulieren.*“ (Gerhards 2002, S.139) Das Ziel von Öffentlichkeit in diesem Demokratiemodell besteht also hauptsächlich in der Ermöglichung der Legitimation von

modell besteht also hauptsächlich in der Ermöglichung der Legitimation von Politik und ihren Vertretern durch Bereitstellung von Beobachtungen der politischen Meinungen und Themen, wobei die „dauerhafte Beobachtung der Politik durch die Bürger“ allein den Massenmedien möglich ist (vgl. ebd., S.138)

Politische Öffentlichkeit beinhaltet in diesem Verständnis nur die kommunikativen Handlungen der politischen Elite und erfüllt ihre Funktion, indem sie diese beobachtet und transparent macht. (vgl. Neidhard 1994; Gerhards 2002) Die Massenmedien ermöglichen also den Input von Meinungen und Themen. Der Output ist dann schließlich die Legitimation der Politik durch die Bürger in Form der Wahlentscheidung. Die Validierung von Meinungen und Themen durch einen öffentlichen Diskurs findet in diesem Modell also keine Beachtung, jedoch im folgenden normativen Modell.

3.2. Deliberatives (diskursives) Modell

In Bezug auf die normativen Anforderungen an politische Öffentlichkeit geht das deliberative Öffentlichkeitsmodell deutlich weiter, weil es sowohl Transparenz, als auch Validierung und Orientierung als Funktion von Öffentlichkeit einfordert. Zudem wendet es sich von der repräsentativ-liberalen Vorstellung ab, dass die Öffentlichkeit allein durch die Akteure der politischen Elite bestimmt wird.

„Eine gute Öffentlichkeit im Sinne des deliberativen Modells umschließt [...] die bürger-nahen Gruppierungen der Zivilgesellschaft, sie wird auf Basis von Argumenten und im Dialog miteinander geführt.“ (Gerhards. 2002. S.139)

Zu einem prominenten Vertreter des deliberativen Öffentlichkeitsmodells gehört Jürgen Habermas, der zwischen einer *vermachteten* Öffentlichkeit, die allein durch die politischen Eliten beherrscht wird und einer *autochthonen* Öffentlichkeit unterscheidet, die sich durch den Diskurs konstituiert. (vgl. ebd.) Habermas betont also die Bedeutung der Einbeziehung der öffentlichen Meinungen, die ihren Ursprung nicht auf Ebene der politischen Eliten haben. *„Die demokratisch verfasste Meinungs- und Willensbildung ist auf Zufuhr von informellen öffentlichen Meinungen angewiesen, die sich idealerweise in Strukturen einer nicht-vermachteten politischen Öffentlichkeit bilden.“* (Habermas 1998, S.375) Damit wird gezeigt, dass dieses Modell im Gegensatz zum repräsentativ-liberalen Öffentlichkeitsmodell auch einen weitergehenden Transparenzanspruch an Öffentlichkeit fordert, da er mit Offenheit gegenüber Meinungen und Positionen auch jene aus Ebenen einbezieht, die nicht politisch institutionalisiert sind.

Damit Öffentlichkeit die Validierungsfunktion erfüllen kann, fordert das deliberative Öffentlichkeitsmodell den Diskurs. dabei spielt nicht nur eine Rolle „Wer“ kommuniziert, sondern vor allem „Wie“ kommuniziert wird. (vgl. Gerhards 2002, S.139) Während die Öffentlichkeit auf der Input-Ebene vor allem offen für jeden sein soll, besteht auf der

Throughput-Ebene der Anspruch, dem „Kriterium der Diskursivität“ zu genügen. Das heißt die Argumente aller Akteure sollen miteinander in Bezug gesetzt werden, wobei das Argument allein nicht ausreicht: Denn die Begründbarkeit von Argumenten ist ein wesentlicher diskursiver Anspruch, da nur so „Behauptungen, Forderungen, Urteile und Empfehlungen“ „Akzeptabilität“ erlangen oder widerlegt werden können. (vgl. Peters 1994, S.65)

Ziel dieses diskursiven Prozesses ist als Output politische Entscheidungen zu generieren, die auf einem „diskursiv geprüften“ Konsens beruhen (vgl. Gerhards 2002, S.139), der die öffentliche Meinung einschließt die außerhalb der politischen Eliten, also in informellen bürgernahen zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeiten anzutreffen sind.

3.2.1 Schwierigkeiten einer deliberativen Öffentlichkeit

Das Verständnis von Öffentlichkeit im deliberativen Demokratiemodell ist jedoch nur schwer realisierbar, worauf Peters (1994) in seiner kritischen Auseinandersetzung mit diesem Modell hinweist. So macht er darauf aufmerksam, dass die Forderung nach Offenheit gegenüber und Gleichheit aller Akteure im öffentlichen Diskurs kaum erfüllt wird, da die modernen gesellschaftlichen Strukturen automatisch zu einer Einschränkung führen. Es sei daher zwangsläufig, dass es in großen Öffentlichkeiten nur einen kleinen Teil von Sprechern im Verhältnis zu Größe des Publikums gibt. Gesellschaftliche Gruppen und Minderheiten sind daher auf Repräsentanten angewiesen, wobei Peters auch den Anspruch vertritt, dass alle eine „Artikulationschance“ haben müssen. (vgl. Peters 1994, S.59) Aufgrund der Aufmerksamkeitsknappheit im öffentlichen Raum, die eine Grundannahme in modernen Theorien zur Öffentlichkeit, Demokratie und Massenkommunikation darstellt⁷, stehen die gesellschaftlichen Probleme und deren verschiedene Lösungsansätze im Wettbewerb zueinander, wobei die Relevanz dieser Probleme im öffentlichen Diskurs geprüft werden muss. (vgl. Peters 1994, S.59ff)

„Öffentlichkeit muss sensibel genug sein, um die wichtigen Probleme zu identifizieren, und sie muss die Kapazität haben, die relevanten Themen dann auch verständig zu behandeln.“ (ebd. S.61) Die Knappheit an Aufmerksamkeit in der Gesamtöffentlichkeit, kann zwar durch Differenzierung des Publikums in Teilöffentlichkeiten, die bestimmten Themen Aufmerksamkeit schenken, abgeschwächt werden. Im Zuge der zunehmenden Komplexität der modernen Gesellschaften ist es jedoch nicht nur schwierig die Aufmerksamkeit auf ein bestimmtes Thema, aus dem Pool an unterschiedlichen Themen, zu lenken, sondern die gestiegene Komplexität, die „weitreichenden Interdependenzen“

⁷ Dazu v.a. „Ökonomie der Aufmerksamkeit“ von Georg Franck (1998 nicht im Literaturverzeichnis!): Er beschreibt die Aufmerksamkeit der Menschen als knappe Ressource, die beispielsweise im Hinblick auf die Werbewirtschaft als wertvolles Kapital gesehen werden kann. Die Konkurrenz um die Aufmerksamkeit herrscht jedoch auch auf politischer Ebene.

von Sachverhalten, erfordert von den Individuen umfassendere Kompetenzen, um die öffentlichen Angelegenheiten auch verstehen zu können. (vgl. ebd. S.61f)

Nun sind nicht nur die Sprecherrollen in der Öffentlichkeit „asymmetrisch“ verteilt, sondern auch das Wissen. Deshalb sind „spezialisierte Kommunikationsrollen“ insbesondere in den Massenmedien erforderlich (vgl. ebd. S.59). Journalisten müssen also in der Lage sein, die komplexen Sachverhalte zu verstehen und diese obendrein verständlich vermitteln können. Bei fehlenden Kompetenzen bzw. Interesse (Stichwort: „kulturkonsumierendes Publikum“) des Publikums sich mit komplexen Sachverhalten auseinanderzusetzen, scheint Komplexitätsreduktion von Themen durch die Öffentlichkeitsakteure in der massenmedialen Kommunikation als logische Konsequenz.

Die Zunahme an Sachverhalten, die der kollektiven Verantwortlichkeit zugeschrieben werden und die begrenzte Aufmerksamkeitskapazität des Publikums macht obendrein die Selektion notwendig, die aufgrund der Vielzahl von Themen sehr restriktiv ausfällt (vgl. Peters 1994, S. 61f), was wiederum in Diskrepanz zu generellen Offenheit für die Themen aller gesellschaftlichen Gruppen steht. Nach welchen Selektionsmustern Themen ausgewählt werden und wie die Aufmerksamkeit gelenkt wird, dazu gibt es verschiedene Theorien, die an anderer Stelle näher beleuchtet werden sollen.

Der Konsens als Ziel öffentlicher Debatten ist als Ideal in einer autochthonen Öffentlichkeit, in der pluralistischen Gesellschaft nur schwer realisierbar, weshalb der Kompromiss als Output von Öffentlichkeit genügen muss, wobei auch hier Regeln und Grundsätze für eine demokratische Entscheidungsfindung gelten müssen:

„Einen empirischen Bezug gewinnt der Begriff einer deliberativen Politik erst dann, wenn wir der Vielfalt der Kommunikationsformen Rechnung tragen, in denen sich ein gemeinsamer Wille nicht nur auf dem Wege der *ethischen Selbstverständigung* bildet, sondern auch durch Interessensausgleich und *Kompromiß*, durch *zweckrationale* Mittelwahl, *moralische Begründung* und *rechtliche* Kohärenzprüfung.“ (Habermas 1997, S.284 [Herv. im Orig.])

Der Aushandlungsprozess der Kompromisse und die Mittel zu Verwirklichung müssen also begleitet sein durch Argumente, die sich auf moralischen Grundsätze (wie z.B. „universale Menschenrechte“) stützen und weiters durch die herrschende Rechtsordnung legitimiert werden können. Dabei ist die „kollektiv handelnde Bürgerschaft“ nicht mehr notwendige Bedingung für die Umsetzung einer deliberativen Politik, so Habermas, sondern die Institutionalisierung von Kommunikationsbedingungen für eine deliberative demokratische öffentliche Meinungsbildung.

Die Diskurstheorie geht in diesem Sinne von einer „*höherstufigen Intersubjektivität* von Verständigungsprozessen aus, die sich einerseits in der institutionalisierten Form von Beratungen in parlamentarischen Körperschaften sowie andererseits im Kommunikati-

onsnetz politischer Öffentlichkeiten vollziehen.“ (Habermas 1997, S.288 [Herv. im Orig.]) Auf diese Weise werden Arenen gebildet, in denen die Meinungs- und Willensbildung über „gesamtgesellschaftlich relevante Themen und regelungsbedürftige Materien“ auf möglichst rationaler Ebene stattfinden. (vgl. ebd.)

„Die informelle Meinungsbildung mündet in institutionalisierte Wahlentscheidungen und legislative Beschlüsse, durch die die kommunikativ erzeugte Macht in administrativ verwendbare Macht transformiert wird.“ (vgl. ebd.)

In diesem Verständnis von Demokratie muss Solidarität als wichtige Säule für Integration und Steuerung in der modernen Gesellschaft gestärkt werden, um sich gegen die zwei anderen Säulen, nämlich Geld und administrative Macht, behaupten zu können. Dazu braucht es eine Zivilgesellschaft, die wiederum „soziale Grundlage autonomer Öffentlichkeiten“ ist.

„Die sozial integrative Gewalt der Solidarität [...] soll sich über weit ausgefächerte autonome Öffentlichkeiten und rechtstaatlich institutionalisierte Verfahren der demokratischen Meinungs- und Willensbildung entfalten [...]“ (Habermas 1997, S.289)

Auch wenn das normative Modell einer diskursiven Öffentlichkeit, wie durch Peters (s.o.) dargelegt werden konnte, von der realen Situation oft abweicht, so kann gerade dies im Zusammenhang mit der Frage nach einer europäischen Öffentlichkeit aufgegriffen werden, um die etwaigen Defizite bzw. Errungenschaften diesbezüglich lokalisieren zu können.

Grundsätzlich kann das deliberative Öffentlichkeitsmodell vor allem auch dahingehend nutzbar gemacht werden, indem nach der Offenheit gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteuren im öffentlichen Diskurs gefragt wird, da dies nach Habermas ein wichtiger Indikator für eine deliberative Öffentlichkeit ist. Denn die zivilgesellschaftlichen Akteure, also die „autochthonen“ Akteure greifen oft Probleme auf, die in der politischen Öffentlichkeit selbst nicht als solche thematisiert werden, jedoch für die Bevölkerung von Bedeutung sind. So kann beispielsweise durch Protestbewegungen Aufmerksamkeit in der breiten Öffentlichkeit für solche Themen geschaffen werden. (vgl. Imhof 2011, S.95)

Im Folgenden soll nun ein weiteres Modell von Öffentlichkeit betrachtet werden, das den Einfluss und die Zirkulation von Themen und Akteuren in der politischen Öffentlichkeit in den Blick nimmt.

3.3. Arenentheoretisches Modell

Im Arenenmodell laufen die bisher gehörten Annahmen zur Öffentlichkeit nun zusammen. Öffentlichkeit wird als ein *Netzwerk* von Kommunikationsflüssen verstanden, die in funktional, segmentär und stratifikatorisch differenzierten Arenen zusammenfließen und

durch „nicht abreiende Wellen von Kommunikationsereignissen miteinander verbunden sind.“ (Tobler 2006, S.109; vgl. Imhof 2011, S.90f; Habermas 1998, S.435) Die Öffentlichkeit ist also in Arenen gegliedert, wobei die Bereiche Politik, Ökonomie und Medien zu den zentralen Handlungssystemen gehören, deren Akteure neben Akteuren aus anderen Teilsystemen, wie Wissenschaft, Religion und Kunst, sowie den nicht-etablierten Akteuren aus der Zivilgesellschaft (soziale Bewegungen und Protestparteien) in der Öffentlichkeit um Aufmerksamkeit konkurrieren. (vgl. Imhof 2011, S.90f)

In der Öffentlichkeit vollziehen sich also ständig Prozesse, die durch Input, Throughput und Output gegliedert sind. Diese Prozesse durchdringen dabei die verschiedenen Ebenen der Öffentlichkeit in Form von Anschlusskommunikation an die öffentlichen Kommunikationsereignisse, die je nach Öffentlichkeitsebene einen unterschiedlichen Grad an Professionalisierung und Nachhaltigkeit der Kommunikation aufweisen können. (vgl. ebd.) Die Medienebene stellt neben der Encounter- und Versammlungs- bzw. Organisationsebene nur ein Teilsystem dar, das jedoch auf öffentliche Kommunikation spezialisiert ist. Durch die Medien wird Kommunikation erst dauerhaft und gesellschaftsweit beobachtbar, weshalb die Themen der Medienarenen einen wichtigen Einfluss auf die öffentliche Meinung haben. *„Insbesondere ermöglichen die Leitmedien gesellschaftliche Resonanz, indem sie Kommunikationsereignisse aus den Kommunikationsflüssen und Arenen aufnehmen, kanalisieren und auslösen.“* (Imhof 2011, S.92)

Die Medien sind somit eine wichtige Schnittstelle zwischen Arenenakteuren und Publikum, der aktiven und passiven Öffentlichkeit (vgl. Dahrendorf 2005), weshalb vor allem in der Medienöffentlichkeit, also den Medienarenen „themenspezifische Diskurse“ stattfinden, wobei die verschiedenen Akteure, wie Regierung, Parteien, Interessengruppen oder soziale Bewegungen mit ihren Darstellungen und Meinungen zunächst um die Aufmerksamkeit und dann um die Gunst des Publikums kandidieren, mit dem Ziel sich schließlich gegen die anderen Diskursteilnehmer durchzusetzen. Die themenspezifischen Kommunikationsforen bestehen somit sowohl aus der Arena sowie der Galerie also dem Publikum, das über den Erfolg der Arenenakteure entscheidet. (vgl. Gerhards/Neidhardt 1991, S.57f) Die Medienakteure, insbesondere die Journalisten können dabei zwei verschiedene Rollen einnehmen: Zum einen die Rolle des Vermittlers und zum anderen die Rolle des Kommunikators bzw. Sprechers. (vgl. Neidhardt 1994, S.14)

Wie bereits angesprochen, haben die Medien einen maßgeblichen Einfluss auf die Auswahl der Themen, die auf der Medienebene vermittelt werden. Diese Auswahl erfolgt nach verschiedenen Prinzipien, wobei es in der Kommunikationswissenschaft verschiedene Forschungsansätze dazu gibt, die später noch betrachtet werden.

Grundsätzlich lässt sich die medienvermittelte öffentliche Kommunikation als „selbstrefe-

renziell und redundant“ beschreiben, weil sie durch eine gegenseitige Beobachtung der einzelnen Leitmedien geprägt ist, die sich wiederum hinsichtlich „ihrer Offenheit gegenüber Binnenarenen der Handlungssysteme sowie den regionalen, nationalen oder transnationalen Kommunikationsflüssen und Arenen“ unterscheiden. (Imhof 2011, S.93) Somit müsste auch die Offenheit gegenüber europapolitischen Themen in den verschiedene Medien je nach Ausrichtung abweichend sein.

Diese Ausrichtung erfolgt nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Marktorientierung der heutigen Medienunternehmen, die sich an unterschiedliche Zielgruppen wenden. So sind Medienunternehmen neben politischen und wirtschaftlichen Institutionen und Organisationen ebenfalls Akteure, die die öffentliche Kommunikation entscheidend beeinflussen und in einem gegenseitigen Beobachtungs- und Abhängigkeitsverhältnis stehen:

Das Verhältnis von Medienarenen und politischen Arenen ist besonders wesentlich, da sie gemeinsam essentiell für die politische Öffentlichkeit sind, da sich die Akteure der politischen Institutionen und Organisationen über die Medien an das „Staatsbürgerpublikum“ richten. Ein besonders offenes Verhältnis besteht zwischen der parlamentarischen Arena und den Leitmedien, da diese *„von den Strukturierungsleistungen der deliberativen Verfahren im Parlament profitieren, während die Binnenarena des politischen Systems mit Problematisierungen versorgt wird, die in der Medienarena besonders hohe Resonanz erreichen.“* (Imhof 2011, S.94)

Die Relevanzstrukturen der Medien dienen somit auch den politischen Akteuren als Indikator für die Probleme, die in der Bevölkerung bzw. in der breiten Öffentlichkeit als solche identifiziert werden. Medien prägen somit schließlich gleichzeitig die Relevanzstrukturen des aktiven und passiven Publikums.

Neben der politischen Arena sind aber auch die Akteure des Wirtschaftssystems, wie Unternehmen, Börsen und Wirtschaftsverbände, auf öffentliche Kommunikation angewiesen, da auch sie um Aufmerksamkeit und Image kämpfen. „Kommunikationsadressat ist neben den Mitarbeitern, den Kapitaleignern und Analysten in der Regel das nach Kaufkraft-, Bildungs- und Lebensstilgruppen gegliederte Publikum in einer Konsumentenrolle.“ (ebd.) Unternehmen nutzen also die Medienarena um potentielle Konsumenten zu erreichen und mit Hilfe von PR- oder Marketing-Agenturen an ihrer Reputation zu arbeiten. Gerade bei einem Imageschaden müssen sich Unternehmen mit ihrer öffentlichen Kommunikation an politische Akteure und das Staatsbürgerpublikum richten, um diesem Schaden entgegenzuwirken. (vgl. ebd.)

Die Medien selbst befinden sich aus dieser Sicht in einem besonders starken Spannungsverhältnis zwischen ihrer Funktion als Beobachter der Gesellschaft und den ökonomischen Zwängen denen sie als Medienunternehmen ebenso ausgesetzt sind, wie

andere Unternehmen des Wirtschaftssystems. So konstatiert Imhof, dass sich die Medienunternehmen vorwiegend an ein nach Kaufkraft, Bildung und Lebensstil differenziertes Publikum wenden, das sie vor allem in ihrer Medienkonsumentenrolle ansprechen. (Imhof 2011, S.95)

„Die politische Öffentlichkeit wird maßgeblich durch das historisch variable Interdependenzverhältnis der auf Publizität angewiesenen Institutionen und Organisationen aus Politik, Medien und Wirtschaft generiert.“ (Imhof 2011, S.95)

Von diesen etablierten Öffentlichkeitsakteuren bzw. Organisationen sind die nicht-etablierten Akteure der Zivilgesellschaft zu unterscheiden, die vor allem als soziale Bewegungen und Protestparteien für mediale Aufmerksamkeit sorgen und meist unabhängig von politischen und wirtschaftlichen Machtstrukturen agieren.

Darüber hinaus können Akteure aus den „semiautonomen Handlungsbereichen“, also Wissenschaft, Religion und Kunst, differenziert werden, die sich als Intellektuelle, Experten oder Advokaten (s. Kapitel 1.4.) für ihre spezifischen Handlungssysteme in der Öffentlichkeit äußern. Sie unterscheiden sich dabei von der politischen Arena insbesondere dadurch, dass sie sich auf „je eine Einstellung zur Welt konzentrieren“, wohingegen in der „politischen Öffentlichkeit stets alle Weltbezüge Geltung beanspruchen“. Vor allem durch die Geltungsansprüche der Wahrheit, Wahrhaftigkeit und normativer Richtigkeit mit denen diese Teilsysteme an Problemlösungen herangehen, stellen sie der Gesellschaft ein „institutionell stabilisiertes Reflexionswissen“ bereit. (vgl. Imhof 2011, S. 95ff) So stoßen insbesondere in Krisenzeiten die Ansichten von Intellektuellen auf „politisch relevante Resonanz“, da in diesen Umbruchphasen das Orientierungsbedürfnis in der Gesellschaft besonders hoch ist. (vgl. Imhof 2011, S.97)

Aber auch autonome Öffentlichkeiten, die bestimmte religiöse, ethnische oder politische Weltanschauungen vertreten, die in stabilen Phasen nicht auf eine breite öffentliche Resonanz stoßen, können in Krisen- und Umbruchsphasen von etablierten oder nicht-etablierten Akteuren aufgegriffen werden. (vgl. ebd.) Es handelt sich dabei um „fundamentaloppositionelle Gruppen“, deren Weltansichten in den gegenwärtigen Gesellschaftsmodellen keine Berücksichtigung gefunden haben und die sich durch soziale Bewegungen und Proteste Aufmerksamkeit verschaffen, die, wie gesagt, in gesellschaftlichen Umbruchphasen auf besondere Offenheit stoßen. (vgl. Imhof 2011, S.263ff) Zu diesen Umbruchphasen gehört unter anderem auch die Neuordnung von Gesellschaftsstrukturen innerhalb des Nationalstaates. Die Kompetenzsteigerung der Europäischen Union bei gleichzeitiger Abgabe von nationalstaatlichen Souveränitäten, kann als eine solche Neuordnung gesehen werden.

Demnach haben autonome Öffentlichkeiten in Krisenzeiten besondere öffentliche Resonanzerwartungen, was prinzipiell im Sinne des deliberativen Öffentlichkeitsmodells ist, weil dadurch auf soziale Problem aufmerksam gemacht werden kann, die von den eta-

blierten politischen Institutionen und Organisationen nicht als solche identifiziert werden. Problematisch wird die Resonanz und darüber hinaus die breite öffentliche Zustimmung für zuvor „peripherisierte Weltinterpretationen“ (vgl. Imhof 2011, S.267) dann, wenn sie Positionen einnehmen, die beispielsweise mit den allgemeinen Menschenrechten kollidieren, worunter u.a. Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit oder Unterdrückung und Marginalisierung aufgrund des Geschlechts oder von religiösen, sexuellen oder politischen Orientierungen fallen.

Insbesondere der Bedeutungsverlust des Nationalstaates im Zuge des Integrationsprozesses in der Europäischen Union könnte also verstärkte Resonanz für nationalistische Sichtweisen in der Bevölkerung zu Folge haben, was bei der Auseinandersetzung mit dem Globalisierungskonzept noch genauer betrachtet werden soll.

Grundsätzlich kann das arenentheoretische Modell für diese Untersuchung nutzbar gemacht werden, weil analysiert werden kann, in welchem Maße nicht-etablierte Akteure aus der Zivilgesellschaft und Vertreter der semiautonomen Handlungssysteme, also Wissenschaft, Religion und Kunst in der medienvermittelten Öffentlichkeit im Gegensatz zu etablierten Akteuren aus Politik, Wirtschaft den Medien selbst (als Kommentatoren) in Bezug auf bestimmten Themen zu Wort kommen und inwieweit sie den diskursiven Anforderungen einer deliberativen Öffentlichkeit genügen.

Es gilt jedoch zu beachten, dass die bisher diskutierten demokratietheoretischen Öffentlichkeitsmodelle sich auf die Gesellschaftsstrukturen innerhalb eines Nationalstaates beziehen, dessen Teilssysteme ungleichartig aber prinzipiell gleichrangig und schließlich nur funktional differenziert sind. Hier übernehmen die Massenmedien als spezialisierte Organisationen die Beobachtung aller Teilsysteme und sorgen durch die öffentliche Bereitstellung dieser Beobachtungen für Sozialintegration. (Wessler 2004, S.13ff) Das Mediensystem ist also, neben Politik und Wirtschaft, ebenso ein gleichrangiges aber funktional differentes Teilsystem.

Die Europäische Union ist dagegen ein segmentär differenziertes System, welches aus strukturell gleichartigen Gesellschaften, den Nationalstaaten besteht, die über ein System der Interessensabstimmung ihre Gleichrangigkeit gewährleisten. (Wessler 2004, S.15) Dieser strukturelle Unterschied zu den nationalstaatlichen Systemen führt auch zu veränderten Integrationsanforderungen und -problemen, die nicht einfach durch „die Ausdifferenzierung eines zusätzlichen Teilsystems gleichen Typs“ lösbar sind. (vgl. ebd.)

Denn während das nationalstaatliche Mediensystem für die Integration aller Teilsysteme und damit zur Herstellung von Öffentlichkeit maßgeblich beiträgt, würde dies auf

europäischer Ebene bedeuten, dass sich eine „*pan-europäischen Öffentlichkeit*, hergestellt durch europäische Medien, die sich an ein transnationales Publikum in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wenden“ entwickeln müsste, was jedoch als unwahrscheinlich bewertet wird. (vgl. Eilders/Voltmer 2003, S.251 [Herv. im Orig.])

Auf die Möglichkeiten der europäischen Öffentlichkeit soll an späterer Stelle eingegangen werden. Zunächst wird nun das Verhältnis von Medien und Politik näher betrachtet, da für diese Arbeit vor allem die politische Kommunikation auf EU-Ebene von Bedeutung ist, weshalb es notwendig erscheint die grundsätzlichen Wechselwirkungen zwischen diesen beiden Teilsystemen zu erwähnen, um besser beurteilen zu können wie politische Berichterstattung zustande kommt.

4. Medien und Politik

„Die für die demokratische Gesellschaft so zentrale Bereitstellung von Themen für die öffentliche Kommunikation wird im Zusammenspiel von Politik und Medien realisiert.“ (Donges/Jarren 2001, S.421) Dabei gibt es verschiedene Auffassungen darüber, in welchem Verhältnis diese beiden Teilsysteme zueinander stehen.

4.1 Paradigmen der Wechselbeziehung von Medien und Politik

Es lassen sich drei Paradigmen unterscheiden mit denen das komplexe Verhältnis zwischen Politik und Medien erklärt wird: *Gewaltenteilung*, *Instrumentalisierung*, sowie *Interdependenz/Symbiose*. (vgl. Donges/Jarren 2001, S.423)

Im Gewaltenteilungsparadigma wird das Mediensystem innerhalb der Demokratie oft als 4. Gewalt im Staat bezeichnet. Medien fungieren als Kontrollinstanz gegenüber der Legislative, Judikative und Exekutive und stellen somit selbst eine politische Institution dar. (vgl. Karmasin 2006, S.106; vgl. Donges/Jarren 2001, S.421) Um jedoch diese Kritik- und Kontrollfunktion gegenüber gesellschaftlichen Vorgängen erfüllen zu können, wird nicht nur die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Medien vorausgesetzt, sondern auch, dass zwischen den beiden Teilsystemen Politik und Medien „Autonomie und Distanz“ herrscht. (vgl. Donges/Jarren 2001, S.421)

Dass jedoch Medien und Politik beide keine autonomen Teilsysteme sind, sondern ein starkes Dominanz- und Abhängigkeitsverhältnis vom einem zum anderen System besteht, wird von Vertretern der *Instrumentalisierungstheorie* konstatiert. Dabei werden zwei Steuerungsflüsse unterschieden: Zum einen gibt es die These von der „Übermacht“ der Medien gegenüber der Politik, wonach die Medien und insbesondere das Fernsehen enormen Einfluss auf politische Akteure und Institutionen haben, da sie auf die Präsenz in den Medien angewiesen sind. (vgl. ebd.)

„Politik wird zu einem permanenten Ausloten latenter Emotionen und zu mobilisierender Stimmungslagen bzw. zum professionellen Emotions- und Affektmanagement, d.h. die politische Entscheidungslogik wird durch eine Logik des Marketings ersetzt.“ (Filzmaier 2006, S.45)

Aufgrund der Orientierung der Politik an der Medienlogik konstatieren Vertreter dieser Instrumentalisierungstheorie, dass Medien selbst zu einer politischen Macht geworden sind, da sie nicht nur auf Politik reagieren würden, sondern selbst das politische System beeinflussen.

Dieser Auffassung widerspricht die These von der „Übermacht der Politik“, die unter der zunehmenden Professionalisierung der politischen Kommunikation, wie Filzmaier (s.o.) sie beschreibt, eine Einflussnahme der Politik auf die Medien versteht. Der Versuch des

politischen Systems durch professionalisierte Kommunikationsstrategien die Bürger zu überzeugen wird maßgeblich über die Medien vermittelt, die somit durch die Politik instrumentalisiert werden. (vgl. Donges/Jarren 2001, S.442)

Diese beiden konträren Ansätze der Instrumentalisierung sind jedoch recht einseitig und vermögen das komplexe Verhältnis von Mediensystem und politischen System nicht ausreichend abzudecken. Wenngleich Versuche gegenseitiger Instrumentalisierung nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden können, so geht die vorherrschende publizistische Sichtweise von einer zunehmenden Symbiose und Interdependenz von Politik und Medien aus. (vgl. Saxer 1998, S.36)

„Die Politik ist auf die Medien angewiesen, um sich zu artikulieren, zu vermitteln und um Akzeptanz zu werben. Die Medien brauchen die Politik um ihre Tagesagenda zu ‚füttern‘ und zu gestalten.“ (Meckel 2003, S.68)

Es handelt sich also um ein Wechsel- bzw. Abhängigkeitsverhältnis, das Meckel hier beschreibt und das von Beyme (1994, S.324) als *„generalisierten politischen Tausch“* bezeichnet. So korrespondiert das Informationsinteresse der Journalisten, mit dem Publizitätsinteresse der Politiker, die sich gegenseitig für die Realisierung ihrer Interessen benötigen. Dieses oftmals symbiotische Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern wird jedoch nicht auf der öffentlichen „Vorderbühne“ ausgetragen, sondern im Hintergrund gehalten. Stattdessen wird auf der Vorderbühne Distanz und Autonomie zwischen Journalismus und Politik postuliert. (vgl. Saxer 1998, S.36)

Von Beyme beschreibt diese *symbiotischen Beziehungen* als ad hoc und nicht einseitig verfestigt, sondern unterschiedlich ausgeprägt. Während zum Beispiel die Politik vor allem gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk Sanktionsmöglichkeiten besitzt, können Politiker kaum auf die Berichterstattung der Printmedien Einfluss nehmen, sofern nicht gegen das Presserecht verstoßen wird. (Von Beyme 1994, S.324)

Darüber hinaus können weder das politische noch das Mediensystem isoliert betrachtet werden, da sie auch unter anderweitigen Einflussfaktoren stehen. So wird die zunehmende Kommerzialisierung der Medienunternehmen beobachtet, die sich aufgrund des ökonomischen Drucks vermehrt am Publikumsinteresse und an den Interessen der Werbewirtschaft orientieren. Aus dieser Perspektive wird die politische Kommunikation zu einem risikoreichen Feld, da sie aufgrund der Medienlogik nur schwer steuerbar und einschätzbar für die Politik ist. Doch gilt dies ebenso für die Medien, die durch die ökonomischen Zwänge anfällig für politischen Druck sein können, der sich unter anderem durch Anzeigenboykott oder Interviewverweigerung äußern kann. (vgl. Karmasin 2006, S.113f) Diese Art von Sanktionierung durch die Politik kann natürlich auch aus entgegengesetzter Richtung von Seiten der Medien fließen und sich nicht zuletzt in ihrer Kritik- und Kontrollfunktion äußern.

„Die Medien haben im Zuge der Mediatisierung freilich an Autonomie gegenüber der Politik

gewonnen und sie nutzen diese Autonomie auch, um Korrekturvorbehalte gegenüber einer bestimmten politischen Praxis zu artikulieren. Ihre Funktionslogik ist aber grosso modo nicht mehr politischer, sondern kommerzieller Natur.“ (ebd. S.111)

Dies bedeutet unter anderem eine zunehmende Orientierung der Medien am Publikumsinteresse, um gegenüber anderen Medienunternehmen wettbewerbsfähig zu sein. Das Publikum, im bereits erwähnten Verständnis von Habermas (siehe Kapitel 1.1.1), ist in der modernen Gesellschaft, aber kein „kulturräsonnierendes“ Publikum, wie es idealer Weise in einer autochthonen Öffentlichkeit sein sollte, sondern ein „kulturkonsumierendes“ Publikum.

„Ja Massenkultur erwirbt ihren zweifelhaften Namen eben dadurch, dass ihr erweiterter Umsatz durch Anpassung an die Entspannungs- und Unterhaltungsbedürfnisse von Verbrauchergruppen mit relativ niedrigen Bildungsstandard erzielt wird, anstatt umgekehrt das erweiterte Publikum zu einer in ihrer Substanz unversehrten Kultur heranzubilden.“ (Habermas 1990, S.254)

Die Politik reagiert darauf mit professionalisierten Kommunikationsstrategien, die unter anderem zunehmende Personalisierung und politische Inszenierung beinhalten, die im Zuge des Kampfes um die Aufmerksamkeit der Bürger eingesetzt werden. Im Folgenden soll nun etwas genauer auf die Strategien der Politik zur medialen Aufmerksamkeitserzeugung und die potenziellen Folgen für die politische Integration der Bevölkerung eingegangen werden. Diese allgemeinen Überlegungen zur medienvermittelten politischen Kommunikation, sollen dazu dienen, die Schwierigkeiten bei der medienvermittelten EU-politischen Kommunikation aufzudecken.

4.2 Mediatisierte Politikvermittlung

Die entscheidende Rolle der Medien für die Öffentlichkeit hat zu Folge, dass auch Politiker auf die Präsenz in den Medien angewiesen sind, um Aufmerksamkeit bei der breiten Bevölkerung zu erzeugen. Um dies zu erreichen müssen sich also die Politiker der Medienlogik anpassen, die gemäß dem Publikumbedürfnis vorwiegend auf Unterhaltungselemente setzt:

„Quoten- und Unterhaltungsorientierung sind jene Medienregeln, die das politische Marketing in kommunikative Politik übersetzt, indem es Konflikt- und Konsensphasen variiert und Journalismus im Versuch konkurrenziert, Themen, Taktung und Timing zu steuern.“ (Haas 2006, S.71)

Politisches Kommunikationsmanagement bedeutet also das Beherrschen „der Aufmerksamkeitsregeln, Produktions- und Selektionsroutinen des Journalismus“, wobei dies entweder die „Medialisierung der Politik oder die politische Instrumentalisierung der Medien“ zur Folge haben kann.(vgl. ebd.) An dieser Stelle zeigt sich also die symbiotische Beziehung beider Systeme.

Dabei zeigt sich eine zunehmende Diskrepanz, vor allem in Wahlkampfzeiten, zwischen den Prozessen der Entscheidungspolitik und der Darstellung von Politik im Vermittlungsprozess, wobei dies zu einer „Legitimationsfalle“ wachsen kann. (vgl. Saxer 1998, S.35)

Denn die Komplexität der politischen Prozesse hat, gerade durch Mehrebenensysteme wie der Europäischen Union, deutlich zugenommen. Die Vermittlung dieser Prozesse muss deshalb vereinfacht werden, denn *„vieles von dem, was in der Politik als Problem behandelt wird, entzieht sich dem Verständnis des einzelnen Bürgers und auch seinem Gefühl wirklich betroffen zu sein.“* (Holtz-Bacha 2004, S.29)

Das Problem der asymmetrischen Wissensverteilung in der Bevölkerung, sowie dem gestiegenen „Schwierigkeitsgrad vieler öffentlicher Themen“ wurde in Kapitel 2.2.1 bereits angesprochen. (vgl. Peters 1994, S.61) Die „weitreichenden Interdependenzen“ (ebd.) von öffentlichen Problemen erfordern hohe kognitive Fähigkeiten bei der Lösungsfindung, aber eben auch bei der Vermittlung dieser Lösungsvorschläge durch die Medien und schließlich beim Publikum. Jedoch herrscht nicht nur beim Publikum in diesem Punkt ein Defizit.

Nicht nur die Logik des sogenannten „populären Journalismus“ insbesondere auf Personalisierung, Negativismus, Vereinfachung, moralische Entrüstung und Affektansprache zu setzen, hat dysfunktionale Auswirkungen (vgl. Haas 2006, S.74f), wenn durch die vermittelte „Politik-Illusion“ die politische Informationsfunktion zu Gunsten der Unterhaltungselemente vernachlässigt wird, (vgl. Schulz 2008, S.65) sondern auch die zunehmende Anfälligkeit des Journalismus gegenüber politischen Kommunikationsstrategien. Dazu gehört auch die Anpassung des politischen Marketings an das journalistische Ereignis- und Themenmanagement.

So wird die Medienthematisierungslogik, neben Personalisierung und Emotionalisierung, von den politischen Kommunikationsexperten unter anderem nutzbar gemacht, indem sie *Pseudoereignisse* für die Medien initiieren bzw. inszenieren oder politische Ereignisse mediengerecht ausrichten. Neben diesen zwei Ereignistypen gehören sowohl *genuine Ereignisse*, die eine politische Funktion haben (z.B. Bundesratssitzungen) und *mediainszenierte Ereignisse* (z.B. politische Talkshow) dazu. (vgl. Donges/Jarren 2001, S.431)

Die sogenannten *mediatisierten Ereignisse* haben im Unterschied zu Pseudoereignissen, zwar eine politische Funktion, wie zum Beispiel Parteitage, jedoch orientiert sich der Ablauf an der Medienberichterstattung. Dagegen haben Pseudoereignisse keinerlei Politik herstellende Funktion, sondern diese Form der Politikdarstellung wird allein von politischen Akteuren initiiert, um die Medienaufmerksamkeit und schließlich Berichterstattung zu erzeugen. Darunter fallen unter anderem Pressekonferenzen, politische Sta-

tements oder anderweitige Aktionen, die für die Medien konzipiert werden. (vgl. ebd.) Dabei sind Pseudoereignisse das Hauptelement der *symbolischen Politik*, die zwar eine politische Handlung im Sinne der Darstellungspolitik, aber keine politische Funktion im Entscheidungsprozess besitzen. Die Gründe für die zunehmende Verbreitung symbolischer Politik werden dabei in den tatsächlich begrenzten Handlungsspielräumen der politischen Akteure gesehen, sich Wählerstimmen über materielle Gratifikationen zu sichern. (vgl. ebd. S.432)

Stattdessen versucht man die Aufmerksamkeit der Medien und schließlich der Wähler mit anderen Mitteln zu erzeugen. In diesem Zusammenhang hat sich der Begriff „Politainment“ (Dörner 2001) etabliert. Die Verbindung von Entertainment und Politik, die der Begriff vereint, soll den zunehmenden Unterhaltungscharakter von politischer Kommunikation unterstreichen. Dörner unterscheidet zwei Arten von Politainment: Zum einen die unterhaltende Politik, bei der „politische Akteure auf Instrumente und Stilmittel der Unterhaltungskultur zurückgreifen, um ihre jeweiligen Ziele zu realisieren.“ Und zum anderen die politische Unterhaltung, bei der die Medien, „politische Figuren, Themen und Geschehnisse als Material zur Konstruktion ihrer fiktionalen Bilderwelt“ (Dörner 2001, S.31f) verwenden.

Die Tendenz der politischen Akteure und der Medien auf Stilmittel der Unterhaltung und symbolische Kommunikation zu setzen, ist, wie bereits gesagt, problematisch, weil einhergehende Komplexitätsreduktion von politischen Sachverhalten dazu führt, dass den Bürgern suggeriert wird, es gäbe für bestimmte Probleme einfache Lösungen.

Das Legitimationsbedürfnis der politischen Akteure in der Demokratie und die Aufmerksamkeitskonkurrenz in den Medien, leisten dieser Entwicklung jedoch Vorschub.

Meckel (2003) konstatiert für den Bundestagswahlkampf in Deutschland 2002, dass die Medien und die Parteien selbst sich mehr mit den Inszenierungsstrategien der Kandidaten und weniger mit politischen Inhalten auseinander gesetzt haben, weil dies eben auch erfolgversprechender schien. (vgl. Meckel 2003, S.74) Daraus resultiert jedoch eine Ratlosigkeit, die nicht zuletzt in Politikverdrossenheit der Bürger münden kann, weil die Diskrepanz zwischen Darstellungs- und Entscheidungspolitik zu groß wird:

„Hat sich doch die Distanz zwischen den politischen Inhalten, den damit verbundenen Wahlversprechen und deren Darbietungen auf der medialen politischen Bühne so vergrößert, dass es vielen [Bürgern] schwer fällt, die Verbindung zwischen beiden Enden noch herzustellen.“ (ebd. S.76)

Dabei weist Haas (2006) daraufhin, dass besonders in Redaktionen die unter Personalmangel leiden, die Bereitschaft und Anfälligkeit von Journalisten für die unkritische Übernahme und Vermittlung von Pseudoereignissen und Mitteln der symbolischen Politik hoch sind. Personalmangel gepaart mit erhöhter Output-Erwartung an die Journalisten ist somit das Hauptproblem, das sich im Zuge der Kommerzialisierung von Medi-

enunternehmen eingestellt hat. Ebenso zeichne sich eine „Deprofessionalisierung“ des Journalismus ab, (vgl. Haas 2006, S.72) die es dem politischen Marketing zusätzlich einfach macht, mit seinen Themen an die Öffentlichkeit zu kommen.

Jedoch muss beachtet werden, dass die Kommerzialisierung der Medienunternehmen und die gegenseitige Konkurrenz laut Saxer (1998) zu einer Funktionsdifferenzierung der Medien führt: Während also überregionale Qualitätszeitungen anspruchsvolle politische Informationen bieten, ist die politische Berichterstattung von Regional-, Lokal- und Boulevardzeitungen eher auf Unterhaltung ausgerichtet. (vgl. Saxer 1998, S.49)

Bleibt die Frage, ob die Verknüpfung von politischen Informationen mit Unterhaltung, dann auch zwangsläufig, im Zuge der Vereinfachung, zu mangelnder Vielfalt von Themen, Akteuren und Meinungen in der politischen Berichterstattung führt. In Hinblick auf das Thema dieser Arbeit interessiert, ob aufgrund der Komplexität der EU-Themen verstärkt auf Personalisierung, Negativismus und Emotionalisierung gesetzt wird, um den Leserinteressen zu genügen.

Im Folgenden soll nun auf Theorien eingegangen werden, die sich mit der Nachrichtenauswahllogik von Massenmedien beschäftigen.

4.3 Theorien zur Nachrichtenauswahl

In der Kommunikationswissenschaft bestehen unterschiedliche theoretische Ansätze dazu, welchen Einfluss Journalisten bzw. die Medien auf die Auswahl von Nachrichten und damit auch auf die Themen haben, die in der Öffentlichkeit von Bedeutung sind. Während die Gatekeeper- und Nachrichtenwerttheorie sich eher mit dem Produktionsprozess von Nachrichten, also mit der Ebene der Journalisten befasst, beschäftigt sich die Agenda-Setting-Theorie mit den Wirkungen, die Thematisierungsfunktion der Massenmedien auf die Relevanzstrukturen der Rezipienten haben können. Grundsätzlich wird jedoch davon ausgegangen, dass die Nachrichtenauswahl im Zuge der Aufmerksamkeitskonkurrenz zwischen den Medien in Hinblick auf Publikumspräferenzen getroffen wird, zu Lasten der journalistischen Qualität, weshalb die Kommerzialisierung der Medienunternehmen kritisiert wird. (vgl. Schulz 2008, S.86; Kapitel 3.2.1)

4.3.1 Agenda-Setting-Ansatz

Dieser Ansatz geht auf die Überlegung von Cohen aus den 1960er Jahren zurück, der konstatierte, dass die Presse *„may not be successful much of the time in telling people what to think, but it is stunningly successful in telling its readers what to think **about**“* (Cohen 1963 zit. in McCombs/Shaw 1972, S. 177 [Herv. im Orig.]).

Auf Basis dieser These führten McCombs und Shaw in den 1970er Jahren die sogee-

nannte Chapel-Hill-Studie durch, worin sie die Themenstrukturen der Tagespresse mit den Bedeutungsstrukturen von Themen der Bevölkerung verglichen und hierbei einen Zusammenhang feststellen konnten. (vgl. Bonfadelli 2004, S.243)

Seither ist der Agenda-Setting-Ansatz vielfältig untersucht und weiterentwickelt worden.⁸ Eine wesentliche Unterscheidung der Agenda-Setting-Effekte von Massenmedien muss zwischen der Thematisierungsfunktion einerseits und der Themenstrukturierungsfunktion andererseits getroffen werden. (vgl. Burkart 2002, S.251) Ersteres bezieht sich allgemein auf die Annahme, dass Themen, die von den Medien Aufmerksamkeit erhalten auch vom Publikum Aufmerksamkeit erhalten. Diese These wird nach McCombs 1977 als „*Awareness-Modell*“ bezeichnet. Demgegenüber bezeichnet die Themenstrukturierungsfunktion die Fähigkeit der Massenmedien bestimmten Themen unterschiedlich wichtig zu nehmen und dadurch auch die Relevanzstrukturen des Publikums zu beeinflussen („*Salience-Modell*“). Darüber hinaus wurde teilweise die These vertreten, die Themenrangfolge der Medienagenda spiegle sich quasi direkt in der Publikumsagenda wieder („*Prioritätenmodell*“). (vgl. Burkart 2002, S.251)

Jedoch muss bei diesen einseitigen Wirkungsannahmen beachtet werden, dass es verschiedene andere Faktoren gibt, die sich auf das Meinungsbild der Bevölkerung auswirken und Agenda-Setting-Effekte je nach persönlichen Dispositionen zu einem Thema variieren können. So spielt der Grad an Betroffenheit bzw. der Bedarf an Orientierung hinsichtlich eines Themas für die Ausprägung der Agenda-Setting-Effekte eine entscheidende Rolle. (vgl. Eichhorn 2005, S. 31)

Die Wirkung des Agenda-Setting kann darüber hinaus auch je nach Art des Mediums und je nach Glaubwürdigkeit, die ein Rezipient einem Medium zuschreibt, variieren. So werden den Tageszeitungen stärkere Themenstrukturierungsmöglichkeiten als dem Fernsehen unterstellt, da sie aufgrund ihrer Gestaltungsmöglichkeiten der Aufmachung, Themen stärker und vor allem langfristiger hervorheben könnten, als das Fernsehen, welchem demgegenüber eher ein kurzweiliger „Spotlighting“-Effekt nachgesagt wird. (vgl. ebd. S.29) Die Glaubwürdigkeit, die ein Medium in den Augen eines Rezipienten besitzt, ist abhängig von der zugeschriebenen Kompetenz des Kommunikators hinsichtlich bestimmter Themen und seiner persönlichen Unabhängigkeit von parteipolitischen und wirtschaftlichen Interessen. (vgl. ebd. S.30)

Jedoch ist die Aufmerksamkeit für ein bestimmtes Thema immer auch abhängig von der Aufmerksamkeit für andere Themen in der Bevölkerung, sowie davon inwiefern die Meinungen zu einem Issue in der Bevölkerung divergieren. Die Aufmerksamkeitsknappheit determiniert demnach auch die Agenda-Setting-Wirkungen. Interessant ist jedoch, dass gerade bei neu eingeführten, sowie nationalen und internationalen Themen sehr hohe

⁸ Für einen Überblick Bonfadelli 2004, ausführlich Eichhorn 2005

Medienwirkungen unterstellt werden, da hier der Grad der „Obstrusiveness“⁹ als sehr gering eingeschätzt wird. (Eichhorn 2005, S. 37)

Darüber hinaus wird der Agenda-Setting-Ansatz in der neueren Forschung um das Second-Level-Agenda-Setting erweitert, das oft auch mit dem sogenannten Framing-Ansatz gleichgesetzt wird. Dabei wird die Annahme vertreten, dass Agenda-Setting-Prozesse nicht nur für die Themenauswahl zutreffen, sondern auch für die Art und Weise der Rahmung von Themen, durch Hervorhebung von bestimmten Personen bzw. Persönlichkeitsmerkmalen, Aspekten und Verknüpfung mit anderen Themen wesentlich sind, die Einfluss auf die Darstellung eines Themas haben. (vgl. Eilders/Voltmer 2003, S. 256) Demnach kommt es nicht allein darauf an, dass Medien über ein Thema berichten, sondern in welchen Kontext sie ein Thema setzen und es rahmen, da diese Frames die Sinn- und Bedeutungsstrukturen eines Themas lenken.

Im Kontext der Europäisierung der Berichterstattung kann das Second-Level-Agenda-Setting dahingehend aufgefasst werden, dass es nicht nur eine Rolle spielt, dass über europäische Themen berichtet wird, sondern welche Rahmungen diese Themen erfahren: Wobei die Frage aufkommt, ob beispielsweise eine vorwiegend nationale Rahmung von europäischen Themen, durch Verknüpfung mit nationalen, regionalen Themen und Akteuren, zwar möglicherweise die transnationalen Interdependenzen stärker verdeutlicht, (vgl. ebd.) jedoch durch die gleichzeitige Verknüpfung von transnationalen Konflikten und Skandalen¹⁰, d.h. also negativen Konnotationen, diese Themenrahmung dann zu negative Bewertungen von europapolitischen Entscheidungen und Vorgängen für die nationale Politik oder sogar der erfahrbaren Lebensumwelt der Rezipienten führt.

Wesentlich beim Second-Level-Agenda-Setting ist, dass Journalisten einen weit größeren Einfluss auf die Rahmung als auf die Auswahl von Themen haben: „Während die Auswahl von Themen, also die erste Stufe des Agenda-Setting-Prozesses, von vielen strukturellen Faktoren abhängt, kann die Hervorhebung bestimmter Attribute sehr viel stärker durch die Medien kontrolliert werden.“ (ebd.)

Die Art und Weise der Rahmung von Themen wird in der europäischen Öffentlichkeitsforschung aber auch als wesentlicher Aspekt für die Europäisierung der Medienöffentlichkeit angesehen. So wird die Annahme vertreten, dass die Aufmerksamkeit für europäische Themen allein nicht ausreicht, um die europäische Öffentlichkeit herzustellen, sondern es viel wichtiger ist, dass die einzelnen nationalen Medienarenen europäische

⁹ Hier handelt es sich um die Aufdringlichkeit von Themen, d.h. in wie weit bestimmte Themen im persönlichen Erfahrungsbereich liegen, weshalb nationale und internationale Themen eben als unaufdringlich angesehen werden.

¹⁰ Die Tatsache, dass europäische Themen insbesondere dann in der medialen Öffentlichkeit Aufmerksamkeit erhalten, wenn es sich um Krisen und Skandale handelt, (Latzer/Saurwein 2006, S. 29) spricht für diese Überlegung.

Themen mit ähnlichen „Referenzpunkten und Bedeutungsstrukturen“ (Risse 2004, S.150; vgl. auch Steeg 2003, S.181) verbinden. Im Sinne der deliberativen Öffentlichkeitstheorie von Habermas (vgl. Kapitel 3.2) bedeutet dies nämlich, dass Themen zwar durchaus kontrovers diskutiert werden können, sich die Diskursteilnehmer, die Kontroverse auf Grundlage von ähnlichen Bedeutungsstrukturen führen, beispielsweise wofür die EU stehen soll. Dazu aber weiter unten mehr.

Entscheidend beim Agenda-Setting-Ansatz ist, dass die Medienagenda einen Einfluss auf die Relevanzstrukturen der Rezipienten hat und die Medien bzw. die Journalisten durch ihre Selektionsentscheidungen diese erheblich lenken können. Die Eindeutigkeit der Wirkungsprozesse ist jedoch umstritten, da Faktoren wie zum Beispiel personelle Kommunikation oder der Grad der Betroffenheit die Relevanzstrukturen der Rezipienten bzw. die Ausprägung der Medieneinflüsse ebenfalls beeinflussen und daher als intervenierende Variable zu verstehen sind. (vgl. Eichhorn 2005, S.31) Dennoch wird vor allem in Wahlkämpfen und bei Themen, die weiter von der Lebensrealität des Publikums entfernt sind, aufgrund des Orientierungsbedürfnisses ein stärkerer Agenda-Setting-Effekt vermutet. (vgl.ebd.) Dies könnte demnach auch bei europäischen Themen der Fall sein. Nicht nur bei der Rahmung von Themen, wie beim Second-Level-Agenda-Setting wird den Journalisten ein hoher Einfluss zugeschrieben, sondern auch in der Gatekeeper-, Nachrichtenwert-Theorie und „News-Bias“-Forschung, die im Folgenden betrachtete werden sollen.

4.3.2 Gatekeeper- und Nachrichtenwerttheorie

„Die Berichterstattung muss bei der medialen Codierung und Formatierung der politischen Realität diese notwendigerweise verkürzen, akzentuieren und interpretieren. Das ist ein wesentlicher Aspekt dessen, was als Medialisierung bezeichnet wird. Die Realität wird durch mediale Informationsverarbeitung in eine Medienrealität transformiert.“ (Schulz 2008, S.66 [Herv. im Original])

Die Abweichung der Medienrealität von der Wirklichkeit wird dabei auf zweierlei Faktoren zurückgeführt: Einerseits können „politisch-ideologisch motivierte Einseitigkeiten“ des Journalisten bzw. des Medienunternehmens verantwortlich sein, was als „Bias“ bezeichnet wird. *„Zum anderen können Abweichungen vom Objektivitäts- und Wahrheitsgebot auf das strukturelle Unvermögen der Medien zurückgeführt werden, die Wirklichkeit in allen ihren Facetten angemessen abzubilden.“* (vgl. ebd. [Herv. im Orig.])

Entscheidend ist hier jedoch die Stellung des Journalisten für den Nachrichtenauswahlprozess. Der Gatekeeper-Ansatz, der unter anderem von Westley und MacLean (1955) für die Massenkommunikation nutzbar gemacht wurde, vertritt die Annahme, dass bestimmte Ereignisse nur sichtbar werden, wenn sie durch einen Gatekeeper, also Kommunikator vermittelt werden. (Staab 1990, S.13) Die Entscheidung des Gatekeepers

über ein solches Ereignis zu berichten ist daher essentiell damit die Öffentlichkeit davon erfährt. Geprägt ist dieser Selektionsprozess durch verschiedene Einflussfaktoren, wie zum Beispiel die „individuellen Prädispositionen“ der Journalisten, aber auch durch die „institutionellen Prädispositionen“, die innerhalb einer Redaktion herrschen. (vgl. ebd. S.15ff)

Weiters wird laut Östgaard, das „Bestreben der Journalisten, den Ereignissen *Nachrichtenwert* zu verleihen und sie für das Publikum interessanter zu machen“(Schulz 2008, S.87 [Herv. im Orig.]) für die Nachrichtenproduktion ebenfalls als sehr prägend bezeichnet. Welche Faktoren genau die Nachrichtenauswahl determinieren wurde in der *Nachrichtenwertforschung* ausgiebig untersucht.

Ausgangspunkt war die Überlegung von Walter Lippmann (1922), wonach die Wirklichkeit zu komplex sei, um sie als solche adäquat zu erfassen, weshalb die Menschen dazu neigen würden, die Realität durch Stereotype wahrzunehmen. Auch die Massemedien würden dieser Logik folgen und Ereignisse nach bestimmten Kriterien filtern, wobei hier der Begriff des „news value“ erstmals aufgeworfen wird. (vgl. Staab 1990, S.40f; Schulz 2008, S. 88f) Dabei wird der Nachrichtenwert als „Publikationswürdigkeit von Ereignissen [betrachtet] die aus dem Vorhandensein und der Kombination verschiedener Ereignisaspekte resultiert.“ (Staab 1990, S.41)

Stereotype sind in Lippmanns Vorstellung diese Ereignisaspekte, die auf die Aufmerksamkeitserzeugung beim Publikum abzielen, wobei dies vor allem durch Identifikationsmöglichkeiten geschehen soll. Interessant ist, dass bereits Lippmann von der Möglichkeit des „Ereignis-Managements“ durch gezielte Zuschreibung von Nachrichtenwerten ausgeht. (vgl. ebd.)

Lippmann führte in seinem Konzept sieben Kriterien an, die den Nachrichtenwert eines Ereignisses bestimmen können: Dazu gehörten der Überraschungswert, räumliche Nähe des Ereignisses, Prominenz der beteiligten Personen, strukturelle Einfachheit und Konsequenzen für das Publikum. (vgl. Staab 1990, S.41; Schulz 2008, S.89)

Wenngleich diese Nachrichtenwerte von Ereignissen im heutigen Verständnis weitaus differenzierter ermittelt werden, so lassen sich Lippmanns Kriterien dennoch finden.

In den 1960er erfolgte durch die norwegischen Forscher Östgaard (1965), sowie Galtung und Ruge (1965) erstmals die Unterscheidung zwischen Nachrichtenfaktoren und Nachrichtenwerten, was wiederum auf die Unterscheidung von Ereignis und Nachricht zurückzuführen ist. (vgl. Schulz 2008, S.89)

Demnach bestimmen die Nachrichtenfaktoren, die ein Ereignis aufweist, schließlich seinen Nachrichtenwert.

„Je größer ein Nachrichtenfaktor ist und je mehr der Faktoren auf ein Ereignis zutreffen,

desto größer die Chance, als Nachricht beachtet zu werden [...] die Merkmal [der Ereignisse], die ihren Nachrichtenwert bestimmen, werden von den Medien akzentuiert.“ (ebd. S.90)

Hier wird also den Medien die Fähigkeit zur Verzerrung der Wirklichkeit erneut unterstellt. Da jedoch genau diese Annahme nur schwer überprüfbar ist, da die Berichterstattung mit den jeweiligen Ereignissen verglichen werden müsste, sollte sie kritisch betrachtet werden. Nichtsdestotrotz wurde mit Hilfe von Alternativkonstruktionen versucht diese Annahme zu überprüfen. Dies geschah beispielsweise, indem man die Aufmachung, Platzierung und Visualisierung von Nachrichten, also ihr Beachtungsgrad als Nachrichtenwertindikator hinzufügte. (vgl. ebd.)

Der Zusammenhang zwischen Nachrichtenfaktoren und –werten ist indes in vielen Studien empirisch untersucht worden. So unterteilte Winfried Schulz (1977) seinen, 20 Faktoren umfassenden, Nachrichtenfaktorkatalog in sechs Dimensionen (vgl. Staab 1990, S.86ff):

1. *Status*: Diese Dimension zielt auf die „Beteiligung von Elite-Nationen“, „Elite-Personen“ und „Elite-Institutionen“ ab, die sich aus des politischen und wirtschaftlichen Einflusses bzw. der „Führungs- und Herrschaftsfunktion“ der Beteiligten ergibt.
2. *Relevanz*: Die Relevanz ergibt sich aus der politischen, kulturellen und geographischen *Nähe* des Ereignisses zum Redaktionssitz, dem „*Ethnozentrismus*“, d.h. dem Bezug zur Bevölkerung des Erscheinungsortes, sowie dem Grad der *Betroffenheit*, also den Konsequenzen des Ereignisses und der *Tragweite* der Betroffenheit.
3. *Dynamik*: Dazu gehören die *Frequenz*, also der aktuelle Bezug des Ereignisses; die *Vorhersehbarkeit* der Ereignisse; die *Ungewissheit* über die Konsequenzen bzw. das Ende des Ereignisses; und die *Überraschung*.
4. *Konsonanz*: Darunter fallen die *Kontinuität*, d.h. die Berichterstattungsdauer eines Ereignisses; *Thematisierung* meint den „Bezug eines Ereignisses zu langfristigem, als kohärent definiertem Geschehen“ (ebd., S.87); sowie die *Stereotypie*, also die Ähnlichkeit der Verlaufstrukturen des Ereignisses hinsichtlich „etablierter Geschehensmuster“.
5. *Valenz*: Dies beinhaltet die Faktoren *Aggression*, d.h. die Gewaltsamkeit des Ereignisses; *Kontroverse*, also die Ausprägung der politischen Meinungsverschiedenheiten; *Erfolg* in Bezug auf den Grad der positiven Konsequenzen, die ein Ereignis auf die verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen hat; *Werte*, d.h. potentielle Gefährdung der Grundwerte.

6. *Human Interest*: Hierzu gehören die Faktoren *Personalisierung* und *Emotionalisierung*, d.h. also die „Intensität der emotionalen Erfahrungen und Äußerungen der an einem Ereignis beteiligten Personen.“ (Staab 1990, S.88)

Auf Basis von Schulz' Faktorenkatalog entwarf Staab (1990) ebenfalls einen Katalog, der jedoch 22 Nachrichtenfaktoren umfasste und bisherige Schwächen bezüglich der Trennschärfe der Faktoren ausgleichen sollte. (vgl. Staab 1990, S.119ff) Zudem differenzierte er zwischen „indizierbaren“ und „konsensbedingten“ Nachrichtenfaktoren. Während ersteres sich auf die Faktoren *Nähe* und *Status* bezieht, welche seiner Auffassung nach als „quasi-objektiv“, weil „intersubjektiv überprüfbar“, zu verstehen sind, sind konsensbedingte Nachrichtenfaktoren eher durch subjektive Zuschreibung und aufgrund von historischen, politischen und kulturellen Rahmenbedingungen einer Gesellschaft unterschiedlich ausgeprägt. Zu dieser Faktorenkategorie gehören u.a. Prominenz, Personalisierung, Kontroverse, Reichweite, Überraschung, institutioneller und persönlicher Einfluss etc. (vgl. ebd. S.121f)

Staab fand in seiner Analyse heraus, dass „bei fast allen Mediengattungen Kontroverse, Prominenz, möglicher Nutzen und möglicher Schaden“ zu den entscheidenden Nachrichtenfaktoren gehörten. (vgl. Staab 1990, S.151) Jedoch gibt es einen Unterschied zwischen nationaler und internationaler Berichterstattung: Demnach spielten insbesondere Kontroverse, Prominenz und der potentielle Schaden bzw. Nutzen für den Umfang der Berichterstattung von nationalen politischen Themen eine große Rolle. (vgl. ebd.)

Ähnlich liegt die Bedeutung der spezifischen Nachrichtenfaktoren auch für internationale Politik:

„Die Medien berichten somit dann umfangreicher über internationale Ereignisse, wenn diese durch große *Prominenz der Beteiligten*, große *Reichweite*¹¹, ausgeprägter tatsächlicher *Schaden* und ausgeprägter möglicher Schaden gekennzeichnet und die übergeordneten Themen in der Berichterstattung *längerfristig etabliert* waren.“ (Staab 1990, S.152 [Herv. IR])

Eilders (1997) liefert einen detaillierten Überblick über den Forschungsstand der Nachrichtenfaktor-Theorie. Dabei merkt sie an, dass sich die meisten Studien zwar in ihrer Operationalisierung und ihrem Forschungsdesign unterscheiden, dennoch das Konzept der journalistischen Nachrichtenauswahl aufgrund von Nachrichtenfaktoren zu bestätigen sei. (vgl. ebd. S.57) Darüber hinaus zeigten sich in allen Studien hinsichtlich bestimmter Faktoren Parallelen:

¹¹ Reichweite meint hier die Anzahl der Personen, die von einem Ereignis betroffen sind bzw. direkt daran teilnehmen. (vgl. Staab 1990, S.121) Die größte Reichweite wird bei Betroffenheit einer ganzen Nation oder darüber hinaus codiert. (vgl. ebd. S.223)

„Die Faktoren Reichweite, Negativismus, persönlicher Einfluss und Kontinuität haben sich in der Mehrzahl der Analysen als wirksame Selektionskriterien für die journalistische Beitragsauswahl erwiesen. Bei der Untersuchung der internationalen Berichterstattung wurden die Faktoren Elite-Nation und Nähe als Einflussfaktoren bestätigt.“ (Eilders 1997, S.58)

Speziell in Bezug auf die EU-Politik wird diesbezüglichen Themen unterstellt, dass sie zum einen die Faktoren „Nähe, Betroffenheit und Relevanz in geringerem Ausmaß als nationale Politik“ erfüllen, weshalb der europäischen Politik generell ein geringerer Nachrichtenwert attestiert wird. (vgl. Latzer/Saurwein 2006, S. 29) Zum anderen konnten jedoch insbesondere Konflikte und Skandale zu einer verstärkten Berichterstattung führen, weil diese dem, auf europäischer Ebene, lange verfolgtem „Konsensprinzip“ zuwiderlaufen. (vgl. ebd.; vgl. Eilders/Voltmer 2003, S. 256) Konflikte und Probleme auf EU-Ebene scheinen im Zuge des konstatierten Mangels an Personalisierungsmöglichkeiten von europäischen Akteuren und der Tendenz zur Harmonisierung (vgl. Latzer/Saurwein 2006, S. 29) also dann als besonders reizvoll für eine Berichterstattung. Jedoch scheint es im Zuge der „Politisierung der EU“ nun den Trend dahingehend zu geben, dass Journalisten nicht mehr zu sog. „Hofberichterstattung“ tendieren, sondern zunehmend kritisch und damit immer mehr „zu Lasten des politischen Integrationsfortschritts“ berichten. (vgl. Latzer/Saurwein 2006, S.29ff) Was jedoch mit Eilders (1997) Schlussfolgerung einhergeht, wonach Negativismus einen wesentlichen Nachrichtenfaktor darstellt, was auch Inhalt der „News-Bias“-Forschung ist, die im Folgenden kurz angerissen werden soll.

4.3.3 News-Bias

Die News-Bias-Forschung behandelt die Verzerrung, also die „Unausgewogenheiten, Einseitigkeiten und politische Tendenzen“ von und in Medieninhalten, wobei vor allem die politische Einstellung von Journalisten im Zusammenhang mit ihrer Nachrichtenauswahl untersucht wurden. (vgl. Staab 1990, S.27)

Dabei gehört der Fokus der Medien auf negative Ereignisse zu den am häufigsten beklagten „Realitätsverzerrungen“, die den Medien angelastet wird. Die diesbezügliche Forschung hat eine lange Tradition und wurde bereits Ende des 19. Jahrhunderts inhaltsanalytisch untersucht. Bis heute ist weitestgehend belegt, dass „die Medien negative Aspekte der Wirklichkeit weit überproportional beachten.“ (Schulz 2008, S. 69) Dies gilt insbesondere für die Boulevardmedien und das Fernsehen, die sich in ihrer Berichterstattung häufig auf Konflikte und Normverstöße beziehen und insgesamt im Vergleich zur Kriminalitätsstatistiken überproportional von Kriminalität berichten. (vgl. ebd.) Wobei dies vor dem Hintergrund der *Kultivierungshypothese* zu Realitätsverzerrungen bei den

Rezipienten führen kann.

Schließlich wird teilweise die These vertreten, dass die Tendenz der Hervorhebung von negativen Wirklichkeitsaspekten in den Medien im Zuge der „sozialen und kulturellen Selbsterhaltung“ stattfindet. (vgl. ebd. S.70) „Normabweichungen, Konflikte, Krisen sind Bedrohungen, die möglichst früh erkannt werden müssen, um Schaden von der Gesellschaft abzuwenden.“ (Schulz 2008, S.70)

Unabhängig von dem Grund für Negativismus in der Berichterstattung scheint es vor dem Hintergrund der bisherigen Befunde also wahrscheinlich, dass über die EU insbesondere in Konflikt- und Krisenzeiten berichtet wird. Da die Studienbefunde zu den Nachrichtenwerten der EU allerdings schon einige Jahre zurückliegen und die Politisierung (vor allem durch die Kompetenzsteigerung des EU-Parlaments durch den „Vertrag von Lissabon“) indes weiter fortgeschritten ist, stellt sich die Frage, ob es inzwischen eine verstärkte Personalisierung von EU-Akteuren gibt oder ob eher nationale Akteure bei europäischen Themen zu Wort kommen.

Für letzteres würde das Konzept der Glokalisierung sprechen, das im nächsten Kapitel näher betrachtet wird.

5. Globalisierung und Glokalisierung

In diesem Kapitel soll nun das Glokalisierungskonzept von Robertson (1998) genauer beschrieben und dabei speziell die Auswirkungen auf den Mediensektor betrachtet werden. Da Robertson in seinem Konzept aber grundsätzlich auch von einem Globalisierungsprozess ausgeht, ist es notwendig zunächst den Begriff der Globalisierung genauer zu definieren. Da dies vor allem dazu dienen soll, die Rolle der Nationalstaaten in der Europäischen Union besser verstehen zu können, wird die Globalisierung hier in Hinblick auf die Auswirkungen für die Nationalstaaten betrachtet.

5.1 Globalisierung und der Bedeutungsverlust des Nationalstaats

„Globalisierung ist ein mehrdimensionaler Prozess, der ökonomische, ökologische, politische, kulturelle, aber auch militärische Aspekte umfasst.“ (Grande 2004, S.385)

Damit geht Grande weiter mit seinem Begriff als es beispielsweise Altvater und Mahnkopf (1997) tun, deren Definition weit kürzer ausfällt:

„Globalisierung ist eine marktmächtige Tendenz der ökonomischen Vereinheitlichung der Gesellschaft, die sich auf dem Planeten Erde historisch gebildet hat.“ (Altvater/Mahnkopf 1997, S.26)

Dieser Unterschied in der Definition von Globalisierung verdeutlicht, das von Meckel (2001) konstatierte „definitorische Dilemma“, das sich bei der Beschäftigung mit den einhergehenden Prozessen ergibt. (vgl. Meckel 2001, S.23)

Was bei Altvater und Mahnkopf jedoch offenbar wird, ist das es sich bei der Globalisierung nicht um ein Phänomen der letzten Jahre handelt, sondern, dass dieses bereits auf eine lange Geschichte zurück blickt. So können im Industrialisierungszeitalter, welches durch die ökonomischen Veränderungen auch zu einem gesellschaftlichen Wandel führte, bereits erste Anzeichen für einen Globalisierungsprozess ausgemacht werden, die von Karl Marx und Friedrich Engels in ihrem „Manifest der kommunistischen Partei“ (1848) folgendermaßen kritisiert werden:

„Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumption aller Länder kosmopolitisch gestaltet. [...] An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander.“ (Marx/Engels 1848, www)¹²

Hier wird bereits die Kritik an den zunehmenden Interdependenzen im Zuge der Globalisierung des Warenhandels deutlich, der sich über nationale Grenzen hinweg vollzieht. Dieser Prozess hat sich im 20. und 21. Jahrhundert dahingehend entwickelt, dass „Glo-

¹² http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_459.htm [Stand: 22.01.13]

balisierung, gleichbedeutend [ist] mit Deregulierung und daher mit einer Schwächung der politischen Gestaltungsmacht der Nationalstaaten gegenüber den Marktkräften einhergeht.“ (Alt Vater/Mahnkopf 1997, S.37)

Von einer Schwächung der Nationalstaaten durch die Globalisierung geht auch Beck aus:

„Globalisierung meint [...] Prozesse, in deren Folge die Nationalstaaten und ihre Souveränität durch transnationale Akteure, ihre Machtchancen, Orientierungen, Identitäten und Netzwerke unterlaufen und querverbunden werden.“ (Beck 1998, S.28f)

So wird der Bedeutungsverlust der Nationalstaaten insbesondere durch die wirtschaftlichen Entwicklungen im Zuge der Globalisierung begründet, „weil aufgrund der zunehmenden globalen Integration von Unternehmen und Märkten nicht nur die nationalen Ökonomien, sondern auch die nationalen Politiken einem stärkeren Wettbewerb ausgesetzt sind.“ (Grande 2004, S. 387) Die nationalen Regierungen sind durch die globalen Vernetzungen der Märkte und Unternehmen auf die Kooperation mit anderen Staaten angewiesen, weil sie alleine nicht über genügend Handlungsspielraum verfügen.

Allerdings bestehen in den demokratischen Wohlfahrtsstaaten¹³, die sich nach dem zweiten Weltkrieg gebildet haben, zumeist „umfassende gesellschaftliche Sicherheits-erwartungen“, die bei schwindenden Einflussmöglichkeiten durch den Staat nicht mehr in gleichem Ausmaß zu erfüllen sind, was zu eine „Steuerungs-dilemma“ führt (vgl. Grande 2004, S.387f): „Auf der einen Seite verliert das staatliche Steuerungsrepertoire an Wirksamkeit, auf der anderen Seite sind die Erwartungen an den Staat – zumindest in Europa – unverändert hoch.“ (ebd.)

Als Konsequenz werden unter anderem supranationale Kooperationen gebildet, die im Falle der Europäischen Union zunehmende „Regelungs- und Durchsetzungskompetenzen“ bedeuten, die sich jenseits der nationalstaatlichen Grenzen abspielen. Vor allem in der EU wird dies durch „umfangreiche Vertragsabstimmungen“ sichtbar. (vgl. ebd. S.394) Grande bezeichnet diese Art der Herrschaftsverhältnisse, als „transnationale Politikregime“, wobei die EU eine „supranationale Form regionaler Integration“ darstellt, die sich durch „starke funktionale Problemorientierung“ auszeichnen und „funktionale Problembezüge“ gegenüber den nationalstaatlichen Grenzen an Bedeutung gewinnen. (vgl. ebd.) Somit stellt also die Reichweite von Problemen einen Referenzrahmen für die Abgrenzung von Kooperationen dar. Auch wenn Nationalstaaten auf gewissen Ebenen ihre Handlungskompetenzen eingebüßt haben, so argumentiert Grande, dass sie dennoch für transnationale Politikregime unverzichtbar seien. Dies begründet er zum einen

¹³ Als Wohlfahrtsstaaten des konservativen Typs zählen auch Deutschland und Österreich, die sich für soziale Sicherheiten stark machen und dennoch für die „Beibehaltung von Statusunterschieden“ in der Gesellschaft sind. Zudem gilt die „Orientierung am Subsidiaritätsprinzip“. (vgl. Ullrich 2005, S. 46)

mit dem Steuermonopol der Nationalstaaten, dem „einzigartigen institutionellen Apparat zur Implementation kollektive verbindlicher Entscheidungen“, d.h. der Gesetzgebungsgewalt, sowie der „größeren legitimatorischen Bindungskraft“ der nationalen Institutionen gegenüber den internationalen. Deshalb werden Kooperationsbereitschaft und die Fähigkeit dazu, zu einem entscheidenden Faktor für transnationales Regieren. Auch das Prinzip der EU basiert auf Kooperationsbereitschaft. (vgl. Grande 2004, S.398f) Jedoch gerät auch die Gesetzgebungsgewalt der Nationalstaaten im europäischen Kontext: „Europäische Gesetzgebung bedingt zusehends innenpolitische Gesetzgebung und beeinflusst damit verstärkt den Alltag der Bürger der Staatengemeinschaft.“ (Nehlig 2005, S.199)

Nun ergeben sich aus den Kompetenzverschiebungen auch neue Konfliktpotentiale, die eine Anpassung der Politik erforderlich machen. So müssen auch politische Parteien diesen Anforderungen gerecht werden und ihre Programme an die gesellschaftlich drängenden Probleme anpassen. Wie gesagt, haben Nationalstaaten zunehmend Schwierigkeiten die sozialen Sicherungserwartungen zu erfüllen und Lösungen für wirtschaftliche Probleme zu finden, wie es in der sogenannten „Euro-Schuldenkrise“ evident wird.

Kriesi und Grande (2004) konstatieren, dass es gerade Parteien und Bewegungen der national-konservativen Rechten gelungen ist, die Ängste der Globalisierungsverlierer¹⁴ vor dem Verlust der nationalen Grenzen aufzugreifen und „nationalen Populismus“ zu verbreiten, der durch Fremdenfeindlichkeit gekennzeichnet ist und sich gegen supranationale Kontrolle der nationalen Politik richtet. Gleichzeitig wird der nationale Populismus aber durch neoliberale Elemente ergänzt, welche zwar den Freihandel befürworten, aber die „Privilegien der einheimischen Bevölkerung gegen alle Einmischung von außen“ verteidigen. Ein sehr erfolgreiches Beispiel dafür stellt die österreichische FPÖ dar. (vgl. Kriesi/Grande 2004, S.414f) Demgegenüber stehen Parteien der *Neuen Linken*, wozu vor allem die Grünen gezählt werden, die dazu neigen die Auswirkungen der Globalisierung zu akzeptieren, jedoch für „Demokratisierung der supranationalen Regime und die Unterordnung der wirtschaftlichen Integration unter soziale, kulturelle und politischen Kontrollen“ plädieren. (vgl. ebd. S.416)

Interessanterweise scheinen diese beiden Lager auch einen Unterschied zwischen Deutschland und Österreich darzustellen, denn während es eine vergleichbare Partei wie die FPÖ in Deutschland nicht gibt, können die FPÖ und das ähnlich gepolte BZÖ

¹⁴ Dazu zählen Kriesi und Grande Unternehmer und qualifizierte Arbeitnehmer aus traditionell marktgeschützten Wirtschaftssektoren (man denke an die jahrzehntelangen Subventionen für die Kohleindustrie in Deutschland), unqualifizierte Arbeiter, sowie Personen mit stark nationalem Bindungsgefühl. (Kriesi/Grande 2004, S.408)

stetige Wahlerfolge bei Nationalratswahlen verbuchen.¹⁵ In Deutschland gilt dies eher für die Parteien *Bündnis 90/Die Grünen*, sowie *Die Linke* (sie hat besonders in den Bundesländern der ehemaligen DDR Erfolg)¹⁶. Wenn gleich die Grünen in Österreich immer erfolgreicher werden, so könnte das Phänomen der FPÖ bzw. des BZÖ doch für eine gewisse national-konservative Tendenz in einem wesentlichen Teil der österreichischen Bevölkerung sprechen, welches sich möglicherweise auch in der Medienberichterstattung widerspiegelt.

In Anbetracht der Wirtschaftskrise, die auch in der EU umfassende politische Maßnahmen erforderlich gemacht hat, ist Kooperationsbereitschaft zwischen den Mitgliedern, vor dem Hintergrund der globalen wirtschaftlichen Vernetzung der Märkte, unabdingbar. Deshalb scheint eine Abschottung von Nationalstaaten von Einflüssen der EU, bei gleichzeitigem Bestehen auf Privilegien dysfunktional. Denn ohne die Kompromissbereitschaft der Nationalstaaten, können auch keine gemeinsamen Lösungen für globalisierungsbedingte Probleme gefunden werden.

Dass aber die zunehmende Entgrenzung der Lebensumwelt im Zuge der Globalisierungen, das Bedürfnis nach dem direkt Erfahrbaren und kleineren Orientierungsrahmen bei den Menschen steigt, beschreibt Robertson (1998) in seinem Konzept der Glokalisierung, welches nun erläutert wird.

5.2 Glokalisierungskonzept von Robertson

Der Begriff „Glokalisierung“ vereint die Worte *Global* und *Lokal* in sich, was dem Globalisierungsprozess einen gleichzeitigen Lokalisierungsprozess unterstellt, dass Universalität und Partikularität untrennbar miteinander verbunden sind. Ausgangspunkt für Robertson (1998) ist dabei folgender Grund:

„Vieles, was bisher über die Globalisierung zu hören war, ging tendenziell davon aus, dass es sich dabei um einen sich über Lokales hinwegsetzenden Prozess handelt, und zwar selbst über Lokales in Größenordnung ethnischer Nationalismen, die scheinbar in den letzten Jahren in verschiedenen Teilen der Welt aufgekommen sind.“ (Robertson 1998, S.193)

Tatsächlich zeigt sich aber, dass gerade aus „ökonomischen Kalkül“ heraus, das Lokale für die Vermarktung von Gütern ein wesentlicher Faktor ist. Dies bedeutet, dass global bzw. international agierende Konzerne ihre Waren auf lokale Märkte zuschneiden. So verfolge der Coca-Cola-Konzern die Strategie der „globalen Lokalisierung“, mit dem Ziel weltweit „Teil der jeweiligen Kultur zu werden“. Die lokalen Bindungen an ihre Produkte als global handelnde Konzerne bedeutet demnach eine „translokale“ Vernetzung. (vgl. Beck 1998, S.86) Dabei stellt die Anpassung an die lokalen und regionalen Gegeben-

¹⁵ vgl. <http://www.wien-konkret.at/politik/nationalratswahl2008/nationalratswahlergebnisse-2-republik/> [Stand: 23.01.13]

¹⁶ vgl. http://www.bundestag.de/bundestag/wahlen/ergebnisse_seit1949.html [Stand: 23.01.13]

heiten nicht per se die Heterogenität der Märkte dar, sondern wird im Zuge der Gewinnmaximierung aktiv erzeugt, um einen vielschichtigen Absatzmarkt zu erhalten: „Glokalisierung – beinhaltet in einem beträchtlichen Umfang die Konstruktion von zunehmend differenzierten Verbrauchern. [...] Um es einfach auszudrücken, Vielfalt verkauft sich gut.“ (Robertson 1998, S.198)

Dabei unterscheidet Beck zwischen der De-Lokalisierung und der Re-Lokalisierung, die eng mit der Globalisierung verzahnt ist. Damit meint er, dass der heutige Lokalisierungsprozess weit mehr bedeutet, als die Reanimierung von Traditionalismus bzw. der Rückzug in „bornierten Provinzialismus“, weil sich der „Bezugsrahmen des Lokalen“ im Kontext der Globalisierung verändert hat. (vgl. Beck 1998, S.87) Denn die Konsequenz ist, „dass sich lokale Kulturen nicht mehr direkt im Einigeln gegen die Welt rechtfertigen und erneuern können.“ (ebd.)

Demnach müssen Kulturen, um im globalen Kontext anschlussfähig zu sein, ihre lokalen Eigenheiten offen gestalten und die globale Vernetzung zulassen.

Daraus lässt sich schließen, dass die durch die Globalisierung angestoßenen Prozesse auf ökonomischer Ebene, einen wesentlichen Einfluss auf die jeweiligen Kulturen haben.

Die Verflechtung des Ökonomischen und Kulturellen in der heutigen Welt, ist bei Robertson der wichtigste Punkt in seinem Glokalisierungskonzept. (vgl. Robertson 1998, S.201) Das Globale und Lokale sind weder Gegenspieler, noch verdrängt die Globalisierung zwangsläufig das Lokale, stattdessen würde eine Rückbesinnung auf das Lokale sogar forciert: „Es gibt zur Zeit tatsächlich so etwas wie eine ‚Ideologie der Heimat‘, die teilweise als Reaktion auf die ständige Wiederholung und globale Verbreitung der Behauptung entstanden ist, wir lebten in einer Zeit der Entwurzelung und der Heimatlosigkeit [...]“. (ebd. S.208) Hier zeigt sich auch eine Form der „Universalisierung von Partikularismus“, durch die „zunehmende globale Verbreitung nationalistischer und fundamentalistischer Bewegungen, während sich die Partikularisierung des Universalen u.a. in der flexiblen Zuschneidung globaler Konsumgüter für lokale Geschmäcker zeigt.“ (Dürschmidt 2006, S.523) Das Phänomen der verstärkten Nationalismen bzw. fundamentalistischer Bewegungen weltweit, obwohl sich gleichzeitig Unternehmen und Märkte global öffnen, scheint mit dem Glokalisierungsansatz jedoch nicht widersprüchlich, sondern durchaus logisch. Denn die Orientierung an nationaler Identität, welche die „üblichste und auffälligste Form des Partikularismus in der Moderne“ (Greenfield 1992 zit. nach Robertson 1998, S.200) darstellt, wird mit dem zunehmenden Bedeutungsverlust von nationalen Grenzen, durch Migration und transkulturelle Familien, immer schwieriger zu definieren.

Tatsächlich scheinen „ethnische Zuordnungen [...] allein aufgrund der Gesellschafts- und Bevölkerungsentwicklung, zunehmend komplizierter.“ (Beck-Gernsheim zit. in Beck 1998, S.89) Gerade in der Europäischen Union ergibt sich aus dem „Schengen-Abkommen“ und der Möglichkeit, dass man als EU-Bürger überall in der EU leben und arbeiten kann, dass sich verschiedene Kulturen vermischen und sich transkulturelle Ehen und Familien ergeben, die einen traditionellen Heimatbezug erschweren.

„Kulturelle Globalisierung durchkreuzt die Gleichsetzung von Nationalstaat mit Nationalstaatsgesellschaft, indem transkulturelle Kommunikations- und Lebensformen, Zurechnung, Verantwortlichkeiten, Selbst- und Fremdbilder von Gruppen und Individuen hergestellt werden bzw. aufeinandertreffen.“ (Beck 1998, S.88f)

Die Angst vor der Unsteuerbarkeit und der Benachteiligung durch die Offenheit der nationalen Grenzen wird somit durch eine verstärkte Orientierung am Lokalen bzw. Nationalen kompensiert, wobei jedoch durch aufkommende Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus eine Gefahr für transnationale Kooperationen entstehen kann. Vor allem aber steht eine solche Entwicklung im Widerspruch zu einer gemeinsamen europäischen Identität, die oftmals als ein wesentlicher Faktor für das Voranschreiten des europäischen Integrationsprozesses angesehen wird. Dazu weiter unten mehr.

Mit Bezug auf Hannerz (1990) führt Robertson aus, dass globale Kultur durchaus über die kommunikative Vernetzung zwischen verbreiteten und weniger verbreiteten lokalen Kulturen in ihrer Entstehung unterstützt werden kann, jedoch das „Miteinander-Verbundensein“ allein reiche nicht aus. (vgl. Robertson 1998, S.202) Daraus lässt sich schließen, dass nicht der Austausch allein, sondern die Qualität des Austauschs zwischen den Kulturen und Nationen von Belang ist. Wie bereits an anderer Stelle dargestellt, gehört die Medienöffentlichkeit mit zu den bedeutendsten Öffentlichkeitsebenen, wodurch auch ein Einfluss auf die öffentliche Meinung in der Bevölkerung, je nach Reichweite des Mediums zu vermuten ist. Deshalb ist es notwendig, sich die Auswirkungen der Glokalisierung auf den Medienmarkt genauer anzuschauen.

5.2.1 Medien im Glokalisierungsprozess

Die Medien stellen einen bedeutenden Faktor im Globalisierungsprozess dar. Einerseits haben die neuen Informationstechnologien, wie das Internet, dazu geführt, dass ein Prozess der globalen Vernetzung voranschreiten konnte, sodass Kommunikation ungebunden von Raum und Zeit über weite Entfernungen stattfinden kann, was aber nicht bedeutet, dass Medieninhalte sich globalisieren.

„Während die Globalisierung von Medienmärkten heute als gegeben vorausgesetzt werden muss, Medienunternehmen in ihrer Struktur zumindest teilweise als globalisiert gelten können, kann von der Globalisierung der Medieninhalte dagegen noch immer keine Rede sein.“ (Meckel 2004, S.183)

Auch die Medien sind direkt von den ökonomischen Entwicklungen im Zuge der Globalisierung betroffen, da sie selbst als Unternehmen im wirtschaftlichen Wettbewerbsdruck stehen. Im Zuge dessen müssen sie sich im Konkurrenzkampf mit anderen Medien, um Auflagenzahlen, Einschaltquoten oder Klicks als wesentliche Kriterien auf dem Anzeigenmarkt, an die Bedürfnisse des Publikums anpassen, um den Kampf um die Aufmerksamkeit zu gewinnen. (vgl. Kapitel 4.3) Diese Bedürfnisse orientieren sich aber wie gesagt eher am Nationalen bzw. Lokalen, was wiederum die Annahme eines Glokalisierungsprozesses auf der Medienebene unterstreicht.

„Das Interesse an der individuell erfahrbaren Lebensumwelt, an der medialen Verbreitung dieser Umwelt in der eigenen Sprache (im eigenen Dialekt), an der Referentialität zur eigenen Kultur ist ungebrochen.“ (Trappel 2008, S.139)

Trappel bezieht sich hier auf die Bedürfnisse der Rezipienten in den Medien über ihre unmittelbare Lebensumwelt informiert zu werden. Dieser Trend lässt sich auch in einer Studie des Leipziger Instituts für Journalismusforschung nachweisen, wonach die Rezipienten von Regionalzeitungen und deren Online-Ausgaben einen stärkeren Bezug zur „ihrer Alltagswelt“ erwarten, als beispielsweise vom Fernsehen. (vgl. Thomä 2010, S.16f)

So stellte auch Chmielewski (2011) in seiner Untersuchung der Rezipientenbedürfnisse hinsichtlich der Print- wie auch Online-Ausgabe der *Ruhr Nachrichten* fest, dass unabhängig von der Verbreitungsform, also sowohl Zeitungsleser, als auch Online-Nutzer mehr Lokalnachrichten wollen. (vgl. S.164) Deshalb sei die Strategie der Lokalisierung bis hin zum Sublokalen für Lokalverlage „alternativlos, weil das Publikum von lokalen Marken in erster Linie lokale Informationen verlangt.“ (Chmielewski 2011, S. 185) Demnach müssten überregionale bis internationale Informationen, wie EU-Politik in Lokalzeitungen kaum eine Rolle spielen.

Problematisch ist dabei die Lokalisierungstendenz auf der Medieninhalteebene, weil es die gesellschaftliche Aufgabe des Journalismus ist, für die Anschlussfähigkeit der Individuen der Gesellschaft im Zuge der Globalisierung zu sorgen. (vgl. Meckel 2004, S.186) Wenn dies aber aufgrund der ökonomischen Ausrichtung der Medienunternehmen zu Gunsten der Gewinnmaximierung ausbleibt, dann erscheint die Glokalisierung der Medien dysfunktional.

Diese Ökonomisierung der Medien beschreibt Haller (2004) als „Transformation meritokratischer in marktfähige Güter zum Zweck der Ausweitung des Marktes“, wobei er anmerkt, dass Programm- und Informationsinhalte eher ein öffentlich-rechtliches Gut und daher bedingt marktfähig sind. (vgl. Haller 2004, S.297)

Dennoch lässt sich im Zuge der „Kommerzialisierung“ der Medien konstatieren, dass diese zu „Kuppelprodukten“ werden, „bei denen die Ökonomie des *Werbeträgers* jene

des immateriellen öffentlichen Guts (d.h. den redaktionellen Teil) überformt.“ (vgl. Haller 2004, S.297 [Herv. im Original])

Diese Kommerzialisierung ergibt sich aus der Tatsache, dass die Massenmedien heutzutage als ein „attraktives, kontinuierlich wachsendes und arbeitsplatzgenerierendes Wirtschaftssegment mit einem großen Innovationspotenzial“ gelten, die sich aus „wirtschaftlicher Konvergenz zwischen Telekommunikation und den Massenmedien“ und deren Wertschöpfungen ergibt. (vgl. Trappel 2008, S.138)

Im Zuge dessen werden aber gleichzeitig die „Regeln des Werbemarkts auf den (nach ganz anderen Leistungserwartungen strukturierten) Rezipientenmarkt mit seinem publizistischen Wettbewerb übertragen“. (Haller 2004, S. 297)

Dies verläuft jedoch in Diskrepanz zu den gesellschaftlichen Funktionen der Medien:

„Massenmedien haben die Aufgabe, nicht nur als ‚Watchdogs‘ der Demokratie die Ausübung von politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Macht zu kontrollieren, sondern auch das kollektive Normen- und Wertegefüge zu reproduzieren und immer wieder neu zu sichern.“ (Trappel 2008, S.138)

Weiters kommt hinzu, dass sich der Printmediensektor seit einiger Zeit in einer „wirtschaftlichen Krise“ befindet. (vgl. Kilz 2004, S.105) „Die Tageszeitungen sind in Konkurrenz zu den Online-Anbietern im Nachteil: Sie sind zu teuer, zu langsam, in der Reichweite unterlegen.“ (ebd.)

Dies hat zur Folge, dass sich die Tageszeitungen neu orientieren mussten und müssen. Die Wettbewerbsorientierung der Medien hat laut Haller zur Folge, dass sich die Medieninhalte „zur kostensteigernden Beigabe des Medien-Managements“ verwandeln. (vgl. Haller 2004, S.298) Weshalb die Orientierung der Tageszeitungen entlang der Rezipientenbedürfnisse und nicht zwangsläufig an ihren Aufgaben als „Watchdogs“ stattfindet.

Doch gäbe es eine Möglichkeit beides zu vereinen, wie Lochner (2010) vorschlägt: Das Bedürfnis der Rezipienten nach Lokalität der Medieninhalte und die Erfüllung der journalistischen Aufgabe der umfassenden Information:

„Nachrichtenredakteure sollten nicht – wie es heute vielfach noch gängige Praxis ist – einfach Agenturnachrichten umschreiben. Vielmehr müssen sie relevante Nachrichten um den Lokalbezug ergänzen, um einen Mehrwert zu schaffen.“ (Lochner 2010, S.15)

Gerade Lokalzeitungen müssten also europäische Themen mit der Region verknüpfen, um sich so von überregionalen Medien abzugrenzen und konkurrenzfähig zu machen. Gleichzeitig ist es darüber möglich die Relevanz der EU-Politik für den kleineren, lokalen bzw. regionalen Bezugsrahmen deutlich zu machen und somit Orientierung für den Rezipienten zu ermöglichen.

5.2.2 EU im Kontext der Globalisierung

„Die verstärkte Transnationalisierung der kommerziell ausgerichteten Medienkonzerne befördert die politische und kulturelle Europäisierung nur in geringem Masse, schafft aber gleichzeitig durch die transnationale Eigentumskonzentration neue Probleme für nationale und europäische Demokratieprojekte.“ (Meier/Trappel 2006, S.263)

Damit weisen Meier und Trappel auf zwei divergierende Prozesse in Europa hin, die mit dem Begriff Globalisierung erklärbar sind. Gemeint ist damit das Voranschreiten der Europäisierung im Mediensektor auf wirtschaftlicher Ebene, bei gleichzeitigem Mangel an Europäisierung der Medienöffentlichkeit bzw. sogar einer zunehmend „provinzialiserten Öffentlichkeit“ in den einzelnen Ländern. (vgl. ebd. S.262)

Dies entspricht auch dem Trend, den Robertson als globale Gesellschaftsentwicklungen beschreibt (vgl. Kapitel 5.2).

Gemeint ist damit die gestiegene „Transnationalität der Eigentümerstrukturen“ im europäischen Mediensektor. So sind die 50 umsatzstärksten Medienkonzerne Europas auf wenige europäische Länder verteilt: Während aus Deutschland 12, aus Großbritannien 13 und aus Frankreich insgesamt sechs der umsatzstärksten Medienunternehmen kommen, sind kleinere Länder wie Österreich, Belgien oder Portugal nicht in dieser Gruppe vertreten.

Es zeigt sich, dass die deutsche Bertelsmann-Gruppe der umsatzstärkste Medienkonzern in Europa ist, der ebenso in großen Staaten wie Frankreich, Großbritannien und Italien vertreten ist, aber auch eine wesentliche Rolle in den genannten Kleinstaaten spielt. (vgl. Meier/Trappel 2006, S.265)

Interessant ist, dass gerade der Trend zur Transnationalisierung, also die Offenheit gegenüber ausländischen Medien in großen Staaten gering ist, jedoch in Kleinstaaten wie Österreich „eine gewisse Transnationalisierung von Nutzen und Nachfrage“ der deutschen Medienprodukte stattfindet. Allerdings fällt diese Transnationalisierung dann einseitig auf Seiten der Kleinstaaten aus. (vgl. ebd. S.264) Dies zeigt sich beispielsweise dadurch, dass deutsche Fernsehprogramme in Österreich und der Schweiz über Kabel empfangbar sind, dies jedoch umgekehrt nicht der Fall ist, weil zum einen die Nachfrage gering ist und nach wie vor Urheberrechtsprobleme im Raum stehen. (vgl. ebd.)

Insbesondere die „nationalstaatliche medienpolitische Regulierung“ führt zu einer engen Grenzziehung, die es ausländischen Medienkonzernen erschwert sich zu etablieren, weil die einheimischen Medien aufgrund ihrer gesellschaftlichen Aufgaben „privilegiert und regulatorisch geschützt“ werden. (vgl. ebd.)

Gleichzeitig gibt es jedoch den Trend dazu, dass kommerziell erfolgreiche Medienprodukte wie Gratiszeitungen auch für andere Zielmärkte angepasst werden, was jedoch

eine spezifische Regionalisierung der Medieninhalte für den jeweiligen Markt bedeutet. (vgl.ebd.)

Die Anpassung an den Regionalmarkt scheint in dieser Hinsicht eine kommerzielle Erfolgsstrategie für die Medien zu sein, was jedoch gegen eine Europäisierung der Medieninhalte spricht. Dafür spricht auch, dass sogenannte „paneuropäische“ Medienprojekte, wie *Europa-TV*¹⁷, auf nur wenig Resonanz trafen und schon nach kurzer Zeit eingestellt wurden, oder nur mit Hilfe der öffentlichen Hand (*Arte*, *Euronews*) überleben können. Allein Spartenprogramme wie Musik- (*MTV*) oder Sportsender (*Eurosport*) konnten sich etablieren. (vgl. ebd.)

Dabei sieht Kleinsteuber (2004) auch ein Problem auf Seiten der Medienpolitik, die im Zuge der Deregulierung des Mediensektors den kommerziellen Sendern Etablierungsmöglichkeiten bereitstellte, die mit der Hoffnung nach einem „europäisch audiovisuellen Raum“ verknüpft waren, jedoch das Gegenteil bewirkt haben: „Während der so geschaffene freie Markt blieb, erwies sich der Beitrag der europäisch geförderten Akteure zu Integration Europas als gering, kommerzielle Sender arbeiteten national bzw. in Sprachräumen.“ (Kleinsteuber 2004, S.43)

Statt eines gemeinsamen paneuropäischen Mediums, wird also eher auf Lokalisierungsstrategien gesetzt, weil dies höhere Resonanz beim Publikum erwarten lässt. So verfolgt insbesondere auch der Printsektor eine „globale“ Vermarktungsstrategie:

„Die Präferenz der europäischen Medienkonzerne für eine Strategie der Marktbearbeitung, die in starkem Maße die regionalen und lokalen Besonderheiten berücksichtigt, lässt sich durch die Kulturgebundenheit der Medienprodukte erklären. Sprachliche und kulturelle Barrieren auf der einen Seite und ein vergleichsweise starker öffentlicher Rundfunk auf der anderen Seite haben bis jetzt eine stärkere Diversifizierung und Transnationalisierung verhindert.“ (Meier/Trappel 2006, S.267)

In Folge dessen konstatieren Meier und Trappel, dass bei Printmedien, insbesondere bei Tageszeitungen ein Europäisierungsbedarf gegeben ist. (vgl. ebd.)

Auch insgesamt zeigt sich, dass die Transnationalisierung auf wirtschaftlicher Ebene des Mediensektors nicht zwangsläufig zu einer massenmedial hergestellten europäischen Öffentlichkeit beiträgt, sondern ganz im Gegenteil zu einer verstärkten Regionalisierung der Medieninhalte geführt hat.

Thomass (2004, S.58f) führt das in Anlehnung an Gerhards (2002) auf die mangelnde Bereitschaft der, für die Öffentlichkeit wesentlichen, drei Akteursgruppen – Sprecher,

¹⁷ Der Satellietensender Europa-TV ging am 5. Oktober 1985 on-air, der durch die EBU-Mitglieder ARD(Deutschland), NOS (Niederlande), RAI (Italien) und RTE (Irland) gegründet und subventioniert wurde. Bereits nach knapp 14 Monaten auf Sendung, stellte Europa-TV seinen Sendebetrieb am 27. November 1986 ein, weil NOS nicht mehr willens war, aufgrund der wirtschaftlichen Erfolglosigkeit des Senders die gesamte Sendeinfrastruktur bereitzustellen. (vgl. Siebenhaar 2005, S.190)

Medien und Publikum – zurück, sich für Europa zu interessieren. Dies sei aber die Voraussetzung für die Europäisierung der nationalen Öffentlichkeit. Allerdings sei dieses Interesse insbesondere bei den Medien gering: „Kommerzielle Medien haben in Folge ihrer Eigenlogik ein Interesse an europäischen Themen, wenn dafür schon ein gewisses Maß an Aufmerksamkeit gegeben, wenn also ein Markt dafür vorhanden ist. Dieser ist umso schwieriger zu erlangen, je kleiner die Sprachräume sind, die sie bedienen.“ (Thomass 2004, S.59)

Voraussetzung für ein Interesse der Medien an europäischen Themen ist demnach das bereits bestehende Interesse des Publikums. Das Publikum jedoch, wie wir in Kapitel 5.2 bereits gehört haben und auch im jetzigen Kapitel ausgeführt wurde, hat ein verstärktes Bedürfnis nach der direkt „erfahrbaren Lebensumwelt“ (Trappel 2008, S. 139), was dem Regionalisierungstrend der Medieninhalte Vorschub leistet und der kommerziellen Medienlogik entspricht.

Wenngleich sich Thomass mit ihrem Beitrag auf den Rundfunk bezieht, so kann mit Meier und Trappel (s.o.) ebenfalls für den Printmediensektor, eine mangelnde Bereitschaft der Journalisten für die Berichterstattung von europäischen Themen, konstatiert werden. Dies wird nicht zuletzt auf die „Unattraktivität“ der europäischen Themen zurückgeführt, die in Konkurrenz zum Unterhaltungsbedürfnis des Publikums und dessen Befriedigung durch die Medien steht. (vgl. Thomass 2004, S.59f) Kurz gesagt: Die kommerzielle Ziele der Medienunternehmen verdrängen ihr gesellschaftliches Verantwortungsgefühl hinsichtlich ihre demokratietheoretischen Funktionen. Dies behindert wiederum die Etablierung einer europäischen Medienöffentlichkeit.

6. Europäische Union und Öffentlichkeit

In diesem Kapitel werden nun die verschiedenen Ansätze zur Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit betrachtet, wobei den Medien trotz der oben angeführten Dysfunktionalitäten ein entscheidender Faktor bei der Herstellung zugesprochen wird. Warum der europäischen Öffentlichkeit eine so große Hoffnung im europäischen Integrationsprozess zugesprochen wird, zeigt sich bei der Betrachtung der verschiedenen Defizite, die der Europäischen Union immer wieder unterstellt werden.

6.1 Demokratie in der EU

In der Europäischen Union werden verschiedene Faktoren angeführt, die dem europäischen Integrationsprozess hinderlich sein können. Dazu gehören ein allgemein konstatiertes und fast unbestrittenes „Demokratiedefizit“, (vgl. Rucht et al. 2003) ein damit verbundenes „Legitimationsdefizit“ (vgl. Abromeit 1997) und schließlich ein „Öffentlichkeitsdefizit“ (vgl. Gerhards 2002). Den Medien wird bei allem eine große Rolle beigemessen:

„Auf den Massenmedien ruhen große Hoffnungen, wonach sie Demokratiedefizite in der Europäischen Union beheben können. In ihrer öffentlichen Funktion, als vierte Gewalt sollen die Medien eine gemeinsame Identität unter EU-Bürgern stiften. Sie sollen durch hinlängliche breite und tiefe Information den transnationalen Diskurs erstehen lassen, die politische Kommunikation über Europa demokratisieren und die EU legitimieren.“ (Hagen 2004a, S.7)

6.1.1 Demokratiedefizit

Mit Abtretung nationalstaatlicher Hoheitsrechte und dem daraus folgenden Anstieg der EU-Kompetenzen, wird auch die Frage nach der demokratischen Struktur des europäischen Systems immer wichtiger.

„In dem Maße, wie jedoch die Einsicht Platz greift, dass EU-Institutionen zu lasten der nationalen Organe an Bedeutung gewinnen, wird das Demokratiedefizit der EU nicht nur für informierte Eliten und aktivistische Minderheiten, sondern auch für größere Teile der Bevölkerung in den Mitgliedsstaaten zu einem Thema.“ (Rucht et al. 2003, S.23)

Nun ist es so, dass die EU-Institutionen, insbesondere das Europäische Parlament mit in Kraft treten des Vertrags von Lissabon im Dezember 2009 stärker ausgeprägte Kompetenzen erhalten haben.¹⁸ Weshalb das Demokratie- und auch das Legitimationsdefizit inzwischen verstärkt in der (Medien-)Öffentlichkeit diskutiert werden müsste.

¹⁸ Gemäß Artikel 14 des EU-Vertrags wird das Europäische Parlament gemeinsam mit dem Rat zum Gesetzgeber und erhält Haushaltsbefugnisse. Zudem wählt es den Kommissionspräsidenten. (vgl. Lieb/Maurer 2009, S.14f, www)

Dabei scheint gerade ein wesentlicher Faktor des Demokratiedefizits behoben worden zu sein. Denn wie Glotz (2004) anmerkte, wurden die wesentlichen Entscheidungen zu dieser Zeit vom Europäischen Rat getroffen, was Glotz als „vordemokratisches Struktur“ bemängelt, da es den Entscheidungen an Transparenz fehlte: „Eine Entscheidung des Europäischen Rates ist aber um vieles diskreter als die Abstimmung in einem Parlament. Die Möglichkeit, solch eine Entscheidung öffentlich zur Debatte zu stellen, ist deshalb bedenklich begrenzt.“ (Glotz 2004, S.24) Doch nicht die Ausweitung des Parlamentarismus allein, wird als Mittel der Defizitsbekämpfung betrachtet, denn ein Parlament müsse u.a. auf „kollektive Identität“ und auf „intermediäre Strukturen“ d.h. mediale Öffentlichkeit basieren. (Abromeit 1997, S.110f)

Daneben scheint ein starkes Parlament dennoch auch für die Europäische Union als wichtig, allerdings mit anderen Vorzeichen als in einem Nationalstaat.

Denn das Volk ist im demokratischen Staat am Gesetzgebungsprozess beteiligt und wird durch selben konstituiert. Dabei legt der Staat und nicht die Nation fest, wer zum Staatsvolk gehört und wo die Grenzen liegen. Im bisherigen Verständnis wird die Gruppe, die zur Nation gehört durch die Staatsangehörigkeit festgelegt. Jedoch umfasst dieses Verständnis nicht eine Gruppe, die sich unabhängig von der Staatsangehörigkeit als Nation formieren will. Denn während sich die politische Nation durch eine kollektive Identität der Individuen zu einem Gesellschaftsvertrag konstituiert, vermögen die Verträge, die die Europäische Union verbindet nicht über die Grenzen der politischen Nationen hinaus eine politische Entität zu bilden. (vgl. Preuß 2004, S.49)

Auch Preuß kritisiert das Europäische Parlament, allerdings nicht auf seiner Funktionsebene, sondern auf der Ebene der Abgeordneten, die nicht nach europäischen Gesichtspunkten handeln, sondern ganz im Sinne ihrer nationalen Bedürfnisse entscheiden.

„Die politische Logik der EU fordert, ja ermutigt nicht einmal ein Parlament, das aus Abgeordneten besteht, die von ihren unterschiedlichen nationalen Ursprüngen und Prägungen abstrahieren und sich nur als pure Unionsbürger versammeln und Gesetze machen.“ (ebd.)

So schlussfolgert Preuß, dass man nicht von Unionsbürgern sprechen kann, da sie nach wie vor nationalstaatlich orientiert sind.

„Denn diese weltgeschichtlich neue politische Verbindung souveräner Staaten und deren sehr verschiedenartigen Völker besitzt wenig Ähnlichkeit mit einer Republik – einer aus dem freien Willen unabhängiger Bürger hervorgegangenen, unter dem Rechtsprinzip stehende Vereinigung von Individuen, die sich dadurch einen eigenen und originären Raum politischer Zugehörigkeit schaffen.“ (Preuß 2004, S.51)

Aus dieser Sicht wird das Beharren auf nationaler Identität der EU-Abgeordneten, aber auch der nationalen Politiker zu einem Hemmschuh für den europäischen Parlamen-

rismus. Indes erkennt Glotz auch die Komplexität dieses supranationalen Systems als überfordernden Faktor für nationale Politiker und noch mehr für nationale Medienvertreter an, weshalb er qualifizierte EU-Experten fordert:

„Nur der EU-Spezialist mit Sitz in Brüssel oder Strassburg kann den Weg einzelner Gesetzesvorhaben in der Europäischen Union einigermaßen vollständig überschauen. Dieser Spezialist (oder „Korrespondent“) findet aber in seinem Medium nur bei seltenen Ausnahmefällen die Resonanz, die notwendig wäre, um einen bestimmten Prozess vollständig sichtbar zu machen.“ (Glotz 2004, S.24)

In diesem Verständnis wird also der EU-Korrespondent und dessen Resonanz im heimischen Medium, zu einem wesentlichen Faktor für die adäquate Veröffentlichung von EU-Entscheidungen. Hierbei wird die enge Verknüpfung von Demokratie und Öffentlichkeit erneut deutlich.

6.1.2 Legitimationsdefizit

In Verbindung mit dem Demokratiedefizit wird unweigerlich das vermeintliche Legitimationsdefizit in der Europäischen Union aufgeworfen. (vgl. Rucht et al 2003, S. 24) Im demokratietheoretischen Verständnis wird die Legitimation der Herrschenden vor allem durch die Wahlentscheidungen der Bürger erreicht. Jedoch gibt es laut Pfetsch (2007, S. 116f) noch zwei weitere Legitimationsebenen:

1. Kongruenz: Wahlentscheidungen und Meinungsumfragen gelten als „*Input-Legitimation*“ und zeigen den Grad der Zustimmung, den die Politik durch die Bürger erfährt.
2. Reversibilität: Als „*Output-Legitimation*“ gilt dann die Erfüllung der Erwartungen der Bürger durch die Regierung. Hier zählt also die Leistung der Regierung. Dabei ist die potentielle Reversibilität, d.h. Korrigierbarkeit der politischen Entscheidungen ein wichtiger Faktor für die demokratische Legitimation.
3. Gemeinsinn: Schließlich lässt sich zu den beiden vorangegangenen „vertikalen Legitimationssträngen“ noch ein „horizontaler Legitimationsstrang“ hinzufügen. Dieser bezeichnet die „soziale Kohärenz“, d.h. Solidarität innerhalb der heterogenen Gesellschaft, die auch institutionell gefördert sein muss. (vgl. Pfetsch 2007, S.116f)

Hinsichtlich der Input-Legitimation auf EU-Ebene lässt sich sagen, dass die Wahlbeteiligung zum europäischen Parlament in den letzten 30 Jahren stetig zurückgegangen ist. So lag die Wahlbeteiligung 1979 im EU-Durchschnitt bei 63 Prozent, fiel 1999 erstmals unter 50 Prozent auf 49,8 Prozent. Bei den letzten EU-Wahlen im Jahr 2009 beteiligten sich durchschnittlich nur 40 Prozent der EU-Bürger an der Wahl. (vgl. Maurer/Kietz 2009, www)

Die Kompetenzsteigerung des europäischen Parlaments durch den Vertrag von Lissabon erfolgte also erst nach den letzten Wahlen auf EU-Ebene. Bei den kommenden Wahlen wird also interessant zu erfahren sein, ob diese Kompetenzsteigerung auch für mehr mediale Aufmerksamkeit¹⁹ für die Wahlen und schließlich dann auch für eine höhere Wahlbeteiligung sorgt. Gleichwohl haben die Reformverträge der Vergangenheit auch zu immer weiteren Kompetenzsteigerungen geführt, gleichwohl zeichneten sich in einzelnen Mitgliedstaaten zunehmend „Akzeptanzkrisen“ ab. (vgl. Pfetsch 2007, S.118) So erfuhr die Wahrnehmung der EU-Erunggenschaften hinsichtlich „der Friedenssicherung und Wohlstandsvermehrung“ in den neunziger Jahren einen Knick, der sich in Ländern wie Dänemark, Irland, Niederlande und Frankreich in „Negativvoten“ äußerte. (ebd.)

Das fehlende Vertrauen, das die Unionsbürger inzwischen gegenüber den EU-Entscheidungen zu haben scheinen, wurde vor allem durch nationale Referenden, aber auch in Umfrageergebnissen deutlich. Die Ursachenfindung erscheint komplex, wird aber zumeist auf nationale Mängel in den Mitgliedstaaten zurückgeführt.

Dadurch entsteht aber eine Gefahr für die Solidarität zwischen den EU-Mitgliedern, wenn Solidaritätsentscheidungen (zum Beispiel für einen Kohäsionsfond) nicht unterstützt werden, weil das Vertrauen in die europapolitischen Entscheidungen, also auf Ebene der Output-Legitimation, fehlt. Zudem hat die EU-Osterweiterung den „Gemeinschaftsgeist“ in der Union weiter minimiert. (vgl. ebd. S.119)

Neben der fehlenden europäischen Identität, die später noch erläutert werden soll, werden das Demokratie- und das Legitimationsdefizit vor allem auch auf ein Öffentlichkeitsdefizit zurückgeführt. Um dieses Öffentlichkeitsdefizit auf EU-Ebene jedoch tatsächlich konstatieren zu können, muss erst definiert werden, wie europäische Öffentlichkeit überhaupt entstehen kann.

6.2. Entstehung der europäischen Öffentlichkeit

Im Allgemeinen lassen sich vier Strukturmodelle europäischer Öffentlichkeit unterscheiden, die sich auf unterschiedliche demokratietheoretische Annahmen stützen, jedoch

¹⁹ Dass es in diesem Sinne Dysfunktionalitäten in der Medienberichterstattung gibt, zeigen zahlreiche Studien, die sich mit der medialen Berichterstattung zu den Europawahlen beschäftigt haben. Hier zeigt sich die Tendenz, „[...] dass die EU, Repräsentanten der EU und die Wahlen zum Europäischen Parlament keine sonderlich große Bedeutung in der Berichterstattung haben.“ (Wilke/Reinemann 2005, S.156) Auch Wilke und Reinemann konnten in ihrer vergleichenden Studie der printmedialen Berichterstattung über Europawahlen und Bundestagswahlen eine Marginalisierung der EU-Wahlen gegenüber nationalen Wahlen feststellen: So entsprach der Umfang der Berichterstattung zu den Europawahlen nur etwa einem Viertel von der Berichterstattung über die Bundestagswahlen. (vgl. ebd., S.170) Zudem stellten sie einen Anstieg an Subjektivität und Interpretativität in der Berichterstattung über die EU-Wahlen zwischen 1979 und 2004 fest.

alle die Medienöffentlichkeit in den Fokus setzen. Das Modell einer „*pan-europäischen Öffentlichkeit*“, hergestellt durch europäische Medien, die sich an ein transnationales Publikum in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wenden“ (Eilders/Voltmer 2003, S.251 [Herv. im Orig.]), wird von vielen Autoren als wenig wahrscheinlich bewertet. (vgl. ebd; Latzer/Saurwein 2006, S.16)

Dagegen steht das Modell der „*segmentierten transnationalen Themenöffentlichkeit*“, dass den Massenmedien nur wenig Bedeutung bei der Herstellung von thematisch abgrenzbaren Teilöffentlichkeiten beimisst, da es eben keine europaübergreifenden Medien gibt. Stattdessen versammeln sich Interessengruppen und soziale Bewegungen auf europäischer Ebene mittels Internet. (vgl. Eilders/Voltmer 2003, S.252)

Tobler (2006) spricht in diesem Zusammenhang von „*Eliteöffentlichkeiten*“ bestehend aus Experten, die sich themenspezifisch und unabhängig von den Medien zusammenfinden. (vgl. Tobler 2006, S.112)

Schließlich wird die „*Transnationalisierung bzw. Europäisierung der nationalen Öffentlichkeit*“ am realistischsten, da einerseits eine „länderübergreifende Öffentlichkeit“ an viele Voraussetzungen geknüpft wäre, welche schwierig zu erfüllen scheinen. Andererseits können die nationalen Öffentlichkeiten sich auch nicht einfach auflösen. (vgl. ebd. S.112f) Zudem besitzen die nationalen Medien eine starke Publikumsbindung, sodass sie die „sprachlichen und kulturellen Besonderheiten ausnutzen können, um Aufmerksamkeit zu erzielen“. (vgl. Eilders/Voltmer 2003, S.253) Und zwar auch für europäisch Themen, aber nur wenn das von ihrem Publikum auch verlangt wird. (siehe Kapitel 5.2.2)

6.2.1 Risiken für eine europäische Öffentlichkeit

Je nachdem, wie man eine europäische Öffentlichkeit definiert, ist auch das oft beklagte „Öffentlichkeitsdefizit“ unterschiedlich stark ausgeprägt, jedoch hatte die Proklamation dieses Defizits insbesondere seit den Maastricht-Verträgen Konjunktur. (vgl. Gerhards 2002, S.135)

So befasste sich Grimm (1995) nach dem Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts zu den Maastricht-Verträgen²⁰ mit der Frage, wie Europa demokratisiert werden kann. Dabei identifiziert er die fehlende Grundlage durch ein europäisches Kommunikationssystem, als einen wesentlichen Faktor für den demokratischen Mangel. Er sieht aber auch kaum Aussichten auf ein solches:

²⁰ Das Bundesverfassungsgericht urteilte 1993, dass die Maastricht-Verträge zwar mit dem deutschen Grundgesetz vereinbar sind, hatte aber „zugleich den *nichtstaatlichen* Charakter der Union bekräftigt.“ (Lerche 1995, S.7 [Herv. im Orig.])

„Aussichten auf eine Europäisierung des Kommunikationssystems bestehen vollends gar nicht. Ein europäisiertes Kommunikationssystem darf nicht mit vermehrter Berichterstattung über europäische Themen in den nationalen Medien verwechselt werden. Diese richten sich meist an ein nationales Publikum und bleiben damit nationalen Sichtweisen und Kommunikationsgewohnheiten verhaftet. Sie können folglich auch kein europäisches Publikum erzeugen und keinen europäischen Diskurs begründen.“ (Grimm 1995, S.41)

Stattdessen plädiert Grimm für länderübergreifende Medien, die einen solchen europäischen Diskurs herstellen könnten. Grimm hält also eine pan-europäische Öffentlichkeit bzw. einen „nationenübergreifenden Kommunikationszusammenhang“ für notwendig, wenngleich, die bisherigen Versuche von europaweiten Medien bisher sehr erfolglos waren. (siehe Kapitel 5.2.2) Auch Grimm hält die Möglichkeiten einer solchen für wenig umsetzbar:

„Ein solcher Markt setzte aber ein Publikum voraus, das über Sprachkompetenzen verfügt, die es ihm erlauben, europäische Medien zu nutzen. [...] Damit ist das größte Hemmnis für eine Europäisierung der politischen Substruktur, von der das Funktionieren eines demokratischen Systems und das Leistungsvermögen eines Parlaments abhängt, benannt. Es liegt an der Sprache. Kommunikation ist an Sprache und sprachliche vermittelte Welterfahrung und Weltdeutung gebunden. Information und Partizipation als Grundbedingungen demokratischer Existenz werden über Sprache vermittelt.“ (Grimm 1995, S.42)

Grimm setzt hier also Kommunikation und Sprache gleich, womit er erklärt, dass die Kommunikation in Europa aufgrund der Sprachunterschiede kaum realisierbar ist. Zugleich seien Weltdeutungen an Sprache gebunden, wodurch die Heterogenität in der Union verstärkt wird. Van de Steeg (2003) führt an, dass die so oft für die europäische Öffentlichkeit geforderte Homogenität, selbst auf nationalstaatlicher Ebene nur fiktiv ist. „Die Fiktion der Homogenität wird noch zusätzlich dadurch unterstrichen, dass ihr die Heterogenität auf europäischer Ebene entgegengehalten wird.“ (Steeg 2003, S.171f)

Steeg kritisiert weiter, dass das Kriterium der gemeinsamen Sprache nicht einmal auf die nationale Öffentlichkeit erfolgreiche Anwendung findet, da weder innerhalb bestimmter EU-Staaten dieselbe Sprache gesprochen wird, noch konstatiert werden kann, dass die „Zugehörigkeit zur Öffentlichkeit bei allgemeiner Sprachkompetenz auch auf der Rezeption identischer Medienprodukte gründet.“ (vgl. ebd. S. 175)

Weiters führt sie aus, dass Sprache und Kommunikation im europäischen Kontext unterschiedlich Sachverhalte darstellen: „Da Medien als Vermittler zwischen den Akteuren einer Debatte fungieren, können alle Teilnehmer von ihrer Sprache Gebrauch machen und dennoch miteinander kommunizieren.“ (ebd. S.174) Dies setzt allerdings voraus, dass diese Akteure aus der supranationalen Ebene auch gehört werden und die Debatten nicht allein entlang nationaler Akteure verläuft.

Für die Konstitution von Öffentlichkeit durch Sprache, wie Grimm sie vorschlägt, bedeutet also einen „staatlich abgegrenzten Raum“ in dem Bürgerschaft, Medien und nationale kollektive Identität und Interessen aufeinander abgestimmt sind. (vgl. Steeg 2003, S.172)

Gerade diese kollektive Identität fehlt in Europa: Grimm sieht aber eine kollektive europäische Identität, d.h. ein gesellschaftliches „Bewusstsein der Zusammengehörigkeit“ als einen maßgeblich demokratisierenden Faktor, weil dadurch Solidaritätsentscheidungen legitimierbar werden. „Demokratiehinderlich ist folglich nicht die fehlende Verbundenheit der Unionsbürger, sondern ihre schwach ausgebildete kollektive Identität und geringe übernationale Diskursfähigkeit.“ (Grimm 1995, S.47)

Habermas (1997) führt in seiner Antwort an Grimms Ausführungen aus, dass einem „politisch notwendigen Kommunikationszusammenhang“ in Europa auf lange Sicht nichts im Wege stehe: Zum einen könne man diesen „auf einen gemeinsamen kulturellen Hintergrund und die geteilte historische Erfahrung des glücklich überwundenen Nationalismus stützen“ und zum anderen könne das Sprachenproblem mit Englisch als „second first language“ überwunden werden, da hierfür auch durch den gegenwärtigen Stand der Schulbildung der formale Rahmen vorhanden ist. (vgl. Habermas 1997, S.191)

Schließlich konstatiert Habermas hinsichtlich einer europäischen Identität:

„Europäische Identität kann ohnehin nichts anderes bedeuten als Einheit in der nationalen Vielfalt; dafür bietet übrigens der deutsche Föderalismus, nach Zerschlagung Preußens und dem Ausgleich zwischen den Konfessionen, nicht das schlechteste Modell.“ (ebd.)

Zusammengefasst werden also, ein mangelndes europäisches Mediensystem (insbesondere auf Inhaltsebene, siehe auch Kapitel 5.2.2), die Sprachenvielfalt, sowie fehlende kollektive europäische Identität als hinderlich für eine europäische Öffentlichkeit genannt. Alle diese Faktoren werden aber aus Perspektive der nationalen Öffentlichkeit als Norm gedacht, was jedoch aufgrund der supranationalen Beschaffenheit der EU nicht ohne weiteres möglich und daher nicht sinnvoll ist. Daher muss europäische Öffentlichkeit unabhängig von nationalstaatlichen Vorstellungen gedacht werden. (vgl. Steeg 2003, S.176f)

6.2.2 Chancen für eine europäische Öffentlichkeit

Die Auffassung, dass eine europäische Öffentlichkeit nicht nach nationalstaatlichen Maßstäben beurteilt werden darf, ist in der heutigen wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit diesem Thema inzwischen weit verbreitet. So gerät die *Europäisierung der*

nationalen Öffentlichkeit immer mehr in den theoretischen und empirischen Fokus. (vgl. dazu Gerhards 2002; Tobler 2006; Steeg 2003; Risse 2004; Eilders/Voltmer 2003)

Die Herstellung einer europäischen Öffentlichkeit durch die Thematisierung von europäischen Themen in den nationalen Teilöffentlichkeiten, durch die nationalen Medien wird aktuell als wahrscheinlichste Möglichkeit gewertet, wie Landfried erläutert:

„In dem Maße, in dem in den Teilöffentlichkeiten mit ihren spezifischen Interessen auch der Bezug zur europäischen Integration in den Blick gerät, kann sich im dynamischen System der europäischen Union die neue Struktur einer europäischen Gesamtöffentlichkeit entfalten.“ (Landfried 2004, S.125)

Demnach ist die Sichtbarkeit europäischer Themen in den nationalen Teilöffentlichkeiten eine Voraussetzung dafür, dass sich ein Netzwerk zwischen diesen verschiedenen Teilöffentlichkeiten in Europa bildet und so zu einer gemeinsamen europäischen Öffentlichkeit wächst. Dabei muss dieses System aber unbedingt einen transnationalen Austausch zulassen, der in den nationalen Öffentlichkeiten medial vermittelt werden muss.

„Öffentlichkeit [...] besteht aus Akteuren, die ein bestimmtes Thema, das sie von öffentlichem Belang, also von allgemeinem Interesse für das Gemeinwesen halten, gleichsam öffentlich debattiert. Das gleiche Thema wird gleichzeitig von verschiedenen Akteuren debattiert, die dafür, auf die eine oder andere Weise, in unmittelbarem Austausch miteinander stehen. Diese Akteure wissen, dass sie von einem Publikum beobachtet werden, bei dem ihre Interaktion auf Resonanz stößt. Darüber hinaus kann eine Debatte dann als öffentlich betrachtet werden, wenn zumindest prinzipiell jedermann aus dem Publikum heraustreten kann, um Zugang zur Bühne zu erlangen und sich aktiv zu beteiligen.“ (Steeg 2003, S.178f)

Darüber hinaus stellt ein gemeinsamer Referenzrahmen innerhalb eines Diskurses einen wichtigen Indikator für die Bewertung von Öffentlichkeit dar. (vgl. ebd. S. 181) Dies kann bedeuten, dass Themen kontrovers diskutiert werden, jedoch auf dieselbe Weise gerahmt werden, die Akteure also über dasselbe reden.

Davon geht auch Risse (2004) aus, der folgende Bedingungen an eine europäische Öffentlichkeit knüpft:

1. „Die gleichen Themen werden zur gleichen Zeit in den nationalen Öffentlichkeiten kontrovers diskutiert.“
2. Die Themen sollten sich in ihren „Referenzpunkten und Bedeutungsstrukturen ähneln“
3. Die Diskursteilnehmer werden über die nationalen Grenzen hinweg als „legitime Sprecher/innen in einer Kommunikationsgemeinschaft, die die zu behandelnden Themen als gemeinsame europäische Probleme diskutiert“ akzeptiert. (Risse 2004, S.150)

Risse geht davon aus, „dass Kontroversen und Polarisierung zu den Wesensmerkmalen demokratischer Öffentlichkeiten gehören und sie die Aufmerksamkeit für politische Themen erhöhen.“ (Risse 2004, S.146) Dies gelte auch für die EU-Themen, wobei er darauf hinweist, dass der Streit über die EU-Politik zwar Aufmerksamkeit dafür schafft, was notwendig für die Bildung einer europäischen Öffentlichkeit ist, jedoch nicht allein ausreiche: „Man könne sich durchaus eine hohe Aufmerksamkeit für europäische Themen aufgrund polarisierter Debatten vorstellen, die aus nationaler oder gar nationalistischer Perspektive diskutiert würden.“ (ebd.) Als Beispiel dafür nennt er die Diskussionen in Großbritannien und Dänemark über den Euro, die in den dortigen Medien viel Aufmerksamkeit erhielten, jedoch aus starker nationaler Perspektive diskutiert wurden, was oft als abträglich für eine gemeinsame europäische Öffentlichkeit angesehen wird. (vgl. ebd. S.146f) Risse selbst ist anderer Meinung: „Eine stärkere Politisierung europäischer Themen würde die Aufmerksamkeit für Europa in nationalen Medien erhöhen und damit zu einer europäischen Öffentlichkeit und gleichzeitig zum Abbau des Demokratiedefizits der EU führen.“ (ebd. S.151)

Auch Wessler (2004) ist der Auffassung, dass europäische Öffentlichkeit vor allem durch Konflikte geschaffen werde, wo sie sich am besten herauskristallisieren könne, jedoch gelte dies nicht für alle Arten von Konflikten. Denn nur wo die Konfliktparteien dasselbe Existenzrecht erhalten, (vgl. Wessler 2004, S.24) also für alle Akteure die Diskussion offen steht, kann diese Öffentlichkeit auch den diesbezüglichen autochthonen Vorstellungen genügen. (siehe Kapitel 3.2)

Andernfalls kann der (mediale) Fokus auf Konflikte im europäischen Kontext durchaus auch negative Auswirkungen auf die Wahrnehmung der EU in der Bevölkerung haben, sofern Europa nicht in die nationalstaatliche Perspektive inkludiert wird und stattdessen als ein intervenierender Faktor von außen gerahmt wird. Dieser Aspekt berührt die Frage nach einer europäischen Identität.

6.2.3 Europäische vs. nationale Identität

Die Frage nach der europäischen Identität wurde nun mehrfach aufgeworfen und zudem als ein konstituierender Faktor für das Voranschreiten des europäischen Integrationsprozesses bezeichnet. Meist werden der europäischen Identität die nationalen Identitäten der Mitgliedsstaaten entgegengesetzt, die als wesentlicher Hinderungsgrund für die europäische Identität angesehen wird:

„Solange nationale, regionale oder lokale Identitäten eine größere Anziehungskraft auf den Einzelnen ausüben, kann europäische Identität nur eine Teil- oder Residualidentität sein; Gefühle zur eigenen, näheren Umgebung haben zur Folge, dass dort eine größere Loyalität existiert und Verpflichtungen freiwillig eingegangen werden. Jeder Mensch hat

diese Zugehörigkeiten, auch wenn sie sich in der Intensität zu den unterschiedlichen räumlichen Kollektiven unterscheidet.“ (Pfetsch 2007, S.106f)

Zumeist gründet sich kollektive Identität auf „affektiv-politischen“ Bindungen, die aufgrund von historischen Entwicklungen an die Nationalstaaten bestehen.

„Nationen bilden das Ergebnis eines vom politischen Willen der Eliten oder größeren Mehrheiten getragenen Vereinheitlichungsprozesses, in dem ethnisch unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen auf einem begrenzten Territorium eine gemeinsame Orientierung in rechtlicher und kultureller Hinsicht vermittelt wurde.“ (Bornewasser/Wakenhut 1999a, S.44)

Auf dieser Basis erfolgt auch eine „Identifikation mit dem eigenen und die Abgrenzung gegen andere Systeme“ (vgl. ebd.), was sich in Form eines „Wir-Bewusstseins“ äußert und „ihre Umgebung abgrenzt“. (Habermas 1997, S.155) Kollektive Identität verläuft also entlang von Grenzen, die nicht unbedingt geographisch sein müssen, jedoch durch den Nationalstaat meist durch solche definiert sind.

Smith (1992) nennt mehrer konstituierende Dimensionen für nationale Identität: Sie setzt sich zusammen aus der *territorialen Bindung einer Gesellschaft an ihre Heimatnation*, ihren *gemeinsamen Ursprungsmythen* und ihrem *historischen Gedächtnis*, die *gemeinsame Bindung an eine standardisierte Massenkultur*, *gemeinsames Wirtschaftssystem und Mobilität für alle Bürger des Heimatlandes* und schließlich eine *gemeinsame Rechtsgrundlage für die ganze Bevölkerung*. (vgl. Smith 1992, S. 60)

Aufgrund dessen erfolgt also eine Inklusion und Exklusion, von dem was zur kollektiven Identität gehört oder nicht. Jedoch ist Identität nicht etwas manifestes, sondern mit der Zeit veränderbar. Denn es handelt sich um einen „Bewusstseinsvorgang“ der genauso politisch erzeugt werden kann.

„Der politische Identitätsbegriff kennt die zwei Dimensionen der Zeit und des Raums. Die räumliche Lagerung, also die territoriale Bezugseinheit, ist von Bedeutung ebenso wie die Konstanz bzw. Variabilität im historischen Zeitablauf.“ (Pfetsch 2007, S.107)

In dieser Hinsicht hat Europa gegenüber dem Nationalstaat Nachteile, da die lang etablierte emotionale Bindung und die historische Grundlange fehle:

„In this respect, national identifications possess distinct advantages over the idea of a unified European identity. They are vivid, accessible, well established, long popularized, and still widely believed, in broad outline at least.“ (Smith 1992, S.62)

Allerdings könnte mit der nötigen Zeit und dem entsprechenden Diskurs auch die europäische Identität in das Bewusstsein der Unionsbürger gelangen, wie Pfetsch (2007, S.112ff) ausführt: da Europa sowohl über ein gemeinsames historisches Gedächtnis als auch über konstante Komponenten wie ökonomische, soziale und kulturelle Faktoren, die identitätsstiftend wirken können, verfügt. So kann Europa durch die zwei Weltkriege auf ein gemeinsames „historisches Erbe“ und der Etablierung von transnationalen Beziehungen seit 1945 in West-Europa und seit 1989 auch in Ost-Europa zurückblicken.

(vgl. ebd. S.108) Zumindest in West-Europa gehört die Öffnung für transnationale Beziehungen schon länger zur politischen Realität und müsste sich auch bei den Bürgern in einem Zugehörigkeitsgefühl zu Europa bzw. zur EU äußern.

Als ein weiterer identitätsstiftender Faktor wird der *Euro* als gemeinsame Währung bezeichnet, der „hohe Symbolkraft“ besitzt. Auch die Bedrohungen von außerhalb Europas durch Terror, aber auch wirtschaftliche internationale Konkurrenz können für ein Zusammenhörigkeitsgefühl sorgen. (vgl. Pfetsch 2007, S. 113f)

So wird der *Euro* im Eurobarometer 76 (Herbst 2011) nach der Reisefreiheit und Freizügigkeit in der EU, als zweit wichtigster Aspekt von den Unionsbürgern genannt, den sie mit der EU verbinden. Dabei verbinden vor allem die Österreicher mit 68 Prozent am häufigsten den *Euro* mit der Union, gefolgt von der Slowakei (62 Prozent), Griechenland (59 Prozent) und auch Deutschland mit 58 Prozent.

Allerdings wird in Österreich (53 %), Deutschland (49%) und Frankreich (38%) die EU überdurchschnittlich mit dem negativen Aspekt der „Geldverschwendung“ in Verbindung gebracht, was einen Zuwachs zwischen 5 und 7 Prozent ausmacht.²¹

Die Frage nach dem Identitätsgefühl hinsichtlich der Europäischen Union, beantworteten die Unionsbürger im Eurobarometer 60 (Herbst 2003) folgendermaßen: Es fühlten sich 40 Prozent der EU-15 Länder (38 % Deutschland; 46 % Österreich) nur mit ihrer Nationalität verbunden. Demgegenüber fühlten sich nur 3 Prozent der Bürger im EU-Durchschnitt (4 % Deutschland; 3% Österreich) als Europäer. Allerdings identifizierten sich durchschnittlich 47 Prozent (45 % Deutschland; 43 % Österreich) mit ihrer Nation und gleichzeitig mit Europa, diese beanspruchen also durchaus eine Doppelidentität für sich.²² Die nationale Identität hatte also zu diesem Zeitpunkt einen sehr hohen Stellenwert, während eine europäische Identität kaum verbreitet ist.

In einem Spezial-Eurobarometer aus dem Jahr 2012, gaben 51 Prozent der Deutschen an, sich sowohl als Deutsche wie auch als Europäer zu identifizieren, wobei die Deutschen über dem EU-Durchschnitt von 46 Prozent lagen. In Österreich gaben nur 42 Prozent der Befragten an, eine solche Doppelidentität zu haben.²³

Dennoch scheint die Doppelidentität eine hoffnungsvolle Alternative zur europäischen Identität und für die europäische Integration zu sein. Die Verbundenheit mit der eigenen Nation in Verbindung wird also als sehr wichtig betrachtet, ebenso wie europäische Werte von Frieden, Freizügigkeit und dem *Euro*.

Die Frage ist aber, welche Identität in der Presse mit regionaler Ausrichtung vorherr-

²¹ vgl. Eurobarometer 76 – vollständiger Bericht, S. 48f
http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb76/eb76_agreport_de.pdf [Stand: 04.02.13]

²² vgl. Eurobarometer 60 – Herbst 2003, S.28f
http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb60/eb60_de.pdf [Stand: 04.02.13]

²³ vgl. Eurobarometer 379 – Februar 2012, S. 57
http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_379_en.pdf [Stand:19.02.2013]

schend ist? Denn nationale Identitäten haben, wie gesagt immer einen Inklusions- und Exklusionsfaktor:

„Damit erfüllen nationale Identitäten dieselben Funktionen wie Vorurteile - wie diese ermöglichen sie, unter Vernachlässigung komplexerer Sachverhalte rasche Bewertungen vornehmen zu können. Wie Vorurteile neigen aber die Einschließungs- und Ausschließungskonsequenzen nationaler Identitäten dazu, ein dichotomisches Gesellschafts- und Politikverständnis zu stärken: ‚Wir‘ stehen gegen ‚die anderen‘, ‚die Fremden‘; und daher stehen - zumindest der Tendenz nach - letztlich ‚Gut‘ und ‚Böse‘ einander gegenüber.“
(Pelinka 1995, S.29)

Wenn also die Sprecher in der Berichterstattung über EU-Themen vorwiegend aus der Sicht „Wir-Österreicher“ bzw. „Wir-Deutschen“ gegenüber „Die EU“ als ausgegrenzter Bereich sprechen, dann kann dies dazu führen, dass die EU als etwas feindliches für die nationale Politik wahrgenommen wird. Dagegen sollte aber ein Sprecher im europäischen Diskurs mit seinem „Wir“-Bezug mehr als nur die nationale Identität meinen, wenn sich eine, für die europäische Öffentlichkeit wichtige, „transnationale Kommunikationsgemeinschaft“ herausbilden soll. (vgl. Risse 2002, S. 21) Dabei muss natürlich beachtet werden, dass dies nur ein Mindestmaß an Identifikation mit einer kollektiven Identität darstellt und Identität an sich, durch reine Inklusions- und Exklusionsbezüge kaum hinreichend abgebildet wird. Dennoch sollen die verbalen Bezugnahmen für diese Untersuchung wenigstens einen Trend in der EU-Berichterstattung von regionalen Zeitungen abbilden.

6.3 Empirische Befunde zu europäischen Öffentlichkeit

Die negativen Einschätzungen über die Möglichkeiten für eine europäische Öffentlichkeit von Grimm (1995), aber auch von anderen Autoren, die sich vor allem auf die Sprachunterschiede in Europa beziehen und dem damit verbundenen Pessimismus für eine *pan-europäische Öffentlichkeit* mit gemeinsamen europäischen Medien, (vgl. Steeg 2003, S.169f) sind in der heutigen europäischen Öffentlichkeitsforschung weitestgehend durch den Ansatz der *Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten* abgelöst worden. Seitdem fallen die Einschätzungen über das Voranschreiten einer europäischen Öffentlichkeit schon etwas positiver aus.

Dabei unterscheidet Saurwein (2006) die diesbezüglichen Forschungen zwischen zwei verschiedenen medienanalytischen Herangehensweisen: Zum einen gibt es die themenübergreifenden Langzeitstudien, die den Anteil der Europaberichterstattung im Vergleich zu der sonstigen politischen Berichterstattung messen (z.B. Trenz 2005). Zum anderen wird die Medienberichterstattung zu bestimmten Themen oder Politikfeldern inhaltsanalytisch untersucht. (vgl. Saurwein 2006, S.27f)

Insgesamt sind die unterschiedlichen Studien durch sehr heterogene Untersuchungsde-

signs geprägt, die sich in den Untersuchungseinheiten, also den Medien, Ländern, Zeiträume etc. erheblich unterscheiden, was die heterogenen Forschungsergebnisse erklärt. (vgl. ebd. S.35)

Grundsätzlich zeigt sich ein positiverer Trend hin zu einer Europäisierung der nationalen Medienöffentlichkeiten, der die These einer Marginalisierung bzw. einem Öffentlichkeitsdefizit in Europa nicht mehr ganz so bekräftigt. Dennoch sind sich viele Autoren hier noch nicht ganz einig:

Kleinen-v. KönigsLöw et al. (2004) bzw. Brüggemann et al. (2006) untersuchten im Zeitraum von 1982 bis 2003 in fünf Ländern den EU-Bezug in Meinungselementen von Qualitätszeitungen, wobei sie nach den Anteilen von nationaler, EU- und internationaler Politik gefragt haben. Dabei stieg der Anteil von Meinungsartikeln mit EU als Hauptthema von 1982 2 Prozent, auf 2003 9 Prozent. Der Anteil von Artikeln in denen die EU ein Nebenthema war, stieg sogar von 8 Prozent (1982) auf 22 Prozent (2003). (vgl. Brüggemann et al. 2006, S.221f) Demgegenüber zeigte jedoch die Frage nach der Bezugnahme auf eine kollektive europäische Identität der Sprecher nur eine schwache Europäisierung: von 1982 bis 2003 stieg der Wert der „Wir-Europäer“-Referenz der Sprecher von 1 auf 5 Prozent. Gleichzeitig konnte zwar ein leichter Rückgang der nationalen Wir-Bezüge seit 1996 verzeichnet werden, dieser war aber 2003 immer noch bei 40 Prozent und damit eindeutig dominierend. (vgl. ebd. S.227f)

Auch Eilders und Voltmer (2003) untersuchten den Anteil von europäischen Themen in Meinungsbeiträgen von Qualitätszeitungen, allerdings nur in Deutschland und im Zeitraum zwischen 1994 bis 1998. Sie kommen zu dem Schluss, dass der Anteil von supranationalen, d.h. europäischen Themenbezügen nur bei 5,6 Prozent und somit weit hinter Themen zur Außen- und Bündnispolitik liegt. Dennoch können sie einen leichten positiven Anstieg von europäischen Themenbezügen ausmachen.

Allerdings zeigt sich ein bedeutend geringer Anteil von EU-Akteuren in der Berichterstattung. Sie werden im Vergleich zu anderen Akteuren nur zu 1,6 Prozent erwähnt, wobei die „EU als Ganzes“ also als unbestimmter Kollektivakteur mit 53,3 Prozent am häufigsten genannt wurde. (Eilders/Voltmer 2003, S.259ff)

Dagegen fand Trenz (2005) für das Jahr 2000 in sechs Ländern und jeweils zwei Qualitätszeitungen, darunter auch Österreich, heraus, dass in den deutschen Qualitätszeitungen (FAZ und SZ) 25,6 bzw. 18,4 Prozent der Artikel einen europäischen Hauptbezug hatten. In Österreich war dieser Anteil bei 21,6 Prozent (*Standard*) und 23,1 Prozent (*Die Presse*). Wenn man die Anteile der „europäisierten Artikel“ und „Artikel mit europäi-

schen Verweisungskontext²⁴ dazurechnet, fällt der Europäisierungsgrad weitaus höher aus als bei den vorherig erwähnten Studien: *FAZ* 55,2 %; *SZ* 44,4 %; *Standard* 46,4 %; *Presse* 33,8 %. (Trenz 2005, S. 197)

Dies zeigt bereits wie unterschiedlich die Ergebnisse der einzelnen Studien sind, was eine Einschätzung des Europäisierungsgrads der nationalen Öffentlichkeiten erheblich erschwert.

Das Europub.com Projekt (u.a. Koopmans/Erbe 2003) verwendet für seine Analyse der europäischen Öffentlichkeit die Claim-Analyse und vergleicht die Berichterstattung in sieben EU-Ländern. Die Claim-Analyse macht es möglich zwischen den Medien als Vermittler fremder Äußerungen und den Medien als Sprecher selbst zu unterscheiden. Dabei fanden Koopmans und Erbe für deutsche Qualitäts- und Boulevardzeitungen heraus, dass Europäisierung abhängig von den jeweiligen Politikfeldern ist. Je mehr Kompetenzen die EU für einen bestimmten Bereich hat, desto stärker ist die Öffnung diesbezüglicher Debatten hin zu einer transnationalen Perspektive in den Medien. (vgl. Koopmans/Erbe 2003) Dies konnte vor allem für den Bereich „monetary politics“ festgestellt werden: Hier bezogen sich 79 Prozent der Claims auf einen supranationalen Akteur oder Thema. „This indicates that with the introduction of a common currency, monetary politics has very quickly become a field that is debated and contested almost entirely from a European perspective.“ (ebd.) Durch die Einführung einer gemeinsamen Währung konnte also eine Europäisierung der öffentlichen Debatte festgestellt werden. Das bestätigt auch die Annahme von Pfetsch (2007), dass der *Euro* einen identitätsstiftenden bzw. Symbol-Charakter für die Union hat. (vgl. Kapitel 6.2.3) Deshalb müssten sich bei der Debatte um die Einführung des ESM auch gewisse supranationale Bezüge herstellen lassen, da es sich hier auch um finanzpolitische Fragen handelt, die von den Mitgliedsländern erhebliche Solidarität erfordern.

Schließlich zeigt sich, dass viele Untersuchungen spezifische Ereignissen, wie Europawahlen (Holtz-Bacha 2005), oder andere Entscheidungsprozesse, wie die EU-Osterweiterung (Steeg 2003; Brantner 2007) oder aber den Türkei-Beitritt (Tobler 2006) in den Blick nehmen. Insgesamt werden Konflikte und Skandale (BSE, Dioxin, EU-Sanktionen gegen Österreich) vielfach als ein Motor für transnationale Debatten ange-

²⁴ „Europäisierte Artikel diskutieren schwerpunktmäßig innen- oder außenpolitische Themen, die mit mindestens einem Thema der europäischen Politik in Zusammenhang gebracht werden.“ (Trenz 2005, S.195)

„Artikel mit europäischem Verweisungskontext zeichnen sich durch themenunspezifische Verweise auf Europa aus, das als vergleichender oder generalisierender Sinnkontext in der Diskussion innenpolitischer oder außenpolitischer Themen hervortritt.“ (ebd.)

sehen. (vgl. Neidhardt 2006, S. 56f) Die „konfliktinduzierte Transnationalisierung“ scheint also in dieser Hinsicht recht vielversprechend für die europäische Öffentlichkeit: „Der Konflikt erzeugt ein gemeinsames Zusammengehörigkeitsbewusstsein und begünstigt Identitätskonstruktionen oberhalb nationaler Differenzsemantiken umso eher, je stärker die *Bedrohung als eine Bedrohung von gemeinsamen kulturellen Beständen, Werten oder Interessen* thematisiert wird.“ (Tobler 2006, S.124f [Herv. im Orig.]) So schätzt Tobler den EU-Beitritt der Türkei, der seit Jahren diskutiert wird, als eine Bedrohung für die kulturellen Werte ein, die von den Bürgern als solche wahrgenommen wurde. (vgl. ebd.)

Allerdings wird eine konfliktinduzierte europäische Öffentlichkeit zum Teil als nicht ausreichend, da nur von kurzfristiger Dauer eingeschätzt. (vgl. hierzu Saurwein 2006, S.33)

Als Forschungslücke zum Thema Europäisierung der nationalen Öffentlichkeit wird zudem bemängelt, dass sich die Untersuchungen meist nur auf Qualitätszeitungen und vor allem auf große EU-Staaten wie Deutschland, Frankreich und Großbritannien beziehen würden. Demnach kommt zum einen die Berichterstattung im Rundfunk und Internet weiterstehend zu kurz, aber auch diese in regionalen Tageszeitungen, obwohl Regionalzeitungen einen wichtigen Bestandteil in der täglichen Mediennutzung des Publikums darstellen. (vgl. ebd. S.35) Auch wenn es inzwischen Untersuchungen zur österreichischen Berichterstattung in Qualitäts- und Boulevardzeitungen gibt (Saurwein 2006; Brantner 2007; Kästenbauer 2011) so fehlt die Untersuchung von Tageszeitungen mit einem regionalen Verbreitungsschwerpunkt sowohl in Österreich als auch in Deutschland. Dies soll in dieser Arbeit behoben werden.

7. Empirischer Teil

7.1 Ziel der Untersuchung

Wie in den forschungsleitenden Fragen zu Beginn der Arbeit (Kapitel 1.1) erläutert, soll zunächst herausgefunden werden, inwieweit Medien zur Herstellung einer europäischen Öffentlichkeit beitragen können. Durch die Beschäftigung mit allgemeinen Öffentlichkeitstheorien und spezifischen Theorien zur europäischen Öffentlichkeit konnte gezeigt werden, dass die Massenmedien eine entscheidende Rolle für die Herstellung von Öffentlichkeit darstellen, insbesondere auch für Europa, weil sich vieles was sich auf EU-Ebene abspielt, der „erfahrbaren Lebensumwelt“ (Trappel 2008, S. 139) der Rezipienten entzieht und sie daher auf die Orientierung, die ihnen die Medien bereitstellt angewiesen sind. (vgl. Holtz-Bacha 2004, S.29)

Im Kontext der europäischen Öffentlichkeit bedeutet das, dass nicht nur die Tatsache wesentlichen ist, dass die Medien über europapolitische Vorgänge berichten, sondern auch wie sie darüber berichten. Dabei ist es vor allem wesentlich, welche Hauptakteure in der Berichterstattung zu Wort kommen und auf welche Akteure Bezug genommen wird, weil dies Aussagen darüber treffen lässt, wie stark die Berichterstattung an nationalen Akteuren orientiert ist bzw. wie groß die Sichtbarkeit von nicht-nationalen bzw. europäischen Akteuren im Vergleich dazu ist. Denn die Sichtbarkeit von europäischen Akteuren wird als wichtiger Faktor für die europäische Öffentlichkeit identifiziert. (vgl. Risse 2004 S.150; Steeg 2003, S.178f)

Dies auch vor dem Hintergrund der „autochthonen“ Öffentlichkeit, deren normativen Anforderungen nach Habermas Offenheit für alle Akteure gleichsam verlangt, d.h. dass nicht nur Akteure aus der „vermachteten“ politischen Öffentlichkeit in der Medienöffentlichkeit sichtbar werden, sondern auch zivilgesellschaftliche Akteure mit ihren Positionen. Hier ist also relevant, inwieweit die Medien europäischen Akteuren Aufmerksamkeit schenken, weil dies vor dem Hintergrund des Agenda-Setting-Ansatzes (vgl. 4.3.1) Einfluss auf die Bedeutungsstrukturen der Rezipienten hat. Wenn also eine Marginalisierung von europäischen Akteuren in der Berichterstattung über europäische Themen festzustellen wäre, würden die Medien ihre Informationsfunktion verletzen.

Wie im Kapitel 4.3.1 schon erläutert, haben Medien insbesondere darauf Einfluss, in welchen Kontext sie Themen setzten, also welche Personen besonders hervorgehoben werden und welchen Deutungsrahmen die Themen erhalten. (vgl. Eilders/Voltmer 2003, S. 256)

Weiters interessiert in dieser Untersuchung, inwieweit europäische Politik einen Nachrichtenwert besitzt, da hier ambivalente Forschungsergebnisse vorliegen. So wurde laut

Latzer und Saurwein häufig konstatiert, dass die EU-Politik einen geringern Nachrichtenwert besitzt, da sie wichtige Nachrichtenfaktoren wie Nähe, Konflikt und Personalisierung nur in geringem Maße erfüllen würde. (vgl. Latzer/Saurwein 2006, S. 29; Kapitel 4.3.2) Allerdings konnte Trenz (2005) in seiner Untersuchung zur Europäisierung von Qualitätszeitungen in Europa feststellen, dass in Artikeln mit EU-Themenschwerpunkt die europäischen Akteure eher personalisiert werden als nationale Akteure. Die nationalen Akteure wurden dann sogar eher anonymisiert und als „juristische Personen (Regierung, [...] ein Land als Ganzes)“ benannt. (Trenz 2005, S.200) Dieser Befund widersprach jedoch einer Untersuchung von Sievers (1998), der „auf einen hohen Grad der Personalisierung bei der Nennung nationaler Handlungsträger und auf einen hohen Grad der Anonymisierung bei der Nennung europäischer Handlungsträger“ schloss. (Trenz 2005, S.200)

Brantner (2007, S.198) konnte in ihrer Untersuchung zur österreichischen Berichterstattung über die EU-Osterweiterung wie Trenz (2005) einen klaren Trend hin zu einer Personalisierung von EU-Akteure feststellen, wenngleich der Anteil der EU-Akteure im Gegensatz zu den nationalen Akteuren bedeutend geringer war. (vgl. Brantner 2007, S.198) Aufgrund dieser ambivalenten Ergebnisse sollte die Frage der Personalisierung auch in vorliegender Untersuchung berücksichtigt werden.

Vor dem Hintergrund des Glokalisierungsansatzes (vgl. Kapitel 5.2) stellt sich die Frage, inwieweit sich die Berichterstattung über europäische Themen an nationalen Standpunkten orientiert bzw. wie stark die Berichterstattung national gerahmt wird. Dies soll vor allem zeigen, ob vorwiegend die Auswirkungen von Entscheidungen auf die nationale Ebene diskutiert werden, oder ob auch die Positionen der anderen EU-Mitglieder oder der supranationalen Ebene in der Argumentation auftreten. Dabei scheint ein nationaler Fokus per se nicht negativ, da so den Rezipienten die Bedeutung der EU-Entscheidungen für die nationale Ebene verdeutlicht werden kann, jedoch könnte die Verknüpfung von nationaler Darstellungsweise mit anhaltender Negativ-Bewertung von EU-Entscheidungen durchaus kontraproduktiv für den europäischen Integrationsprozess sein.

Neben der Sichtbarkeit von nicht-nationalen Sprechern und ihren Positionen ist in diesem Zusammenhang auch die Bewertung von bestimmten Entscheidungen wichtig, sowie die Frage welche kollektiven Identitäten in der Berichterstattung vorherrschen. Denn wie in Kapitel 6.2.3 verdeutlicht, spielt es eine wichtige Rolle mit welchem Kollektiv sich Sprecher identifizieren und ob sie eher zum europäischen oder nationalen Kollektiv tendieren. Darüber hinaus lässt sich mit dem Glokalisierungskonzept auch die Auswahl der

zu untersuchenden Medien begründen. Denn durch die in Kapitel 5.2.1 konstatierte Lokalisierungstendenz der Medieninhalte im Einklang mit den Rezipientenbedürfnissen, scheinen Regionalzeitungen derzeit gute Chancen auf dem Medienmarkt zu haben. Allerdings stellt sich die Frage, ob die immer wichtiger werdende EU-Politik in solchen Zeitungen vernachlässigt wird oder ob die Berichterstattung den Anforderungen für die Herstellung von europäischer Öffentlichkeit genügt.

Schließlich soll die Untersuchung sich auf ein bestimmtes Thema aus jüngster Zeit beschränken, das für die EU-Mitglieder weitreichende Konsequenzen hatte und daher kontrovers diskutiert wurde. Laut Latzer und Saurwein machen Konflikte die Europäische Union für die Berichterstattung besonders interessant. (vgl. Latzer/Saurwein 2006, S. 29)

So ergab sich im Zuge der Staatsschuldenkrise zu Beginn des Jahres 2010, zunächst von Griechenland und Irland und später auch von anderen EU-Mitgliedern, die Teil der Euro-Gruppe sind, eine Handlungsnotwendigkeit, um die Europäische Währungsunion nicht zu gefährden.

Dazu wurden zunächst temporäre Maßnahmen von den Euro-Ländern für den sogenannten „Euro-Rettungsschirm“ ergriffen, der sich aus dem Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) und der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) zusammensetzte.²⁵ Allerdings kam der Europäische Rat im Dezember 2010 zu dem Einvernehmen, dass die Euro-Zone einen dauerhaften Stabilitätsmechanismus bedarf, um die Währungsunion nicht zu gefährden, in dem Finanzhilfen zukünftig effektiver bereitstellen zu können. Hier wurde also das Einrichten des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) beschlossen. (vgl. ESM-Vertrag 2012, S. 3f) Über die Modalitäten des ESM wurde bis zu seiner Ratifizierung in den Euro-Ländern kontrovers diskutiert. Insbesondere in Deutschland gab es mehrere Klagen beim Bundesverfassungsgericht, weil das Parlament Haushaltskompetenzen an den ESM übertragen würde, der jedoch nicht demokratisch legitimiert sei.²⁶ Obwohl der deutsche Bundestag den ESM-Vertrag mit einer Zweidrittelmehrheit im Juni 2012 beschlossen hatte, verzögerte sich die Ratifizierung durch den Bundespräsidenten, der erst das Urteil des BVerG abwarten wollte, bis Ende September 2012.

²⁵ vgl. Die deutsche Bundesregierung 2011. URL: http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Euro/EFSFundESM/esm_efs_fund_efs/ no de.html [Stand: 14.02.2013]

²⁶ vgl. FAZ.net 01.07.2012: Europa schaut nach Karlsruhe. URL: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/nach-der-abstimmung-zum-esm-europa-schaut-nach-karlsruhe-11806272.html> [Stand: 14.02.2013]

Auch in Österreich wurde durch die Kärntner Landesregierung und die FPÖ Klage beim Verfassungsgerichtshof im Oktober 2012 gegen den ESM eingereicht,²⁷ allerdings erst nach der Ratifizierung des ESM-Vertrages, weil in Österreich eine Verfassungsklage nur bei geltenden Gesetzen möglich ist.²⁸

Aufgrund dieser starken Widerstände in beiden Ländern und allgemein Konflikthaftigkeit um die Einrichtung des ESM soll dieses Thema im Mittelpunkt der inhaltsanalytischen Untersuchung stehen. Im Folgenden werden nun die spezifischen Forschungsfragen und Hypothesen angeführt, die die Untersuchung leiten.

7.1.1 Forschungsfragen/ Hypothesen

FF1: Welche Akteure kommen bei der Berichterstattung über den ESM als Sprecher zu Wort?

Hyp1: Wenn über den ESM berichtet wird, dann kommen eher nationale als europäische Akteure als Sprecher zu Wort.

Hyp2: Wenn über den ESM berichtet wird, dann kommen am ehesten politische Akteure zu Wort.

FF2: Auf welche Akteure wird in der Berichterstattung über den ESM Bezug genommen, d.h. welche passiven Akteure treten auf?

Hyp3: Wenn auf Akteure in der Berichterstattung Bezug genommen wird, dann sind dies eher nicht-nationale Akteure.

FF3: Inwieweit ist die Berichterstattung über den ESM personalisiert?

Hyp4: Wenn Sprecher in der Berichterstattung zu Wort kommen, dann werden sie personalisiert.

Hyp5: Wenn auf nicht-nationale Akteure Bezug genommen wird, dann ist dieser Akteur eher ein Kollektiv als genannter Repräsentant einer Institution/Organisation.

Hyp6: Wenn über den ESM berichtet wird, dann ist die Berichterstattung stark an Personen geknüpft.

²⁷ vgl. APA-OTS 19.10.2012: FPÖ: Strache und Scheuch präsentieren Kärntner Verfassungsklage und Petition gegen ESM. URL: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20121019_OTS0135/fpoe-strache-und-scheuch-praesentieren-kaerntner-verfassungsklage-und-petition-gegen-esm [Stand: 14.02.2013]

²⁸ vgl. derstandard.at 12.09.2012: ESM-Vertrag erst nach Inkrafttreten klagbar. URL: <http://derstandard.at/1345166880425/ESM-Vertrag-erst-nach-Inkrafttreten-klagbar> [Stand: 14.02.2013]

FF4: Inwieweit besteht ein Zusammenhang zwischen nationaler Darstellungsweise der Berichterstattung und negativer Bewertung des ESM?

Hyp7: Es besteht ein Zusammenhang zwischen nationaler Darstellungsweise und Bewertung des ESM.

FF5: Inwieweit lässt sich eine europäische Identität in der Berichterstattung feststellen?

FF6: Welche Unterschiede lassen sich hinsichtlich der Deutungsrahmen des ESM in der deutschen und österreichischen Berichterstattung feststellen?

7.2 Methodisches Vorgehensweise

7.2.1 Analysezeitraum und -medien

Da für die empirische Untersuchung der ESM als öffentliches Thema im Mittelpunkt steht, sollte sich der Erhebungszeitraum von der ersten medialen Erwähnung des ESM, in den hier untersuchten Tageszeitungen bis zu dem Tag an dem das letzte Land, also Deutschland, den ESM-Vertrag ratifiziert hatte, erstrecken. Der Erhebungszeitraum erstreckt sich somit vom 01.02.2011 bis zum 01.10.2012 und umfasst eine Grundgesamtheit von 334 Artikeln, die im *Kölner Stadt-Anzeiger* (170 Artikel) und in der österreichischen *Kleinen Zeitung* (164 Artikel) über den ESM erschienen sind. Die Artikel wurden der Datenbank Wiso Praxis Presse entnommen. Die Volltextsuche erfolgte unter dem Stichwort „ESM“.²⁹

Die Wahl fiel auf die beiden regionalen Tageszeitungen, weil sie sich aufgrund ihrer Auflagenstärke und ihres Verbreitungsschwerpunktes gut vergleichen lassen. So hatte die *Kleine Zeitung* im 1. Halbjahr 2012, von Montag bis Samstag eine verkaufte Auflage von 279.282 Stück. (vgl. ÖAK, 1.HJ, 2012) Das Verbreitungsgebiet der *Kleinen Zeitung* erstreckt sich über die Bundesländer Kärnten, Steiermark und Osttirol, die Chefredaktion sitzt in Graz. Die *Kleine Zeitung* stellt die größte regionale Tageszeitung in Österreich dar und erscheint täglich.

²⁹ Doppelte Artikel, die im Suchergebnis aufschienen, wurden nur ein Mal codiert. Dies war beispielsweise bei Regional-Mutationen der Fall. Weggelassen wurden auch Artikel, die zwar als Stichwort ESM enthielten, sich jedoch nicht den ESM zum Thema hatten.

Der Kölner Stadt-Anzeiger hatte im 3. Quartal 2012 eine verkaufte Auflage von 301.592 Stück³⁰ und erscheint von Montag bis Samstag schwerpunktmäßig in der Region Köln und Bonn.

Wichtig bei der Auswahl der beiden Zeitungen war, dass sie ihren Redaktionssitz nicht in der jeweiligen Hauptstadt bzw. am Sitz der Bundesregierung haben, da durch die geographische Nähe zur Regierung auch eine ungleichmäßige Politikberichterstattung erwartbar gewesen wäre.

Schließlich zeigt sich auch an der Anzahl der erschienenen Artikeln über den ESM in den beiden Tageszeitungen eine relative Ausgewogenheit, was die Wahl der Zeitungen schließlich auch bestätigt.

7.2.2 Inhaltsanalyse

Um die unter 7.1.1 aufgestellten Forschungsfragen und Hypothesen beantworten zu können, soll die Methode einer standardisierten *Inhaltsanalyse* durchgeführt werden.

Werner Früh (2007) definiert diese Methode folgendermaßen:

„Die Inhaltsanalyse ist eine empirische Methode zur systematischen, intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale von Mitteilungen.“

(Früh 2007, zit. nach Rössler 2010, S.22)

Die Medieninhaltsanalyse untersucht „eine große Zahl von Botschaften vergleichbarer Natur [...], die sie auf darin auffindbare Muster und Tendenzen [...] hin durchsucht.“

(Rössler 2010, S.18) Ziel ist es dabei aus einer großen Anzahl verschiedener Medieninhalte eine „verallgemeinerbare Aussage“ treffen zu können, in dem die Objekte auf die Untersuchungsrelevanten Merkmale hin reduziert werden. (vgl. ebd.)

„In der Forschungspraxis bedeutet dies eine Kombination aus qualitativen Urteilen über Botschaften, die quantitativ verdichtet und ausgewertet werden.“ (ebd.)

Grundsätzlich unterscheidet sich die quantitative bzw. standardisierte Inhaltsanalyse von qualitativen Verfahren, weil sie nicht den Anspruch besitzt, die mediale Botschaft in ihrer tiefer gehenden Bedeutung zu erfassen, sondern viel mehr bestimmte Merkmale in den medialen Inhalten zu messen, um die Messergebnisse anschließend deskriptiv auszuwerten. (vgl. ebd. S.21)

Der Ablauf der standardisierten Inhaltsanalyse erfolgt zunächst mit der Unterscheidung der relevanten Einheiten, die Rössler (2010, S.42ff) definiert:

³⁰ vgl. IVW 2012:

[http://daten.ivw.eu/index.php?menuid=1&u=&p=&20124=ON&20123=ON&detail=true&titelnrliste=1192;&alle=\[Details\]](http://daten.ivw.eu/index.php?menuid=1&u=&p=&20124=ON&20123=ON&detail=true&titelnrliste=1192;&alle=[Details]) [Stand: 17.02.2013]

1. Auswahlinheit: Dies bezeichnet die Auswahl des Analysematerials aus einer Grundgesamtheit der verfügbaren Materialien (z.B. alle Tageszeitungen) . Dies bedeutet für diese Arbeit alle Ausgaben der *Kleinen Zeitung* und des *Kölner Stadt-Anzeigers* zwischen 1. Februar 2011 und 1. Oktober 2012.

2. Analyseinheit: Hierbei handelt es sich um die Elemente, die nach der vorab definierten Klassifizierung codiert werden. Dazu gehören vor allem *einzelne Artikel*, wie in dieser Untersuchung mit konkretem Bezug zum Thema ESM.

3. Codiereinheit: Die Codiereinheit sind jene Merkmale der Analyseeinheiten, die durch die Forschungsfragen und dem dazugehörigen Kategoriensystem definiert sind. Sie unterscheiden sich zwischen *formaler Codiereinheit*, die sich zum Beispiel auf das Erscheinungsdatum, Länge oder Platzierung (Titelseite, Innenteil etc.) bezieht und *inhaltlichen Codiereinheiten*, hier zum Beispiel die Akteure, für die der Codierer schlussfolgern muss, um sie zu bestimmen, weshalb es das Codebuch möglichst genau zu definieren gilt.

4. Kontexteinheit: Diese Einheit bezeichnet die Möglichkeit des Codierers bei Bedarf auf zusätzliche Kontexte zuzugreifen, um die Codierung korrekt vornehmen zu können. Dies bedeutet beispielsweise das Nachschlagen des Vornamens eines Akteurs, der im Artikel nur mit seinem Nachnamen bezeichnet wird.

Als nächster Schritt erfolgt also die Kategorienbildung und das dazugehörige Codebuch, dass vor allem „ausführlich und verständlich“ formuliert sein muss, damit es intersubjektiv überprüfbar ist. (vgl. Rössler 2010, S.95)

In der vorliegenden Arbeit wurde sich stark an dem Codebuch von Brantner (2007, S.303-338) orientiert. Dies vor allem bei der Akteurszuordnung, der Identität und den Frame-Kategorien. Allerdings wurde beides leicht adaptiert bzw. ergänzt. Weiters erfolgte die Messung des Personalisierungsgrades nach der Einteilung von Staab (1990, S.221). Mehr zu den Kategorien unter Kapitel 7.2.4.

Das Codebuch wurde überdies mittels eines Pretest getestet und leicht verändert. Dabei wurden für die Probecodierung andere Tageszeitungen gewählt. Das Codebuch wurde also auf die Berichterstattung im Februar und März 2011 in *der Westdeutschen Zeitungen* und den *Salzburger Nachrichten* getestet, wobei sich nur kleine Veränderungen bei der Ressortzuordnung (Börse zum Wirtschaftsressort) und bei den Institutionen (Bundesrat wurde als politischer Akteur für „Nationale Politik Österreich bzw. Deutschland hinzugefügt) ergaben.

Die Codierung erfolgte im Statistikprogramm SPSS, das auch die Auswertung der Daten mit graphischer Darstellung ermöglicht.

7.2.3 Frame-Analyse

Der Begriff „Frame“ (dt. Rahmen) wurde bereits im Kapitel 4.3 mehrfach aufgeworfen und wird in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen verwendet, wobei sie gemeinsam haben, „dass damit *Strukturen und Muster* gemeint bzw. postuliert werden, die hinter der wahrgenommenen bzw. sichtbaren Realität stehen.“ (Bonfadelli 2002, S.143)

Aus der kommunikationswissenschaftlichen Perspektive ist das Framing-Konzept sowohl bei qualitativen Inhaltsanalysen, als auch in der Medienwirkungsforschung relevant. Annahme ist, dass Journalisten durch die Art und Weise der Interpretation von Realität, dieser einen bestimmten Deutungsrahmen verleihen. (vgl. ebd.)

Scheufele (2003) unterscheidet bei dem kommunikatorzentrierten Framing-Ansatz zwischen „journalistischen Frames“, die die Nachrichtenproduktion beeinflussen und dem inhaltszentrierten Ansatz der Medien-Frames, die sich auf die Berichterstattungsstruktur beziehen. (vgl. Scheufele 2003, S.49) So ist der journalistenzentrierte Framing-Ansatz eng mit den Theorien zur Nachrichtenselektion und -strukturierung verbunden, die bereits im Kapitel 4.3 erläutert wurden. (vgl. ebd.)

Es gibt dabei verschiedene Selektionskriterien, die den journalistischen Nachrichtenproduktionsprozess beeinflussen und sich schließlich in der Berichterstattung als Medien-Frames niederschlagen. (vgl. ebd. S.59)

Für diese Untersuchung interessiert also weniger der journalistische Produktionsprozess von Nachrichten, sondern die in der Berichterstattung inhärenten Frames bzw. Deutungsrahmen.

Methodisch gibt es sowohl qualitative, als auch quantitative Ansätze um Frames empirisch zu untersuchen. Während man bei qualitativen Verfahren die inhaltlichen Frames beispielsweise erst hermeneutisch am Analysematerial herausarbeitet, werden bei quantitativen Verfahren die Frame-Kategorien theoriegeleitet festgelegt. (vgl. Bonfadelli 2002, S.149)

Für diese Untersuchung interessiert vor allem, ob ein gemeinsamer Referenzrahmen in der medialen Auseinandersetzung mit dem ESM zu finden ist. Dieser stellt innerhalb eines Diskurses einen wichtigen Indikator für die Bewertung von Öffentlichkeit dar. (vgl. Steeg 2003 S. 181) Denn es zeigt, ob trotz unterschiedlicher Standpunkte der Akteure, sie das Thema auf dieselbe Weise rahmen, die Akteure also dasselbe Ziel haben, nur unterschiedliche Vorstellungen wie sie dies erreichen sollen.

Um die Deutungsrahmen von europäischen Diskursen zu untersuchen, gibt es bereits ein ausgereiftes Instrument zur Frame-Analyse, dass innerhalb des Forschungsprojekts Europub.com ausgearbeitet wurde. (vgl. Brantner 2007, S.157) Damit kann untersucht

werden, welche Frames zu bestimmten Themen in unterschiedlichen Medien verwendet werden und wo Unterschiede und Gemeinsamkeiten liegen. Diese Frames beziehen sich auf Identität (Wofür steht die EU?), instrumentelle Forderungen (Wofür ist die EU gut?) und historische Deutungen (Verbindung aktueller mit historischen Entwicklungen). (vgl. ebd.) Dies ermöglicht also die Frame-Analyse in die standardisierte Inhaltsanalyse mit einzubeziehen.

7.2.4 Kategorien

7.2.4.1 Akteure

Aus der Forschungsfrage 1 und 2 ergibt sich die Kategorie „Akteure“, die in der vorliegenden Analyse nach dem Vorbild von Brantner (2007, S.169f) in *Sprecher* und *passive Akteure* unterteilt werden.

Sprecher sind dabei jene, die in einem Artikel direkt oder indirekt zu Wort kommen. Darüber hinaus gelten Autoren von Meinungsbeiträgen (Gastkommentare, Leserbriefe, Leitartikel etc.) ebenfalls als Sprecher.

Passive Akteure sind dagegen jene, auf die von den Sprechern indirekt Bezug genommen wird, die also adressiert werden oder als Objekt der Berichterstattung vorkommen, jedoch nicht selbst zu Wort kommen.

Über die Institutionszuordnung und das Herkunftsland (siehe Codebuch) der einzelnen Akteure soll festgestellt werden, welche Akteure in der Berichterstattung über den ESM dominieren und welche Rolle Akteure aus der supranationalen europäischen Ebene und der transnationalen EU-Mitgliederebene als Sprecher spielen bzw. als passive Akteure.

Die Institutionszuordnung zeigt neben der Zugehörigkeit zu nationalen, transnationalen supranationalen und internationalen Institutionen auch die Herkunft der Akteure aus den verschiedenen gesellschaftlichen Akteursgruppen, also Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft, was öffentlichkeitstheoretisch ein wichtiger Indikator ist.

Grundsätzlich geht es in dieser Kategorie um die Aufmerksamkeit und Sichtbarkeit von nicht-nationalen Akteuren in der Berichterstattung, wobei insbesondere die als Sprecher auftretenden eine besondere Bedeutung haben, weil ihnen von den Journalisten Raum für ihre Argumente gegeben wird. Passive Akteure zeigen dagegen die Bezugnahmen der Akteure und geben Aufschluss darüber, inwieweit die Berichterstattung über nationale Vorgänge hinausgeht.

Codiert wurden pro Artikel jeweils zwei Sprecher und zwei passive Akteure. Wenn es mehr Akteure gab, dann wurden die wichtigsten codiert.

7.2.4.2 Personalisierung

Die Personalisierung der Akteure bzw. der Grad der Personalisierung der Berichterstattung wird durch zwei verschiedene Variablen festgestellt. (vgl. Codebuch)

Zum einen wird mit den Variablen *Sprechertyp* bzw. *passiver Akteurstyp* festgestellt, ob es sich bei dem Akteur um ein Individuum oder ein Kollektiv handelt. (vgl. Brantner 2007, S.176) Wobei das Auftreten eines Individuums bzw. eines benannten Repräsentanten einer Institution oder Organisation ein Indikator für die Personalisierung von Akteuren ist.

Darüber hinaus soll mit dem Grad der Personalisierung des Artikels im Allgemeinen festgestellt werden, ob die Berichterstattung über den ESM, entsprechend der Nachrichtentheorie (vgl. 4.3.2) verstärkt an Personalisierung geknüpft wird. Als Messinstrument dient das von Staab (1990, S.221).

7.2.4.3 Nationale Darstellungsweise und Bewertung

Die Variable „nationale Darstellungsweise“ bezieht sich auf den Artikel insgesamt und wurde nach dem Vorbild von Staabs Einteilung des Personalisierungsgrads (siehe Co-debuch) erstellt. Die Ausprägung der Nationalisierung reicht von geringster Nationalisierung bis stärkste Nationalisierung, wobei die Definition der einzelnen Schritte sich auf die Brantners (2007, S.170ff) Definition der europäisierten Interaktion bezieht.

Ausschlaggebend für diese Variable ist dabei die Institutions- und Länderherkunft der im Artikel vorkommenden Sprecher und passiven Akteure, sowie die Verknüpfung des ESM Themas mit anderen (nationalen, transnationalen, supranationalen oder internationalen) Vorgängen oder Positionen.

So lässt sich die nationale Darstellungsweise wie folgt definieren

1. *geringste Nationalisierung*: Hier kommen vorwiegend nicht-nationale³¹ Sprecher zu Wort, die sich in ihren Äußerungen auf nicht-nationale passive Akteure und nicht-nationale Vorgänge beziehen. (z.B. der Präsident der EU-Kommission Barroso bezieht sich auf eine Äußerung von EZB-Präsident Mario Draghi über den Ankauf von Staatsanleihen, verschuldeter Euro-Länder.

2. *geringe Nationalisierung*: Hier kommen sowohl nationale als auch nicht-nationale Sprecher zu Wort. Es wird ebenso ausgeglichen auf nationale und nicht-nationale Akteure und Vorgänge Bezug genommen. (z.B. Bundeskanzlerin Merkel und der damalige französische Präsident Sarkozy werden beide wörtlich zitiert und im Mittelpunkt des Artikels stehen die Beschlüsse des „EU-Gipfels“)

3. *starke Nationalisierung*: Hier werden nur nationale Sprecher direkt oder indirekt zitiert. Passive nicht-nationale Akteure und Vorgänge kommen nur am Rande vor, im Mittelpunkt stehen nationale Vorgänge. (z.B. Abstimmung im deutschen Bundestag über ESM-Vertrag ist Hauptthema und es kommen nur deutsche Akteure im deutschen Pres-

³¹ „Nicht-national“ meint hier also, je nach Herkunft des Mediums entweder nicht-österreichisch (Kleine Zeitung) oder nicht-deutsch (Kölner Stadt-Anzeiger).

seartikel vor - die notwendige Finanzhilfe für Griechenland wird im Beisatz erwähnt.)

4. *stärkste Nationalisierung*: Es kommen ausschließlich nationale Akteure in der Berichterstattung vor und der ESM wird nur anhand von nationalen Positionen und Vorgängen behandelt. (z.B. deutscher Presseartikel: Der CSU-Politiker Peter Gauweiler wird zitiert, dass er durch den ESM die Souveränität des deutschen Bundestages gefährdet sieht und deshalb Klage beim Bundesverfassungsgericht einreichen wird. In der Folge werden ebenfalls deutsche Politiker erwähnt, die Gauweilers Ansicht teilen bzw. nicht teilen.)³²

Die Bewertung des ESM bezieht sich auf den Grundtenor des Artikels, wobei die Ausprägung von *sehr positiv* bis *sehr negativ* reicht. Wenn also ein Artikel schon mit der Aussage titelt „*Start für ESM: Wir haften mit 19 Milliarden ... aber Griechen wird Euro-Rettungsschirm wenig nützen. Sie stehen vor der Pleite.*“³³ Dann deutet dies schon auf eine sehr negative Bewertung des ESM hin, die sich im Fall dieses Artikels auch fortsetzt und deshalb auch mit der als „sehr negative“ Bewertung codiert worden wäre³⁴.

7.2.4.4 Identität

Diese Kategorie soll zeigen, welche Inklusion bzw. Exklusion von politischen Gemeinschaften in der Berichterstattung vorherrschen. Dabei unterscheidet man zwischen „Wir“- und „Die“-Gruppen (vgl. Kapitel 6.2.3; vgl. Pelinka 1995, S. 29) die in diesem Fall vor allem zwischen der nationalen Inklusion und/oder der europäischen Exklusion bzw. Inklusion unterscheidet. Dabei soll geklärt werden, welche Kollektivzugehörigkeit bzw. -abgrenzung (z.B. „Wir Österreicher“ bzw. „die Europäer“) in den Artikeln auftreten. Dabei hat jene Identitätszuweisung Vorrang, die in Aussagen von Sprechern manifest wird, ansonsten wird die Identitätszuweisung nur dann codiert, wenn sich diese klar aus dem Tenor des Artikels herauslesen lässt³⁵, ansonsten wird hier nichts codiert.

7.2.4.5 Frame

Die Variable „Frame“ zielt auf den Deutungsrahmen der Berichterstattung ab. Codiert wurden die Frames dann, wenn sie in der Aussage eines Akteurs manifest wurden, oder sich im Grundtenor des Artikels herauslesen ließen. Wenn mehrere Frames in einem Artikel vorkamen, dann wurde der Frame des wichtigeren Akteurs (z.B. Akteur der mehr-

³² Im Codebuch findet sich ein österreichisches Ankerbeispiel.

³³ vgl. money.oe24.at vom 06.10.2012, URL: <http://money.oe24.at/Start-fuer-ESM-Wir-haften-mit-19-Milliarden/80989027> [Stand: 16.02.2012]

³⁴ Dieser Artikel war nicht Teil der Erhebung, sondern dient hier nur als Beispiel.

³⁵ z.B. wäre bei dem unter 7.2.4.3 angeführten Beispiel „Wie haften mit 19 Milliarden“ ganz klar „Wir Österreicher“ als Identität codiert worden. (vgl. money.oe24.at)

fach im Artikel vorkommt) oder der erstgenannte Frame codiert. Wenn sich kein Frame herauslesen ließ, dann wurde auch keiner codiert. Ansonsten wurde in einer weiteren Variable auch die Frame-Position festgehalten (siehe Codebuch). Ein Frame kann dadurch auch verschiedene Ausprägungen haben.

Die Frame-Typen wurden weitestgehend von Brantner (2007, S.183f) übernommen. Wie unter Kapitel 7.2.3 angeführt, wird in dieser Analyse zwischen folgenden Frame-Typen unterschieden (vgl. ebd.):

Identitäts-Frames: Mit dieser Kategorie können die allgemeinen Normen, Werte und Prinzipien (z.B. soziale Gerechtigkeit) und speziellen „konstitutionellen Governance-Frames“ (z.B. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit etc.) festgestellt werden. Verbunden ist diese Frame-Kategorie mit der Frage, für was die EU stehen soll bzw. steht oder nicht stehen soll bzw. nicht steht.

Instrumentelle Frames: Hier wird zwischen allgemeinen, ökonomische und politischen Frames unterschieden, die mit der Frage verbunden sind, ob die EU im Zusammenhang mit einer bestimmten Forderung (z.B. Wirtschaftswachstum) gut oder nicht gut ist.

Historische Frames: Wenn die EU bzw. der ESM mit einer bestimmten historischen Entwicklung (z.B. Weltwirtschaftskrise Anfang des 20. Jhd.) in Verbindung gesetzt wird, wurde dieser Frame codiert.

7.3 Kontext der Analyse

Um die über die Inhaltsanalyse gewonnenen Ergebnisse besser deuten zu können, soll im Folgenden kurz auf den ESM und seine Bedeutung, sowie die spezifischen Kontroversen bezüglich des ESM in Deutschland und Österreich eingegangen werden.

Danach soll durch das Eurobarometer aus dem Untersuchungszeitraum der vorliegenden Analyse (2011/12), das Stimmungsbild in Deutschland und Österreich speziell hinsichtlich der europäischen Wirtschaftspolitik gezeigt werden.

7.3.1 Der Europäische Stabilitätsmechanismus, sein Rahmen und die Kritik

Wie bereits kurz unter Kapitel 7.1 erwähnt handelt es sich beim Europäischen Stabilitätsmechanismus, kurz ESM, um eine Finanzinstitution der Europäischen Union mit Sitz in Luxemburg, deren Errichtung durch den Europäischen Rat beschlossen und durch die Änderung des Artikel 136 des EU-Vertrags (am 25. März 2011) ermöglicht wurde, um bei Bedarf verschuldeten Mitgliedern der Euro-Währungsunion Finanzhilfen bereitzustellen.

len. (vgl. ESM-Vertrag 2012, S.3) Die Einrichtung des ESM ging einher mit dem sogenannten „Fiskalpakt“³⁶ dessen Ratifizierung durch das jeweilige ESM-Mitglied Voraussetzung für die Gewährung von Finanzhilfen durch den ESM ist.

Das anfängliche Darlehensvolumen des ESM wurde auf 500 Milliarden Euro festgesetzt, dann aber vor in Kraft treten des Vertrages auf 700 Milliarden Euro erhöht. Wobei diese Zahl weiter steigen kann.

Die Bundesrepublik Deutschland stellt rund 27 Prozent des Stammkapitals bereit, was etwa 190 Milliarden Euro entspricht. Die Republik Österreich trägt ca. 2,7 Prozent, was 19 Milliarden Euro ausmacht. (vgl. ESM-Vertrag 2012, S.62f)

Laut ESM-Vertrag wird dieser bei der Vergabe von Darlehen an Mitgliedstaaten mit eingeschränktem Zugang zu Finanzmärkten eng mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) zusammenarbeiten. Der IWF hat als Gläubiger jedoch Vorrecht vor dem ESM. Zudem müssen ESM-Mitglieder die um Finanzhilfe beim ESM ersuchen, dies ebenfalls beim IWF tun. (vgl. ebd. S. 5ff)

Der ESM besteht aus dem Gouverneursrat, dem Direktorium und dem geschäftsführenden Direktor, der vom Gouverneursrat auf fünf Jahre ernannt wird und „führt nach den Weisungen des Direktoriums, die laufenden Geschäfte des ESM.“ (vgl. ebd. S.21)

Für das Direktorium werden Vertreter und Stellvertreter, durch die einzelnen Mitglieder des Gouverneursrats ernannt, die über einen „großen Sachverstand aus dem Bereich Wirtschaft und Finanzen“ verfügen sollen.

Der Gouverneursrat selbst besteht aus den Finanzministern der ESM-Mitglieder und deren Stellvertretern. Dieser kann Beschlüsse durch 2/3-Mehrheit fassen. An Sitzungen des ESM können sowohl der Präsident der Europäischen Zentralbank und der Präsident der Euro-Gruppe teilnehmen, jedoch können auch Vertreter anderer Institutionen, wie dem IWF eingeladen werden. (vgl. ESM-Vertrag 2012, S. 14f)

Schon während der Verhandlung über die Errichtung eines dauerhaften Stabilitätsmechanismus (bevor der ESM als solcher benannt wurde) kamen im Jahr 2010 Stimmen auf,³⁷ die ein solches Abkommen nicht mit dem Artikel 125 des AEU-Vertrags³⁸ vereinbar sahen. Dieser Artikel besagt, dass EU-Mitglieder nicht für die Verbindlichkeiten der Regierungen anderer EU-Mitglieder haften müssen. (vgl. AEU-Vertrag)

³⁶ So war der geläufige Ausdruck in den Medien für den Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion ("VSKS").

³⁷ vgl. FAZ.net: „Berlin überdenkt „No-Bailout“-Regel“ vom 25.10.2010 URL: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/euro-stabilitaetspakt-berlin-ueberdenkt-no-bailout-regel-11050734.html> [Stand: 19.02.13]

³⁸ AEU-Vertrag steht für „Vertrag über die Arbeitsweisen der Europäischen Union“.

Während des Aushandlungsprozesses und dann während der Ratifizierungsprozesse in den Mitgliedsländern, wurde immer wieder öffentliche Kritik gegen den ESM geäußert. Insbesondere in Deutschland sahen einzelne Vertreter von Regierungs- und Oppositionsparteien (z.B. FDP-Politiker Frank Schäffler oder CSU-Politiker Peter Gauweiler, sowie Vertreter der Links-Partei), sowie Bürgerinitiativen, wie der Verein „Mehr Demokratie“ die Verfassung der Bundesrepublik durch den ESM verletzt. Beklagt wurde, auch in Österreich, unter anderem, dass der Gouverneursrat bzw. der ESM keiner parlamentarischen Kontrolle unterzogen ist.³⁹ Weiter reichten verschiedene Abgeordnete des Bundestages, unter anderem Vertreter der Links-Partei, Klage beim Bundesverfassungsgericht ein, weil u.a. der ESM-Vertrag, sowie der Fiskalpakt *„gegen die im Prinzip der repräsentativen Demokratie (...) wurzelnde dauerhafte Haushaltsautonomie (Budgetrecht) des Deutschen Bundestages und die Struktursicherungsklausel in Verb. mit dem Informationsrecht des Parlaments in europäischen Angelegenheiten (...) verstoßen.“* (Klageschrift der Linken 2012, S.5) Diese Klage wurde beim Bundesverfassungsgericht am 29.06.2012, also dem Tag der Abstimmung im Bundestag über den ESM – Vertrag eingereicht, um die Unterzeichnung der Ratifizierungsurkunde durch den Bundespräsidenten zu verhindern. Das BVerfG urteilte am 12.09.2012 schließlich, dass der ESM verfassungskonform ist, sofern die deutsche Haftungsgrenze bei 190 Mrd. Euro festgesetzt sei bzw. eine Änderung dieser nur durch die Zustimmung deutschen Vertreter im Gouverneursrat und Direktorium zugelassen wird. Weiters sahen die Richter keinen Widerspruch zwischen der Verschwiegenheitspflicht der ESM-Bediensteten und der geforderten umfassenden Unterrichtung des Bundestages und -rates . (vgl. Pressemitteilung BVerfG 12.09.2012) Nach einer Nachbearbeitung durch den Bundestag und einer völkerrechtlichen Erklärung wurde der ESM-Vertrag am 27.09.2012 endgültig durch den deutschen Bundespräsidenten Gauck ratifiziert.⁴⁰

In Österreich wurde der ESM-Vertrag bereits am 17. Juli 2012 durch den Bundespräsidenten Heinz Fischer ratifiziert, also bereits 13 Tage nach der Verabschiedung im Nationalrat. Kritisiert wurde der ESM vor allem durch die FPÖ im Nationalrat. Der FPÖ-Klubobmann Heinz-Christian Strache, der die ESM-Regelungen als „Ermächtigungsgesetz“ bezeichnete, wobei er damit eine Parallele zum Ermächtigungsgesetz von 1933 in

³⁹ vgl. diepresse.com: „Euroschild: Der nächste problematische Vertrag“ vom 20.09.2011 URL: http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/694692/Euroschild_Der-naechste-problematische-Vertrag [Stand: 19.02.13]

⁴⁰ vgl. Welt.de: Gauck ratifiziert dauerhaften Euro-Rettungsschild, vom 27.09.2012 URL: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article109508948/Gauck-ratifiziert-permanenten-Euro-Rettungsschild.html> [Stand: 19.02.13]

der Weimarer Republik zog, das damals der Diktatur der Nationalsozialisten Vorschub leistete.⁴¹

Im Oktober 2012 reichten die FPÖ und der Landesparteiobmann der Kärntner Schwesterpartei FPK, Kurt Scheuch, für die Kärntner Landesregierung, Klage gegen den ESM beim österreichischen Verfassungsgerichtshof ein. Dies konnte nach österreichischem Recht erst geschehen, nachdem der ESM-Vertrag Gesetzeskraft erlangt hat. Ähnlich wie die deutschen ESM-Kritiker, beanstanden die österreichischen Kläger ebenfalls u.a. den Verstoß gegen die „No-Bailout“-Klausel (Art. 125 AEU-Vertrag), gegen die verfassungsrechtliche Verankerung eines geordneten Haushalts, sowie Abtretung von Hoheitsrechten an die EU. Grundsätzlich wird auch die Möglichkeit der Erweiterung des finanziellen österreichischen ESM-Beitrags kritisiert. (vgl. APA-ots vom 19.10.2012)

Hier zeigen sich also Parallelen zwischen Deutschland und Österreich in der Kritik am ESM, jedoch Unterschiede bei den zeitlichen Abläufen der verschiedenen Ereignisse.

7.3.2 Die öffentliche Meinung in der EU (Eurobarometer)

Hier soll nun kurz auf die Meinungen der EU-Bürger, speziell derer aus Deutschland und Österreich, zur wirtschaftlichen Lage der EU und im eigenen Land eingegangen werden. Der Fokus auf Einschätzungen der Wirtschaftslage ist deshalb relevant, weil der ESM im Kontext der internationalen Wirtschaftskrise sowie der Staatsschuldenkrise von EU-Mitgliedern wie u.a. Griechenland, Spanien und Portugal errichtet wurde.

Ausschlaggebend für die Einschätzung der öffentlichen Meinung der EU-Bürger ist hier das zwei Mal jährlich im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführte Eurobarometer. Die hier vorgestellten Daten stammen aus dem Eurobarometer 77 aus dem Frühjahr 2012. Die Befragung wurde im Mai 2012 durchgeführt. Dieser Zeitraum passt deshalb zu vorliegender Arbeit, weil zu diesem Zeitpunkt die Debatte um den ESM schon länger in der Öffentlichkeit war, weshalb dies möglicherweise auch die Meinung der Befragten beeinflussen hätte können (wobei hier natürlich keine Kausalschlüsse gezogen werden können).

So gehören Deutschland (77%) und Österreich (66%) zu den sechs Ländern, die die wirtschaftliche Lage des eigenen Landes als gut bewerten, während der EU-Durchschnitt dies nur zu 27 Prozent tut. Die Mehrheit (71%) der 27 Mitgliedsstaaten bewertet die Lage der nationalen Wirtschaft als schlecht, wobei dies auch dem Niveau

⁴¹ vgl. handelsblatt.com vom 04.07.2012: „Österreich: Parlament stimmt für ESM und Fiskalpakt“ URL: <http://www.handelsblatt.com/politik/international/oesterreich-parlament-stimmt-fuer-esm-und-fiskalpakt/6835310.html> [Stand: 19.02.13]

der Befragung vom Herbst 2011 entspricht. (vgl. EB77a, S. 26f)

Auch die Frage, ob es dem eigenen Land wirtschaftlich besser geht, als den anderen EU-Mitgliedern wird sowohl in Österreich (86%) als auch in Deutschland (85%) von einer großen Mehrheit der dortigen Befragten bejaht, wobei sie zu den sechs EU-Ländern gehören, die deutlich über dem EU-Durchschnitt (43%) mit dieser Einschätzung liegen. (vgl. ebd. S.28f)

Dieses Bild zeigt sich auch bei der Frage danach, ob die Befragten die Lage der nationalen Finanzen besser oder schlechter sehen, als in den übrigen Ländern: Auch hier gehören Österreich (81%) und Deutschland (73%) zu den sechs Ländern, die die nationale Lage besser einschätzen. Der EU-Durchschnitt liegt hier bei 37 Prozent. Angeführt wird die Liste von Finnland (88%), Schweden (86%), Luxemburg (84%) sowie Dänemark (83%). (vgl. ebd. S. 32f)

Bei der Frage nach den wichtigsten Problemen, denen das eigenen Land gegenübersteht unterscheiden sich die Österreicher und Deutschen in ihren Bewertungen leicht: Während die Österreicher die *steigenden Preise und Inflation* (37%), *Wirtschaftliche Lage* (35%) und *die Staatsverschuldung* (27%) als die drei größten Probleme angeben, nennen die Deutschen erst die *Staatsverschuldung* (37%), *steigenden Preise und Inflation* (30%) und *Arbeitslosigkeit* (17%). Im EU-Durchschnitt sind die drei größten nationalen Probleme hingen *Arbeitslosigkeit* (46%), die *wirtschaftliche Lage* (35%) und die *steigenden Preise und Inflation* (24%). (vgl. ebd. S. 42)

Die wichtigsten Probleme auf europäischer Ebene sieht der Durchschnitt der EU-Mitglieder in der *wirtschaftlichen Lage* (54% minus 5% zum EB76), der *finanziellen öffentlichen Lage der Mitgliedsstaaten* (34% plus 3% zum EB76) und in der *Arbeitslosigkeit* (32% plus 6% zum EB76). Hierbei ähneln sich Deutschland und Österreich sehr: Beide sehen zu 52 Prozent die *Staatsverschuldung*, also die Lage der öffentlichen Finanzen in den Mitgliedsstaaten als größtes Problem der EU, gefolgt von der *wirtschaftlichen Lage* (Ö = 52%; D = 49%) und der *Arbeitslosigkeit* (Ö = 21%; D = 25%). (vgl. ebd. S. 44f)

Bei einer spezifischen Befragung des Eurobarometers 77 hinsichtlich der Wirtschaftskrise, schätzte der EU-Durchschnitt die Europäische Union bei der Bekämpfung der Krise nur zu 33 Prozent als erfolgreich und zu 58 Prozent als nicht erfolgreich ein. Die nationale Regierung wird in dieser Hinsicht vom Durchschnitt der EU-Bürger zu 37 Prozent

als erfolgreich und ebenfalls 58 Prozent als nicht erfolgreich betrachtet.

Hier unterscheiden sich Österreich und Deutschland deutlich vom EU-Durchschnitt:

Österreich: Nationale Regierung wird zu 58 Prozent als erfolgreich (-7 Prozent) und zu 39 Prozent als nicht erfolgreich (+8 Prozent) angesehen. Die EU zu 36 Prozent (-17 Prozent) als erfolgreich und zu 60 Prozent (+17 Prozent) als nicht erfolgreich.

Deutschland: Die nationale Regierung wird von 67 Prozent als erfolgreich (+1) und zu 30 Prozent (+1) als nicht erfolgreich gesehen. Die EU wird in der Bekämpfung der Krise von 37 Prozent (-8) der Deutschen erfolgreich gesehen, jedoch von 58 Prozent (+12) als nicht erfolgreich. (vgl. EB77, S.20f)

Hier zeichnet sich somit ein klarer Trend einer Zuweisung der nationalstaatlichen Krisenbekämpfungskompetenz in Deutschland und Österreich ab und eine deutliche Ablehnung gegenüber der Handlungskompetenzen der EU gesehen.

7.4. Analyse der Berichterstattung über den ESM

Im Folgenden werden hier die Ergebnisse aus der Inhaltsanalyse der ESM-Berichterstattung der österreichischen *Kleinen Zeitung* und dem deutschen *Kölner Stadt-Anzeiger*, gemäß den Kategorien, die in Kapitel 7.2.4 angeführt wurden, dargestellt.

Der Analysezeitraum erstreckte sich vom 1. Februar 2011 bis 1. Oktober 2012, wobei für die *Kleine Zeitung* insgesamt 162 und für den *Kölner Stadt-Anzeiger* 170 Artikel codiert wurden. Somit ist das Ausmaß der Berichterstattung in beiden Zeitungen vergleichbar.

Allerdings zeigen sich Unterschiede zwischen den Zeitungen, wenn man sich die Berichterstattung nach *Ressort* und *Genre* anschaut:

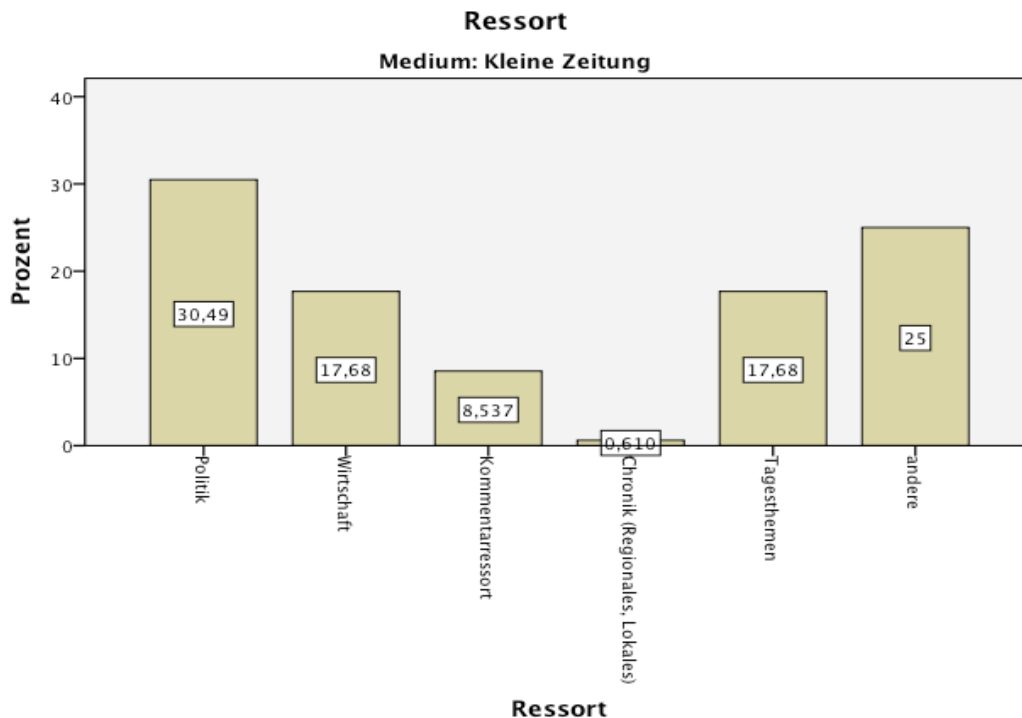


Abbildung 1: Ressortverteilung Kleine Zeitung. N=164

In der *Kleinen Zeitung* erschienen die meisten Artikel im Ressort „Politik“ (30,5%), dicht gefolgt von der Kategorie „andere“ (25%). Dieser hohe Prozentwert ergibt sich aufgrund der Zuordnung der Leserbriefe, die unter diesem Punkt codiert wurden und die einen beträchtlichen Teil der Berichterstattung zum ESM in der *Kleinen Zeitung* ausmachen. Im Gegensatz dazu, fallen nur sehr wenig (8,5%) Artikel auf das Kommentarressort, was einen geringen Anteil an Kommentaren von Journalisten bedeutet. Insgesamt rund 17,7 Prozent der Artikel fallen in das Ressort „Tagesthema“: Hier waren die Artikel also auf der Titelseite platziert und damit an einer prominenten Stelle in der Zeitung. Ein ebenso großer Teil (rund 17,7%) der Artikel wurde im Wirtschaftsressort der Zeitung platziert, wodurch dem teilweise starken Wirtschaftscharakter der bei dem Thema ESM mit-schwingt, Rechnung getragen wurde. Interessant ist, dass insgesamt nur 1 Artikel zum ESM in der Chronik, also dem Regionalteil der Zeitung erschienen ist, was bedeutet, dass der ESM so gut wie gar nicht mit regionalen Themen verknüpft worden ist.

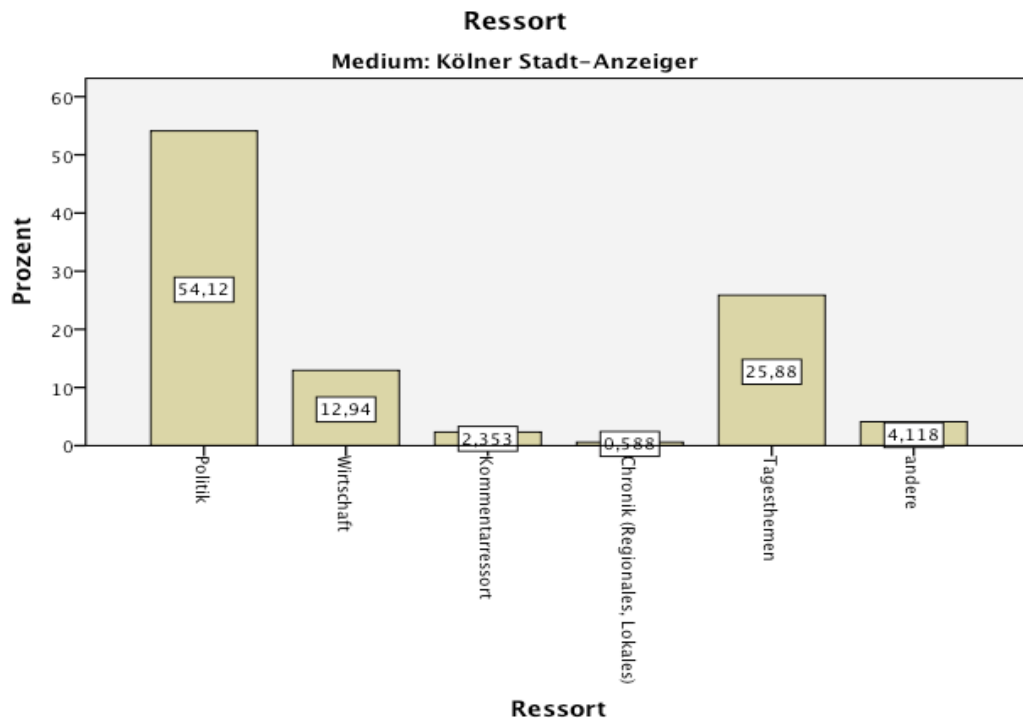


Abbildung 2: Ressortverteilung KSTA. N=170

Hinsichtlich der Einordnung des ESM in die Chronik, ergibt sich bei dem Kölner Stadt-Anzeiger exakt dasselbe Bild: Hier erschien nur ein Artikel zum ESM in diesem Ressort. Auch die Dominanz des Politikressorts bei der ESM-Berichterstattung zeigt sich beim *KSTA*, allerdings in einer stärkeren Ausprägung: Mit rund 54 Prozent fällt die Mehrheit der Artikel in den politischen Kontext, gefolgt von rund 26 Prozent der Artikel, die als „Tagesthema“ veröffentlicht wurden. Ein deutlicher Unterschied zwischen den Zeitungen zeigt sich bei der Anzahl der Leserbriefe, also der Ressortzuordnung „andere“. Hier ist der Anteil beim *KSTA* im Gegensatz zur Kleinen Zeitung sehr gering. Allerdings fallen die Meinungselemente, die unter das Kommentarressort fallen, ebenfalls beim *KSTA* sehr gering aus. Das Ressort „Wirtschaft“ steht mit rund 13 Prozent an dritter Stelle.

Insgesamt zeigt sich hinsichtlich der Ressortverteilung in beiden Zeitungen, dass der politische Fokus der ESM-Berichterstattung bei beiden stark ausgeprägt ist. Dies insbesondere beim *KSTA*. In der Kleinen Zeitung wurde zudem den Leserbriefen ein erheblicher Platz eingeräumt. Allerdings ist die Berichterstattung grundsätzlich gleichmäßiger verteilt, als in der deutschen Zeitung.

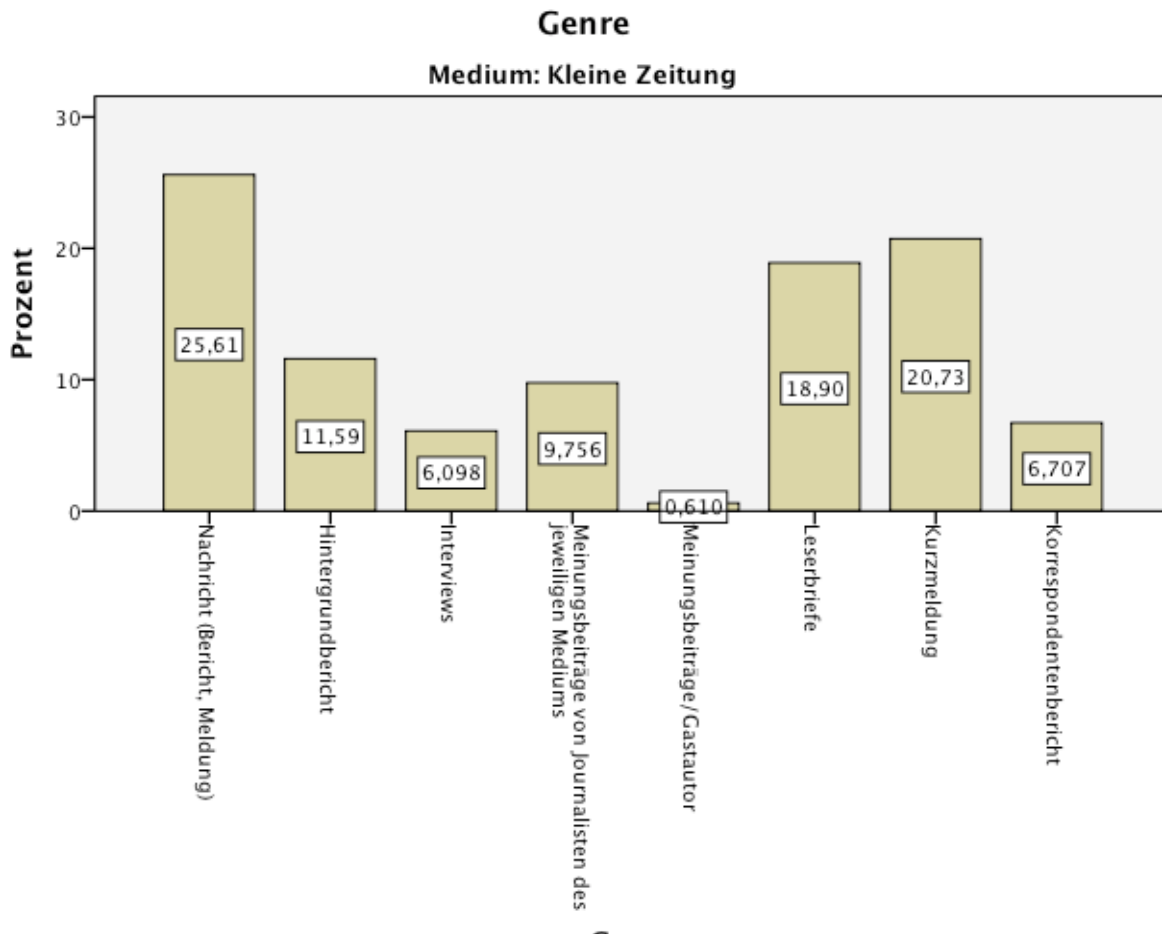


Abbildung 3: Genre Kleine Zeitung. N=164

In der Genrezuordnung zeigt sich deutlich, wie unterschiedlich die Berichterstattung zum ESM in den beiden Zeitungen ausfällt.

Hier sind Nachricht (d.h. also eine Meldung bzw. Bericht) mit rund 25,6 Prozent, Kurzbericht mit rund 20,7 Prozent und die Leserbriefe mit 18,9 Prozent die häufigsten Darstellungsformen in der *Kleinen Zeitung*. Dahinter folgen dann Hintergrundberichte (11,6%), Meinungsbeiträge von redaktionseigenen Journalisten (9,75%) und Interviews sowie Korrespondentenberichte (jeweils etwas über 6 Prozent).

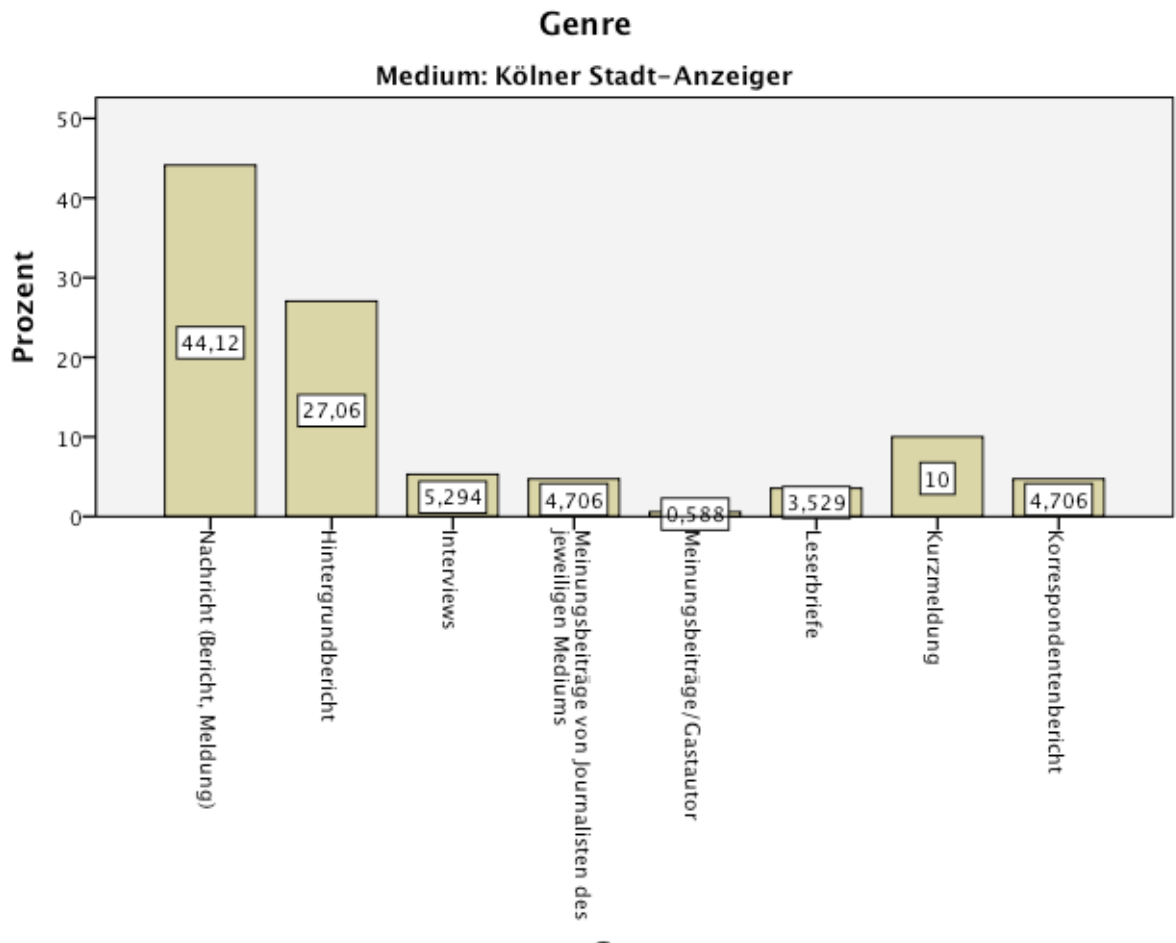


Abbildung 4: Genre KSTA. N=170

Dagegen zeigt sich beim im *Kölner Stadt-Anzeiger* wieder eine deutliche Tendenz hin zu zwei Ausprägungen: Ein beträchtlicher Teil der Berichterstattung über den ESM wurde hier in Form einer Nachricht (44,1%) dargestellt, gefolgt von Hintergrundberichten (darunter fallen u.a. Analysen, Reportagen etc.), die zu rund 27 Prozent die zweithäufigste Darstellungsform des KSTA ausmacht. Mit 10 Prozent sind die Kurzmeldung die dritthäufigste journalistische Darstellungsform im KSTA, was im Vergleich zur *Kleine Zeitung* jedoch eher gering ist.

Alle anderen Darstellungsformen fallen beim KSTA ebenso gering aus, was für eine gewisse Einseitigkeit bei der ESM-Berichterstattung spricht. Insbesondere der geringe Anteil von Meinungselementen scheint verwunderlich.

Auch wenn die Kategorie „Thema“ als Filtervariable gedacht war, um jene Artikel auszusortieren, die zwar in der Trefferliste der Datenbank erschienen sind, sich jedoch nicht mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus befassen, kann damit gezeigt werden, in welchem Umfang der ESM als Haupt- bzw. Nebenthema in der Berichterstattung eine Rolle spielte.

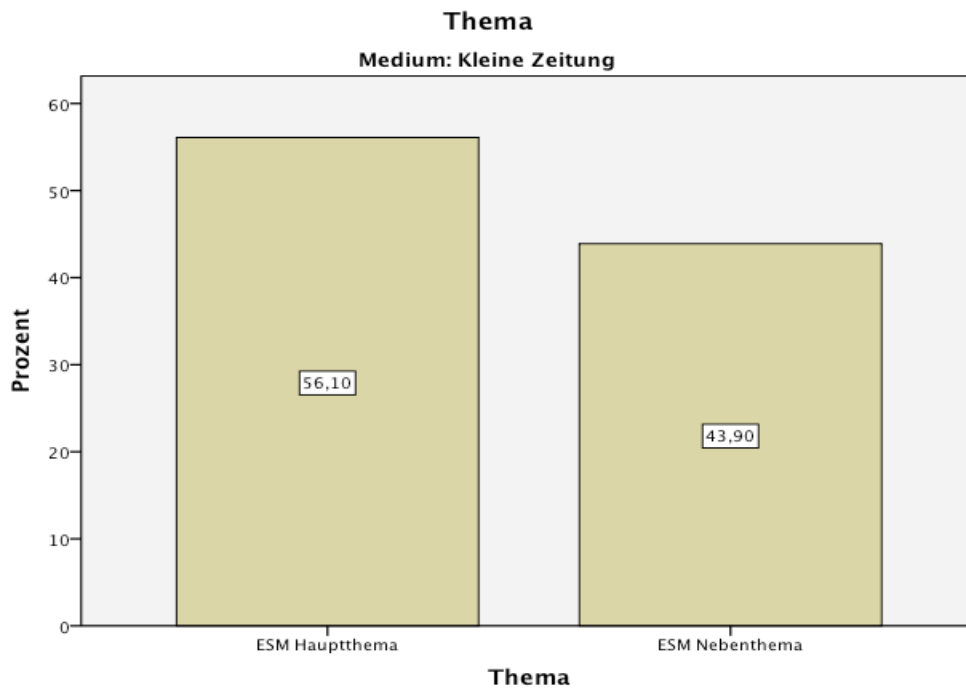


Abbildung 5: Thema Kleine Zeitung. N=164

Die Verteilung vom ESM als Haupt- und Nebenthema ist in der *Kleinen Zeitung* durch eine leichte Mehrheit der Artikel in denen der ESM Hauptthema (56,1%) war, gekennzeichnet. Zu 43,9 Prozent ging es in dem Artikel nur in zweiter Linie um den ESM.

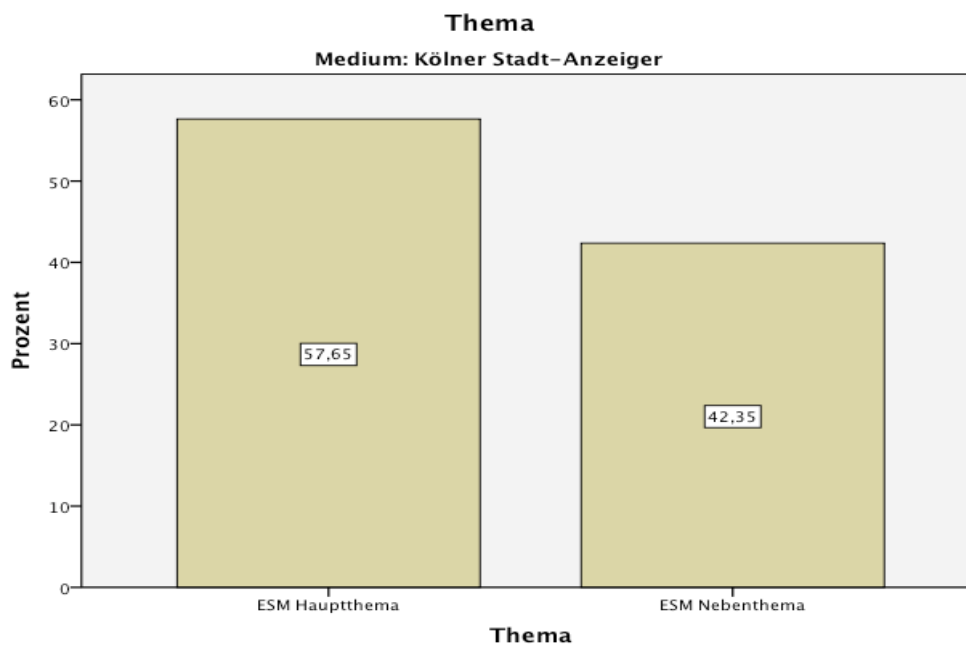


Abbildung 6: Thema KSTA. N=170

Auch im Kölner Stadt-Anzeiger ist die Verteilung von Haupt- und Nebenthemen fast identisch mit der Kleinen Zeitung. 57,65 Prozent der Artikel behandeln den ESM als

Hauptthema und 42,35 Prozent haben ein anderes Hauptthema, das sie mit dem ESM verbinden.⁴²

Während die vorangegangenen Ergebnisse nur eine gewisse Einschätzung des Analysematerials geben sollten hinsichtlich der formalen Ausprägungen der Berichterstattung, soll nun auf die Ergebnisse eingegangen werden, die zur Beantwortung der Forschungsfragen dienen.

7.4.1 Akteure

In der Kategorie „Akteure“ wurden zum einen die Sprecher, die in einem Artikel direkt oder indirekt zitiert wurden, und zum anderen die passiven Akteure, auf die in einem Artikel Bezug genommen wurde, codiert. Dabei konnten jeweils maximal zwei Sprecher bzw. passive Akteure pro Artikel erfasst werden. Wenn mehr Akteure vorkamen, wurden nur die jeweils zwei wichtigsten Akteure aufgenommen. Wenn weniger Akteure in einem Artikel genannt wurden, dann wurden sie als „fehlend“ codiert.

7.4.1.1 Sprecher

Zunächst wird hier die Herkunft der Sprecher aufgrund der Institutionszuordnung festgestellt, im Anschluss daran werden die Sprecher nach Akteursgruppen aufgeteilt, um zu sehen aus welchen gesellschaftlichen Bereich die Sprecher kommen und schließlich werden die Akteursgruppen der Sprecher mit deren Herkunftsländern gekreuzt. Dies soll wiederum zeigen, aus welchen Bereichen die nicht-nationalen Sprecher stammen.

⁴² Hier wäre noch interessant gewesen zu erheben, welche Themen eine Rolle spielten, wenn der ESM nur das Nebenthema war. Diese Erkenntnis zeigt sich jedoch erst im Nachhinein.

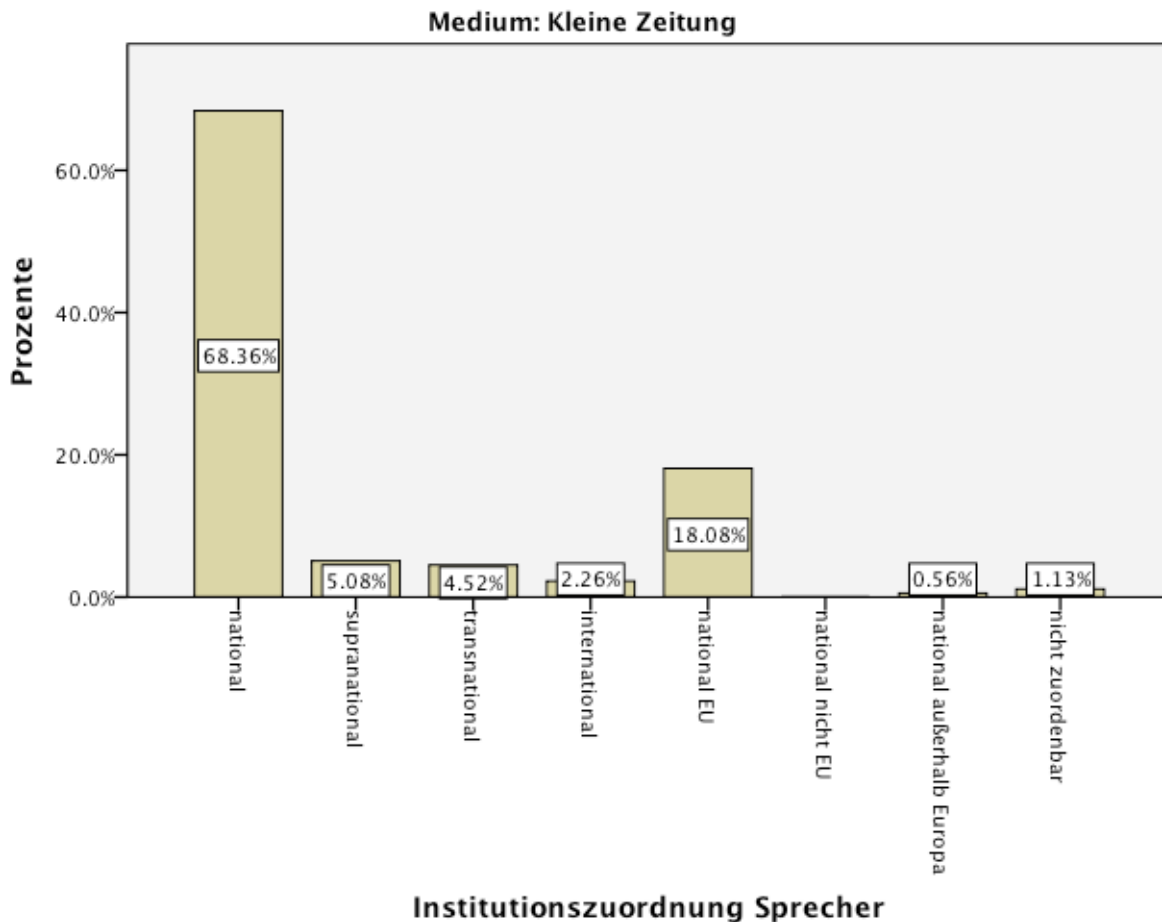


Abbildung 7: Institutionszuordnung Sprecher, Kleine Zeitung. N=177

In der *Kleinen Zeitung* zeigt sich, dass von insgesamt 177 codierten Sprechern rund 68,4 Prozent von nationalen Institutionen, also eine deutliche Mehrheit, in der Berichterstattung zu Wort kommt. In einem deutlichen Abstand folgen Sprecher aus anderen EU-Ländern, die zu rund 18,1 Prozent direkt oder indirekt zitiert wurden. Akteure der supranationalen EU-Institutionen kommen dagegen nur zu rund 5,1 Prozent zu Wort, gefolgt von rund 4,5 Prozent der Sprecher aus transnationalen Institutionen, was dann codiert wurde, wenn beispielsweise mehrere oder alle Mitglieder der Euro-Gruppe in einer Erklärung zitiert werden oder der Euro-Gruppenchef selbst. Schließlich kamen auch Sprecher aus internationalen Institutionen bzw. Organisationen zu Wort, allerdings nur zu etwa 2,3 Prozent.

Grundsätzlich zeigt sich also ein ganz klarer Trend hin zu nationalen Sprechern in der ESM-Berichterstattung der *Kleinen Zeitung*.

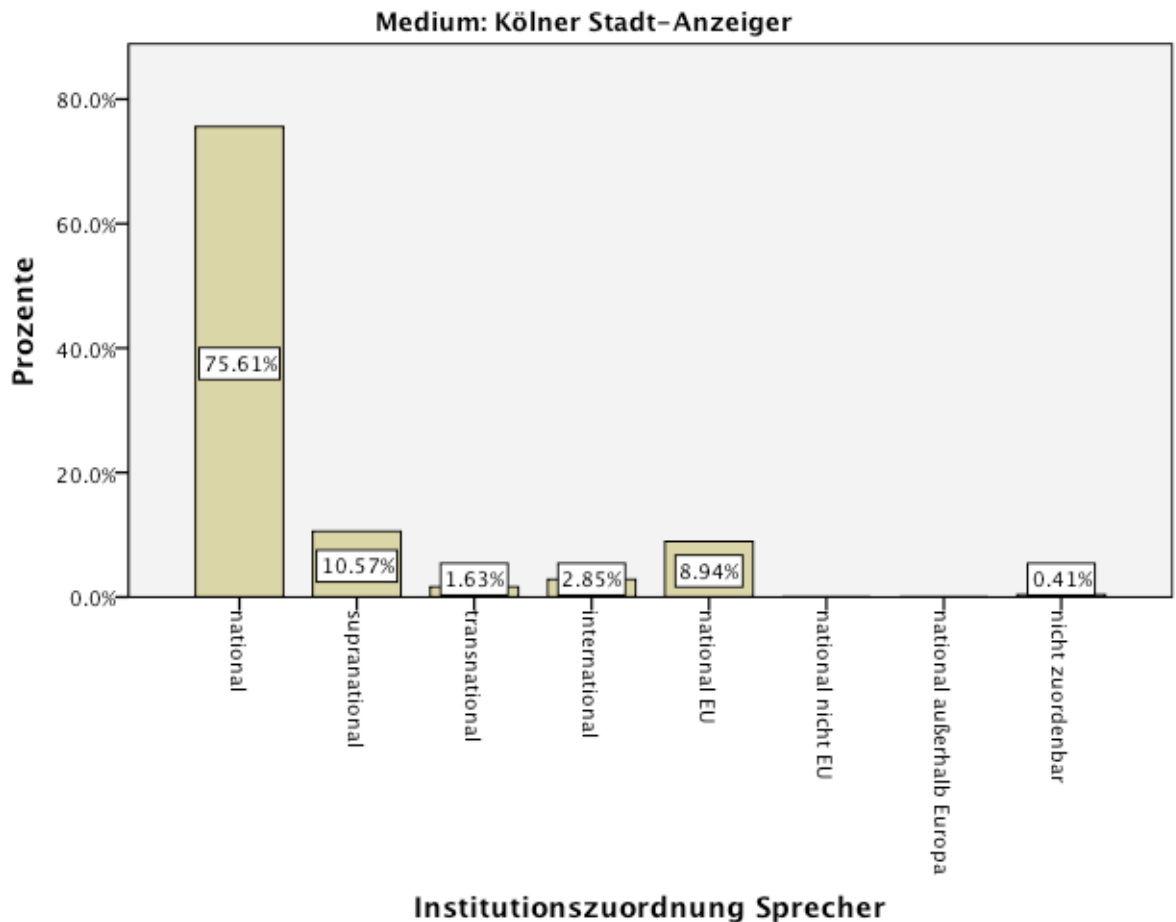


Abbildung 8: Institutionszuordnung Sprecher, KSTA. N=246

Zunächst einmal lässt sich ein deutlicher Unterschied bei der Grundgesamtheit der Sprecher zwischen *Kleiner Zeitung* und *Kölner Stadt-Anzeiger* feststellen. Der *KSTA* hat mit 246 codierten Sprechern 69 Sprecher mehr, was vor allem darauf zurückzuführen ist, dass die Berichterstattung der *Kleine Zeitung* einen hohen Anteil von Kurzmeldungen aufwies, in denen entweder nur ein Sprecher zu Wort kam oder sogar nur passive Akteure auftraten. Grundsätzlich zeigt sich beim *KSTA* aber ein ähnliches Bild hinsichtlich der Institutionsherkunft der Sprecher: Hier stammen sogar rund 75,6 Prozent der Sprecher von nationalen Institutionen, womit der *KSTA* etwa 7,2 Prozent mehr nationale Sprecher zu Wort kommen ließ als die *Kleine Zeitung*. An zweiter Stelle liegen Sprecher aus der supranationalen EU-Ebene mit rund 10,6 Prozent und dann erst mit rund 8,9 Prozent an dritter Stelle kommen Sprecher aus anderen EU-Staaten. Damit unterscheidet sich der *KSTA* von der *Kleine Zeitung*, die häufiger Sprecher aus anderen EU-Staaten als aus den supranationalen EU-Institutionen zu Wort kommen ließ.

Anhand der Sprechernamen, die als Stringvariable erfasst wurden, lassen sich die Sprecher benennen, die am häufigsten zu Wort gekommen sind. Bei der *Kleinen Zeitung* waren die sechs am häufigsten genannten Sprecher, in absteigender Reihenfolge:

1. Mario Monti, der italienische Ministerpräsident (N=10)
2. Jean-Claude Juncker, Chef der Euro-Gruppe; luxemburgischer Premierminister (N=8)
3. Heinz-Christian Strache, der FPÖ-Klubobmann (N=7)
4. Heinz Fischer, österreichischer Bundespräsident (N=6)
5. Angela Merkel, deutsche Bundeskanzlerin (N=6)
6. Werner Faymann, österreichischer Bundeskanzler (N=5)

Hier lassen sich also Schlüsse hinsichtlich der starken Ausprägung der Sprecher aus anderen EU-Ländern ziehen, da Monti und Merkel beide aus benachbarten EU-Ländern von Österreich stammen. Bezeichnend ist, dass die deutsche Bundeskanzlerin häufiger in der ESM-Berichterstattung zu Wort kam, als Werner Faymann, also der Bundeskanzler des eigenen Landes.

Im *Kölner Stadt-Anzeiger* waren die sechs häufigsten Sprecher folgende:

1. Angela Merkel, deutsche Bundeskanzlerin (N= 27)
2. Wolfgang Schäuble, deutscher Finanzminister (N=20)
3. Mario Monti, italienischer Ministerpräsident (N=7)
4. Jose Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission (N=6)
5. Bundesverfassungsgericht (Deutschland) (N=5)
6. Jean-Claude Juncker, Chef der Euro-Gruppe; luxemburgischer Premierminister (N=5)

Somit sind zwei deutsche Politiker am häufigsten als Sprecher zu Wort gekommen, jedoch liegen auch ein Sprecher aus der supranationalen Ebene (Barroso) und der transnationalen Ebene (Juncker) weit vorn. Interessanterweise kam sehr häufig eine deutsche Institution als Kollektiv, das Bundesverfassungsgericht, als Sprecher zu Wort, was vermutlich im Zusammenhang mit dem ESM-Urteil des BVerfG in Deutschland steht.

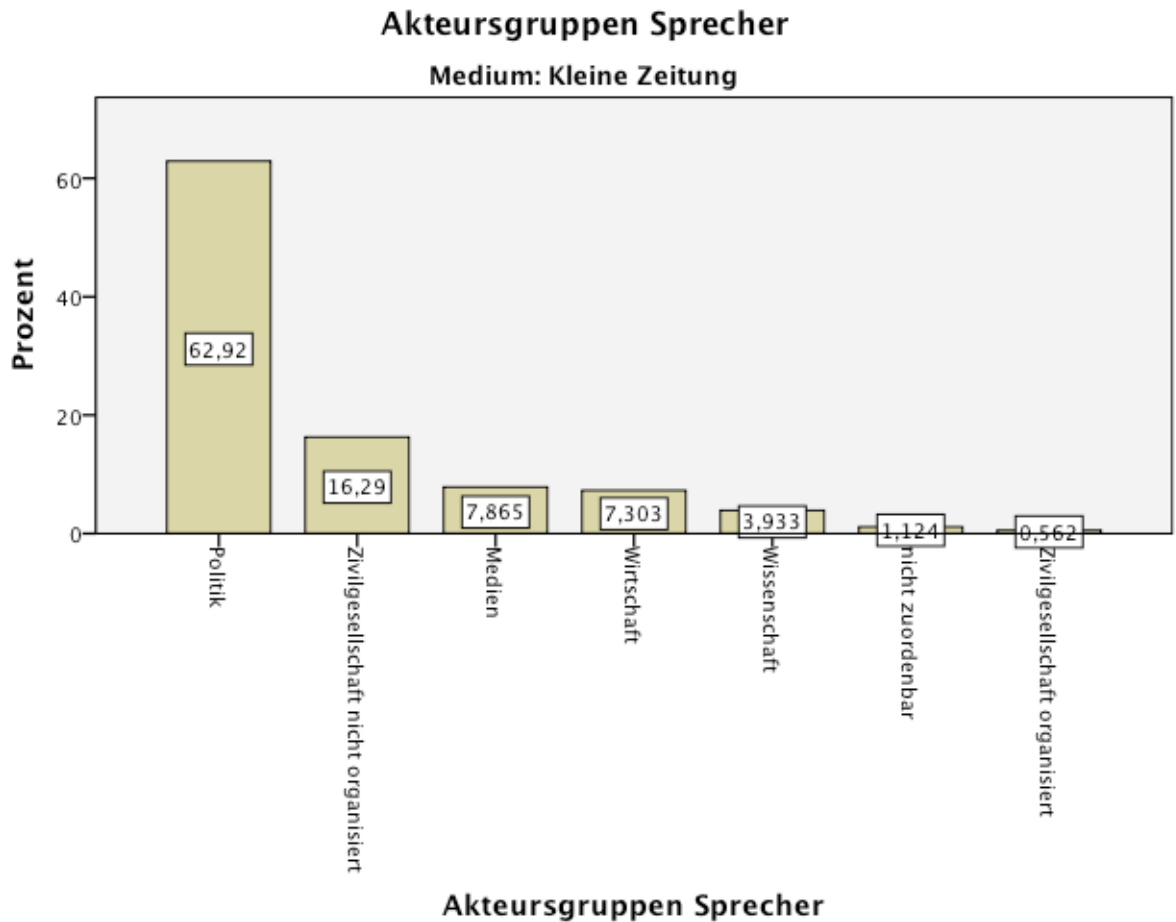


Abbildung 9: Akteursgruppen Sprecher, Kleine Zeitung. N=177

Bei der Zuordnung der Akteursgruppen zeigt sich bei der Kleinen Zeitung, dass die große Mehrheit, rund 62,9 Prozent, aus dem Bereich der Politik kommen. Danach kommen Sprecher aus der nicht-organisierten Zivilgesellschaft (rund 16,3%), was auf die große Zahl der Leserbriefschreiber zurückzuführen ist, die ebenfalls als Sprecher codiert wurden, weil sie hier ihre Meinung äußerten. Dies erfolgte auch bei Journalisten, die zum Sprecher wurden, wenn sie ein Meinungselement verfassten, was in rund 7,9 Prozent der Fälle so war. Fast ebenso viele Sprecher stammten aus der Wirtschaft (7,3 Prozent).

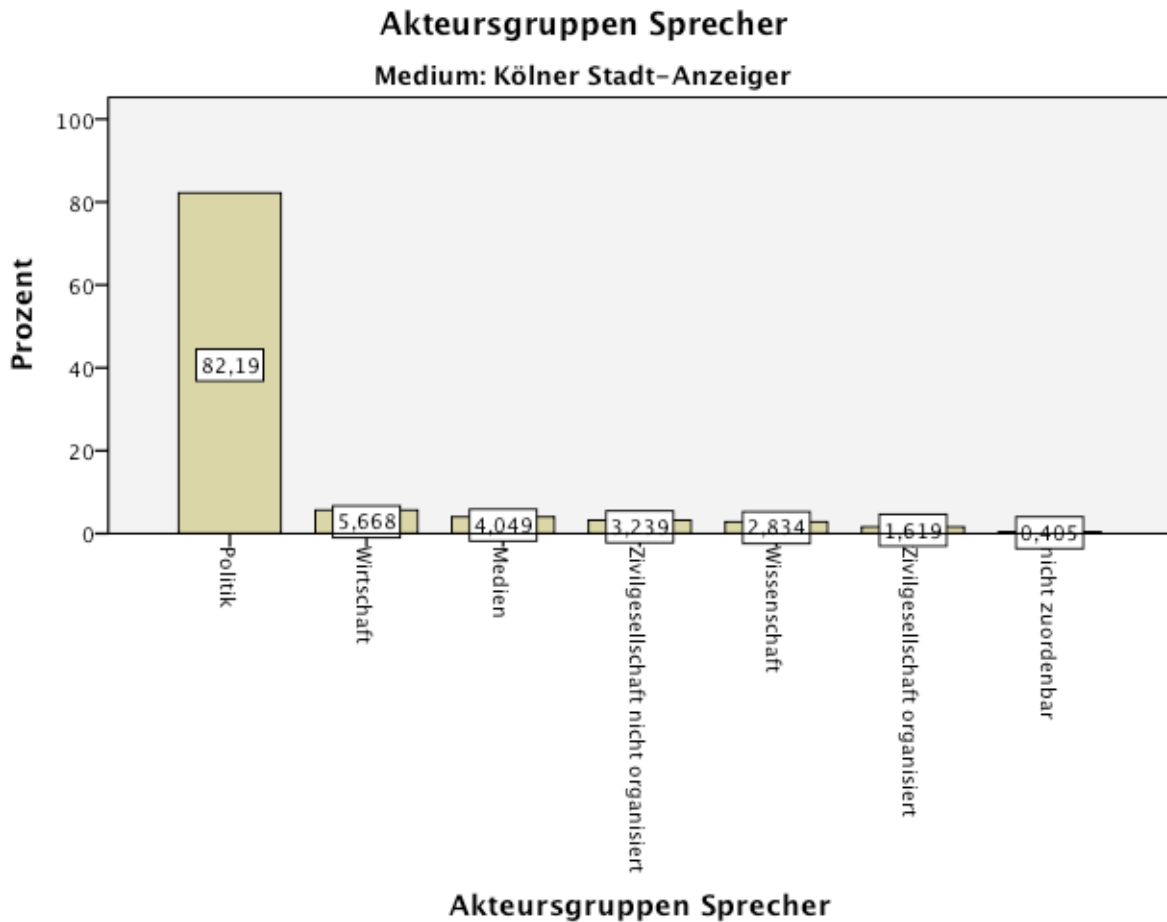


Abbildung 10: Akteursgruppe Sprecher, KSTA. N=246

Beim Kölner Stadt-Anzeiger zeigte sich die Dominanz der politischen Akteure, die in der Beichterstattung zu Wort kamen, noch extremer. Sie machen einen Anteil von rund 82,2 Prozent der Fälle aus. Abgeschlagen liegen Vertreter anderer gesellschaftlicher Gruppen, wie Wirtschaft (5,7%), Medien (4,05%) sowie aus der nicht organisierten Zivilgesellschaft (3,2%) und Wissenschaft (2,8%) und schließlich die organisierte Zivilgesellschaft (1,6%), die sich im Falle Deutschlands durch den Verein „Mehr Demokratie“ ergibt, der beim Verfassungsgericht gegen den ESM klagte.

Akteursgruppen Sprecher * Herkunftsland der Akteure Kreuztabelle^a

			Herkunftsland der Akteure					Gesamt
			natio- nal	national EU	Staaten außer- halb Europas	suprana- tional EU	internatio- nale Or- ganisatio- nen	
Akteursgruppen	Politik	Anzahl	63	47	0	2	0	112

	% der Gesamtzahl	35,6%	26,6%	,0%	1,1%	,0%	63,3%
Wissenschaft	Anzahl	6	1	0	0	0	7
	% der Gesamtzahl	3,4%	,6%	,0%	,0%	,0%	4,0%
Medien	Anzahl	13	1	0	0	0	14
	% der Gesamtzahl	7,3%	,6%	,0%	,0%	,0%	7,9%
Zivilgesellschaft organisiert	Anzahl	1	0	0	0	0	1
	% der Gesamtzahl	,6%	,0%	,0%	,0%	,0%	,6%
Zivilgesellschaft nicht organisiert	Anzahl	29	0	0	0	0	29
	% der Gesamtzahl	16,4%	,0%	,0%	,0%	,0%	16,4%
Wirtschaft	Anzahl	8	2	2	0	1	13
	% der Gesamtzahl	4,5%	1,1%	1,1%	,0%	,6%	7,3%
nicht zuordenbar	Anzahl	1	0	0	0	0	1
	% der Gesamtzahl	,6%	,0%	,0%	,0%	,0%	,6%
Gesamt	Anzahl	121	51	2	2	1	177
	% der Gesamtzahl	68,4%	28,8%	1,1%	1,1%	,6%	100,0%

a. Medium = Kleine Zeitung

Abbildung 11: Kreuztabelle Akteursgruppe/Herkunftsland, Kleine Zeitung. N=177⁴³

Bei der Kreuzung der Akteursgruppen mit dem Herkunftsland der Sprecher ergibt sich, dass 35,6 Prozent der politischen Sprecher aus Österreich kommen, gefolgt von 26,6 Prozent der politischen Sprecher die aus anderen EU-Staaten kommen, wobei darunter auch Akteure fallen können, die eine Funktion in einer EU-Institution inne haben.⁴⁴ Von diesen nicht-nationalen politischen Sprechern kommen die drei häufigsten aus Deutschland (7,95 bei N=14), Italien (7,3% bei N=13) und Luxemburg (4,5% bei N=8). Einen Großteil der deutschen Nennungen fallen auf Angela Merkel (N=6). Bei den italienischen Akteuren fällt eine große Mehrheit auf den Ministerpräsidenten Mario Monti (N=10) und bei den Luxemburgischen auf den Euro-Gruppenchef Juncker (N=8).

⁴³ Bei dieser und den folgenden Kreuztabellen wurde auf eine Signifikanzprüfung verzichtet, da in der Mehrheit der Zellen eine zu geringe Häufigkeit für ein aussagekräftiges Ergebnis vorhanden ist. Sodass die hier erhaltenen Ergebnisse nur für das konkrete Fallbeispiel der Untersuchung stehen und keine Aussagen über Allgemeinheit getroffen werden können.

⁴⁴ Dies wurde aus dem Grund gemacht, weil beispielsweise zwar EU-Parlamentarier zu Wort kommen, die aber möglicherweise dann aus dem jeweiligen Herkunftsland der Zeitung stammen.

Ganz deutlich wird hier auch, dass Sprecher aus der nicht organisierten Zivilgesellschaft ausschließlich aus Österreich kommen, so wie dies auch bei den anderen Akteursgruppen zu beobachten ist. Bei dem Herkunftsland „supranational EU“, dass in zwei der Fälle codiert wurde, handelt es sich um eine EU-Institution die zitiert wurde. In der Akteursgruppe „Wirtschaft“ verteilen sich die Herkunftsländer dafür etwas mehr. Zwar kommen die Sprecher mehrheitlich aus Österreich, aber immerhin werden auch zwei Mal Sprecher aus anderen EU-Ländern sowie aus Ländern außerhalb Europas genannt. Auch kommt ein Sprecher aus einem anderen ausländischen Medium zu Wort.

Akteursgruppen Sprecher * Herkunftsland der Akteure Kreuztabelle^a

			Herkunftsland der Akteure					Gesamt
			natio- nal	national EU	Staaten außer- halb Euro- pas	suprana- tional EU	transna- tional	
Akteursgrup- pen Sprecher	Politik	Anzahl	158	38	0	6	1	203
		% der Ge- samtzahl	64,5%	15,5%	,0%	2,4%	,4%	82,9%
	Wissenschaft	Anzahl	7	0	0	0	0	7
		% der Ge- samtzahl	2,9%	,0%	,0%	,0%	,0%	2,9%
	Medien	Anzahl	10	0	0	0	0	10
		% der Ge- samtzahl	4,1%	,0%	,0%	,0%	,0%	4,1%
	Zivilgesell- schaft orga- nisiert	Anzahl	3	1	0	0	0	4
		% der Ge- samtzahl	1,2%	,4%	,0%	,0%	,0%	1,6%
	Zivilgesell- schaft nicht organisiert	Anzahl	7	0	0	0	0	7
		% der Ge- samtzahl	2,9%	,0%	,0%	,0%	,0%	2,9%
	Wirtschaft	Anzahl	7	5	2	0	0	14
		% der Ge- samtzahl	2,9%	2,0%	,8%	,0%	,0%	5,7%
Gesamt		Anzahl	192	44	2	6	1	245
		% der Ge- samtzahl	78,4%	18,0%	,8%	2,4%	,4%	100,0%

a. Medium = Kölner Stadt-Anzeiger

Abbildung 12: Kreuztabelle Akteursgruppe/Herkunftsland, KSTA. N=245

Auch beim *KSTA* zeigt sich ganz klar, dass die nicht-nationalen Sprecher hauptsächlich aus der politischen Ebene kommen. So sind also 64,5 Prozent der politischen Sprecher aus Deutschland und 15,5 Prozent aus anderen EU-Ländern. Die nicht-nationalen politischen Sprecher kommen zu jeweils 3,3 Prozent (N=8) aus Italien und Frankreich, gefolgt von 2,4 Prozent (N=6) aus Portugal. Letzteres stimmt mit der Anzahl der Nennungen von EU-Kommissionspräsident Barroso überein, der aus Portugal stammt. Ebenso scheint sich ein Großteil der Nennungen aus Italien durch den italienischen Ministerpräsidenten Mario Monti zu ergeben, der sieben Mal zu Wort kam.

In der Akteursgruppe „Wirtschaft“ ergibt sich hier zunächst fast ein ausgeglichenes Bild zwischen nationalen (N=7) und nicht-nationalen (N=7) Sprechern, wobei fünf der Nennungen aus Frankreich kommen und damit auf die Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF) Christine Lagarde fallen, die insgesamt fünf mal in der Berichterstattung des *KSTA* zu Wort kam.

7.4.1.2 Passive Akteure

In der Kategorie „Passive Akteure“ wird nun genauso wie bei den Sprechern zunächst die Institutionszuordnung, dann die Akteursgruppenzuordnung und schließlich die Kreuzung von Akteursgruppen mit dem Herkunftsland dargestellt.

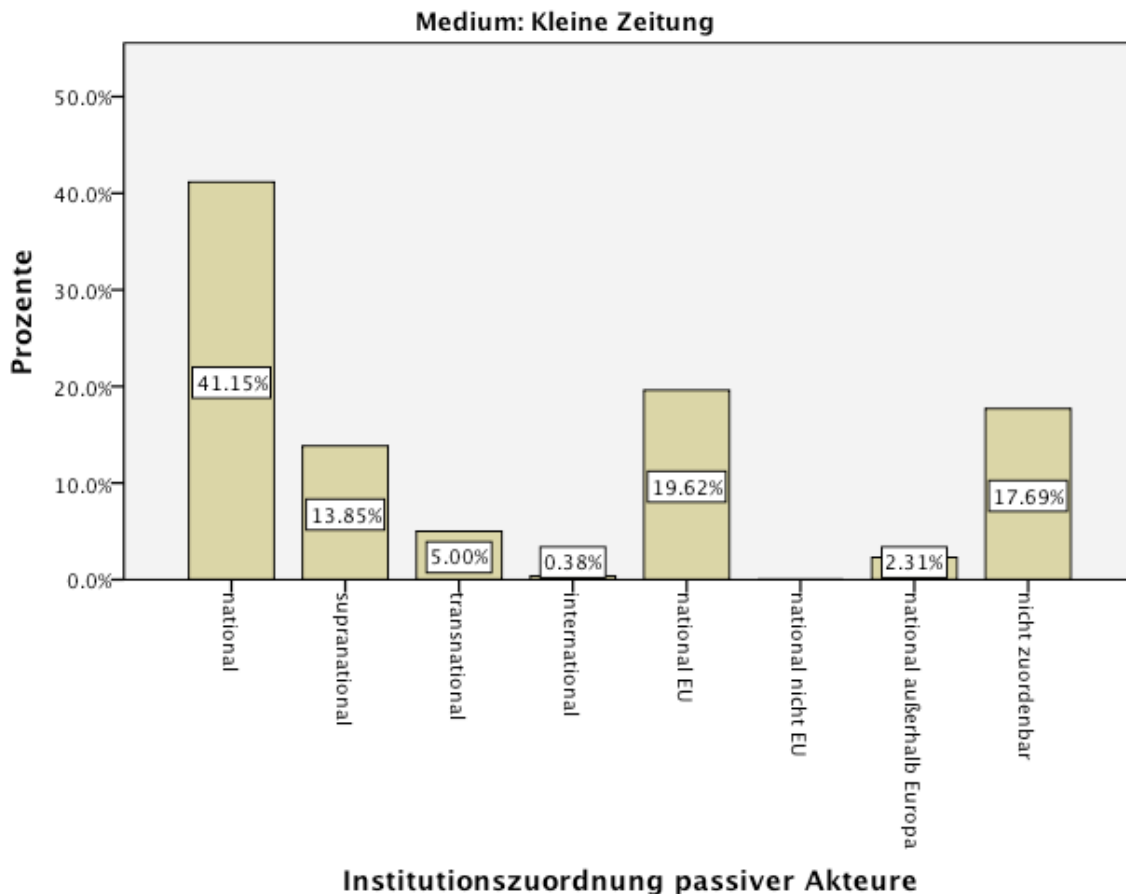


Abbildung 13: Institutionszuordnung passiver Akteure, Kleine Zeitung. N=260

Auch bei den passiven Akteuren zeigt sich, dass die Mehrheit der Akteure auf die in den Artikeln der *Kleinen Zeitung* Bezug genommen wird, aus Österreich (41,2%, N=107) kommen. An zweiter Stelle liegen mit 19,6 (N=51) Prozent Akteure aus andern EU-Staaten, wobei Angela Merkel (N=12) am häufigsten genannt wurde. An dritter Stelle folgen mit 17,7 Prozent (N=46) Akteure die nicht einer Institution zugeordnet werden konnten. Diese hohe Zahl ergibt sich dadurch, dass genannte Länder keine Institution als solche darstellen. So wurde insgesamt 10 mal (3,9%) auf Griechenland, 8 mal (3,1%) auf Deutschland, 7 mal (2,7%) auf Spanien und 6 mal (2,3%) auf Österreich selbst als Akteur in der Berichterstattung der *Kleinen Zeitung* Bezug genommen.

Insgesamt 13,8 Prozent der Akteure auf die Bezug genommen wurde, stammen aus EU-Institutionen und zu 5 Prozent wird auf transnationale Akteure, also mehrere bzw. alle Mitglieder aus EU-Regierungen verwiesen.

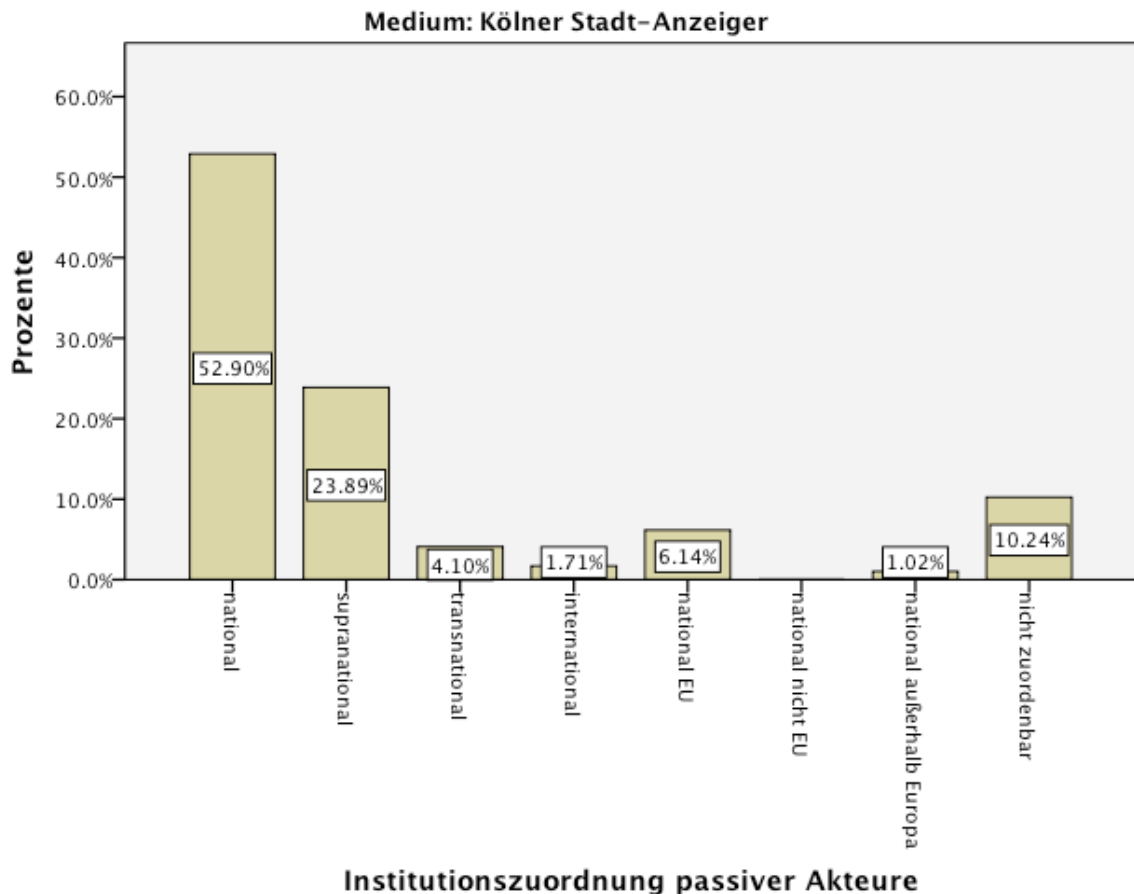


Abbildung 14: Institutionszuordnung passiver Akteure, KSTA. N=293

Auch im *Kölner Stadt-Anzeiger* fällt die Mehrheit von 52,9 Prozent der benannten Akteure auf die in der Berichterstattung Bezug genommen wird, auf Angehörige deutscher Institutionen. An zweiter Stelle liegen, anders als in der österreichischen Zeitung, Akteure von EU-Institutionen (23.9%). Mit 19 Nennungen wurde dabei die Europäische Zentralbank (EZB) am häufigsten genannt, gefolgt vom ESM selbst auf den 12 mal Bezug genommen wurde.

Der Anteil der Akteure mit nicht zuordenbaren Institutionen ist beim KSTA mit 10,2 Prozent geringer als in der Kleinen Zeitung. In der deutschen Zeitung war allerdings Griechenland (3,8%, N=11) ebenfalls das am häufigsten genannte Land auf das Bezug genommen wurde, gefolgt von Deutschland selbst (2% N=6) und Spanien (1,7%, N=5).

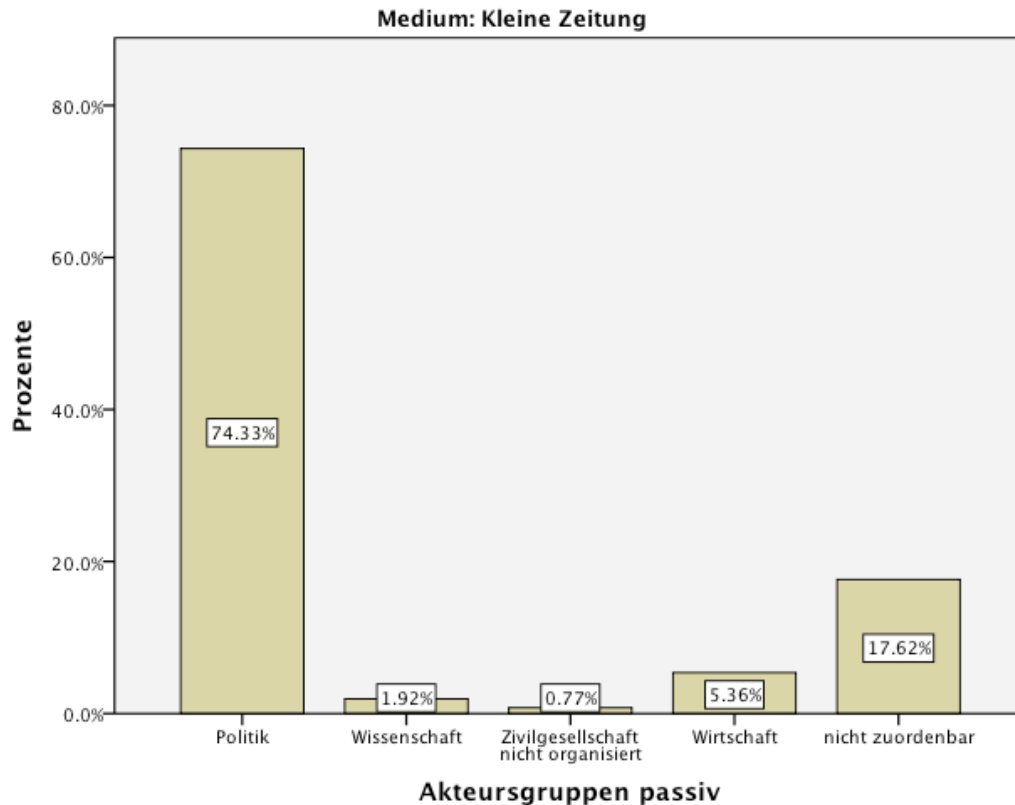


Abbildung 15: Akteursgruppen passiver Akteure, Kleine Zeitung. N=261

Noch einseitiger als bei den Sprechern fällt die Verteilung der passiven Akteure auf die Akteursgruppen aus. In der *Kleinen Zeitung* zeigt sich also, dass die Mehrheit von 74,3 Prozent (N=194) sich auf Akteure aus der Politik beziehen, gefolgt von der Kategorie „nicht zuordenbar“ unter die, wie gesagt, vor allem Länder fallen. Wobei ja Griechenland und Deutschland die am häufigsten genannten Akteure in dieser Kategorie sind (s.o.) Obwohl es sich beim ESM-Thema eigentlich auch um wirtschaftliche Probleme (Staatsverschuldung von Mitgliedsstaaten) handelt, wird nur in 14 Fällen (5,4%) auf Akteure aus der Wirtschaft in den Artikeln verwiesen. Auch Akteure aus der Wissenschaft sind mit 1,9 Prozent (N=5) nur gering präsent. Vertreter aus der organisierten Zivilgesellschaft sowie den Medien spielen in dieser Kategorie gar keine Rolle.

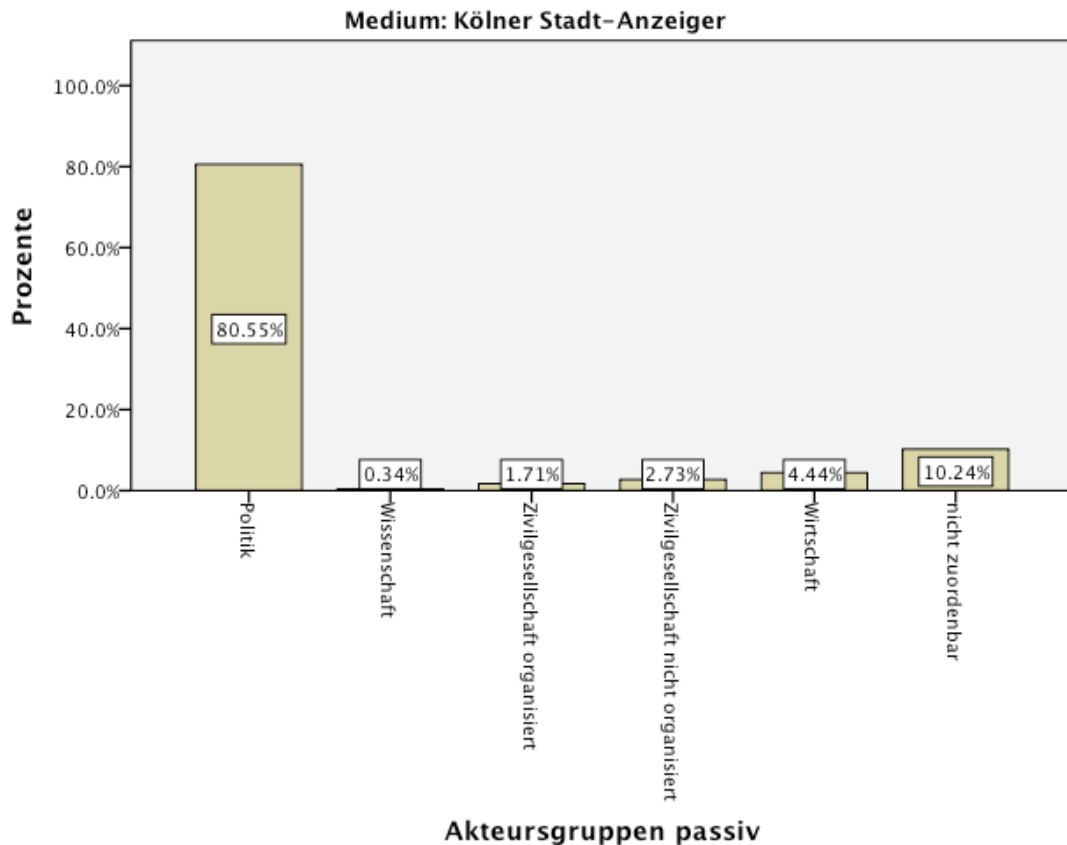


Abbildung 16: Akteursgruppen passiver Akteure, KSTA. N=293

Beim *Kölner Stadt-Anzeiger* ist die Präsenz der politischen Akteure noch ausgeprägter als bei der *Kleinen Zeitung*. Hier stammen sogar 80,5 Prozent (N=236) der passiven Akteure aus dem politischen Sektor und damit 6,2 Prozentpunkte mehr als bei der *Kleinen Zeitung*. Angeführt wird die Liste der Hauptakteure auf die in den Artikeln verwiesen wird von Angela Merkel, die insgesamt 34 mal genannt wird, gefolgt vom deutschen Bundestag (N=21 mal), Bundesverfassungsgericht (N=16) und der Bundesregierung (N=12), womit die wichtigsten Akteure in dieser Kategorie wieder sehr national dominiert sind.

Alle anderen Akteursgruppen sind nur sehr gering vertreten: Die Ausprägung „nicht zuordenbar“ (10,2%, N=30) wird, wie bei der österreichischen Zeitung, durch Griechenland (N=11) und Deutschland (N=6) angeführt. Auf Vertreter der Wirtschaft wird insgesamt 13 Mal (4,4%) Bezug genommen. Unter die Kategorie „Zivilgesellschaft nicht organisiert“ (2,7%, N=8) ergibt sich aus Bezeichnungen wie „der deutsche Steuerzahler“, „das deutsche Volk“, „die Griechen“ etc.

Akteursgruppen passiv * Herkunftsland der Akteure Passiv Kreuztabelle^a

			Herkunftsland der Akteure Passiv						Gesamt	
			natio- nal	natio- nal EU	nicht EU Staaten in Eu- ropa	Staaten außer- halb Europas	suprana- tional EU	internationa- le Organisa- tionen		trans- nationa- l
Akteurs- gruppen passiv	Politik	Anzahl	93	71	0	1	21	0	8	194
		% der Gesamt zahl	37,1%	28,3%	,0%	,4%	8,4%	,0%	3,2%	77,3%
	Wissen- schaft	Anzahl	2	0	0	2	0	0	0	4
		% der Gesamt zahl	,8%	,0%	,0%	,8%	,0%	,0%	,0%	1,6%
	Zivilgesell- schaft nicht organisiert	Anzahl	0	1	0	0	0	0	0	1
		% der Gesamt zahl	,0%	,4%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,4%
	Wirtschaft	Anzahl	10	0	0	3	0	1	0	14
		% der Gesamt zahl	4,0%	,0%	,0%	1,2%	,0%	,4%	,0%	5,6%
	nicht zuor- denbar	Anzahl	6	30	1	1	0	0	0	38
		% der Gesamt zahl	2,4%	12,0%	,4%	,4%	,0%	,0%	,0%	15,1%
Gesamt		Anzahl	111	102	1	7	21	1	8	251
		% der Gesamt zahl	44,2%	40,6%	,4%	2,8%	8,4%	,4%	3,2%	100,0%

a. Medium = Kleine Zeitung

Abbildung 17: Kreuztabelle Akteursgruppen/Herkunftsland passiver Akteure, Kleine Zeitung, N=251

Beim Vergleich der Akteursgruppen mit dem jeweiligen Herkunftsland der passiven Akteure zeigt sich, dass in der Berichterstattung der Kleinen Zeitung deutlich mehr nicht-nationale Akteure vorkommen, als bei der Kategorie „Sprecher“ (vgl. 7.4.1.1). So wird zwar immer noch insgesamt zu 44,2 Prozent (N=111) auf österreichische Akteure Bezug genommen, jedoch folgen Akteure aus anderen EU-Staaten direkt dahinter mit 40,6 Prozent (N=102). Rechnet man die Akteursbezüge auf die supranationale EU-Ebene (8,4 %, N=21) und der transnationalen Ebene (3,2%, N=8) hinzu, kommen die nicht-nationalen Akteure aus dem EU-Raum sogar auf eine Mehrheit von 52,2 Prozent.

Damit kann konstatiert werden, dass zwar mehrheitlich nationale Sprecher in der Berichterstattung der Kleinen Zeitung zu Wort kommen, jedoch die Herkunft der passiven Akteure mehrheitlich nicht-national ist, was zunächst auf eine positive Tendenz der Berichterstattung schließen lässt. Hier muss aber relativiert werden, weil dadurch nicht gesagt werden kann in welcher Art und Weise auf die Akteure Bezug genommen wurde. Beispielsweise kann Griechenland zwar als Objektakteur auftreten, der Artikel sich aber grundsätzlich um die Auswirkungen der griechischen Staatsverschuldung auf die österreichische Bevölkerung gehen. So wird erst mit Kategorie „nationale Darstellungsweise“ erfasst inwieweit ein Artikel über die nationalen Grenzen hinwegsieht.

Akteursgruppen passiv * Herkunftsland der Akteure Passiv Kreuztabelle^a

			Herkunftsland der Akteure Passiv							Gesamt
			national	national EU	nicht EU Staaten in Europa	Staaten außerhalb Europas	supranational EU	internationale Organisationen	transnational	
Akteursgruppen passiv	Politik	Anzahl	142	25	0	0	58	0	11	236
		% der Gesamtzahl	48,6%	8,6%	,0%	,0%	19,9%	,0%	3,8%	80,8%
	Wissenschaft	Anzahl	1	0	0	0	0	0	0	1
		% der Gesamtzahl	,3%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,3%
	Zivilgesell-	Anzahl	5	0	0	0	0	0	0	5

	% der Gesamtzahl	1,7%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	1,7%
Zivilgesellschaft nicht organisiert	Anzahl	6	0	0	0	2	0	0	8
	% der Gesamtzahl	2,1%	,0%	,0%	,0%	,7%	,0%	,0%	2,7%
Wirtschaft	Anzahl	3	2	0	3	0	4	0	12
	% der Gesamtzahl	1,0%	,7%	,0%	1,0%	,0%	1,4%	,0%	4,1%
nicht zuordenbar	Anzahl	6	20	1	2	1	0	0	30
	% der Gesamtzahl	2,1%	6,8%	,3%	,7%	,3%	,0%	,0%	10,3%
Gesamt	Anzahl	163	47	1	5	61	4	11	292
	% der Gesamtzahl	55,8%	16,1%	,3%	1,7%	20,9%	1,4%	3,8%	100,0%

a. Medium = Kölner Stadt-Anzeiger

Abbildung 18: Kreuztabelle Akteursgruppen/Herkunftsland, KSTA. N=292

Beim KSTA zeigt sich zunächst eindeutig, dass der Großteil der politischen Akteure, auf die in der Berichterstattung verwiesen wurde, aus Deutschland (48,6%, N=142) kommen, gefolgt von EU-Institutionen als passive Akteure, die mit 19,9 Prozent (N=58) an zweiter Stelle liegen. An dritter Stelle stehen Akteure aus anderen EU-Staaten (8,6%, N=25).

Anders als bei der Kleinen Zeitung entfällt die Mehrheit der Bezugnahmen auf deutsche Akteure (55,8%, N=163), gefolgt von supranationalen Akteuren (20,9%, N=61) und Akteuren aus anderen EU-Staaten (16,1%, N=47)

Damit scheint die Berichterstattung im Kölner Stadt-Anzeiger hinsichtlich der vorkommenden Akteure sehr national fokussiert, was negative Tendenzen hinsichtlich der normativen Anforderungen an die europäische Öffentlichkeit hat.

7.4.2 Personalisierung

Im Folgenden soll nun die Personalisierung der Akteure selbst und dann die Personalisierung auf Artekelebene betrachtet werden. Dies wird wieder getrennt nach Sprechern und passiven Akteuren stattfinden. Weil das Personalisierungspotenzial der EU-Berichterstattung mehrfach angezweifelt wurde bzw. es ambivalente Ergebnisse diesbezüglich gab. (vgl. Kapitel 7.1)

7.4.2.1 Sprechertypen

Institutionszuordnung Sprecher * Sprechertyp Kreuztabelle^a

			Sprechertyp					Gesamt
			unorganisier- tes Kollektiv oder anony- mer Reprä- sentant des- selben	Organisati- on oder Institution als Kollektiv	Anonymer Repräsen- tant eine Institution oder Orga- nisation	genannte Re- präsentanten für eine Orga- nisati- on/Institution	indivi- dueller Akteur	
Institutionszu- ordnung Spre- cher	national	Anzahl	2	5	1	80	33	121
		% der Gesamt zahl	1,1%	2,8%	,6%	45,2%	18,6%	68,4%
	suprana- tional	Anzahl	0	1	0	8	0	9
		% der Gesamt zahl	,0%	,6%	,0%	4,5%	,0%	5,1%
	transna- tional	Anzahl	0	0	0	8	0	8
		% der Gesamt zahl	,0%	,0%	,0%	4,5%	,0%	4,5%
	internatio- nal	Anzahl	0	1	0	3	0	4
		% der Gesamt zahl	,0%	,6%	,0%	1,7%	,0%	2,3%
	national	Anzahl	0	0	1	30	1	32
		% der Gesamt zahl	,0%	,0%	,6%	15,4%	,5%	26,5%
	national	Anzahl	0	0	1	30	1	32
		% der Gesamt zahl	,0%	,0%	,6%	15,4%	,5%	26,5%

	% der Gesamtzahl	,0%	,0%	,6%	16,9%	,6%	18,1%
national	Anzahl	0	0	1	0	0	1
außerhalb Europa	% der Gesamtzahl	,0%	,0%	,6%	,0%	,0%	,6%
nicht zuordenbar	Anzahl	1	0	0	0	1	2
	% der Gesamtzahl	,6%	,0%	,0%	,0%	,6%	1,1%
Gesamt	Anzahl	3	7	3	129	35	177
	% der Gesamtzahl	1,7%	4,0%	1,7%	72,9%	19,8%	100,0%

a. Medium = Kleine Zeitung

Abbildung 19: Kreuztabelle Sprechertyp/Institutionszuordnung, Kleine Zeitung. N=177

In der Kleine Zeitung zeigt sich hier ganz deutlich, dass Aussagen, die insgesamt in einem Artikel direkt oder indirekt zitiert wurden, mehrheitlich von einem Repräsentanten einer Organisation oder Institution (72,9%, N=129) getroffen wurden. So zeigt sich auch, dass 30 von 32 getroffenen Aussagen aus anderen EU-Staaten ebenfalls von so genannten Repräsentanten einer Institution getroffen wurden. Auch die hohe Zahl der individuellen Akteure, die zu Wort kommen ist mit 19,8 Prozent (N=35) sehr hoch, wobei sich ein Großteil auf die hohe Anzahl an Leserbriefschreibern, deren Meinung zum ESM veröffentlicht wurde ergibt. Die Aussagen, die von Institutionen als Kollektiv getroffen wurden, sind hier sehr gering (4%, N=7), was für eine hohe Personalisierung der Sprecher spricht.

Institutionszuordnung Sprecher * Sprechertyp Kreuztabelle ^a		
	Sprechertyp	Ge-

			unorganisier- tes Kollektiv oder anony- mer Reprä- sentant des- selben	genannter Repräsen- tant eines unorgani- sierten Kollektivs	Organisa- tion oder Institution als Kolle- ktiv	Anonymer Repräsen- tant eine Institution oder Or- ganisation	genannte Repräsen- tanten für eine Organi- sati- on/Institution	individuel- ler Akteur	
Instituti- onszu- ordnung Spre- cher	national	Anzahl	3	1	10	15	150	7	186
		% der Ge- samtzahl	1,2%	,4%	4,1%	6,1%	61,0%	2,8%	75,6%
	supra- national	Anzahl	0	0	6	0	20	0	26
		% der Ge- samtzahl	,0%	,0%	2,4%	,0%	8,1%	,0%	10,6%
	transna- tional	Anzahl	0	0	1	0	3	0	4
		% der Ge- samtzahl	,0%	,0%	,4%	,0%	1,2%	,0%	1,6%
	interna- tional	Anzahl	0	0	0	0	7	0	7
		% der Ge- samtzahl	,0%	,0%	,0%	,0%	2,8%	,0%	2,8%
	national EU	Anzahl	0	0	2	0	20	0	22
		% der Ge- samtzahl	,0%	,0%	,8%	,0%	8,1%	,0%	8,9%
	nicht zuor- denbar	Anzahl	1	0	0	0	0	0	1
		% der Ge- samtzahl	,4%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,4%
Gesamt	Anzahl	4	1	19	15	200	7	246	
	% der Ge- samtzahl	1,6%	,4%	7,7%	6,1%	81,3%	2,8%	100,0%	

a. Medium = Kölner Stadt-Anzeiger

Abbildung 20: Kreuztabelle Sprechertyp/Institutionszuordnung, KSTA. N=246

Ein ähnliches Bild wie in der Kleinen Zeitung zeigt sich auch im KSTA, wo insgesamt 81,3 Prozent (N=200) von einem Repräsentanten einer Institution getroffen werden. Dabei werden auch die Mehrheit der Aussagen von der EU-Ebene bzw. von transnationaler Ebene, von Repräsentanten getroffen (jeweils 8,1%, N=20). Wenn Kollektive zu Wort kommen, dann sind es mehrheitlich deutsche Institutionen (10 Fälle von N=19). Immerhin 6 Mal kommt eine EU-Institution zu Wort. Anonyme Repräsentanten einer

Institution (also beispielsweise nicht namentlich genannte Sprecher des Bundesverfassungsgericht) kommen ausschließlich auf nationaler Ebene zu Wort.

Insgesamt zeigt sich aber auf Sprecherebene eine deutliche Tendenz zur Personalisierung durch explizite Namensnennung und Institutionszugehörigkeit bei beiden Zeitungen. Hier zeigt sich auch kaum ein Unterschied zwischen nationalen und europäischen Akteuren, wenngleich natürlich der Fokus auf nationalen Sprechern in beiden Zeitungen liegt.

7.4.2.2 Typen passiver Akteure

Institutionszuordnung passiver Akteure * PassivAkt_Typ Kreuztabelle^a

			PassivAkt_Typ					Gesamt
			unorganisier- tes Kollektiv oder anony- mer Reprä- sentant des- selben	Organi- sation oder Instituti- on als Kollektiv	Anonymer Repräsen- tant eine Institution oder Orga- nisation	genannte Repräsen- tanten für eine Orga- nisati- on/Institutio- n	indivi- dueller Akteur	
Institutionszu- ordnung passi- ver Akteure	national	Anzahl	2	40	2	58	5	107
		% der Ge- samtzahl	,8%	15,4%	,8%	22,3%	1,9%	41,2%
	supranational	Anzahl	0	15	5	16	0	36
		% der Ge- samtzahl	,0%	5,8%	1,9%	6,2%	,0%	13,8%
	transnational	Anzahl	2	6	0	5	0	13
		% der Ge- samtzahl	,8%	2,3%	,0%	1,9%	,0%	5,0%
	international	Anzahl	0	1	0	0	0	1
		% der Ge- samtzahl	,0%	,4%	,0%	,0%	,0%	,4%
	national EU	Anzahl	0	10	0	41	0	51
		% der Ge- samtzahl	,0%	3,8%	,0%	15,8%	,0%	19,6%
	national au- ßerhalb Eu- ropa	Anzahl	1	0	3	1	1	6
		% der Ge- samtzahl	,4%	,0%	1,2%	,4%	,4%	2,3%
	nicht zuor- denbar	Anzahl	46	0	0	0	0	46
		% der Ge- samtzahl	17,7%	,0%	,0%	,0%	,0%	17,7%

Gesamt	Anzahl	51	72	10	121	6	260
	% der Gesamtzahl	19,6%	27,7%	3,8%	46,5%	2,3%	100,0%

a. Medium = Kleine Zeitung

Abbildung 21: Kreuztabelle Typ passiver Akteur/Institutionszuordnung, Kleine Zeitung, N=260

Weniger eindeutig zeigt sich die Personalisierung bei den passiven Akteuren bei der *Kleinen Zeitung*: Hier werden zwar immer noch insgesamt 42,5 Prozent (N=121) der Akteure beim Namen genannt, jedoch wird immerhin zu 27,7 Prozent (N=72) auf einen kollektiven Akteur Bezug genommen, was einen deutlichen Unterschied zu den Sprechertypen ergibt, wo nur 4 Prozent der Aussagen von Kollektiven kamen. Die passiven Akteure der EU-Ebene kommen fast gleichmäßig als Repräsentanten (6,2%, N=16) und als Kollektiv (5,8%, N=15). Damit zeigt sich die Personalisierung der passiven EU-Akteure hier ambivalent. Dagegen zeichnet sich für Akteure der anderen EU-Staaten eine deutlichere Personalisierung ab. Hier werden 15,8 Prozent (N=41) der Akteure beim Namen genannt und nur 3,8 Prozent (N=10) als Kollektiv.

Institutionszuordnung passiver Akteure * PassivAkt_Typ Kreuztabelle ^a			PassivAkt_Typ					Gesamt
			unorganisier- tes Kollektiv oder anony- mer Reprä- sentant des- selben	genannter Repräsen- tant eines unorgani- sierten Kollektivs	Organisa- tion oder Institution als Kol- lektiv	Anonymer Repräsen- tant eine Institution oder Orga- nisation	genannte Repräsen- tanten für eine Orga- nisati- on/Institutio- n	
Institutionszu- ordnung passi- ver Akteure	national	Anzahl	8	2	61	9	75	155
		% der Ge- samtzahl	2,7%	,7%	20,8%	3,1%	25,6%	52,9%
	suprana- tional	Anzahl	3	0	52	6	9	70
		% der Ge- samtzahl	1,0%	,0%	17,7%	2,0%	3,1%	23,9%
	transna- tional	Anzahl	2	0	8	0	2	12
		% der Ge- samtzahl	,7%	,0%	2,7%	,0%	,7%	4,1%
	interna-	Anzahl	1	0	4	0	0	5
		% der Ge- samtzahl	,3%	,0%	1,2%	,0%	,0%	1,9%
	Gesamt		11	2	121	15	86	235

	% der Gesamtzahl	,3%	,0%	1,4%	,0%	,0%	1,7%
national	Anzahl	2	0	7	1	8	18
EU	% der Gesamtzahl	,7%	,0%	2,4%	,3%	2,7%	6,1%
national	Anzahl	0	0	3	0	0	3
außerhalb Europa	% der Gesamtzahl	,0%	,0%	1,0%	,0%	,0%	1,0%
nicht zuordenbar	Anzahl	30	0	0	0	0	30
	% der Gesamtzahl	10,2%	,0%	,0%	,0%	,0%	10,2%
Gesamt	Anzahl	46	2	135	16	94	293
	% der Gesamtzahl	15,7%	,7%	46,1%	5,5%	32,1%	100,0%

a. Medium = Kölner Stadt-Anzeiger

Abbildung 22: Kreuztabelle Typ passiver Akteur/Institutionszuordnung, KSTA. N=293

Im *Kölner Stadt-Anzeiger* zeigen sich bei den passiven Akteuren deutliche Unterschiede zur Kleinen Zeitung. Hier wird mehrheitlich auf Kollektive (46,1%, N=135) anstatt auf Repräsentanten einer Institution (32,1%, N=94) Bezug genommen. Bezeichnenderweise bestehen also die nationalen Bezugnahmen eher auf einen Repräsentanten (25,5%, N=75) als auf ein Kollektiv (20,8%, N=61), dagegen zeigt sich ganz deutlich, dass Akteure der EU-Ebene mehrheitlich als Kollektiv (17,7%, N=52) vorkommen anstatt als ein genannter Repräsentant (3,1%, N=9).

Damit werden die nicht-nationalen Objektakteure bzw. Adressaten in der Berichterstattung zum ESM eher anonymisiert als die nationalen Objektakteure bzw. Adressaten, wobei sich die Personalisierung bzw. Anonymisierung der nationalen passiven Akteure die Waage hält.

7.4.2.3 Personalisierung auf Artekelebene

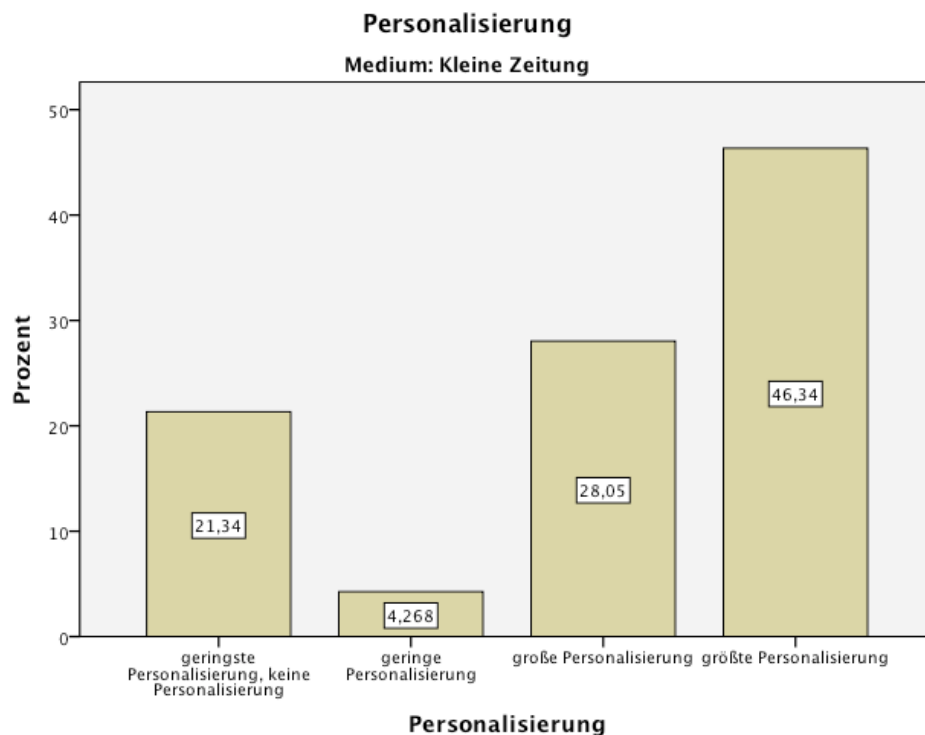


Abbildung 23: Personalisierung auf Artekelebene, Kleine Zeitung. N=164

Wie es sich schon bei der Betrachtung der Akteurstypen zeigte, wo mehrheitlich Repräsentanten von Institutionen sowohl als Sprecher als auch als passive Akteure in der Berichterstattung der Kleinen Zeitung vorkommen, kann auch für die Mehrheit der Artikel der höchste Grad an Personalisierung festgestellt werden. In 46,2 Prozent (N=76) aller Artikel zum ESM handelt es sich hauptsächlich um einige wenige Personen, die sich bezüglich eines Sachverhalts uneins sind, jedoch der Sachverhalt eher keine Rolle spielt. 28 Prozent (N=46) der Artikel weisen einen großen Personalisierungsgrad auf, was bedeutet, dass sich die Artikel jeweils hauptsächlich mit wenigen aber gleichrangigen Personen befassen, wobei die Sachverhalte unpersönlich bzw. abstrakt sind. An dritter Stelle liegen Artikel mit dem geringsten Grad an Personalisierung (31,3%, N=35), wobei es sich dann um reine Tatsachendarstellungen ohne dass Personen namentlich oder durch ihren Titel (z.B. „Der Bundespräsident“) erwähnt werden, handelt. Schließlich sind Artikel mit geringen Personalisierungsgrad (4,4%, N=7) am seltensten vorgekommen. Hier wurde dann über nüchterne Vorgänge berichtet und Personen am Rande benannt.

Es zeigt sich also eine deutliche Tendenz hin zur Personalisierung der EU-Berichterstattung der *Kleinen Zeitung*, auch wenn die Dominanz der nationalen Akteure hier vermuten lässt, dass sich die Personalisierung eher auch an nationalen anstatt an nicht-nationalen, d.h. europäischen Akteuren festmacht.

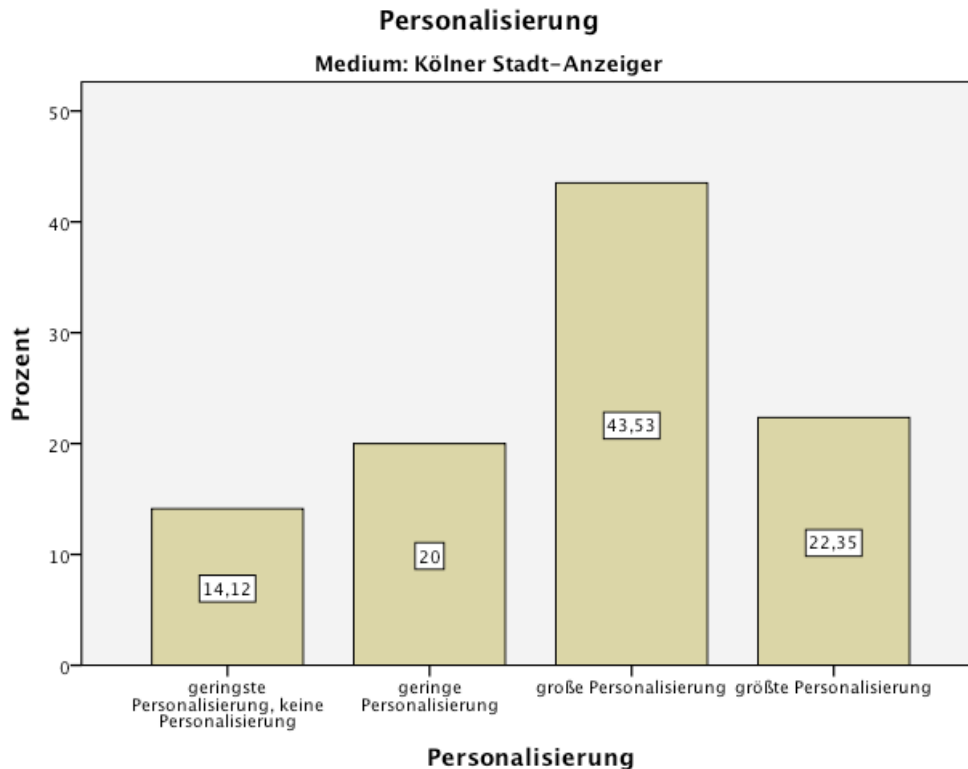


Abbildung 24: Personalisierung auf Artekelebene, KSTA. N=170

Die Mehrheit der Artikel im *KSTA* weist einen großen Personalisierungsgrad (43,5, N=74) auf, was bedeutet, dass die Personen und die (unpersönlichen) Sachverhalte, um die es sich dreht gleich wichtig sind. Danach kommen Artikel, die den größten Personalisierungsgrad aufweisen (22,4%, N=38), es sich also um die Auseinandersetzung zwischen Personen dreht und nicht um ein abstrakten Vorgang. Danach folgen Artikel mit geringer Personalisierung (20%, N=34) und mit keiner Personalisierung (14,1%, N=24). Im *KSTA* spielen die Personenbezogenen Artikel mit der Darstellung von unpersönlichen Sachverhalten in der ESM-Berichterstattung eine sehr große Rolle, während Artikel, die sich ausschließlich mit der Auseinandersetzung zwischen Akteuren befassen hier nur zweitrangig sind. Ganz im Gegenteil zur *Kleinen Zeitung* deren ESM-Berichterstattung vorrangig durch solche personalisierten Auseinandersetzungen geprägt ist.

7.4.3 Nationale Darstellungsweise und Bewertung

Im Folgenden wird nun betrachtet inwieweit die Berichterstattung in den beiden untersuchten Zeitungen durch eine nationale Darstellungsweise geprägt war und anschließend wie die Bewertung des ESM in der Berichterstattung war.

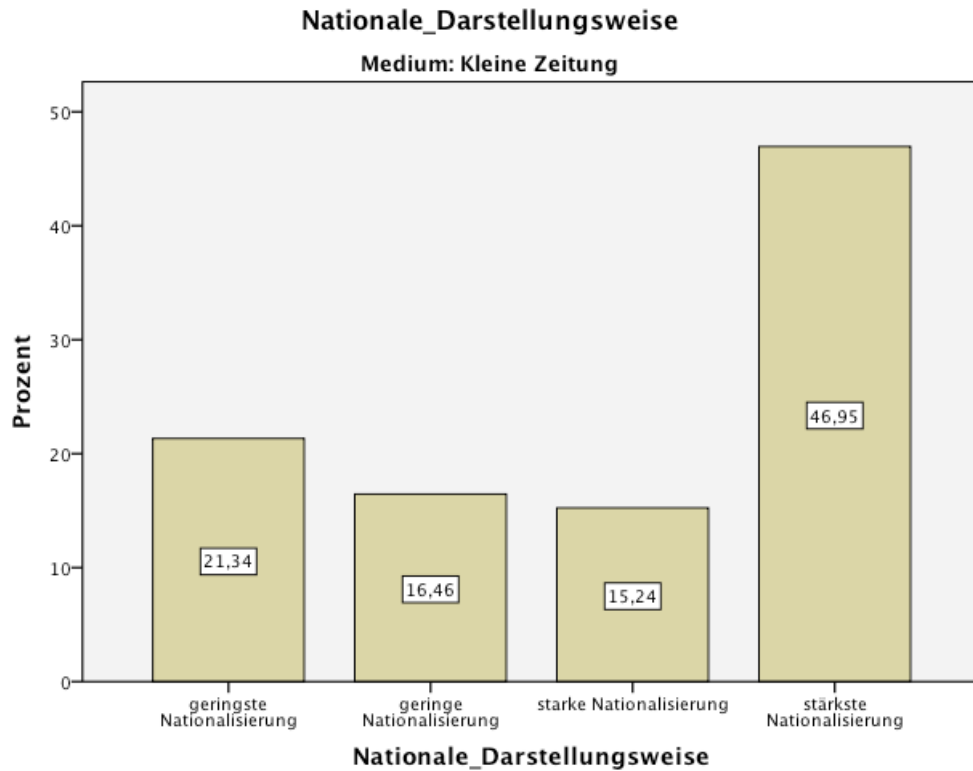


Abbildung 25: Nationale Darstellungsweise, Kleine Zeitung. N=164

Bei der Kleinen Zeitung zeigt sich sehr deutlich, dass die Mehrheit von 47 Prozent (N=77) der Artikel eine sehr national fokussierte Darstellungsweise haben, was bedeutet, dass der ESM allein vor dem Hintergrund von nationalen Akteuren und/oder Vorgängen behandelt wird. Die Perspektiven von nicht-nationalen Akteuren bzw. Vorgängen sind hier nicht relevant. Jedoch kamen Artikel mit geringster Nationalisierung bereits am zweithäufigsten vor (21,3%, N=35), wo also vorrangig über nicht nationale Vorgänge im Zusammenhang mit dem ESM berichtet wurde.

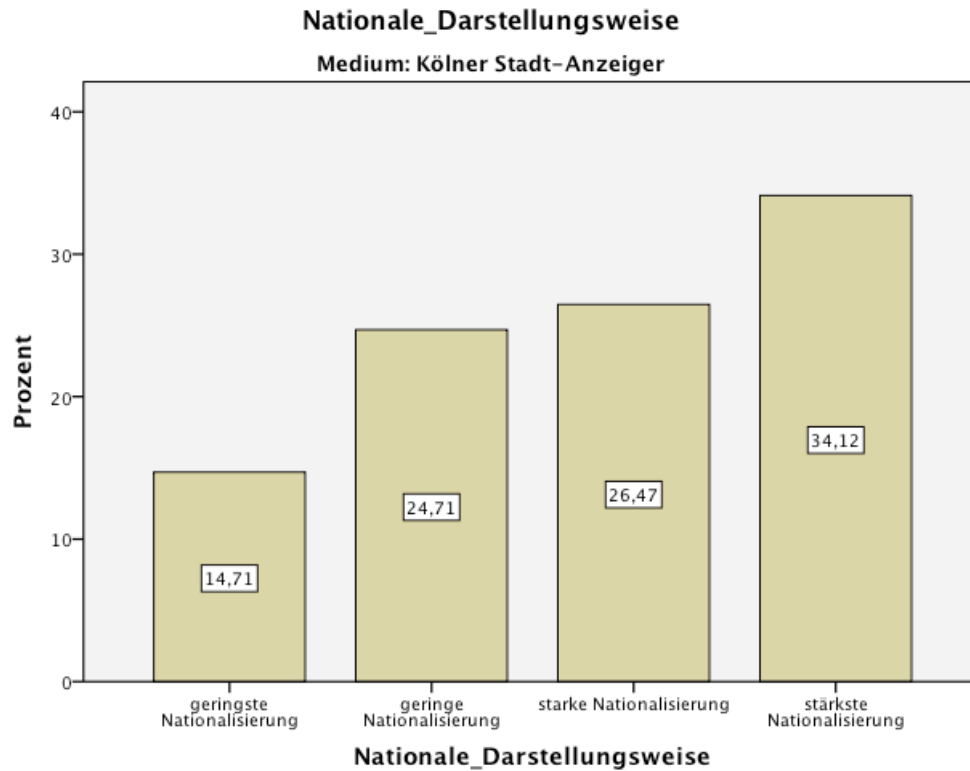


Abbildung 26: Nationale Darstellungsweise, KSTA. N=170

Auch beim Kölner Stadt-Anzeiger dominieren Artikel mit stärkster nationaler Darstellungsweise (34,1%, N=58), dahinter folgen zu 26,5% Prozent (N=45), die starker Nationalisierung, wo das Hauptaugenmerk ebenfalls auf nationalen Akteuren und Vorgängen liegt, jedoch auch Positionen von nicht-nationalen Akteuren erwähnt werden. An dritter Stelle liegen Artikel (24,7%, N=42) in denen gleichermaßen Positionen und Vorgänge auf nationaler und nicht-nationaler Ebene vor dem Hintergrund des ESM behandelt werden.

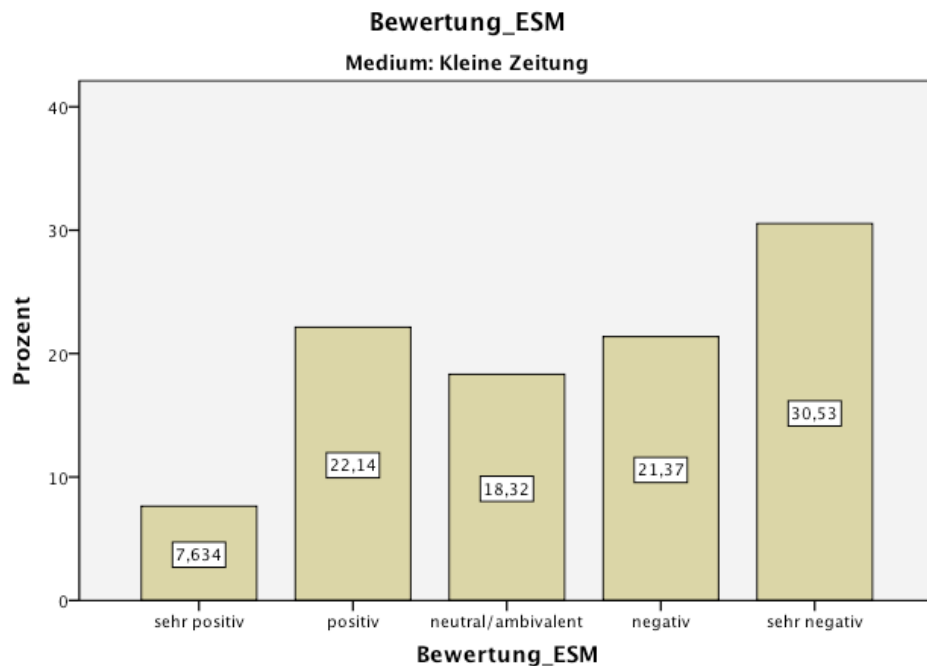


Abbildung 27: Bewertung ESM, Kleine Zeitung. N=131

Die Bewertung des ESM fiel in der Kleinen Zeitung zu 30,5 Prozent (N=40) sehr negativ aus, zusammen mit Artikeln, die eine negative Bewertung (21,4%, N=28) enthielten ergibt das eine Mehrheit von 51,9 Prozent, also über die Hälfte der Artikel, die den ESM negativ bewerten. Demgegenüber geben nur rund 29,7 Prozent (N=39) eine positive bis sehr positive Bewertung des ESM ab. Insgesamt wird der ESM in der österreichischen Zeitung also eher negativ gesehen.

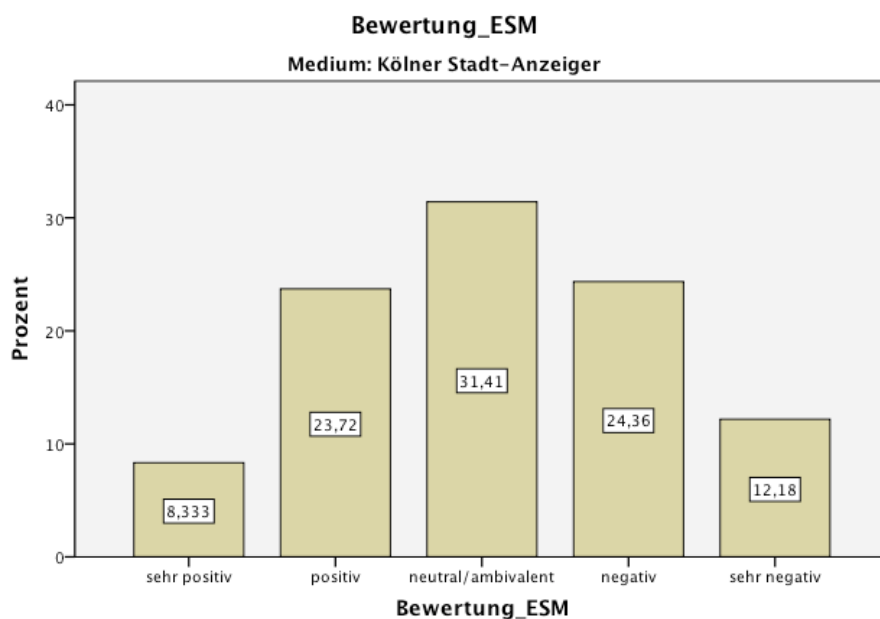


Abbildung 28: Bewertung ESM, KSTA. N=156

Im *Kölner Stadt-Anzeiger* herrschen hingegen hauptsächlich Artikel vor, die den ESM ambivalent oder neutral bewerten (31,4%, N=49). Ansonsten halten sich die negativen (24,4%, N=38) und die positiven (23,7%, N=37) Bewertungen die Waage. Wenn man allerdings die negativen und sehr negativen (36,6%, N=57) bzw. die positiven und sehr positiven (32%, N=50) Bewertungen zusammenrechnet, dominieren die negativen Bewertungen hier leicht.

Inwieweit ein Zusammenhang zwischen den beiden Variablen besteht, zeigt die Korrelationsprüfung nach Spearman für rangskalierte Variablen, wie es sowohl bei der „Nationalen Darstellungsweise“, als auch bei der „Bewertung“⁴⁵ der Fall ist. Dieser Test prüft ob hohe Werte der einen Variable (4=stärkste Nationalisierung) mit hohen Werten der anderen Variable (5=sehr negativ) korrelieren. Dabei zeigt der Korrelationskoeffizient (r), der zwischen -1 und 1 liegt, wie stark der Zusammenhang zwischen beiden Variablen ist. Liegt der Korrelationskoeffizient nahe Null, gibt es keinen linearen Zusammenhang zwischen beiden Variablen. (vgl. Lamberti 2001, S.120ff)

Korrelationen ^a			Nationa- le Darstellungsweise	Bewer- tung ESM
Spearman- Rho	Nationa- le_Darstellungsweise	Korrelationskoeffizient	1,000	,272**
		Sig. (1-seitig)	.	,001
		N	164	131
	Bewertung_ESM	Korrelationskoeffizient	,272**	1,000
		Sig. (1-seitig)	,001	.
		N	131	131

** . Die Korrelation ist auf dem 0,01 Niveau signifikant (einseitig).

a. Medium = Kleine Zeitung

Abbildung 29: Spearman-Korrelation Darstellungsweise/Bewertung, Kleine Zeitung, N=131

Bei der *Kleinen Zeitung* ist nun der Zusammenhang zwischen der nationalen Darstellungsweise und der Bewertung des ESM $r_{sp} = 0,272$ bei einer Signifikanz von $p = 0,001$. Da also der Korrelationskoeffizient hier zwar positiv aber näher bei Null als bei 1 liegt, kann nur ein schwacher Zusammenhang zwischen (starker) nationaler Darstellungsweise und (sehr negativer) Bewertung für die *Kleine Zeitung* konstatiert werden.

⁴⁵ Die Variable „Bewertung ESM“ hat Wertelabels die mit dem Schulnotenystem vergleichbar sind: 1=sehr positiv, 2=positiv, 3=neutral/ambivalent, 4=negativ, 5=sehr negativ. Aufgrund dieser Ordinalskalierung eignet sich der Korrelationstest nach Spearman. (vgl. Lamberti 2001, S.33/S.120)

Korrelationen ^a			Nationa- le_Darstellungsweise	Bewer- tung_ESM
Spearman- Rho	Nationa- le_Darstellungsweise	Korrelationskoeffizient	1,000	,370**
		Sig. (1-seitig)		,000
		N	170	156
	Bewertung_ESM	Korrelationskoeffizient	,370**	1,000
		Sig. (1-seitig)	,000	
		N	156	156

** . Die Korrelation ist auf dem 0,01 Niveau signifikant (einseitig).

a. Medium = Kölner Stadt-Anzeiger

Abbildung 30: Spearman Korrelation Darstellungsweise/Bewertung, KSTA. N=156

Auch im *Kölner Stadt-Anzeiger* kann eine ähnliche Tendenz festgestellt werden, wenn-
gleich $r_{sp} = 0,370$ bei $p < 0,001$ etwas höher liegt als bei der *Kleinen Zeitung*, der Zusam-
menhang zwischen den beiden Variablen also im Vergleich etwas stärker ist.

Grundsätzlich gibt also einen positiven Zusammenhang zwischen starker Nationalisie-
rung der Artikel und negativer Bewertung des ESM, auch wenn dieser Zusammenhang
nicht sehr ausgeprägt in beiden Zeitungen ist. Dennoch zeichnet sich in beiden Zeitun-
gen eine Tendenz dahingehend ab, dass ein nationaler Fokus beim Thema ESM mit
einer ablehnenden Haltung ihm gegenüber, einhergeht.

7.4.4 Identität

Hier soll nun betrachtet werden, welche Identität in der Berichterstattung vorrangig
durch die Akteure bzw. insgesamt in einem Artikel mitschwingt.

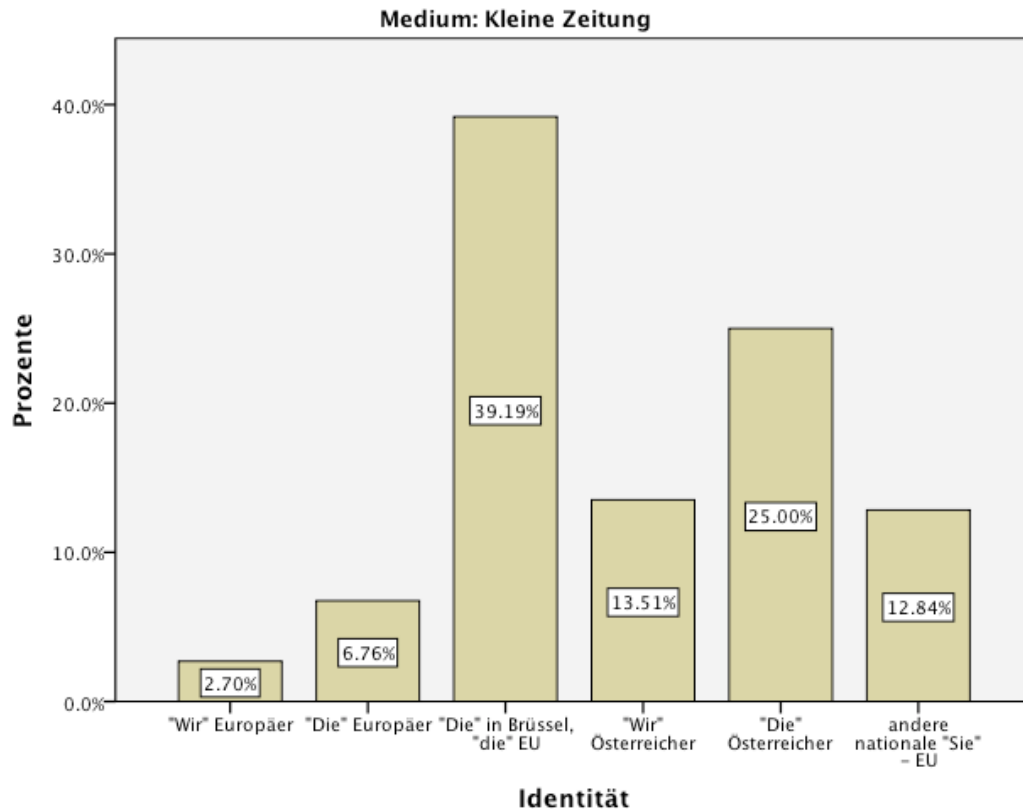


Abbildung 31: Identität Kleine Zeitung. N=148

In der österreichischen *Kleinen Zeitung* dominiert hier eindeutig die Identitätszuweisung „Die in Brüssel/Die EU“ (39,2%, N=58) was auf eine Abgrenzung zur EU-Ebene in der Berichterstattung hinweist. An zweiter Stelle liegt allerdings die Identität „Die Österreicher“ (25%, N=37) was sich zum Teil daraus ergibt, dass die Journalisten häufig in diesem Tenor berichtet haben, das auf einen objektiven Standpunkt schließen lässt bzw. sich die Journalisten nicht mit in die Kategorie mit einschließen. An dritter Stelle liegt die Identität „Wir Österreicher“ (13,5%, N=20) wodurch sich also ebenfalls wie bei Identität „Die EU“ eine Abgrenzung der Österreicher nach außen abzeichnet. In der Hinsicht ist auch bezeichnend, dass sich die Identität „Wir Europäer“ an letzter Stelle (2,7%, N=4) befindet und sich somit in kaum einem Artikel europäische Identität finden lässt.

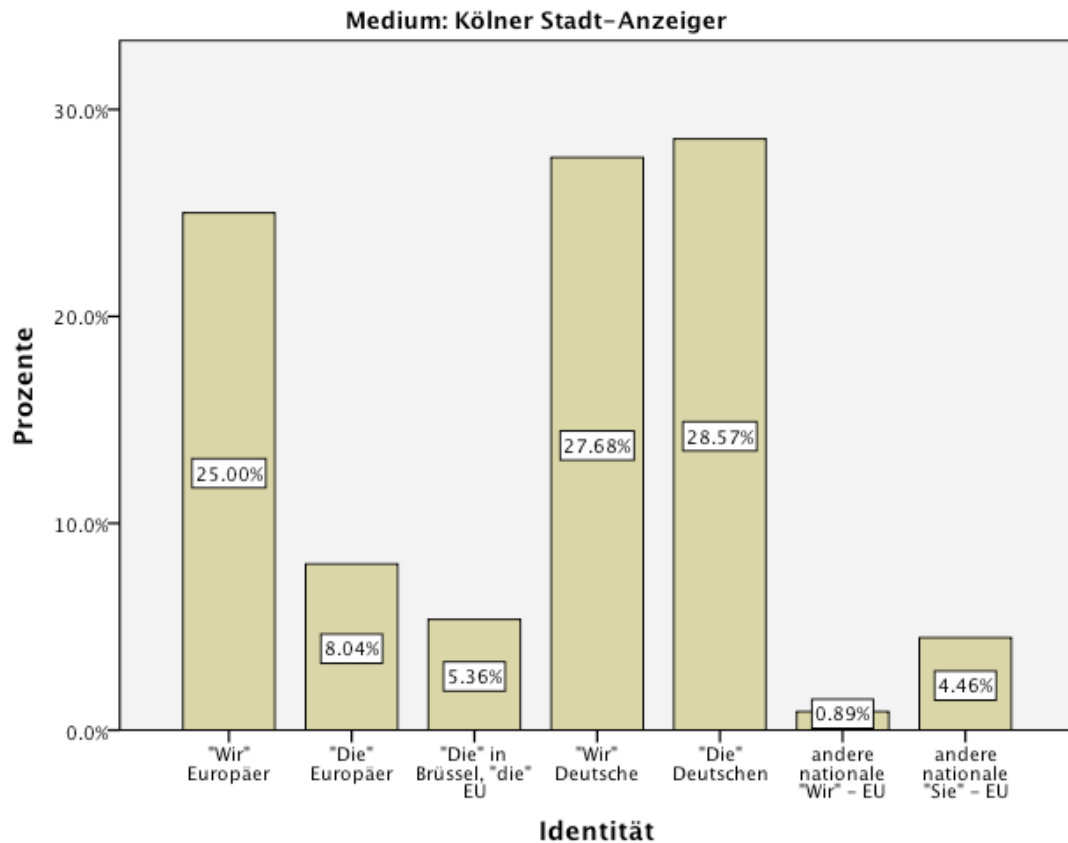


Abbildung 32: Identität KSTA. N=112

Eindeutige Identitätszuschreibungen finden sich insgesamt weniger (N=112) im *KSTA* als in der *Kleinen Zeitung* (N=148), obwohl diese eigentlich weniger Artikel hat. Das heißt im *KSTA* war nur in 65,9 Prozent der Artikel eine Identität vorhanden und in der *Kleinen Zeitung* dagegen in 90,2 Prozent der Artikel, was eventuell auf ein stärkere Identifizierungsbedürfnis in der österreichischen Zeitung hindeuten könnte.

In der deutschen Zeitung zeigt sich sodann auch, dass in der Mehrheit der Artikel (28,6%, N=32) eine „Die Deutschen“-Identität aufweist, sich der Grundtenor der meisten Artikel eher auf eine Exklusion der nationalen Identität bezieht. Auch hier ergab sich dies oft durch die Journalisten, die in ihren Berichten diese Identität verwendeten. Allerdings liegt der Unterschied zur Identität „Wir Deutschen“ nur bei einem Fall (27,7% N=31), was auf eine nationale Identität schließen lässt, wenn gleich die Identität „Wir Europäer“ (25%, N=28) dicht dahinter liegt. Somit halten sich die nationale und die europäische Identität in der deutschen Berichterstattung die Waage, was durchaus auf eine sogenannte Doppelidentität schließen lässt, die auch im Eurobarometer erfragt wurde.

Interessant ist auch, dass die Identitätszuschreibung „Die in Brüssel“ (5,4%, N=6) hier im Vergleich zur *Kleinen Zeitung* marginal ausfällt, sich also die deutsche Berichterstattung nicht von der EU-Ebene explizit abgrenzt, wie die österreichische Zeitung.

7.4.5 Frame

Schließlich wird hier nun gezeigt, welche Frames in der Berichterstattung zum ESM verwendet wurden, welche Rahmungen den Artikeln also zu Grunde lagen.

Frame * Frame Position Kreuztabelle^a

			Frame_Position			Gesamt
			Die Eu soll nicht sein/soll nicht dafür stehen/soll nicht dazu führen	Die EU ist/steht für/führt zu	Die EU soll sein/soll stehen/soll dazu führen	
Frame	Solidarität	Anzahl	0	0	2	2
		% der Gesamtzahl	,0%	,0%	5,7%	5,7%
	Frieden	Anzahl	0	1	2	3
		% der Gesamtzahl	,0%	2,9%	5,7%	8,6%
	Demokratie	Anzahl	0	0	4	4
		% der Gesamtzahl	,0%	,0%	11,4%	11,4%
	Diktatur/Totalitarismus	Anzahl	1	0	0	1
		% der Gesamtzahl	2,9%	,0%	,0%	2,9%
	Zentralisierung	Anzahl	1	0	0	1
		% der Gesamtzahl	2,9%	,0%	,0%	2,9%
	Überregulierung	Anzahl	1	0	0	1
		% der Gesamtzahl	2,9%	,0%	,0%	2,9%
	Transparenz	Anzahl	0	0	1	1
		% der Gesamtzahl	,0%	,0%	2,9%	2,9%
	Nationale Interessen (Vorteile für Österreich/Deutschland)	Anzahl	0	0	1	1
		% der Gesamtzahl	,0%	,0%	2,9%	2,9%
	Kontrolle über transnationales Kapital	Anzahl	0	0	2	2
		% der Gesamtzahl	,0%	,0%	5,7%	5,7%
	wirtschaftliche Stabilität	Anzahl	0	1	8	9

	% der Gesamtzahl	,0%	2,9%	22,9%	25,7%
(Geld-)Verschwendung	Anzahl	10	0	0	10
	% der Gesamtzahl	28,6%	,0%	,0%	28,6%
Gesamt	Anzahl	13	2	20	35
	% der Gesamtzahl	37,1%	5,7%	57,1%	100,0%

a. Medium = Kleine Zeitung

Abbildung 33: Frames Kleine Zeitung, N=35

Zunächst muss festgestellt werden, dass sich nur in 21,3 Prozent (N=35) der Artikel überhaupt ein Frame finden ließ, was die Beurteilung des Deutungsrahmen über den ESM bzw. der EU hier sehr erschwert.

Was jedoch häufig als Rahmen in der *Kleinen Zeitung* vorkam, war die Forderung, dass die EU nicht für „(Geld-)Verschwendung“ (28,6%, N=10) stehen soll. In vielen Artikeln wurde der ESM also in dieser Hinsicht gerahmt, was auch mit seiner negativen Bewertung in dieser Zeitung einhergeht. An zweiter Stelle steht die Rahmung, dass die EU für „wirtschaftliche Stabilität“ (22,9%, N=8) stehen soll, gefolgt von der Forderung nach „Demokratie“ (11,4%, N=4).

Frame * Frame_Position Kreuztabelle^a

			Frame_Position				Gesamt
			Die Eu soll nicht sein/soll nicht dafür stehen/soll nicht dazu führen	Die EU ist nicht/steht nicht für/führt nicht dazu	Die EU ist/steht für/führt zu	Die EU soll sein/soll stehen/soll dazu führen	
Frame	Nationalismus	Anzahl	1	0	0	0	1
		% der Gesamtzahl	1,2%	,0%	,0%	,0%	1,2%
	Soziale Gerechtigkeit	Anzahl	0	0	0	1	1
		% der Gesamtzahl	,0%	,0%	,0%	1,2%	1,2%
	Verantwortlichkeit	Anzahl	0	0	2	0	2
		% der Gesamtzahl	,0%	,0%	2,4%	,0%	2,4%
	Solidarität	Anzahl	0	0	2	5	7
		% der Gesamtzahl	,0%	,0%	2,4%	6,1%	8,5%
	Rechtsstaatlichkeit	Anzahl	0	0	0	2	2
		% der Gesamtzahl	,0%	,0%	,0%	5,7%	5,7%
	Gesamt		1	0	2	5	8
			1,2%	,0%	5,7%	6,1%	7,6%

	% der Gesamtzahl	,0%	,0%	,0%	2,4%	2,4%
Demokratie	Anzahl	0	2	1	13	16
	% der Gesamtzahl	,0%	2,4%	1,2%	15,9%	19,5%
Diktatur/Totalitarismus	Anzahl	0	0	1	0	1
	% der Gesamtzahl	,0%	,0%	1,2%	,0%	1,2%
Souveränität	Anzahl	1	0	0	2	3
	% der Gesamtzahl	1,2%	,0%	,0%	2,4%	3,7%
Zentralisierung	Anzahl	0	0	0	1	1
	% der Gesamtzahl	,0%	,0%	,0%	1,2%	1,2%
Föderalismus	Anzahl	0	0	0	2	2
	% der Gesamtzahl	,0%	,0%	,0%	2,4%	2,4%
Effizienz/Kompetenz	Anzahl	0	0	0	1	1
	% der Gesamtzahl	,0%	,0%	,0%	1,2%	1,2%
Transparenz	Anzahl	0	0	0	1	1
	% der Gesamtzahl	,0%	,0%	,0%	1,2%	1,2%
Verantwortlichkeit	Anzahl	0	0	1	0	1
	% der Gesamtzahl	,0%	,0%	1,2%	,0%	1,2%
Legitimität/Rechtmäßigkeit	Anzahl	0	1	0	0	1
	% der Gesamtzahl	,0%	1,2%	,0%	,0%	1,2%
EU als Chance für seine Bürger - woanders arbeiten, leben, studieren	Anzahl	0	0	1	0	1
	% der Gesamtzahl	,0%	,0%	1,2%	,0%	1,2%
Akzeptanz der EU durch ihre Bürger	Anzahl	0	0	0	1	1
	% der Gesamtzahl	,0%	,0%	,0%	1,2%	1,2%
Nationale Interessen (Vorteile für Österreich/Deutschland)	Anzahl	0	1	1	0	2
	% der Gesamtzahl	,0%	1,2%	1,2%	,0%	2,4%
politische Stabilität	Anzahl	0	0	0	2	2
	% der Gesamtzahl	,0%	,0%	,0%	2,4%	2,4%
Kontrolle über transnationales Kapital	Anzahl	0	0	0	1	1
	% der Gesamtzahl	,0%	,0%	,0%	1,2%	1,2%
überlasteter Nationalstaat (allgemein)	Anzahl	2	0	3	0	5
	% der Gesamtzahl	2,4%	,0%	3,7%	,0%	6,1%
Wirtschaftswachstum	Anzahl	0	0	0	2	2
	% der Gesamtzahl	,0%	,0%	,0%	2,4%	2,4%
wirtschaftliche Stabilität	Anzahl	0	0	0	17	17
	% der Gesamtzahl	,0%	,0%	,0%	20,7%	20,7%

innenmarktliche Rationalisierungseffekte (economy of scale)	Anzahl	0	0	1	0	1
	% der Gesamtzahl	,0%	,0%	1,2%	,0%	1,2%
eigene (nationale) Wirtschaft	Anzahl	0	1	0	2	3
	% der Gesamtzahl	,0%	1,2%	,0%	2,4%	3,7%
Arbeitslosigkeit	Anzahl	1	0	0	0	1
	% der Gesamtzahl	1,2%	,0%	,0%	,0%	1,2%
faschistische/nazistische Normen und Regeln	Anzahl	1	0	0	0	1
	% der Gesamtzahl	1,2%	,0%	,0%	,0%	1,2%
Weltwirtschaftskrise 1929	Anzahl	3	0	0	0	3
	% der Gesamtzahl	3,7%	,0%	,0%	,0%	3,7%
Überwindung der Nachkriegsordnung in Europa	Anzahl	0	1	1	0	2
	% der Gesamtzahl	,0%	1,2%	1,2%	,0%	2,4%
Gesamt	Anzahl	9	6	14	53	82
	% der Gesamtzahl	11,0%	7,3%	17,1%	64,6%	100,0%

a. Medium = Kölner Stadt-Anzeiger

Abbildung 34: Frames KSTA, N=82

Im Kölner Stadt-Anzeiger konnten dagegen insgesamt mehr Frames in den Artikeln herausgelesen werden, wobei dies in 48,2 Prozent der Fall war, also fast in jedem zweiten Artikel. Jedoch zeigt sich, dass nur Frames mehr als drei Mal genannt wurden. Der am häufigsten genannte Frame ist die Forderung, dass die EU für „wirtschaftliche Stabilität“ stehen soll (20,7%, N=17) womit diese Forderung auch mit jener in den österreichischen Zeitungen übereinstimmt. Der ESM wird somit häufig mit wirtschaftlicher Stabilität in Verbindung gesetzt, was für eine positive Rahmung steht.

An zweiter Stelle liegt der Frame „Demokratie“ der insgesamt 16 mal (19,5%) genannt wird, wobei damit 13 mal (15,9%) die Forderung verbunden ist, dass die EU demokratisch sein soll und 2 mal (2,4%) die Äußerung, dass die EU nicht demokratisch ist.

Der Frame „Solidarität“ wird insgesamt 7 mal angeführt, wobei 5 mal die Forderung geäußert wird, dass die EU solidarisch sein soll und 2 mal, dass die EU für Solidarität steht.

Schließlich liegt ein Negativ-Frame, der überbelastete Nationalstaat mit 5 Fällen an dritter Stelle. Auch die Frame-Positionen verweisen auf eine negative Tendenz, nämlich, dass die für den überbelasteten Nationalstaat steht bzw. nicht dafür stehen soll.

Schließlich ist noch der historische Frame „Weltwirtschaftskrise 1929“ interessant, weil also die heutige Wirtschaftskrise nicht zu einem gleichen Desaster wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts führen soll.

7.5 Zusammenfassung der Ergebnisse

Hier sollen nun die Ergebnisse der empirischen Untersuchung zur Berichterstattung hinsichtlich der Forschungsfragen zusammengefasst werden und die im Vorfeld aufgestellten Hypothesen überprüft werden.

FF1: Welche Akteure kommen bei der Berichterstattung über den ESM als Sprecher zu Wort?

Hyp1: Wenn über den ESM berichtet wird, dann kommen eher nationale als europäische Akteure als Sprecher zu Wort.

Hier konnte in der Inhaltsanalyse festgestellt werden, dass nationale Akteure im Gegensatz zu nicht-nationalen Akteuren in der Berichterstattung über den ESM sowohl in der österreichischen, als auch in der deutschen Zeitung ganz klar als Sprecher dominieren. Unterschiedlich ist, dass die österreichische Kleine Zeitung eher Akteure aus anderen EU-Staaten in der Berichterstattung zu Wort kommen lässt, als Akteure von supranationalen EU-Institutionen. Dies ist im deutschen Kölner Stadt-Anzeiger genau umgekehrt: Hier kommen eher Sprecher der EU-Ebene als Sprecher von anderen Mitgliedsländern zu Wort. Die österreichische Berichterstattung orientierte sich hier also eher transnational und die deutsche Berichterstattung eher supranational.

Allerdings muss hier nochmals die ausgesprochene Dominanz der nationalen Sprecher betont werden, die in der Kleinen Zeitung bei rund 70 Prozent und im KSTA sogar bei 75 Prozent lag. Somit kann die erste Hypothese für beide Zeitungen für bestätigt erklärt werden.

Hyp2: Wenn über den ESM berichtet wird, dann kommen am ehesten politische Akteure zu Wort.

Diese zweite Hypothese zielte auf die Öffentlichkeitstheorie ab, dass für eine „autochthone“ d.h. nicht-vermachtete Öffentlichkeit, wie sie Habermas fordert (vgl. Kapitel 3.2) potenziell alle Akteursgruppen, unabhängig von ihren Repräsentanzbeziehungen zu bestimmten Öffentlichkeitsarenen (Kapitel 3.3) die Möglichkeit haben müssen, sich an öffentlichen Diskursen zu beteiligen. Dies bedeutet also auch, dass insbesondere Akteure der Zivilgesellschaft berücksichtigt werden.

Allerdings zeigte sich auch hier in beiden Zeitungen zunächst, dass Akteure aus der Politik als Sprecher in der Berichterstattung zum ESM klar dominieren, was eine deutliche Tendenz zu einer vermachteten medialen Öffentlichkeit zu diesem Thema zeigt. Jedoch sorgt ein hoher Anteil an Leserbriefen zum Thema ESM in der Berichterstattung der Kleinen Zeitung dafür, dass die Akteursgruppe der „nicht-organisierten Zivilgesellschaft“ an zweiter Stelle hinter den politischen Akteuren rangiert. Leserbriefe stellen in Printmedien meist die einzige Möglichkeit für zivile Bürger dar, sich ebenfalls zu einem Thema zu äußern, wobei die Auswahl der Leserbriefe natürlich auch eine Form der journalistischen Selektion darstellt. Nicht zuletzt deshalb wurden Leserbriefe auch in die Analyse miteinbezogen. Schließlich machten sie einen beträchtlichen Teil (rund 18%) der gesamten Berichterstattung in der *Kleinen Zeitung* aus und spielten damit eine große Rolle. Anders im *KSTA* hier waren lediglich 3,5 Prozent der Beiträge Leserbriefe. Auch insgesamt zeigte sich eine deutliche Dominanz von politischen Akteuren (rund 82%) wohingegen gerade wirtschaftliche Akteure, wie es das ESM, das mit wirtschaftlichen bzw. ökonomischen Überlegungen verbunden ist vermuten lassen würde, nur mit 5,6 Prozent an zweiter Stelle der Akteursgruppen liegt. Alle anderen liegen sogar unter 5 Prozent.

Die Kleine Zeitung kann also mit ihren Leserbriefen hinsichtlich der Offenheit für andere Akteursgruppen punkten, allerdings liegt auch hier der Anteil der anderen Akteure weit unter den politischen.

So kann auch die Hypothese 2 weitestgehend bestätigt werden.

FF2: *Auf welche Akteure wird in der Berichterstattung über den ESM Bezug genommen, d.h. welche passiven Akteure treten auf?*

Hyp3: *Wenn auf Akteure in der Berichterstattung Bezug genommen wird, dann sind dies eher nicht-nationale Akteure.*

Hier war die Vermutung, dass der Anteil der passiven Akteure auf die in der Berichterstattung Bezug genommen wird, eher nicht-nationale Akteure sind, weil es sich ja auch um ein europäisches Thema mit einem transnationalen Aushandlungsprozess (ESM-Vertrag) handelt, wo eine Bezugnahme zu EU-politischen bzw. transnationalen Akteuren erwartbar ist.

So konnte tatsächlich in der *Kleinen Zeitung* festgestellt werden, dass etwa 65,8 Prozent der passiven Akteure tatsächlich nicht-nationaler Herkunft waren. Dabei ergab sich ein Großteil davon durch Bezüge auf politische Gemeinschaften (d.h. Länder).

Im *KSTA* waren jedoch die Mehrheit (rund 55%) der Bezugnahmen auf deutsche Akteure fixiert. Ein großer Teil der Bezüge auf nicht-nationale Akteure waren jene auf supranationale EU-Institutionen.

Damit ist die deutsche Berichterstattung sehr stark an deutschen Akteuren orientiert, sowohl auf der Sprecher-, als auch auf der passiven Akteurebene. Die österreichische Zeitung zeigt hier hinsichtlich der passiven Akteure mehr Offenheit, jedoch spricht der hohe Anteil an nationalen Sprechern ebenfalls für eine starke Nationalisierung der medialen Themenöffentlichkeit zum ESM. Die Hypothese 3 kann hier also nur für die *Kleine Zeitung* bestätigt werden.

FF3: *Inwieweit ist die Berichterstattung über den ESM personalisiert?*

Hyp4: *Wenn Sprecher in der Berichterstattung zu Wort kommen, dann werden sie personalisiert.*

Mit dieser Frage sollte den ambivalenten Forschungsergebnissen hinsichtlich der Personalisierung von EU-Akteuren bzw. der generellen Personalisierbarkeit von EU-Themen nachgegangen werden.

So ergab sich für die Sprecher nationaler sowie nicht-nationaler Institutionen eine klare Dominanz von genannten Repräsentanten der jeweiligen Institution und damit eine klare Personalisierung aller Sprecher in der *Kleinen Zeitung*.

Im *Kölner Stadt-Anzeiger* zeigte sich dies ebenfalls für deutsche, wie auch europäische Sprecher, die mehrheitlich personalisiert werden. Wobei der Anteil der EU-Institutionen, die als Kollektiv im Verhältnis zu Repräsentanten zitiert werden bei 30 Prozent liegt. Dagegen werden deutsche Institutionen nur zu rund 6,7 Prozent im Vergleich zu deutschen Repräsentanten zitiert. Hier werden EU-Institutionen also eher als Kollektiv zitiert. Dennoch ist das Personalisierungslevel hinsichtlich der Sprecher bei beiden Zeitungen sehr hoch, was die Hypothese bestätigt.

Hyp5: *Wenn auf nicht-nationale Akteure Bezug genommen wird, dann ist dieser Akteur eher ein Kollektiv als genannter Repräsentant einer Institution/Organisation.*

Bei den passiven Akteuren zeigt sich bei beiden Zeitungen eine stärkere Anonymisierung der Akteure insgesamt. Das heißt auch nationale Akteure auf die in der Berichterstattung Bezug genommen wird, sind hier häufig Kollektive (d.h. mit und ohne Repräsentanzbeziehungen zu Institutionen)

In der deutschen wie auch in der österreichischen Zeitung werden nationale Akteure fast genauso oft als Kollektiv oder als Repräsentanten bezeichnet, wenngleich letztere leicht bei beiden Zeitungen dominieren.

Allerdings zeigt sich ein Unterschied zwischen den beiden Zeitungen bei den nicht-nationalen Akteuren:

Die *Kleine Zeitung* tendiert dazu Akteure der EU-Institutionen fast genauso häufig als Repräsentant wie auch als Kollektiv zu nennen, dagegen werden Akteure von Institutionen anderer EU-Staaten insgesamt viel häufiger personalisiert und nur selten auf Institutionen als Kollektiv in Mitgliedsländern Bezug genommen. Allerdings besteht ein Großteil der Bezüge auf andere EU-Länder allgemein, wodurch hier auch eine Anonymisierung festzustellen ist.

Im *Kölner Stadt-Anzeiger* werden passive Akteure der supranationalen Ebene mehrheitlich als Kollektiv benannt. Sofern sie nicht als Sprecher zu Wort kommen, werden Akteure der EU-Institutionen bei Bezugnahmen hier also mehrheitlich anonymisiert. Bei Akteuren aus anderen EU-Ländern halten sich die Bezüge auf Kollektive und Repräsentanten die Waage. Allerdings gab es auch hier viele Bezüge auf anonyme Repräsentanten eines Kollektivs, also ganze Länder.

Damit kann für passive Akteure konstatiert werden, dass in beiden Zeitungen die Kollektive im Gegensatz zu Repräsentanz häufiger vorkommen und zwar unabhängig von der Herkunft der Akteure.

Hyp6: Wenn über den ESM berichtet wird, dann ist die Berichterstattung stark an Personen geknüpft.

Grundsätzlich zeigt sich in beiden Zeitungen, dass Artikel mit starker bzw. stärkster Personalisierung, d.h. wo Personen, neben nüchternen Vorgängen bzw. persönlichen Auseinandersetzungen zum Kern eines Artikels beitragen, eine große Mehrheit der Berichterstattung ausmachen. So scheint die Personalisierung also durchaus wichtig bei der Thematisierung des Europäischen Stabilitätsmechanismus. Jedoch deutet die große Zahl der nationalen Akteure (Sprecher und passive) insgesamt auf eine Personalisierung hin, die sich eher am nationalen Rahmen orientiert.

FF4: Inwieweit besteht ein Zusammenhang zwischen nationaler Darstellungsweise der Berichterstattung und negativer Bewertung des ESM?

Hyp7: Es besteht ein Zusammenhang zwischen nationaler Darstellungsweise und Bewertung des ESM.

Hier konnte zunächst festgestellt werden, dass die Artikel mit der stärksten Nationalisierung, d.h. einer Orientierung allein an nationalen Gegebenheiten, in der österreichischen *Kleinen Zeitung* klar überwiegen. Zusammen mit Artikeln, die eine stark nationalisierte Darstellungsweise hatten, ergibt sich eine Mehrheit von über 60 Prozent.

Dieser Trend zeigte sich auch im deutschen *Kölner Stadt-Anzeiger* wo ebenfalls mehr als 60 Prozent der Artikel eine starke bis stärkste Nationalisierung aufwiesen.

Dies weist daraufhin, dass der ESM vor allem im nationalen Kontext thematisiert wurde, was hinsichtlich einer gemeinsamen europäischen Öffentlichkeit als abträglich zu bezeichnen ist.

Hinsichtlich der Bewertung des ESM, was zeigen sollte, welche Meinungstendenzen über die hier untersuchten Medien verbreitet wurde, unterscheiden sich die beiden Zeitungen etwas.

In der *Kleinen Zeitung* waren 51,9 Prozent, also in mehr als die Hälfte der Artikel negativ bis sehr negativ in ihrer Bewertung des ESM. Dies kann unter anderem auf die vielen Leserbriefe zurückgeführt werden, in denen eine sehr negative Bewertung dominierte.

So zeigte sich im *Kölner Stadt-Anzeiger* eine relativ ausgeglichene Bewertungspraxis mit starker Dominanz der ambivalenten Bewertungen, was in sofern positiv einzuschätzen ist, weil hier dann pro und contra des ESM behandelt wurde.

Interessanterweise konnte ein leicht positiver Zusammenhang zwischen der negativen Bewertung des ESM und der starken nationalen Darstellungsweise des Artikels nachgewiesen werden, was die Hypothese 7 bestätigt. Dies wurde in Verbindung mit der Überlegung aufgestellt, dass ein nationaler Fokus beim ESM-Thema auch zu einer ablehnenden Haltung demgegenüber führt. Allerdings kann hier nicht geklärt werden, in welche Richtung dieser Zusammenhang wirkt.

Fest steht jedoch: Dieser Zusammenhang bedeutet im Hinblick auf die Überlegungen zur Glokalisierung, dass ein lokalisierter bzw. nationalisierter Rahmen des europäischen Themas ESM zu gemeinsam mit einer ablehnenden Haltung gegenüber dieser gemeinsamen europapolitischen Maßnahme gegen die Staatsschuldenkrise einherging. Dies lässt den Schluss zu, dass die Glokalisierung in der Beichterstattung in diesem untersuchten Fallbeispiel eher zu einer Abschottung, anstatt Öffnung gegenüber einer gemeinschaftlichen Lösung geführt hat. Allerdings gilt dies vor allem für die österreichische Berichterstattung, die deutlich stärker negativ bewertete.

FF5: Inwieweit lässt sich eine europäische Identität in der Berichterstattung feststellen?

Hier kann gesagt werden, dass die europäische Identität, die hier vor allem durch klare „Wir Europäer“ Äußerungen gemessen⁴⁶ werden sollte, in der Berichterstattung der österreichischen Zeitung das klare Schlusslicht markiert. Darüber hinaus zeigte sich sogar eine starke Abgrenzung der EU gegenüber, durch das Dominieren der „Die in Brüssel/Die EU“-Zuschreibungen. Jedoch wiesen viele Artikel auch die Identität „Die Österreicher“ auf, was sich meist durch den Schreibstil der Journalisten ergab, sich grundsätzlich auf die Belange der österreichischen Bürger zu beziehen, sich aber selbst nicht mit einzuschließen, was als Versuch der Journalisten, die Neutralität zu wahren interpretiert werden kann.

In der deutschen Zeitung halten sich die Identitäten „Wir Deutschen“ und „Die Deutschen“ weiterstehend die Waage, allerdings kann sehr häufig auch „Wir Europäer“ als Identität festgestellt werden, was dahingehend interpretiert werden kann, dass hier ein Hin- und Hergerissenheit zwischen europäischer und nationaler Identität im *Kölner Stadt-Anzeiger* zu finden ist. Zudem wird sich auffallend wenig konkret durch „Die in Brüssel“ von der EU abgegrenzt. Wenn man aber in Betracht zieht, dass die deutsche Bundeskanzlerin auch einen wesentlichen Einfluss auf die ESM-Verhandlungen hatte, können diesbezügliche Entscheidungen auch nicht so ohne weiteres auf „die in Brüssel“ angewälzt werden. Diese Wahrnehmung herrscht also nicht in diesem Ausmaß vor, wie es in der österreichischen Zeitung der Fall ist. In dieser Zeitung kann man also von einem Mangel an europäische Identität hinsichtlich der ESM-Berichterstattung ausgehen.

FF6: Welche Unterschiede lassen sich hinsichtlich der Deutungsrahmen des ESM in der deutschen und österreichischen Berichterstattung feststellen?

Diese Frage bezog sich auf die theoretische Überlegung, dass Themen zwar unterschiedlich und kontrovers diskutiert werden können, also beispielsweise die Meinungen zum ESM stark divergieren, jedoch der Hintergrund des Diskurses ähnlich bzw. gemeinsam ist.

So konnten tatsächlich auch gemeinsame Rahmungen in den Berichterstattungen der österreichischen und deutschen Zeitung festgestellt werden. Die Forderungen nach wirtschaftlicher Stabilität und nach Demokratie, fanden sich in beiden Zeitungen recht stark. Damit hat der ESM häufig einen Rahmen bekommen, der instrumentell-ökonomisch (wirtschaftliche Stabilität) und gouvernemental (Demokratie) ist. Diese Rahmungen decken sich mit den zwei wesentlichen Punkten die bei der ESM-Debatte,

⁴⁶ Dabei ist die Identitätszuschreibung allein dadurch natürlich nicht vollends ersichtlich, schon allein deshalb, weil die Identität eines Menschen sehr komplex und nur schwer definierbar ist. Hier sollte vor allem gezeigt werden, mit welchen Kollektiven sich die jeweiligen Autoren bzw. Akteure identifizieren und sich also darüber eine Abgrenzung zur EU manifestiert.

in Deutschland und Österreich zum Tragen kamen – der Bekämpfung der Wirtschaftskrise und die verfassungsrechtlichen Bedenken bzw. Klagen in beiden Ländern, die mit demokratierechtlichen Fragen hinsichtlich der EU verknüpft wurde.

8. Schlussfolgerung und Ausblick

Für das Voranschreiten des europäischen Integrationsprozesses hin zu einer starken Union, bedarf es unter anderem einer europäischen Öffentlichkeit, die in der zurzeit vorherrschenden wissenschaftlichen Perspektive maßgeblich durch die Europäisierung von nationalen Medien hergestellt werden soll. Dies konnte im theoretischen Teil dieser Arbeit eindeutig festgestellt werden, weshalb die Art und Weise der Medienberichterstattung über die EU einen wichtigen Aufschluss über die Konstitution der europäischen Öffentlichkeit gibt. Allerdings zeigte der diesbezügliche Forschungsstand ambivalente Ergebnisse hinsichtlich des Europäisierungsgrads der Medienberichterstattungen, da meist die Forschungsdesigns der einzelnen Studien variieren. (vgl. Kapitel 6.3)

Vor dem Hintergrund der Glokalisierungsthese wurde hier ein anderer Ansatz verfolgt, was die Auswahl des Analysematerials betrifft: Während die meisten Untersuchungen sich auf überregionale Qualitätszeitungen in einzelnen EU-Ländern (Trenz 2005) beziehen und die Berichterstattung zum Teil mit jener von Boulevardzeitungen vergleichen (Brantner 2007; Kästenbauer 2011), wurde hier die Berichterstattung von regionalen Tageszeitungen in Deutschland und Österreich untersucht. Dieser Fokus auf Regionalzeitungen sollte zeigen, ob im Zuge der wirtschaftlichen Zwangslage des Printsektors, die maßgeblich durch die Verbreitung des Internets entstanden ist und dem verstärkten Lokalisierungsbedürfnis der Rezipienten, ein Nachteil für die Europäisierung der Berichterstattung in diesen Zeitungen entsteht. Dabei konnte schließlich in dieser Untersuchung zum Thema ESM eine enorm national fokussierte Berichterstattung sowohl in Österreich, als auch in Deutschland festgestellt werden. So dominierten in beiden Zeitungen einerseits eindeutig nationale politische Akteure als Sprecher und auch passive Akteure, was eine nationalisierte „vermachtete“ Öffentlichkeit bedeutet und somit weit entfernt von den normativen Anforderungen einer demokratischen und in diesem Sinne auch europäischen Öffentlichkeit ist.

Obwohl es sich bei dem sogenannten „Euro-Rettungsschirm“, worunter der ESM als Maßnahme fällt, um ein konflikthafte Thema handelt, was in bisherigen Befunden als ein „Motor für transnationale Debatten“ bezeichnet wurde (vgl. Neidhardt 2006), lag der Fokus hier eindeutig auf nationalen Sprechern und nur ganz begrenzt auf nicht-nationalen passiven Akteuren. Die leichten Unterscheide zwischen der deutschen und der österreichischen Berichterstattung hinsichtlich der Offenheit gegenüber Akteuren aus anderen EU-Ländern, die in der österreichischen Berichterstattung stärker ausgeprägt war, ergaben sich durch die Tendenz auf die österreichischen Nachbarländer Deutschland und Italien, aber auch Frankreich zu Blicken. Dies war in Deutschland eindeutig weniger der Fall. Stattdessen tendierte die deutsche Berichterstattung, abgese-

hen vom nationalen Fokus, eher dazu, Akteure der supranationalen EU-Ebene einzubeziehen, als Akteure aus anderen EU-Staaten.

In der deutschen Berichterstattung sind somit Akteure von EU-Institutionen eher sichtbar als in der österreichischen Berichterstattung die eher die benachbarten und vergleichsweise größeren Länder blickt. Dies hing aber vor allem auch damit zusammen, dass die deutschen Verfassungsklagen gegen den ESM eine weitestgehende Vorbildfunktion für einige österreichische Politiker hatte und zwar insbesondere für die FPÖ um Heinz-Christian Strache und die kärntnerische FPK, die bei anderer österreichischer Gesetzeslage vermutlich ebenfalls, wie in Deutschland auch, vor der Unterzeichnung des ESM-Vertrages durch den Bundespräsidenten geklagt hätten. Da in Österreich aber nur gegen geltende Gesetze verfassungsrechtliche Klagen eingereicht werden können, erfolgte die Klage der FPK erst nach der Ratifizierung des Vertrages in Österreich.

So waren die Debatten in Deutschland und Österreich auch insgesamt ähnlich geprägt, was sich vor allem auch in den vorherrschenden Frames zeigte: So wurde in beiden Zeitungen des ESM-Thema mit Forderungen nach wirtschaftlicher Stabilität und Demokratie in Europa gerahmt. Ein gemeinsamer Deutungsrahmen wurde hier, wie von vielen Autoren (u.a. Risse 2004; Steeg 2003; Brantner 2007) neben der Europäisierung der Berichterstattung allgemein, als ein wichtiger Aspekt für eine europäische Öffentlichkeit identifiziert.

Die Ähnlichkeiten zeigten sich auch in der Betrachtung der Eurobarometer-Umfragen, wo sich die Meinungen der österreichischen und deutschen Bevölkerung hinsichtlich der Wirtschaftskrise sehr ähneln im Gegensatz zu den Meinungen in anderen EU-Ländern. So sahen die Deutschen und Österreicher die wirtschaftliche Lage und die Lage der öffentlichen Finanzen des eigenen Landes deutlich besser als der EU-Durchschnitt. Gleichzeitig sehen beide Länder in der Staatsverschuldung des eigenen Landes und in der wirtschaftlichen Lage der EU die größten Probleme. Die deutsche und österreichische Bevölkerung ist also in beiden Ländern durchaus auf das Thema Wirtschaftskrise sensibilisiert, wenngleich sie dem eigenen Nationalstaat größere Handlungschancen einräumt, als der EU selbst. Schon dadurch wird eine Tendenz zur gedanklichen Abschottung der Bevölkerung gegenüber der EU deutlich. Diese Abschottungstendenz ließ sich auch in der hier untersuchten Berichterstattung finden, die sehr stark nationalisiert war. Allerdings zeigte sich bei den vorherrschenden Identitätszuschreibungen ein Unterschied zwischen der deutschen und österreichischen Berichterstattung: Es zeigte sich in Österreich eine deutliche Dominanz der Ausgrenzung der EU-Ebene, durch „Die in Brüssel“-Zuschreibungen, was die Abschottungsthese untermauert. Dies wird ebenso durch den Mangel an Inklusion der EU durch „Wir-Europäer“-Zuschreibungen in der österreichischen Zeitung deutlich. Dagegen war dieser Indikator für die Zugehörigkeit

zum europäischen Kollektiv in der deutschen Berichterstattung fast ebenso häufig vertreten wie Zuschreibung „Wir Deutschen“, was also eher keine Tendenz zur Abschottung, sondern vielmehr auf die sogenannte Doppelidentität, die laut Eurobarometer die Hälfte der Deutschen für sich beanspruchen, bedeutet. (vgl. Kapitel 6.2.3)

Weiters konnten in dieser Untersuchung die Ergebnisse zur Personalisierung der Akteuren in der Berichterstattung zu EU-Themen, von Brantner (2007, S.198f) bestätigt werden: So wurde auch hier festgestellt, dass EU-Akteure meist in Form von Repräsentanten in der Berichterstattung von beiden Zeitungen zum ESM zu Wort kamen, wenngleich der Anteil der nicht-nationalen Sprecher sehr gering war. Jedoch zeigt dies, dass EU-Akteure also nicht ohne Gesicht sind, sondern tatsächlich namentlich genannt werden, was einen positiven Trend für die Sichtbarkeit von EU-Akteuren markiert. Relativiert wird dies jedoch durch die starke Dominanz der nationalen Akteure in der Berichterstattung insgesamt.

Generell war die Verknüpfung der Berichterstattung über den ESM mit Personen sehr stark ausgeprägt. In der österreichischen Zeitung war sie sogar verstärkt, nur an die Auseinandersetzung zwischen Personen geknüpft, wodurch die Darstellung der politischen Vorgänge eher in Hintergrund geriet. Dies war in der deutschen Zeitung nicht ganz so stark vorhanden – hier wurde die Darstellung von politischen Vorgängen zwar auch verstärkt an Personen geknüpft, jedoch erhielten persönliche Auseinandersetzungen zwischen Akteuren weitaus weniger Aufmerksamkeit als in der österreichischen Berichterstattung.

Die Personalisierung spielt also in diesem Fall eine sehr große Rolle für die Berichterstattung über ein europäisches Thema, wenngleich dies vor allem an nationale Akteure geknüpft war, wurden europäische Akteure, wenn sie zu Wort kamen, in erster Linie personalisiert. Dies entspricht dem in Kapitel 4 geschilderten Paradigma der medialisierten Politikvermittlung, die insbesondere in Wahlkampfzeiten auf Personalisierung aber auch Emotionalisierung setzt. Hier zeigte sich, dass die Komplexität des Themas ESM ebenfalls durch die Vermittlung über Personen erfolgte. Inwieweit dies zu einer dysfunktionalen Komplexitätsreduktion der Berichterstattung, d.h. einer Vernachlässigung der Informationsfunktion geführt hat, konnte mit diesem Forschungsdesign nicht geklärt werden. Hier wäre ein möglicher Ansatzpunkt für zukünftige Untersuchungen, inwieweit unterhaltende Gestaltungsstrategien bei der Rahmung von europäischen Themen für Journalisten eine Rolle spielen bzw. wie Medienproduzenten und -unternehmer von regionalen Printprodukten das medienökonomische Potential von europäischen Themen einschätzen? Denn für sie gilt nach wie vor, medienökonomische Interessen mit den gesellschaftlichen Anforderungen an den Journalismus, durch politische Information zur

Orientierung der Bevölkerung beizutragen, zu verknüpfen. Da die Europäische Union immens an Bedeutung für die nationalstaatliche Politik hinzugewonnen hat, ist die Information über sie also unabdingbar.

Allerdings zeigte sich in dieser Untersuchung, ein eher bedenkliches Ergebnis. Problematisch erscheint neben dem starken Fokus auf nationale Akteure in der Berichterstattung der Regionalzeitungen, dass sie insgesamt eine stark nationalgeprägte Darstellungsweise hatten, was die Abschottung des Nationalstaates gegenüber der EU bzw. dem Nicht-nationalen untermauert und für das Voranschreiten des europäischen Integrationsprozesses, der die Akzeptanz der europäischen Bevölkerung bedarf, kontraproduktiv ist. Denn je mehr diese Rückbesinnung auf den Nationalstaat mit einer ablehnenden Haltung gegenüber EU-politischen Haltung verknüpft ist (was sich hier vor allem in der sehr negativen Bewertung des ESM in der österreichischen Berichterstattung zeigte), desto schwerer wird es den Gemeinschaftssinn in der EU voranzutreiben, wenn sich das Motto durchsetzt „Der Nationalstaat zuerst“. Dies behindert dann weiter die Legitimität der EU und leistet dem Demokratiedefizit Vorschub, obwohl mit der Stärkung des EU-Parlamentes durch den Vertrag von Lissabon ein wichtiger Schritt hin zu einer Demokratisierung der EU geleistet wurde.

Es lässt sich also der Schluss ziehen, dass die Lokalisierung des europäischen Themas ESM hier eher ein risikoreiches Unterfangen, im Sinne einer nationalstaatlichen Abgrenzung (v.a. in der österreichischen Zeitung), darstellt. Um diese These weiter zu untermauern, wäre ein direkter qualitativer Vergleich zwischen der Berichterstattung von Regional- und Qualitätszeitungen denkbar, der an Rezipientenbefragungen gekoppelt werden könnte, um so einerseits die qualitativen Unterschiede zwischen regionalen und überregionalen Printprodukten zu ermitteln und andererseits spezifischen Interessen der jeweiligen Rezipienten hinsichtlich ihrer lokalen bis europäischen Informationsbedürfnisse zu erfragen, damit eine bessere Einschätzung über den Stellenwert von EU-Themen in Regionalzeitungen und bei den Rezipienten möglich ist. So können schließlich die positiven Chancen für den EU-Journalismus neben dem so bedeutenden Lokalisierungsbedürfnis der Rezipienten im Zuge der territorialen Entgrenzung, die die EU mit sich bringt, herausgearbeitet werden.

Grundsätzlich steht fest, dass die Europäische Union von ihren Bürgern akzeptiert werden muss, um demokratisch zu sein – dafür braucht es eine europäische Öffentlichkeit. Dazu müssen die nationalen Medien jedoch über den nationalen Tellerrand hinausschauen und den Grundgedanken der EU an die Bürger vermitteln.

9. Literatur

Abromeit, Heidrun 1997: Überlegung zur Demokratisierung der Europäischen Union. In: Wolf, Klaus Dieter [Hrsg.] 1997: Projekt Europa im Übergang? Probleme, Modelle und Strategien des Regierens in der Europäischen Union. 1. Auflage. Nomos Verlagsgesellschaft – Baden Baden 1997. S.109-124

Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit 1997: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. 3. Auflage. Westfälisches Dampfboot – Münster 1997.

Beck, Ulrich 1998: Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf die Globalisierung. Vierte Auflage. Suhrkamp Verlag – Frankfurt/Main 1997.

Beck, Ulrich [Hrsg.] 1998a: Perspektiven der Weltgesellschaft. Suhrkamp Verlag – Frankfurt/Main 1998.

Beck, Ulrich/Lau, Christoph [Hrsg.] 2004: Entgrenzung und Entscheidung. Was ist neu an der Theorie reflexiver Modernisierung. Suhrkamp Verlag – Frankfurt/Main 2004.

Bonfadelli, Heinz 2002: Medieninhaltsforschung – Grundlagen, Methoden und Anwendung. UVK Verlagsgesellschaft mbH 2002.

Bonfadelli, Heinz 2004: Medienwirkungsforschung I – Grundlagen und theoretische Perspektiven; 3. überarbeitete Auflage. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH 2004.

Bornewasser, Manfred/Wakenhut, Roland[Hrsg.]1999: Ethnisches und nationales Bewusstsein – Zwischen Globalisierung und Regionalisierung. Peter Lang GmbH, Europäischer Verlag der Wissenschaften – Frankfurt am Main 1999.

Bornewasser, Manfred/Wakenhut, Roland 1999a: Nationale und regionale Identität: Zur Konstruktion und Entwicklung von Nationalbewusstsein und sozialer Identität. In: Bornewasser, Manfred/Wakenhut, Roland[Hrsg.]: Ethnisches und nationales Bewusstsein – Zwischen Globalisierung und Regionalisierung. Peter Lang GmbH, Europäischer Verlag der Wissenschaften – Frankfurt am Main 1999.

Burkart, Roland 2002: Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. 4. überarbeitete und aktualisierte Auflage. Böhlau Verlag – Wien, Köln, Weimar 2002.

Brantner, Cornelia 2007: Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit – eine Inhaltsanalyse des öffentlichen Diskurses zur Osterweiterung der Europäischen Union und zum EU-Beitritt der Tschechischen Republik. Universität Wien – Dissertation 2007

Brüggemann, Michael et al. 2006: Segmentierte Europäisierung: Trends und Muster der Transnationalisierung von Öffentlichkeit in Europa. In: Lagenbucher, W. R./ Latzer, M. [Hrsg.]: Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive. VS-Verlag für Sozialwissenschaften – Wiesbaden 2006. S.214-231

Chmielewski, Daniel 2011: Lokaler Leser. Lokaler Nutzer. Informationsinteressen und Ortsbindung im Vergleich. Eine crossmediale Fallstudie. Herbert von Halem Verlag – Köln

Dahrendorf, Ralf 2005: Aktive und passive Öffentlichkeit. Über Teilnahme und Initiative im politischen Prozess moderner Gesellschaften. In: Haas, H./Langenbucher, W. R. [Hrsg.] 2005: Medien- und Kommunikationspolitik. Ein Textbuch zur Einführung. 2.

überarbeitete Auflage. Braumüller – Wien S.28-37

Donges, Patrick/ Imhof, Kurt 2001: Öffentlichkeit im Wandel. In: Jarren, O./ Bonfadelli, H. [Hrsg.]: Einführung in die Publizistikwissenschaft. Haupt – Bern, Stuttgart, Wien 2001. S.101-136

Donges, Patrick/ Jarren, Otfried 2001: Politische Kommunikation. In: Jarren, O./ Bonfadelli, H. [Hrsg.]: Einführung in die Publizistikwissenschaft. Haupt – Bern, Stuttgart, Wien 2001. S.417-438

Dörner, Andreas 2001: Politainment. Politik als mediale Erlebnisgesellschaft. Suhrkamp Verlag – Frankfurt/Main 2001.

Dürschmidt, Jörg 2006: Roland Robertson: Kultur im Spannungsfeld der Globalisierung. In: Moebius, S./Quadflieg, D. [Hrsg.] 2006: Kultur. Theorien der Gegenwart. 1. Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften – Wiesbaden 2006. S.519-530

Eichhorn, Wolfgang 2005: Agenda-Setting-Prozesse. Eine theoretische Analyse individueller und gesellschaftlicher Themenstrukturierung. 2. Auflage, München 2005 (digitale Ausgabe) URL: <http://epub.ub.uni-muenchen.de/archive/00000734/> [07.01.2013]

Eilders, Christine 1997: Nachrichtenfaktoren und Rezeption. Eine empirische Analyse zur Auswahl und Verarbeitung politischer Informationen. Westdeutscher Verlag – Opladen 1997.

Eilders, Christine/ Voltmer, Katrin 2003: Zwischen Deutschland und Europa. Eine empirische Untersuchung zum Grad von Europäisierung und Europa-Unterstützung der meinungsführenden deutschen Tageszeitungen. In: Medien und Kommunikationswissenschaft Nr. 51/2, S. 250-270

Fasel, Christoph [Hrsg.]: Qualität und Erfolg im Journalismus. UVK Verlagsgesellschaft – Konstanz 2004.

Filzmaier et. al [Hrsg.] 2006: Politik und Medien – Medien und Politik; Wien: Facultas Verlags- und Buchhandels AG 2006

Filzmaier, Peter 2006: Wag the dog? Amerikanisierung der Fernsehlogik und mediale Inszenierungen in Österreich – In: Filzmaier et. al [Hrsg.] 2006: Politik und Medien – Medien und Politik; Wien: Facultas Verlags- und Buchhandels AG 2006. S.9-50

Franzius, C./Preuß, U. K. [Hrsg.] 2004: Europäische Öffentlichkeit. Nomos Verlagsgesellschaft – Baden-Baden 2004

Gerhards, Jürgen/ Neidhardt, Friedhelm 1991: Struktur und Funktion von moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze. In: Müller-Dohm, S./ Neumann-Braun, K. [Hrsg.]: Öffentlichkeit Kultur Massenkommunikation. Beiträge zu Medien- und Kommunikationssoziologie. BIS-Verlag – Oldenburg. S. 31-90

Gerhards, Jürgen 1994: Politische Öffentlichkeit – ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch. Neidhardt, Friedhelm [Hrsg.] 1994: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Westdeutscher Verlag – Opladen 1994. S. 77-105

Gerhards, Jürgen 2002: Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont normativer Öffentlichkeitstheorien. In: Kaelble, Helmut et al. [Hrsg.]: Transnationale Öffentlichkeiten und Identität im 20. Jahrhundert. Campus Verlag – Frankfurt/Main 2002. S.135-158

Glottz, Peter 2004: Warum brauchen wir eine europäische Öffentlichkeit? In: Franzius, C./Preuß, U. K. [Hrsg.]: Europäische Öffentlichkeit. Nomos Verlagsgesellschaft – Baden-Baden 2004, S. 22-30

Grande, Edgar 2004: Vom Nationalstaat zum transnationalen Politikregime – Staatliche Steuerungsfähigkeit im Zeitalter der Globalisierung. In: Beck, Ulrich/Lau, Christoph [Hrsg.] 2004: Entgrenzung und Entscheidung. Was ist neu an der Theorie reflexiver Modernisierung. Suhrkamp Verlag – Frankfurt/Main 2004. S. 384-401

Grimm, Dieter 1995: Braucht Europa eine Verfassung? Carl Friedrich von Siemens Stiftung – Reihe „Themen“, Bd. 60. München 1995.

Haas, H./Langenbacher, W. R. [Hrsg.] 2005: Medien- und Kommunikationspolitik. Ein Textbuch zur Einführung. 2. überarbeitete Auflage. Braumüller – Wien

Haas, Hannes 2006: Dynamik im Marketing, Stagnation im Journalismus? Zum Strukturwandel politische Kommunikation. In: Filzmaier et. al [Hrsg.]: Politik und Medien – Medien und Politik; Wien: Facultas Verlags- und Buchhandels AG 2006. S.67-79

Habermas, Jürgen 1990: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchung zu einer Kategorie der bürgerlichen Öffentlichkeit. Erste Auflage 1990. Erstmals 1962. Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft – Frankfurt 1990

Habermas, Jürgen 1997: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Zweite Auflage; erstmals 1996. Suhrkamp Verlag – Frankfurt/Main 1997

Habermas, Jürgen 1998: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Erweiterte Auflage 1994; erstmals 1992. Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft – Frankfurt/Main 1998

Hagen, Lutz M. [Hrsg.] 2004: Europäische Union und mediale Öffentlichkeit. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess. Herbert von Halem Verlag – Köln 2004.

Hagen, Lutz M. 2004a: Europäische Union und mediale Öffentlichkeit – ein Überblick über den Band. Herbert von Halem Verlag – Köln 2004. S.7-12

Haller, Michael 2004: Jenseits der Nachrichtenwerte: Journalismus in der Mediengesellschaft. In: Fasel, Christoph [Hrsg.]: Qualität und Erfolg im Journalismus. UVK Verlagsgesellschaft – Konstanz 2004. S.289-316

Holtz-Bacha, Christina 2004: „Unterhalten statt überzeugen? Politik als Entertainment“ In: Jörg Uwe Nieland/Klaus Kamps (Hrsg.): Politikdarstellung und Unterhaltungskultur. Zum Wandel der politischen Kommunikation. 2004 Herbert von Halem Verlag – Köln. S. 24-37

Holz-Bacha, Christina 2005 [Hrsg.] 2005: Europawahlen 2004: die Massenmedien im Europawahlkampf. VS Verlag für Sozialwissenschaften – Wiesbaden 2005.

Imhof, Kurt 2011: Die Krise der Öffentlichkeit. Kommunikation und Medien als Faktor des sozialen Wandels. Campus Verlag – Frankfurt/New York 2011

Jäckel, Michael 2008: Medienwirkungen. 4. überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften – Wiesbaden 2008

Kaelble, Helmut et al. [Hrsg.] 2002: Transnationale Öffentlichkeiten und Identität im 20. Jahrhundert. Campus Verlag – Frankfurt/Main 2002.

Karmasin, Matthias 2006: Die gesteuerten Selbstläufer: Kommunikationswissenschaftliche Anmerkungen zum komplexen Verhältnis von Medien und Politik. In: Filzmaier, Peter et. al [Hrsg.]: Medien und Politik – Politik und Medien. WUV – Wien 2006. S.104-122

Kästenbauer, Teresa 2011: Österreichische Medien und der Vertrag von Lissabon. Eine Analyse der Berichterstattung aus den Jahren 2007 und 2008. Schriftreihe der FHWien-Studiengänge der WKW. Band 76. FHW GmbH – Wien 2011

Kilz, Hans Werner 2004: Die Zukunft der Zeitung: Qualität und Glaubwürdigkeit. In: Fasel, Christoph: Qualität und Erfolg im Journalismus. UVK Verlagsgesellschaft – Konstanz 2004

Klaus, Elisabeth 2006: Öffentlichkeitstheorien im europäischen Kontext. In: Lagenbucher, W. R./ Latzer, M. [Hrsg.]: Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive. VS-Verlag für Sozialwissenschaften – Wiesbaden 2006. S.93-106

Kleinen- v. Königslöw, Katharina et al. 2004: Transnationalisierung von Öffentlichkeit und der Wandel von Staatlichkeit in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich und Dänemark. Graduiertenkonferenz: *Neue Impulse für die Politikwissenschaft in Österreich*, Institut für Höhere Studien (IHS), 13.-15. Mai 2004 in Wien.

Kleinstauber, Hans J. 2000: Öffentlichkeit und öffentlicher Raum. In: Faulstich, W./Hickethier, K. [Hrsg.]: Öffentlichkeit im Wandel. Neue Beiträge zur Begriffserklärung. Wissenschaftler-Verlag – Bardowick 2000

Kleinstauber, Hans J. 2004: Strukturwandel der europäischen Öffentlichkeit? Der Öffentlichkeitsbegriff von Jürgen Habermas und die European Public Sphere. In: Hagen, Lutz M. [Hrsg.] 2004: Europäische Union und mediale Öffentlichkeit. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess. Herbert von Halem Verlag – Köln 2004. S.29-46

Koopmans, Ruud/Erbe, Jessica 2003: Towards a European public sphere? Vertical and horizontal dimensions of Europeanised political communication. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), 20-22 June 2003.

Kriesi, Hanspeter/Grande, Edgar 2004: Nationaler politischer Wandel im entgrenzten Räumen. In: Beck, Ulrich/Lau, Christoph [Hrsg.] 2004: Entgrenzung und Entscheidung. Was ist neu an der Theorie reflexiver Modernisierung. Surkamp Verlag – Frankfurt/Main 2004. S.402-420

Lagenbucher, W. R./ Latzer, M. [Hrsg.]: Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive. VS-Verlag für Sozialwissenschaften – Wiesbaden 2006

Lamberti, Jürgen 2001: Einstieg in die Methoden empirischer Forschung. Planung, Durchführung und Auswertung empirischer Untersuchungen. dvgt-Verlag – Tübingen 2001

Landfried, Christine 2004: Das Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit. In: Franzus, C./ Preuß, U. K. [Hrsg.] 2004: Europäische Öffentlichkeit. Nomos Verlagsgesellschaft – Baden-Baden, S.123-138

Latzer, Michael/ Saurwein, Florian 2006: Europäisierung durch Medien: Ansätze und Erkenntnisse der Öffentlichkeitsforschung. In: Langenbucher, Wolfgang R./ Latzer, Michael 2006 [Hrsg.]: Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive. VS-Verlag für Sozialwissenschaften – Wiesbaden, S.10-44

Lerche, Peter 1995: Vorwort. In: Grimm, Dieter 1995: Braucht Europa eine Verfassung? Carl Friedrich von Siemens Stiftung – Reihe „Themen“, Bd. 60. München 1995. S.7-10

Lochner, Andreas 2010: In der Heimat sind wir König. Message 1/2010, S.11-15

McCombs, Maxwell / Shaw, Donald 1972: The Agenda Setting Function of Mass Media. In: Public Opinion Quarterly, 36, 1972, S.176-187

Meckel, Miriam 2003: Campaigning 2002 – die Inszenierung der Inszenierung. In: Rolke, Lothar/ Wolff, Volker [Hrsg.]: Die Meinungsmacher in der Mediengesellschaft. Deutschlands Kommunikationseliten aus der Innensicht. Wiesbaden 2003. S. 67-77.

Meckel, Miriam 2004: Transkultureller Journalismus. Über Nuancen zwischen Regionalisierung und Globalisierung. In: Fasel, Christoph: Qualität und Erfolg im Journalismus. UVK Verlagsgesellschaft – Konstanz 2004. S.183-201

Meier, Werner A./Trappel, Josef 2006: Die transnationale Vermachtung durch Medienkonzerne als Voraussetzung für europäische Öffentlichkeit? In: Lagenbucher, W. R./ Latzer, M. [Hrsg.]: Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive. VS-Verlag für Sozialwissenschaften – Wiesbaden 2006. S.262-275

Moebius, S./Quadflieg, D. [Hrsg.] 2006: Kultur. Theorien der Gegenwart. 1. Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften – Wiesbaden 2006.

Nehlig, Silke 2005: Berichterstattung über den Europawahlkampf 2004 im deutsch-englischen Vergleich. In: Holtz-Bacha, Christina [Hrsg.]: Europawahlen 2004: die Massenmedien im Europawahlkampf. VS Verlag für Sozialwissenschaften – Wiesbaden.

Neidhardt, Friedhelm 1994: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Westdeutscher Verlag – Opladen 1994. S.7-41

Neidhardt, Friedhelm [Hrsg.] 1994a: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Westdeutscher Verlag – Opladen 1994

Neidhardt, Friedhelm 2006: Europäische Öffentlichkeit als Prozess. Anmerkungen zum Forschungsstand. In: Lagenbucher, W. R./ Latzer, M. [Hrsg.]: Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive. VS-Verlag für Sozialwissenschaften – Wiesbaden 2006. S.46-61

Pelinka, Anton 1995: Nationale Identität. In: Wodak, Ruth [Hrsg.] 1995: Projekt-Team Identitätswandel Österreichs im veränderten Europa: Nationale und kulturelle Identitäten Österreichs. IFK –Wien 1995. S.28-33

Peters, Bernhard 1994: Der Sinn von Öffentlichkeit. In: Neidhardt, Friedhelm [Hrsg.] 1994: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Westdeutscher Verlag – Opladen 1994 S.42-76

Pfetsch, Barbara 2007: Das neue Europa. 1. Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften

ten – Wiesbaden 2007.

Preuß, Ulrich K. 2004: Transformation des europäischen Nationalstaates – Chancen für die Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit? In: Franzius, C./Preuß, U. K. [Hrsg.]: Europäische Öffentlichkeit. Nomos Verlagsgesellschaft – Baden-Baden 2004, S.44-57

Risse, Thomas 2002: Zur Debatte um die (Nicht-)Existenz einer europäischen Öffentlichkeit. In: Berliner Debatten Initial 13, 5/6 2002. S.15-23

Risse, Thomas 2004: Auf dem Weg zu einer europäischen Kommunikationsgemeinschaft: Theoretische Überlegungen und empirische Evidenz. In: Franzius, C. [Hrsg.]: Europäische Öffentlichkeit. Nomos Verlagsgesellschaft – Baden-Baden, S.139-154

Robertson, Roland 1998: Glokalisierung: Homogenität und Heterogenität in Raum und Zeit. Übersetzung aus dem Amerikanischen von Bettina Engels. In: Beck, Ulrich [Hrsg.] 1998: Perspektiven der Weltgesellschaft. Suhrkamp Verlag – Frankfurt/Main 1998. S.192-220

Rolke, Lothar/ Wolff, Volker [Hrsg.] 2003: Die Meinungsmacher in der Mediengesellschaft. Deutschlands Kommunikationseliten aus der Innensicht. Wiesbaden 2003

Rössler, Patrick 2010. Inhaltsanalyse. 2. Auflage. UVK Verlagsgesellschaft 2010

Rucht, Dieter/Richter, Emanuel/Klein, Ansgar 2003: Zugänge zur Demokratiefrage in der EU. In: Klein, Ansgar et al. [Hrsg.]: Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Leske + Budrich – Opladen 2003. S.23-29

Saurwein, Florian 2006: Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit. Mediale Aufmerksamkeit für Eu-Politik und der öffentliche Diskurs über die EU-Erweiterung. Forschungsbericht. Node Research Austria. IPKW – Wien 2006.

Saxer, Ulrich 1998: System, Systemwandel und politische Kommunikation. In: Jarren, O./ Sarcinelli, U./ Saxer, U. [Hrsg.]: Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Westdeutscher Verlag – Opladen/Wiesbaden 1998. S.21-64

Scheufele, Bertram 2003. Frames - Framing - Framing-Effekte. Theoretische und methodische Grundlegung des Framing-Ansatzes sowie empirische Befunde zur Nachrichtenproduktion (Studien zur Kommunikationswissenschaft). VS Verlag für Sozialwissenschaften – Wiesbaden 2003

Schulz, Winfried 2008: Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung. 2. vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Erstmals 1997. VS Verlag für Sozialwissenschaften – Wiesbaden 2008.

Siebenhaar, Hans-Peter 2005: Europäisches Fernsehen. Mehrsprachiges, grenzüberschreitendes Fernsehen als Instrument des Eingungsprozesses? In: Haas, H./Langenbucher, W. R. [Hrsg.] 2005: Medien- und Kommunikationspolitik. Ein Textbuch zur Einführung. 2. überarbeitete Auflage. Braumüller – Wien. S.187-197

Smith, Anthony D. 1992: National identity and the idea of European Unity. In: International Affairs Vol. 68, No. 1. Wiley-Blackwell and Royal Institute of International Affairs 1992. S.55-76

Staab, Joachim Friedrich 1990: Nachrichtenwert-Theorie. Formale Strukturen und empirischer Gehalt. Verlag Karl Alber GmbH – Freiburg/München 1990

Steeg, Marianne van de 2003: Bedingungen für die Entstehung von Öffentlichkeit in der EU. In: Klein, Ansgar et al. [Hrsg.]: Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Leske + Budrich – Opladen 2003

Thomä, Manuel 2010: Nähe erwünscht. Message 1/2010, S.16-18

Thomass, Barbara 2004: Public Sphere Broadcasting als Faktor einer europäischen Öffentlichkeit. In: Hagen, Lutz M. [Hrsg.] 2004: Europäische Union und mediale Öffentlichkeit. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess. Herbert von Halem Verlag – Köln 2004. S.47-63

Tobler, Stefan 2006: Konfliktinduzierte Transnationalisierung nationaler und transnationaler Öffentlichkeitsarenen. Lagenbucher, W. R./ Latzer, M. [Hrsg.]: Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive. VS-Verlag für Sozialwissenschaften – Wiesbaden 2006. S.107-130

Trappel, Josef 2008: „Worldmedia Inc.“: Vision oder bereits Geschichte? Reflexionen über die Internationalisierung der Medien. In: Media Perspektiven 3/2008

Trenz, Hans-Jörg 2005: Die mediale Ordnung des politischen Europas. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 34, Heft 3, 2005, S.188-206

Ullrich, Carsten G. 2005: Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Eine Einführung. Campus Verlag – Frankfurt/Main 2005

Wessler, Hartmut 2004: Europa als Kommunikationsnetzwerk. Theoretische Überlegungen zur Europäisierung von Öffentlichkeit. In: Hagen, Lutz M. [Hrsg.]: Europäische Union und mediale Öffentlichkeit. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess. Herbert von Halem Verlag – Köln 2004. S.13-29

Wilke, Jürgen/Reinemann, Carsten 2005: Auch in der Presse eine Nebenwahl? Bericht-erstattung über die Europawahlen 1979-2004 und die Bundestagswahlen 1980-2002 im Vergleich. In: Holz-Bacha, Christina 2005 [Hrsg.] 2005: Europawahlen 2004: die Massenmedien im Europawahlkampf. VS Verlag für Sozialwissenschaften – Wiesbaden 2005.

Wodak, Ruth [Hrsg.] 1995: Projekt-Team Identitätswandel Österreichs im veränderten Europa: Nationale und kulturelle Identitäten Österreichs. IFK – Wien 1995

Wolf, Klaus Dieter [Hrsg.] 1997: Projekt Europa im Übergang? Probleme, Modelle und Strategien des Regierens in der Europäischen Union. 1. Auflage. Nomos Verlagsgesellschaft – Baden Baden 1997.

Von Beyme, Klaus 1994: Massenmedien und die politische Agenda des parlamentarischen Systems. In: Neidhardt, Friedhelm [Hrsg.]: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Westdeutscher Verlag – Opladen 1994. S.320-336

Internetquellen

AEU-Vertrag: URL: <http://www.aeuv.de/aeuv/dritter-teil/titel-viii/kapitel-1/art-125.html>

[Stand: 19.02.2013]

APA-OTS 19.10.2012: FPÖ: Strache und Scheuch präsentieren Kärntener Verfassungsklage und Petition gegen ESM. URL:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20121019_OTS0135/fpoe-strache-und-scheuch-praesentieren-kaerntner-verfassungsklage-und-petition-gegen-esm [Stand: 14.02.2013]

derstandard.at 12.09.2012: ESM-Vertrag erst nach Inkrafttreten klagbar. URL:

<http://derstandard.at/1345166880425/ESM-Vertrag-erst-nach-Inkrafttreten-klagbar> [Stand: 14.02.2013]

diepresse.com: 20.09.2011: „Euroschild. Der nächste problematische Vertrag“ URL:

http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/694692/Euroschild_Der-naechste-problematische-Vertrag [Stand: 19.02.13]

Eurobarometer 60 – Herbst 2003: URL:

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb60/eb60_de.pdf [Stand: 04.02.13]

Eurobarometer 76, 2011: vollständiger Bericht: URL:

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb76/eb76_agreport_de.pdf [Stand: 04.02.13]

Eurobarometer 77, 2012: Die EU-Bürger, die Europäische Union und die Krise.

URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb77/eb77_cri_de.pdf

[Stand:19.02.2013]

Eurobarometer 77a, 2012: Öffentliche Meinung in der Europäischen Union. URL:

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb77/eb77_publ_de.pdf

[Stand:19.02.2013]

Eurobarometer 379 – Februar 2012: URL:

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_379_en.pdf [Stand:19.02.2013]

ESM-Vertrag 2012: VERTRAG ZUR EINRICHTUNG DES EUROPÄISCHEN STABILITÄTSMECHANISMUS (ESM). Deutsche-Sprachversion. URL:

<http://www.european-council.europa.eu/media/582866/02-tesm2.de12.pdf>

[Stand:16.02.2012]

FAZ.net 25.10.2010: „Berlin überdenkt „No-Bailout“-Regel“ vom 25.10.2010 URL:

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/euro-stabilitaetspakt-berlin-ueberdenkt-no-bailout-regel-11050734.html> [Stand: 19.02.13]

FAZ.net 01.07.2012: Europa schaut nach Karlsruhe. URL:

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/nach-der-abstimmung-zum-esm-europa-schaut-nach-karlsruhe-11806272.html> [Stand: 14.02.2013]

IVW (Informationsgemeinschaft zur Verbreitung von Werbeträgern e.V.) 2012: URL:

[http://daten.ivw.eu/index.php?menuid=1&u=&p=&20124=ON&20123=ON&detail=true&tielnrliste=1192;&alle=\[Details\]](http://daten.ivw.eu/index.php?menuid=1&u=&p=&20124=ON&20123=ON&detail=true&tielnrliste=1192;&alle=[Details]) [Stand: 17.02.13]

Klageschrift der Linken 2012: <http://dokumente.linksfraktion.de/inhalt/eao.PDF> [Stand:

19.02.13]

Kleine Zeitung vom 12.10.12: Womit haben wir das verdient?, URL:

<http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/3140019/friedensnobelpreis-geht-europaeische-union.story> [Stand: 12.10.12])

Lieb, Julia/Maurer, Andreas 2009: Vertrag von Lissabon. Kurzkomentar. URL: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/Vertrag_Lissabon_Kurzkomentar_3rd_edition_090421_KS.pdf [Stand: 30.01.13]

Marx, Karl/Engels, Friedrich 1848: Manifest der kommunistischen Partei. URL: http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_459.htm [Stand: 22.01.13]

Maurer, Andreas/Kietz, Daniela 2009: Europawahlen 1979-2009. URL: <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europawahl/60473/wahlbeteiligung-1979-2009> [Stand: 30.01.13]

ÖAK 2012: Auflagenliste 1. HJ 2012.
URL: http://www.oeak.at/content/intern/Auflagenlisten/OEAK_2012_1HJ.pdf [Stand: 17.02.13]

Pressemitteilung des BVerfG vom 12.09.2012:
URL: <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg12-067> [19.02.13]

Welt.de vom 27.09.2012: Gauck ratifiziert dauerhaften Euro-Rettungsschirm, URL: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article109508948/Gauck-ratifiziert-permanenten-Euro-Rettungsschirm.html> [Stand: 19.02.13]

Wiener Zeitung vom 10.10.2012: Kommissar Füle: EU-Erweiterung geht weiter, URL: http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/europa/europaeische_union/493055_Kommissar-Fuele-EU-Erweiterung-geht-weiter.html [Stand: 12.10.12]

Wiener Zeitung vom 15.10.2012: Grenzen in Europa geraten in Bewegung, URL: http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/europa/europastaaten/494191_Grenzen-in-der-EU-geraten-in-Bewegung.html [Stand: 22.01.13]

10. Anhang

10.1 Codebuch⁴⁷

1 Variable Medium

- 1 Kleine Zeitung
- 2 Kölner Stadt-Anzeiger

2 Variable Erscheinungsdatum

Tag.Monat.Jahr
z.B. 01.11.2012

3 Variable Ressort

- 1 gelöscht
- 2 gelöscht
- 3 gelöscht
- 4 Politik
- 5 EU-Ressort (sofern namentlich Vorhanden)
- 6 Wirtschaft/Börse
- 7 Kommentarressort
- 8 Chronik (Regionales/Lokales)
- 9 Tagesthemen
- 10 andere

Hier diene der Kopf des Artikels der Zuordnung zu den Ressorts, um den Stellenwert des Artikels in der Berichterstattung zu ermitteln. Beispielsweise steht „Tagesthema“ für die wichtigsten Themen des Tages in beiden Zeitungen.

4 Variable Genre

- 1 Nachricht (Bericht, Meldung)
- 2 Hintergrundbericht (Analysen, Features, Dokumentationen, Reportage, ...)
- 3 Interviews
- 4 Meinungsbeiträge/Kommentare/Leitartikel von Journalisten des jeweiligen Mediums
- 5 Meinungsbeiträge/Kommentare/Leitartikel von Gastautoren
- 6 Leserbrief
- 7 Kurzmeldung

Mit der Codierung des Genres wird ermittelt, welche journalistischen Darstellungsformen in der Berichterstattung am häufigsten angewendet wurden. Dies soll zeigen ob die Berichterstattung beispielsweise sehr meinungsbetont ist.

5 Variable Thema

- 0 ESM kein Thema
- 1 ESM ist Hauptthema des Artikels
- 2 ESM ist Nebenthema des Artikels

⁴⁷ Dieses Codebuch ist weitestgehend, an jenes von Brantner (2007, S. 301-338) angelehnt. Es wurde nur für diese Untersuchung leicht adaptiert, in dem die Institutionszuordnung von Deutschland hinzugefügt und um einzelne Akteure auf EU-Ebene (z.B. gibt es den Präsidenten des Europäischen Rates erst seit dem Vertrag von Lissabon) erweitert wurde. Allein die Variablen „Personalisierung“ (vgl. Staab 1990, S.221) und „Nationale Darstellungsweise“ (eigener Entwurf) sind nicht an Brantner orientiert.

Diese Variable dient als Filter für Artikel, in denen der ESM kein Thema war jedoch trotzdem als Suchergebnis angezeigt wurde. Beispielsweise gibt es Energieunternehmen in Deutschland die mit ESM abgekürzt werden.

6 Variable Akteure

6.1 Sprecher 1

6.1.1 Variable Sprechertyp 1

- 1 unorganisiertes Kollektiv oder anonymer Repräsentant desselben („die deutschen Steuerzahler“; „der deutsche Steuerzahler“; „Griechenland“; „die Griechen“)
- 2 genannter Repräsentant eines unorganisierten Kollektivs („Steuerzahler wie Martin Mustermann“)
- 3 Organisation oder Institution als Kollektiv (z.B. „das Bundesverfassungsgericht“)
- 4 Anonymer Repräsentant eine Institution oder Organisation (z.B. „ein Sprecher des Bundesverfassungsgericht“, „Kritiker innerhalb der Regierungsparteien“)
- 5 genannte Repräsentanten für eine Organisation/Institution (z.B. „Klubobmann HC Strache“)
- 6 individueller Akteur (keine Repräsentanzbeziehung zu Kollektiven, z.B. ein Leserbriefschreiber)

Wenn der Sprecher als Einzelperson auftritt, wird der Name als string codiert.

Diese Variable sollte zeigen, inwieweit Repräsentanten oder Kollektive als Sprecher zu Wort kommen.

6.1.2 Variable Sprechername (String) 1

Name des Sprechers: Nachname, Vorname
Name des Kollektivs

6.1.3 gelöscht

6.1.4 Variable Institutionszuordnung der Sprecher 1

Hier wird codiert, welcher Institution ein Sprecher angehört bzw. zu welchem zivilgesellschaftlichen Bereich ein Akteur zuzuordnen ist. So können einerseits die Akteursgruppen (Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft etc.) andererseits die Institutionsherkunft (national, supranational, transnational etc.) ermittelt werden

10000 Medienvertreter/Journalisten (als Sprecher, z.B. Kommentarschreiber)

- 11200 *Kleine Zeitung*
- 11201 *Heimatredaktion*
- 11202 *Korrespondent „Brüssel“*
- 11203 *Korrespondent andere EU-Staaten*
- 11204 *Korrespondent andere Staaten*

- 11300 *Kölner Stadt-Anzeiger*
- 11301 *Heimatredaktion*
- 11302 *Korrespondent „Brüssel“*
- 11303 *Korrespondent andere EU-Staaten*

11304 Korrespondent andere Staaten

11400 gelöscht

20000 Politik

21000 Nationale Politik Österreich

21100 Staatsoberhaupt - Bundespräsident

21200 Exekutive Bund (Bundesregierung und Kabinett)

21201 Bundesregierung (generell)

21202 Bundeskanzler, Bundeskanzleramt

21203 Außenminister, Außenministerium

21204 Innenminister, Innenministerium

21205 Bundesminister/Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Kultur

21206 Bundesminister/Ministerium für Finanzen

21207 Bundesminister/Ministerium für Gesundheit und Frauen

21208 Bundesminister/Ministerium Justiz

21209 Bundesminister/Ministerium Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

21210 Bundesminister/Ministerium für Landesverteidigung

21211 Bundesminister/Ministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz

21212 Bundesminister/Ministerium für Wirtschaft und Arbeit

21213 Staatssekretär für ...

21214 andere Akteure Bundesregierung

21215 Vizekanzler

21300 Legislative – Bund (Parlament – Nationalrat)

21301 Nationalrat (generell)

21302 1. Nationalratspräsident

21303 2. Nationalratspräsident

21304 Clubmitglied SPÖ

21305 Clubmitglied ÖVP

21306 Clubmitglied FPÖ

21307 Clubmitglied Grüne

21308 Clubmitglied BZÖ

21309 andere Akteure Nationalrat (Sprecher, ...)

21400 Judikative

21401 Verfassungsgerichtshof

21402 Verwaltungsgerichtshof

21403 OGH

21404 andere Judikative

21500 Exekutive Land (Landesregierungen)

21501 Landesregierung (generell)

21502 Landeshauptmann SPÖ

21503 Landeshauptmann ÖVP

21504 Landeshauptmann FPK/FPÖ

21505 Mitglied der Landesregierung SPÖ

21506 Mitglied der Landesregierung ÖVP

21507 Mitglied der Landesregierung FPK/FPÖ

21508 Mitglied der Landesregierung Grüne

21509 andere Akteure Landesregierung

21600 Legislative – Land (Landtage)

- 21601 Landtag (generell)
- 21602 Mitglied des Landtags SPÖ
- 21603 Mitglied des Landtags ÖVP
- 21604 Mitglied des Landtags FPK/FPÖ
- 21605 Mitglied des Landtags Grüne
- 21606 andere Akteure des Landtags (Sprecher, Ausschüsse, ...)

21700 Parteien

- 21701 SPÖ
- 21702 ÖVP
- 21703 FPÖ/FPK
- 21704 Grüne
- 21705 BZÖ
- 21706 Team Stronach
- 21707 Andere

21800 weitere politische Akteure

- 21801 Polizei
- 21802 Rechnungshof
- 21803 Nationalbank
- 21804 Staatsanwalt
- 21805 andere österreichische politische Akteure
- 21805 Bundesrat

22000 Nationale Politik Deutschland

22100 Staatsoberhaupt – Bundespräsident

22200 Exekutive Bund (Bundesregierung und Kabinett)

- 22201 Bundesregierung (generell)
- 22202 Bundeskanzler, Bundeskanzleramt
- 22203 Außenminister, Auswärtiges Amt
- 22204 Innenminister, Bundesministerium des Inneren
- 22205 Bundesminister/Ministerium für Bildung und Forschung
- 22206 Bundesminister/Ministerium der Finanzen
- 22207 Bundesminister/Ministerium für Wirtschaft und Technologie
- 22208 Bundesminister/Ministerium für Gesundheit
- 22209 Bundesminister/Ministerium der Justiz
- 22210 Bundesminister/Ministerium der Verteidigung
- 22211 Bundesminister/Ministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- 22212 Bundesminister/Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- 22213 Bundesminister/Ministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend
- 22214 Bundesminister/Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- 22215 Bundesminister/Ministerium für Arbeit und Soziales
- 22216 Bundesminister/Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- 22217 andere Akteure Bundesregierung
- 22218 Vizekanzler

22300 Legislative – Bund (Parlament – Nationalrat)

- 22301 Bundestag (generell)
- 22302 Bundestagspräsident
- 22303 Bundestagsvizepräsidenten
- 22304 Fraktionsmitglied SPD

22305 Fraktionsmitglied CDU/CSU
22306 Fraktionsmitglied FDP
22307 gelöscht
22308 Fraktionsmitglied Bündnis 90/Die Grünen
22309 Fraktionsmitglied Die Linke
22310 andere Akteure Bundestag (Sprecher, ...)

22400 Judikative

22401 Bundesverfassungsgericht
22402 Bundesgerichtshof BGH
22403 andere Judikative

22500 Exekutive Land (Landesregierungen)

22501 Landesregierung (generell)
22502 Ministerpräsident SPD
22503 Ministerpräsident CDU
22504 Ministerpräsident CSU
22505 Ministerpräsident Bündnis 90/Die Grünen
22506 Mitglied der Landesregierung SPD
22507 Mitglied der Landesregierung CDU
22508 Mitglied der Landesregierung CSU
22509 Mitglied der Landesregierung Bündnis 90/Die Grünen
22510 Mitglied der Landesregierung FDP
22511 Mitglied der Landesregierung Die Linke
22512 Mitglied der Landesregierung SSW (Südschleswigscher Wählerverband)
22513 andere Akteure Landesregierung

22600 Legislative – Land (Landtage)

22601 Landtag (generell)
22602 Mitglied des Landtags SPD
22603 Mitglied des Landtags CDU
22604 Mitglied des Landtags CSU
22605 Mitglied des Landtags FDP
22606 Mitglied des Landtags Bündnis 90/Die Grünen
22607 Mitglied des Landtags Die Linke
22608 Mitglied des Landtags Piraten
22609 andere Akteure des Landtages

22700 Parteien

22701 SPD
22702 CDU
22703 CSU
22704 FDP
22705 Bündnis 90/Die Grünen
22706 Die Linke
22707 Piraten
22708 andere

22800 weitere politische Akteure

22801 Polizei
22802 Bundesrechnungshof
22803 Bundesbank
22804 Staatsanwalt
22805 andere politische Akteure
22806 Bundesrat

23000 Supranationale Politik/EU

23100 Exekutive – Europäische Kommission

- 23101 Europäische Kommission (generell)
- 23102 Präsident der Europäischen Kommission
- 23103 österreichischer EU-Kommissar
- 23104 deutscher EU-Kommissar
- 23105 andere EU-Kommissare
- 23106 Generaldirektion der EU
- 23107 andere Akteure der Europäischen Kommission (Sprecher, ...)

23200 Europäischer Rat

- 23201 Europäischer Rat (27 Staats- bzw. Regierungschefs + Kommissionspräsident)
- 23202 Präsidentschaft der Europäischen Union
- 23203 Ratsmitglied
- 23204 mehrere Ratsmitglieder
- 23205 andere Akteure des Europäischen Rats (Sprecher, Ausschussmitglied, ...)
- 23206 Mitglied des Rats der EU (Ministerräte)
- 23207 Präsident des Europäischen Rates
- 23300 gelöscht

23400 Legislative-Europäisches Parlament (EP)

- 23401 Europäisches Parlament (generell)
- 23402 Präsident des EP
- 23403 österreichischer EU-Parlamentarier
- 23404 deutscher EU-Parlamentarier
- 23405 andere EU-Parlamentarier
- 23406 mehrere Parlamentarier aus demselben Land
- 23407 mehrere Parlamentarier aus verschiedenen Ländern

23500 Judikative EU

- 23501 EUGH

23600 Parteien EU

- 23601 Europäische Volkspartei
- 23602 Sozialdemokratische Parteien Europas
- 23603 Europäische Liberale und Reformier
- 23604 Europäische Föderation Grüner Parteien
- 23605 andere Links
- 23606 andere Mitte-Rechts
- 23607 andere Rechts-Außen

23700 Sonstige Politik und Vollzugsorgane

- 23701 EZB
- 23702 gelöscht
- 23703 Europäische Investitionsbank
- 23704 Europäischer Investitionsfonds
- 23705 EFSF
- 23706 ESM
- 23707 Wirtschafts- und Sozialausschuss
- 23708 Ausschuss der Regionen
- 23709 Europol und Eurojust
- 23710 Europäischer Rechnungshof

23800 EU als politische Gemeinschaft (generell: „die EU“)

24000 transnational: EU-Mitgliedstaaten

24100 alle Regierungen der EU-Mitgliedstaaten
24200 mehrere Regierungen der EU-Mitgliedstaaten
24300 alle Mitglieder der Euro-Gruppe
24400 mehrere Mitglieder der Euro-Gruppe
24401 Chef der Euro-Gruppe
24500 alle Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten
24600 mehrere Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten

25000 internationale politische Akteure

25001 UNO
25002 NATO
25003 Europarat
25004 WTO
25005 G7/G8
25006 Internationaler Gerichtshof
25007 Europäischer Menschenrechtshof
25008 Europäische Kommission für Menschenrechte
25009 andere internationale politische Akteure

26000 Politik nationale EU-Staaten

26100 Staatsoberhaupt (z.B. Königin von England)

26200 Exekutive Bund (Regierung und Kabinett)

26201 Bundesregierung (generell)
26202 Regierungschef (Ministerpräsident, Bundeskanzler, ...)
26203 Außenminister, Außenministerium
26204 andere Minister/Ministerien
26205 Staatssekretär bzw. Äquivalent
26206 andere Akteure Regierung

26300 Legislative Bund (Parlament)

26301 Parlament (generell)
26302 Regierungsparteien/Mitglied Regierungsparteien
26303 Oppositionsparteien/Mitglied Oppositionsparteien
26304 andere Akteure Parlament (Sprecher, ...)

26400 Judikative

26500 Exekutive Land (Landesregierungen oder Äquivalente)

26600 Legislative Land

26700 Vertreter von Parteien

26800 weitere politische Akteure

26801 Botschafter

27000 Politik national Europa (Nicht-EU)

wie Politik national EU-Staaten

28000 Politik national Ausland, außerhalb Europas

wie Politik national EU-Staaten

30000 Wissenschaft und Experten

- 31000 national Österreich
- 32000 national Deutschland
- 33000 national EU
- 34000 andere Nicht-EU
- 35000 supranational (EU-Forschungseinrichtungen)
- 36000 Wissenschaftler aus mehreren EU-Staaten
- 37000 Wissenschaftler aus mehreren Staaten (inkl. Nicht-EU)
- 38000 Wissenschaftler Ausland (Nicht-Europa)

40000 Zivilgesellschaft (organisiert)

41000 national Österreich

- 41100 Kirche
- 41200 Gewerkschaften/Arbeiterkammer
- 41300 NGOs (organisierte Interessensgruppen), z.B. karitative Einrichtungen, Tierschutz, ...
- 41400 Bürgerinitiativen, Vereine u.a. Bürgergruppen

42000 national Deutschland

wie national Österreich

43000 nationale Zivilgesellschaft andere EU-Staaten

wie national Österreich

44000 nationale Zivilgesellschaft andere Nicht-EU-Staaten

wie national Österreich

45000 nationale Zivilgesellschaft andere Staaten, außerhalb Europas

wie national Österreich

50000 nicht-organisierte Zivilgesellschaft, Bürger und Einzelakteure

51000 national Österreich

- 51100 Bürger national
- 51200 Bürger regional
- 51300 spontane Vereinigungen national (z.B. Demonstranten)

51400 Einzelakteure

51401 Künstler

51402 Sportler

51403 Intellektuelle/Kommentatoren

51404 andere unorganisierte-zivilgesellschaftliche Einzelakteure

52000 national Deutschland

wie national Österreich

53000 national EU-Staaten

wie national Österreich

54000 national andere Staaten Europa, (nicht EU)

wie national Österreich

55000 national, andere Staaten, außerhalb Europas

wie national Österreich

56000 Bürger „supranational“ EU („das Europäische Volk“)

60000 transnationale, internationale Zivilgesellschaft (organisiert) in der EU

wie Zivilgesellschaft (organisiert) national Österreich

70000 Wirtschaft

71000 Wirtschaft national

71100 nationale Unternehmen

71200 Verbände

71300 sonstige Wirtschaft

72000 Wirtschaft EU-Staaten national

72100 nationale Unternehmen

72200 Verbände

72300 sonstige Wirtschaft

73000 Wirtschaft in der EU

73100 Unternehmen

73200 Verbände

73300 sonstige Wirtschaft

74000 Wirtschaft Ausland, national, Europa (Nicht-EU)

74100 nationale Unternehmen

74200 Verbände

74300 sonstige Wirtschaft

75000 Wirtschaft Ausland, national, außerhalb Europas

75100 nationale Unternehmen

75200 Verbände

75300 sonstige Wirtschaft

76000 internationale Wirtschaft

76100 internationale Unternehmen

76200 internationale Verbände

76300 IWF
76400 Weltbank
76500 internationale sonstige Wirtschaft

99999 nicht zuordenbar

6.1.5 Variable Land des Sprechers

Dies wird sowohl für Kollektive wie für Einzelakteure codiert.

100 national

101 Österreich
102 Deutschland

200 national EU

201 Österreich
202 Deutschland
203 Frankreich
204 Italien
205 Irland
206 Luxemburg
207 Großbritannien
208 Finnland
209 Schweden
210 Dänemark
211 Niederlande
212 Belgien
213 Spanien
214 Portugal
215 Griechenland
216 Rumänien
217 Zypern
218 Ungarn
219 Slowenien
220 Tschechien
221 Slowakei
222 Polen
223 Estland
224 Lettland
225 Litauen
226 Malta
227 Bulgarien

300 nicht-EU Staaten in Europa

301 Kroatien
302 Türkei
303 Ukraine
304 Schweiz
305 „Balkan“-Staaten
306 Norwegen
307 Israel
308 Weißrussland
309 andere europäische Staaten

400 Staaten außerhalb Europas

401 Russland
402 USA
403 China
404 andere Staaten

500 supranational – EU

600 internationale Organisationen (UNO, ...)

700 transnational

701 EU (alle bzw. mehrere Akteure aus verschiedenen EU-Staaten)
702 andere

999 nicht zuordenbar/nicht erkennbar

Mit dieser Variable wird das Herkunftsland des Sprechers (bzw. passiven Akteurs) codiert. Wenn also Jean-Claude Juncker als Chef der Euro-Gruppe spricht wird in der Variable „Institutionszuordnung des Sprechers“ 24401 codiert und unter dem Land 206 für Luxemburg. Wenn er als luxemburgischer Premierminister auftritt, dann wird unter Institutionszuordnung 26202 codiert aber ebenfalls das Land 206. So kann zwischen der Funktion und der Herkunft eines Akteurs differenziert werden.

6.2 Sprecher 2

wie Sprecher 1

6.3 Passiver Akteur 1

wie Sprecher 1

6.4 Passiver Akteur 2

wie Sprecher 1

7 Variable Bewertung ESM

1 sehr positiv
2 positiv
3 neutral/ambivalent
4 negativ
5 sehr negativ

9 keine Bewertung erkennbar

8 Variable Personalisierung (nach Staab 1990, S.221)

1 geringste Personalisierung, keine Personalisierung (Personennamen und Titel werden nicht genannt, rein nüchterne Tatsachendarstellung)
2 geringe Personalisierung (Personen werden zwar genannt, sind aber für das Geschehen ohne Bedeutung. Kern der Ereignisse sind nüchterne Vorgänge, abstrakte Tatsachen)
3 große Personalisierung (im Mittelpunkt des Geschehens stehen etwa gleichrangige Personen und unpersönliche Sachverhalte. Die Äußerungen einer bzw. die Auseinandersetzung zwischen einigen wenigen, namentlich genannten Personen dreht sich um abstrakte Vorgänge)

4 größte Personalisierung (das Geschehen dreht sich ausschließlich um einige oder wenige namentlich genannte oder genau bezeichnete Personen)

9 Variable Nationale Darstellungsweise

1 geringste Nationalisierung (das Thema wird überwiegend von nicht-nationalen Akteuren behandelt, transnationale bzw. supranationale Positionen spielen dabei die größte Rolle)

2 geringe Nationalisierung (das Thema wird ausgeglichen von Akteuren der nationalen und transnationalen bzw. supranationalen Ebenen diskutiert)

3 starke Nationalisierung (das Thema wird überwiegend anhand von nationalen Positionen diskutiert, nationale Akteure bringen Argumente und Positionen, die sich vorwiegend auf nationale Vorgänge, aber auch auf andere EU-Staaten oder andere Staaten beziehen)

4 stärkste Nationalisierung (das Thema wird ausschließlich anhand von nationalen Positionen diskutiert, nationale Akteure bringen Argumente, die sich auf nationale Vorgänge beziehen)

„Kleine Zeitung vom 2012-07-06, Seite 4

ALL Politik

FPÖ bastelt an Klage

Grüne fordern Prüfung durch Fischer.

WIEN. Einen Tag nach der Absegnung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und Fiskalpaktes im Nationalrat macht die FPÖ Ernst mit ihrem bereits in Aussicht gestellten Gang vor die Höchstrichter. Wir bereiten Verfassungsklagen gegen ESM und Fiskalpakt vor, kündigte Parteichef Heinz-Christian Strache an. Abgewickelt werden sollen die Klagen über die Kärntner Landesregierung, in der die Parteifreunde der FPK die Mehrheit haben. Verfassungsklagen können entweder von einem Drittel der Nationalratsabgeordneten oder von einer Landesregierung eingebracht werden. Gleichzeitig appellierte Strache erneut an Bundespräsident Heinz Fischer, die Gesetze nicht zu unterzeichnen.

Indes haben die Grünen Bundespräsident Heinz Fischer in einem offenen Brief aufgefordert, eine verfassungsrechtliche Prüfung des Fiskalpaktes vorzunehmen. Die Grünen verweisen darauf, dass die völkerrechtlichen Verpflichtungen aus dem Fiskalpakt erst mit Unterzeichnung durch den Bundespräsidenten entstehen.

BZÖ-Obmann Josef Bucher hat unterdessen seine Forderung nach einer Volksabstimmung

über den ESM bekräftigt. In einer Aussendung verwies Bucher darauf, dass sich 160 prominente Ökonomen in Deutschland in einem offenen Brief an die deutsche Bundesregierung gegen die Euro-Rettungspolitik und die Beschlüsse des jüngsten Gipfels wehren.“

Für die Variable „Bewertung des ESM“ wurde hier die Position 5 „sehr negativ“ codiert, weil hier ausschließlich Aspekte gegen den ESM vorgebracht werden. Für die Personalisierung wurde hier die Position 3 codiert, weil hier zwar einzelne Akteure (Strache, Fischer) mehrfach genannt werden, aber auch die Forderungen von Kollektiven (die Grünen, FPÖ) einen wichtigen Kern des Artikels ausmachen. Hinsichtlich der Variable „nationale Darstellungsweise“ stellt dieser Artikel einen Grenzfall zwischen starker (3) und stärkster (4) Nationalisierung dar, weil im Mittelpunkt ausschließlich die nationale Vorgänge (die Verfassungsklage des FPK und die Forderungen der Grünen an Heinz Fischer) stehen, allerdings werden durch Josef Bucher, der seine Forderung nach einer Volksabstimmung mit deutschen Vorgängen untermauert auch die Positionen eines anderen EU-Landes mit eingebracht. Weshalb schließlich dieser Artikel unter starke Natio-

nalisierung (3) codiert wurde. Für die Variable Identität, konnte hier trotz starker Nationalisierung jedoch nichts codiert werden, da hier weder die einzelnen Akteure, noch der Artikel insgesamt eine dementsprechende Tendenz zeigt.

10 Variable Identität

Mit dieser Variabel soll codiert werden, zu welchem Kollektiv sich der Grundtenor des Artikels zuordnen lässt, dabei wird diese Variable jedoch nicht zwingend codiert, sondern nur wenn sich tatsächlich eine solche Position herauslesen lässt.

- 1 „Wir“ Europäer
- 2 „Die“ Europäer
- 3 „Die“ in Brüssel, „die“ EU
- 4 „Wir“, der Westen
- 5 „Wir“ Österreicher
- 6 „Die“ Österreicher
- 7 „Wir“ Deutsche
- 8 „Die“ Deutschen
- 9 andere nationale „Wir“ – EU
- 10 andere nationale „Sie“ – EU
- 11 andere ausländische (Nicht-EU) nationale „Wir“
- 12 andere ausländische (Nicht-EU) nationale „Sie“

11 Frame-Variablen

Hier geht es darum, wie Akteure ihre Argumente Rahmen, also mit welcher Begründung sie die EU auf eine gewisse Weise bewerten. Damit soll gezeigt werden, ob die sich die Ziele die EU betreffend in der deutschen und österreichischen Berichterstattung ähneln. Dabei wurden der Frame und die Frame-Position wirklich nur codiert, wenn sie sich eindeutig in einer Aussage manifestierten. Wenn mehrerer Frames in einem Artikel vorkamen, dann wurde der erst genannte codiert. Pro Artikel konnte nur ein Frame und - Position codiert werden.

100 Identitäts-Frames

(was ist die EU/ der ESM bzw. was soll sie sein bzw. was ist sie nicht, oder soll sie nicht sein, wofür steht sie/nicht?)

Allgemeine Identitäts-Frames

- 101 Nationale Identität
- 102 Wertegemeinschaft
- 103 Kultur/Zivilisation
- 104 Nationalismus
- 105 Rassismus/Fremdenfeindlichkeit
- 106 Kapitalismus
- 107 Liberalismus
- 108 Neo-Liberalismus
- 109 Westliche Kultur
- 110 Christentum
- 111 Islam
- 112 Globalisierung
- 113 Modernisierung/Zukunftsorientierung

Werte

- 114 Soziale Gerechtigkeit
- 115 Freiheit/Unabhängigkeit
- 116 Verantwortlichkeit

- 117 Soziale Gleichheit
- 118 Völkerverständigung/Dialog
- 119 Solidarität
- 120 Frieden
- 121 sprachliche Vielfalt
- 122 Vielfalt (generell)
- 123 Gleichberechtigung zwischen Staaten

Konstitutionelle Governance-Frames

- 124 Rechtstaatlichkeit
- 125 Menschenrechte
- 126 Demokratie
- 127 Diktatur/Totalitarismus
- 128 Pluralismus
- 129 Souveränität
- 130 Zentralisierung
- 131 Zivilgesellschaft
- 132 Öffentlichkeit
- 133 Föderalismus
- 134 Effizienz/Kompetenz
- 135 Überregulierung
- 136 Deregulierung
- 137 Bürokratie
- 138 Transparenz
- 139 Verantwortlichkeit
- 140 Korruption
- 141 Glaubwürdigkeit
- 142 Partizipation
- 143 Legitimität, Rechtmäßigkeit

200 Instrumentelle Frames

(wofür ist die EU, der ESM bzw. eine bestimmte Forderung/Vorschlag die EU/ den ESM betreffend gut bzw. nicht gut?)

Allgemein

- 201 EU als Chance für seine Bürger – woanders arbeiten, leben, studieren
- 202 Akzeptanz der EU durch ihre Bürger
- 203 Beziehung der EU/eines EU-Staates mit den USA
- 204 Nationale Interessen (Vorteile für Österreich/Deutschland)
- 205 andere

Politische

- 206 Sicherheit
- 207 Politische Stabilität
- 208 Einfluss/Gewicht in internationalen Beziehungen
- 209 Kontrolle über transnationales Kapital
- 210 Überbelasteter Nationalstaat (allgemein)
- 211 Bewältigung transnationaler sozialer Probleme
- 212 grenzüberschreitender Transport/Verkehr

Ökonomische

- 213 Stärke im globalen Wettbewerb
- 214 Wirtschaftswachstum
- 215 Wirtschaftliche Stabilität
- 216 binnenmarktliche Rationalisierungseffekte (economy of scale)

217 eigene (nationale) Wirtschaft
218 nationale Exporte
219 Wettbewerb in Europa
220 Kosten
221 Steuern
222 Arbeitslosigkeit
223 Soziale Standards/soziale Sicherheit
224 (Geld-)Verschwendung
225 Konsumentenschutz
226 Auslandsinvestitionen
227 andere

300 Historische Frames

(Verbindung der EU, ESM zu bestimmten historischen Perioden oder Erfahrungen)

301 Weltkrieg I
302 Weltkrieg II
303 Holocaust
304 Faschistische/nazistische Normen und Regeln
305 68er-Bewegung
306 Kalter Krieg
307 Teilung Deutschlands/die deutsche Mauer
308 der Eiserne Vorhang
309 Weltwirtschaftskrise 1929
310 gemeinsame historische Wurzeln/Tradition
311 Nationale Geschichte/Tradition
312 Geschichte der EU/Gründerväter und Prinzipien
313 Überwindung der Nachkriegsordnung in Europa
314 andere

12 Variable Frame-Position

Frame-Position

Die EU, der ESM...

- 1 soll nicht sein/soll nicht dafür stehen/soll nicht dazu führen
- 2 ist nicht/steht nicht für/führt nicht dazu
- 3 neutral/ambivalent
- 4 ist/steht für/führt zu
- 5 soll sein/soll dafür stehen/soll dazu führen

Beispiele:

„Wir sind mit der EU in ein System der Sicherheit und wirtschaftlichen Stärke eingebunden.“ → Frame = 215 „wirtschaftliche Stabilität“, Frame-Position = 4

„Aber eine gewisse Souveränität der Regionen muss in der EU erhalten bleiben.“ → Frame = 204 Nationale Interessen, Frame-Position = 5

„Es kann nicht sein, dass Europa die Rechte der nationalen Parlamente wegnimmt, ohne das Europa-Parlament und die Beteiligungsrechte der Bürger entsprechend zu stärken. Europa muss demokratisch sein.“ → Frame = 126 Demokratie, Frame-Position = 5

10.2 Abstract

Diese Arbeit befasst sich mit der EU-Berichterstattung der regionalen Tageszeitungen *Kölner Stadt-Anzeiger* und der österreichischen *Kleinen Zeitung* am Fallbeispiel des „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ (ESM) der als Teil des sogenannten „Euro-Rettungsschirms“ von den Euroländern als Maßnahme zur Stabilitätssicherung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, eingeführt werden sollte und schließlich auch wurde.

Dabei steht die hier durchgeführte standardisierte Inhaltsanalyse vor dem Hintergrund zweier theoretischer Konzeptionen: der europäischen Öffentlichkeit und der Glokalisierung. Die Forderung nach einer europäischen Öffentlichkeit hat im Zuge der Kompetenzsteigerungen (durch den Maastricht-Vertrag oder Vertrag von Lissabon) und Erweiterung (zuletzt 2007) der Europäischen Union immer mehr an Bedeutung gewonnen, weil die demokratische Legitimierung der europäischen Politik nur durch die Unionsbürger geschehen kann, die dafür hinreichend informiert sein müssen. Da aus heutiger wissenschaftlicher Perspektive europäische Öffentlichkeit am besten über die Europäisierung der nationalen Medienöffentlichkeit hergestellt werden kann, ist die Untersuchung der medialen Aufmerksamkeit, die EU-Themen und -Akteure genießen, ein geeigneter Indikator für die Beurteilung der europäischen Öffentlichkeit. Häufig wird sowohl das Öffentlichkeitsdefizit der EU, als auch fehlendes Interesse der europäischen Bevölkerung für die Union bemängelt. Im Kontext der Glokalisierung lässt sich dieses mangelnde Interesse, dass auch die Rückbesinnung auf den Nationalstaat bedeuten kann, durch das Orientierungsbedürfnis der Menschen erklären. Orientierung wird nämlich im Zuge der Globalisierung bzw. der Europäisierung durch die steigende Komplexität von gesellschaftlichen Vorgängen immer schwieriger zu vermitteln. Weshalb das Lokale bzw. Nationale wieder mehr an Bedeutung zu gewinnen scheint. Die Rückbesinnung auf einen kleineren Orientierungsrahmen hat aber negative Auswirkungen für die europäische Idee, wenn sie mit Abschottung und fehlendem europäischen Solidaritätsgefühl verbunden ist. Die Medien, müssen hier ein Spagat zwischen ihrer Informationsfunktion und dem Rezipientenbedürfnis leisten, was für Regionalzeitungen noch schwieriger erscheint, da ihr Schwerpunkt im Regionalen liegt.

Schließlich zeigte sich in dieser Untersuchung auch, dass der nationale Fokus auf das in der Berichterstattung um den ESM in beiden enorm war, was die Kontextierung des Themas und die Sichtbarkeit von Akteuren betrifft. Zudem war diese nationalisierte Darstellungsweise, in erster Linie in der österreichischen Berichterstattung mit einer ablehnenden Haltung gegenüber dem ESM und der Abschiebung der Verantwortlichkeiten an „die in Brüssel“ verknüpft. Trotz nationalem Fokus, zeigte sich dieser Trend in der deutschen Zeitung nicht.

10.3 Lebenslauf

Name	Isabelle Richter
Kontakt	isa.richter@web.de
Geburtsdatum/-ort	29.01.1986 in Berlin
Staatsangehörigkeit	Deutschland
Akademischer Grad	Bakkalaurea der Philosophie

Ausbildung

Seit 05/2010	Magisterstudium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien
03/2006 – 04/2010	Studium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien
05/2005	Abitur
1998 - 2005	Friedrich-Ebert-Oberschule (Gymnasium) in Berlin
1992 - 1998	Birger-Forell-Grundschule in Berlin

Berufserfahrung

07/2012 – 08/2012	Hospitation im ZDF-Landesstudio Berlin
10/2012 - 02/2013	Tutorin am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien
10/2011 - 02/2012	
10/2010 - 02/2011	
10/2009 - 12/2009	Redaktionspraktikum bei der ARD-Talkshow „Anne Will“
07/2007 - 09/2007	Redaktionspraktikum bei JazzRadio 101.9 Berlin
09/2006 - 03/2008	Redakteurin beim Online-Magazin „weitergedacht.at“

Sprachkenntnisse

Englisch	fließend in Wort und Schrift
Französisch	Grundkenntnisse

Computerkenntnisse

Microsoft Office; Grundkenntnisse in Apple FinalCut Pro und iMovie